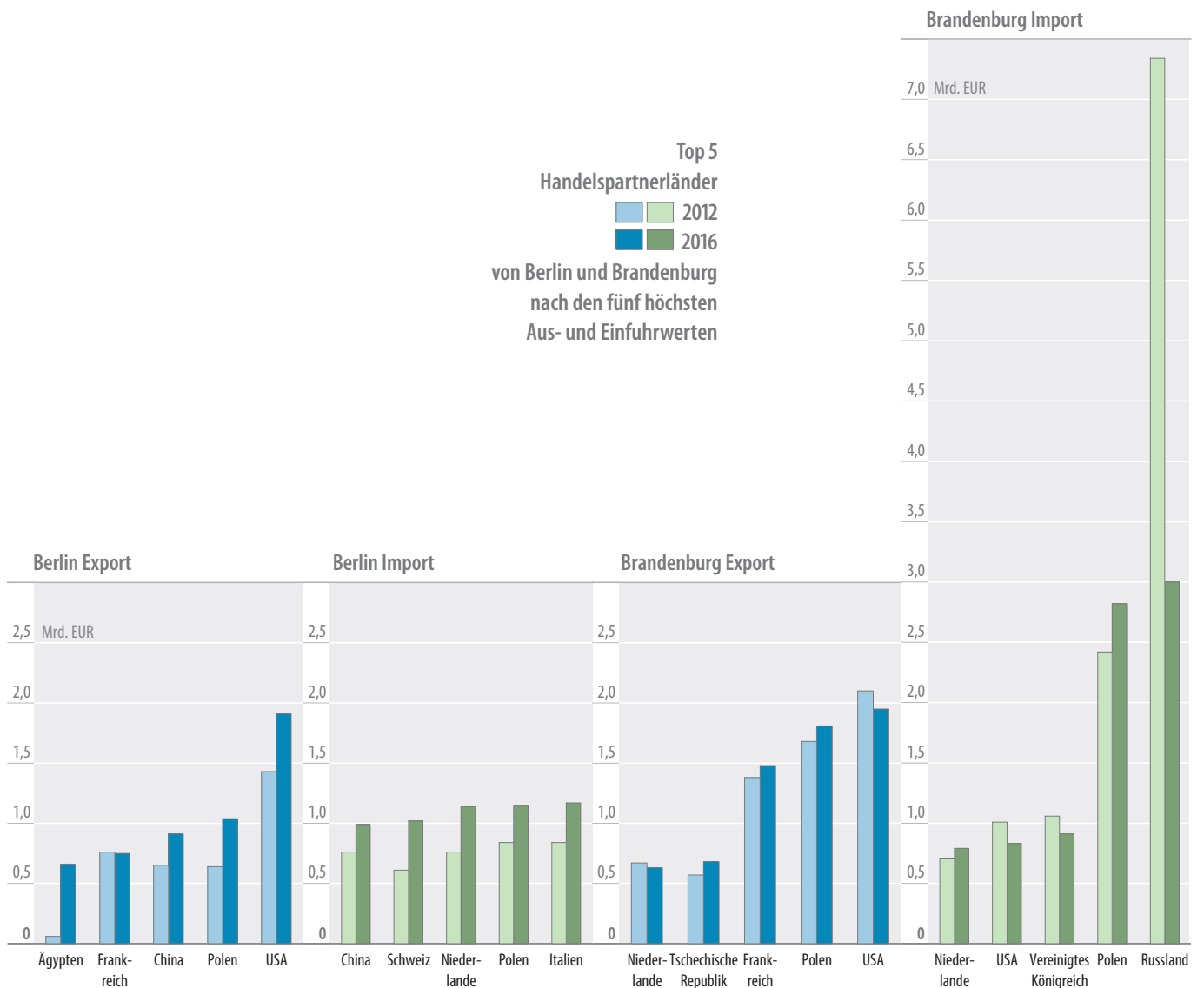


▯ **WIRTSCHAFT IN BERLIN UND BRANDENBURG** TEIL 2

Top 5
Handelspartnerländer
von Berlin und Brandenburg
nach den fünf höchsten
Aus- und Einfuhrwerten



Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Zeitschrift für amtliche Statistik
Berlin Brandenburg
12. Jahrgang

Herausgeber
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Steinstraße 104-106
14480 Potsdam
Tel.: 0331 8173-1777

Verantwortlicher Redakteur i. S. d. BbgPG
Hartmut Bömermann
Redaktion
Nicole Dombrowski,
Dr. Holger Leerhoff,
Anja Malchin,
Dr. Thomas Troegel,
Ramona Voshage (Leitung)
zeitschrift@statistik-bbb.de

Preis
Einzelheft EUR 6,00
ISSN 1864-5356

Satz und Gestaltung
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Druck
Heenemann GmbH & Co., Berlin

© Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2018
Auszugsweise Vervielfältigung und
Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
hat seinen Sitz in Potsdam und weitere
Standorte in Berlin und Cottbus.

Auskunft und Beratung

Steinstraße 104-106
14480 Potsdam

Telefon: 0331 8173-1777
Fax: 030 9028-4091

info@statistik-bbb.de

Zeichenerklärung

- 0 weniger als die Hälfte von 1
in der letzten besetzten Stelle,
jedoch mehr als nichts
 - nichts vorhanden
 - ... Angabe fällt später an
 - () Aussagewert ist eingeschränkt
 - / Zahlenwert nicht sicher genug
 - Zahlenwert unbekannt oder
geheim zu halten
 - x Tabellenfach gesperrt, weil
Aussage nicht sinnvoll
 - p vorläufige Zahl
 - r berichtigte Zahl
 - s geschätzte Zahl
- Abweichungen in der Summe
können sich durch Schätzungen
ergeben



Alle Ausgaben seit 2007
finden Sie auf
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Kurzberichte

- ▣ Regionaler Sozialbericht
Berlin und Brandenburg 2017 vorgestellt 3
- ▣ Einkommens- und Verbrauchs-
stichprobe 2018 4
- ▣ Geflüchtete Menschen in der Arbeitsmarkt-
statistik für Berlin und Brandenburg 6

Entwicklungen in der amtlichen Statistik

- ▣ FRIBS – die neue EU-Rahmenverordnung
zur Unternehmensstatistik und
ihre Auswirkungen auf die deutschen
Unternehmensstatistiken 10

Statistik erklärt

- ▣ Stichprobe 61

Neuerscheinung

- ▣ Integrierte Schulden der Gemeinden
und Gemeindeverbände 39

Historisches

- ▣ Der Boom der Wirtschaftsregion
Berlin-Brandenburg
am Ende des 19. Jahrhunderts 74

Save the date

- ▣ 22. Konferenz „Messung der Preise“ 76
- ▣ 11. Berliner VGR-Kolloquium 76

Fachbeiträge

Unternehmen und Arbeitsstätten

- ▣ **Entwicklung des Gründungsgeschehens in Berlin und Brandenburg** 14
Kerstin Leonhardt

Fachgespräch mit Christian Nestler (IHK Berlin)

- ▣ **„Die amtliche Statistik dient uns als Spiegel der Wirklichkeit.“** 26

Einzelhandel

- ▣ **Zum Einzelhandel und der steigenden Bedeutung
des elektronischen Handels** 28
Christiane Kliewe, Stefanie Chlebusch, Tobias Hannemann

Außenhandel

- ▣ **Die Entwicklung der Exporte und Importe in Berlin und Brandenburg** 32
Sylke Orczewski, Tobias Hannemann

Verarbeitendes Gewerbe

- ▣ **Investitionen der Industrieunternehmen in Berlin und Brandenburg** 36
Anahit Pitigoi

Baugewerbe

- ▣ **Wirtschaftsdaten zum Bauhauptgewerbe in Berlin und Brandenburg** 40
Michaela Beeck

Landwirtschaft

- ▣ **Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung 2016 für das Land Brandenburg** 44
Thomas Troegel, Cornelia Schulz

Unternehmensregister

- ▣ **Industrie 4.0**
Technologie- und Wissensintensität der regionalen Wirtschaft 62
Lutz Müller



Liebe Leserinnen und Leser,

in Ausgabe 1/2018 der Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg wird der thematische Schwerpunkt aus Ausgabe 4/2017 hinsichtlich ausgewählter Analysen zur wirtschaftlichen Entwicklung in den Ländern Berlin und Brandenburg fortgeführt.

Einzelne Wirtschaftsbereiche werden unter verschiedenen Gesichtspunkten statistisch betrachtet. Der Blick wird als erstes auf das Gründungsgeschehen und die Gründungsdynamik in der Metropolregion Berlin-Brandenburg gerichtet. Dabei werden die verschiedenen Arten der Neugründungen auch unter Berücksichtigung des Geschlechts und der Staatsangehörigkeit der Gründerinnen und Gründer untersucht.

Danach werden die Unternehmen verschiedener Wirtschaftsbereiche unter die Lupe genommen. Zum einen wird die Entwicklung des Einzelhandels in Berlin und im Land Brandenburg zwischen 2010 und 2015 anhand ausgewählter Kennzahlen beschrieben. Dabei wird das Augenmerk speziell auf die Rolle des Versand- und Internethandels gelegt. Zum anderen ordnet ein Beitrag die wirtschaftliche Stellung beider Bundesländer mithilfe der Außenhandelsstatistik ein. Es wird auf die bedeutenden internationalen Handelspartnerländer sowie relevante Warengruppen für den Ex- und Import eingegan-

gen. Eine Langzeitbetrachtung der Betriebe des Bauhauptgewerbes und ihrer Umsätze seit 1991 ist das Thema eines weiteren Aufsatzes, der auch in die methodischen Grundlagen der Baustatistiken einführt. Die Investitionstätigkeit der Industriebetriebe in Berlin und Brandenburg greift ein weiterer Aufsatz auf.

Anders als für Berlin ist für das Land Brandenburg die Landwirtschaft ein wichtiger Wirtschaftszweig. Eine umfangreiche Bestandsaufnahme anhand neuester Daten der Agrarstrukturerhebung 2016 gibt Auskunft über die wirtschaftliche und soziale Situation der landwirtschaftlichen Betriebe in Brandenburg und ordnet diese in die bundesweiten Ergebnisse ein.

Abschließend wird unter dem Stichwort „Industrie 4.0“ ein alternatives Verfahren zur Messung der Technologie- und Wissensintensität der Wirtschaft in der Metropolregion Berlin-Brandenburg vorgestellt, bevor die vierte Umschlagseite die letzte Phase eines Unternehmens thematisiert.

Eine informative Lektüre wünscht Ihnen

A handwritten signature in black ink that reads "H. Bömermann".

Hartmut Bömermann
verantwortlicher Redakteur

Kurzbericht

Regionaler Sozialbericht Berlin und Brandenburg 2017 vorgestellt

von Ricarda Nauenburg

Jedes fünfte Kind in der Metropolregion Berlin-Brandenburg ist von Armut bedroht. Dies geht aus dem Regionalen Sozialbericht Berlin und Brandenburg 2017 des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg (AFS) hervor, der am 28. Februar 2018 im Rahmen einer Pressekonferenz im Berliner Rathaus vorgestellt wurde.

Prof. Dr. Susanne Gerull, Sprecherin der Fachgruppe „Armutsbegriff“ der Landesarmutskonferenz Berlin und Professorin an der Alice Salomon Hochschule Berlin, würdigte den Bericht als den ersten ressortübergreifenden Bericht, der einen ganzheitlichen Blick auf Armut und soziale Benachteiligung in Berlin wirft.

Die Entwicklung der sozialen Lage benachteiligter Gruppen wird in Öffentlichkeit, Wissenschaft und Politik stark diskutiert. Umso wichtiger sind objektive Daten, die das AFS mit dem Sozialbericht nun zum vierten Mal zur Verfügung stellt. Neben einem umfangreichen und noch einmal erweiterten EU-Indikatorenset zur Beschreibung der sozialen Sicherheit und der Integration kommen weitere relevante Indikatoren zur Anwendung. Die Darstellung erfolgt je nach Möglichkeit auch auf der Ebene der Berliner Bezirke und der Brandenburger Kreise und kreisfreien Städte. Außerdem wird jeder Indikator für relevante soziale Gruppen betrachtet. Zu Vergleichszwecken ist der Bundesdurchschnitt jeweils mit angegeben. Jeder Indikator wird in seiner zeitlichen Entwicklung dargestellt. Der Bericht besteht aus drei Teilen:

- einem zusammenfassenden Ergebnisteil mit Grafiken,
- einem umfangreichen Tabellenteil und
- interaktiven Karten.

Abschnitt A des Berichts widmet sich der Einkommensarmut. Zur Messung der Armut hat sich der Begriff der relativen Armutsgefährdung durchgesetzt. Er stellt auf Einkommensarmut ab. Hierbei wird eventuell vorhandenes Vermögen bzw. eine Verschuldung nicht berücksichtigt, sondern lediglich das monatliche Haushaltsnettoeinkommen. Armutsgefährdet sind demnach alle Personen, deren bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen unterhalb von 60 % des mittleren bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommens liegt. Für einen Berliner Ein-Personen-Haushalt lag diese Schwelle im Jahr 2016 bei 923 EUR, im Land Brandenburg bei 922 EUR. Daraus ergibt sich, dass der Anteil der armutsgefährdeten Bevölkerung im Jahr 2016 in Berlin bei 16,6 % und im Land Brandenburg bei 13,4 % lag. Zu den besonders armutsgefährdeten Bevölkerungsgruppen zählen nach wie vor Langzeiterwerbslose, Personen mit fehlendem bzw. mit niedrigem Bildungsabschluss, Alleinerziehende sowie Familien mit drei oder mehr Kindern.

Die Einkommensverteilung wird in Abschnitt B beleuchtet. Neben ausführlichen Darstellungen zur Einkommensarmut und -verteilung lassen sich in den Abschnitten C bis G des regionalen Sozialberichts auch Informationen zu Mindestsicherungsleistungen, Bildungsstand, Erwerbsbeteiligung, Krankenversicherung, zum Gesundheitsverhalten und zur Wohnsituation finden.

Ricarda Nauenburg leitet das Referat *Mikrozensus, Sozialberichte* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

v. l.: Ricarda Nauenburg
(Referatsleiterin Mikrozensus,
Sozialberichte im AFS),
Prof. Dr. Susanne Gerull
(Landesarmutskonferenz Berlin)
und Jörg Fidorra
(Vertreter des Vorstands des AFS)

Foto: Dr. Heike Hendl



Der Regionale Sozialbericht Berlin und Brandenburg 2017 ist verfügbar unter:
<https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/produkte/regionalersozialbericht.asp>

Kurzbericht

□ Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018

von **Veronika Kuchta**

Wissen Sie, wie viel Geld Ihnen zur Verfügung steht und wofür Sie Ihr Geld ausgeben? Suchen Sie nach Einsparpotenzialen bei Ihren Ausgaben?



Dann sollten Sie ein Haushaltsbuch führen! Es lohnt sich für Sie doppelt: Neben

dem ausführlichen Überblick über Ihre Einnahmen und Ausgaben erhalten Sie als Dankeschön für Ihre Teilnahme an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2018 eine Geldprämie von 100 EUR.

Alle Auskünfte, die das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) im Rahmen der EVS 2018 von den Haushalten erhält, werden ausschließlich für statistische Zwecke verwendet. Denn bei der EVS geht es nicht darum, etwas über die individuellen Lebensverhältnisse zu erfahren. Ziel und Zweck der EVS ist es, strukturierte und verlässliche Informationen über die Einnahmen, Ausgaben und die Lebenssituation der Privathaushalte in Deutschland zu gewinnen.

Was erwartet Sie, wenn Sie mitmachen?

Das AfS wird Sie bitten, folgende Fragebogen auszufüllen:

1. Allgemeine Angaben (wahlweise Papier- oder Online-Fragebogen): Hier geht es um die Personen in Ihrem Haushalt, die Wohnsituation und die Ausstattung mit bestimmten Gebrauchsgütern.
2. Geld- und Sachvermögen: In diesem Komplex fragen wir nach den Vermögensverhältnissen Ihres Haushalts.
3. Das Haushaltsbuch führen Sie für die Dauer eines Quartals (drei Monate). Hier geben Sie detailliert die Höhe der Einnahmen und Ausgaben aller Haushaltsmitglieder an. Dazu nutzen Sie vorgegebene Kategorien wie beispielsweise Gehalt, Rente, Sozialhilfe, Elterngeld für die Einnahmen und Miete, Kleidung, Nahrungsmittel, Kraftstoffe für die Ausgaben. Bei der Zuordnung hilft Ihnen ein alphabetisches Stichwortverzeichnis.
4. Jeder fünfte Haushalt wird gebeten, zusätzlich einen Monat lang ein Feinaufzeichnungsheft speziell über seine Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren (Menge und Preis) zu führen und bekommt zusätzlich 10 EUR.

Seit Januar 2018 haben bundesweit mehrere tausend Haushalte begonnen, für drei Monate ein Haushaltsbuch zu führen. Der derzeitige Anwerbestand zeigt, dass die Vorgaben laut Quotenplan für Berlin und Brandenburg noch lange nicht erreicht sind, um die gesetzliche Verpflichtung erfüllen zu können und daraus letztendlich verwertbare Ergebnisse zu erhalten (Berlin: 60 %, Brandenburg: 79 %). Auch wenn sich rund 1200 Haushalte mehr angemeldet haben, können gegenwärtig nicht alle teilnehmen, weil sie zu bereits vollständig erfüllten Schichten gehören. Das sind zum Beispiel Paare ohne Kinder und Alleinerziehende im Land Brandenburg sowie Rentnerinnen und Rentner in Berlin mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 1 700 EUR bis 2 600 EUR.

Das macht deutlich, wie schwierig es ist, die „richtigen Haushalte“ zu erreichen, um einen möglichst umfassenden Querschnitt der Bevölkerung abbilden zu können.

In Berlin fehlen:

- Selbstständige (Gewerbetreibende, freiberuflich Tätige),
- Paare mit und ohne Kinder,
- Mehrgenerationenhaushalte,
- Haushalte mit niedrigem Haushaltsnettoeinkommen (unter 1 700 EUR) bzw. mit höherem Haushaltsnettoeinkommen (über 4 000 EUR),
- Nichterwerbstätige (bei den Rentnerinnen und Rentnern Paare mit einem Haushaltsnettoeinkommen unter 1 700 EUR oder über 2 600 EUR).

Im Land Brandenburg werden vor allem gesucht:

- Selbstständige (auch Landwirte),
- Einpersonenhaushalte (Arbeiterinnen und Arbeiter),
- Paare mit einem Haushaltsnettoeinkommen unter 2 600 EUR,
- Mehrgenerationenhaushalte,
- Nichterwerbstätige Paare ohne Kinder (keine Rentnerinnen und Rentner).

eVS 2018

Machen Sie mit bei der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe!

Wo bleibt mein Geld?

Eine Geldprämie als Dankeschön für Sie!



Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
 Telefon: 0331 81 173-11 23 oder -11 20
 E-Mail: evs@statistik-bbb.de
 Als Dankeschön für Ihre Mithilfe erhalten Sie eine Geldprämie in Höhe von 100 Euro.



Machen Sie mit und werden Sie Teil dieser interessanten bundesweiten Haushalts-erhebung! Oder sagen Sie es weiter. Vielleicht haben Sie in Ihrem Umfeld Bekannte, Freunde, Nachbarn oder Kolleginnen und Kollegen, die sich für eine Teilnahme interessieren.

Weitere Informationen erhalten Sie unter:
<https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/home/evs2018.asp>

Kurzbericht

Geächtete Menschen in der Arbeitsmarktstatistik für Berlin und Brandenburg

von **Elke Amend** und **Britta Lüdeke**

Die Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes wird zunehmend von Migration beeinflusst. In den letzten Jahren ist dabei die Zuwanderung geflüchteter Menschen in den Vordergrund getreten. Dieser Beitrag gibt einen Überblick über Auswertungsmöglichkeiten zum Thema Migration, insbesondere im Kontext der aktuellen Fluchtmigration. Darüber hinaus werden ausgewählte Ergebnisse für die Länder Berlin und Brandenburg dargestellt.

Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit bietet vielfältige Informationen über zugewanderte Menschen auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Die Auswertung einzelner Staatsangehörigkeiten ermöglicht eine zeitlich weit zurückreichende Berichterstattung zu Migration und Arbeitsmarkt. Für den Nachweis von Migrationszusammenhängen reicht die Staatsangehörigkeit oft nicht aus, daher wurde zusätzlich das im Rahmen einer freiwilligen Befragung erhobene Merkmal Migrationshintergrund entwickelt, das unterschiedliche Aspekte der Zuwanderung und der Staatsangehörigkeit zusammenfasst. Für die aktuelle Berichterstattung zu den Auswirkungen von Fluchtmigration werden wiederum andere Informationen benötigt, die sich aus dem Aufenthaltsstatus einer Person ableiten lassen.

Auswertungen nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

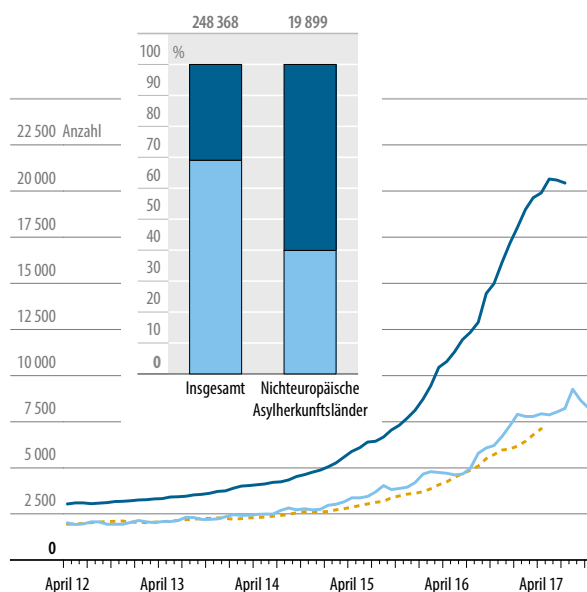
Durch die vermehrte Zuwanderung von Schutzsuchenden nach Deutschland hat auch der Bedarf an Auswertungen zu dieser Personengruppe in der Arbeitsmarktstatistik zugenommen. Aufgrund fehlender Informationen zum Flüchtlingsstatus wurden zunächst hilfswise Auswertungen nach der Staatsangehörigkeit vorgenommen. Dazu wurden die Staatsangehörigkeiten der acht zugangsstärksten nichteuropäischen Herkunftsländer von Asylbewerberinnen und -bewerbern zusammengefasst (Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien).

Die absolute Zahl der aus diesen Ländern stammenden Personen darf aber nicht mit der Zahl der Flüchtlinge in Deutschland gleichgesetzt werden, denn sie enthält auch Personen, die schon lange hier leben. Entscheidend sind vielmehr die Veränderungen in den Zeitreihen, die plausibel im Zusammenhang mit der aktuellen Migration gesehen werden können.

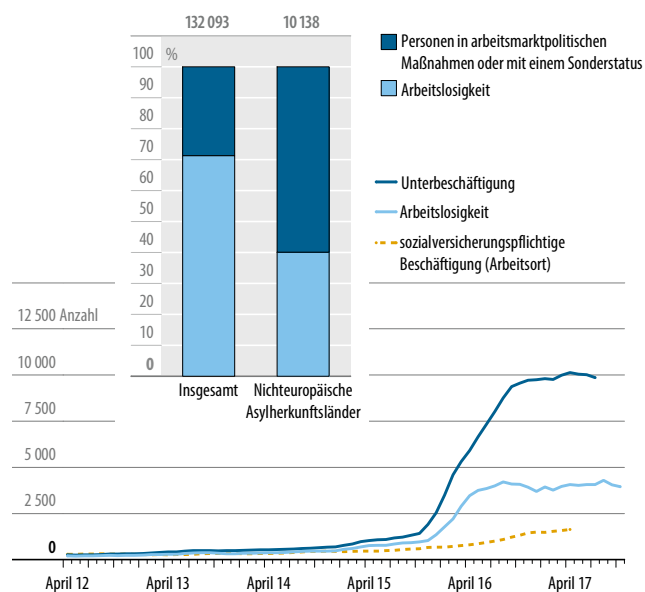
Die Daten über Personen aus den acht zugangsstärksten Herkunftsländern werden vor allem für längere Zeitreihen genutzt, aber auch dort, wo ein Vergleich von Statistiken vorgenommen wird, die das Merkmal Aufenthaltsstatus nicht darstellen

a + b | In Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung gemeldete Personen aus nichteuropäischen Asylherkunftsländern 2012 bis 2017 ...

a ... in Berlin, April 2017



b ... im Land Brandenburg, April 2017



können, wie beispielsweise zu Arbeitslosigkeit und Beschäftigung. Insbesondere die zentralen Integrationsindikatoren Beschäftigungs- und Arbeitslosenquote können nur für die Abgrenzung nach Asylherkunftsländern gebildet werden.

In Berlin waren im April 2017 insgesamt 19 899 Personen aus den acht zugangsstärksten nicht-europäischen Asylherkunftsländern unterbeschäftigt, 84,8 % mehr als im Vorjahresmonat.¹ 7 900 Personen bzw. 39,9 % davon waren arbeitslos (Abbildung a). Gegenüber dem Vorjahresmonat entspricht das einer Zunahme um 68,5 %. Von allen 248 400 in Berlin in Unterbeschäftigung erfassten Personen waren hingegen 69,0 % arbeitslos und 31,0 % in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen oder einem Sonderstatus. Dieser Unterschied ist vor allem dadurch zu erklären, dass Personen während der Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen nicht als arbeitslos gelten.

Im Land Brandenburg wurden im April 2017 insgesamt 10 138 Personen aus den acht zugangsstärksten nichteuropäischen Asylherkunftsländern in Unterbeschäftigung erfasst. Gegenüber dem Vorjahresmonat entspricht das einem Anstieg von 71,3 %. 4 063 bzw. 40,1 % dieser Personen waren arbeitslos. Das sind 17,0 % mehr als im April 2016. Werden alle 132 093 im Land Brandenburg in Unterbeschäftigung erfassten Personen betrachtet, so lag der Anteil der Arbeitslosen bei 71,3 % (Abbildung b).

In beiden Ländern ist infolge der verstärkten Zuwanderung ein deutlicher Anstieg von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung bei Personen aus den nichteuropäischen Asylherkunftsländern insbesondere in den Jahren 2015 und 2016 zu erkennen. Im Land Brandenburg war der Anstieg in diesem Zeitraum prozentual stärker als in Berlin, was vor allem damit zu erklären ist, dass vorher nur wenige Personen mit den betrachteten Staatsangehörigkeiten in Brandenburg lebten. Aus dem

gleichen Grund ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in dieser Personengruppe im Vergleich zur Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit im Land Brandenburg deutlich geringer als in Berlin.

Personen im Kontext von Fluchtmigration

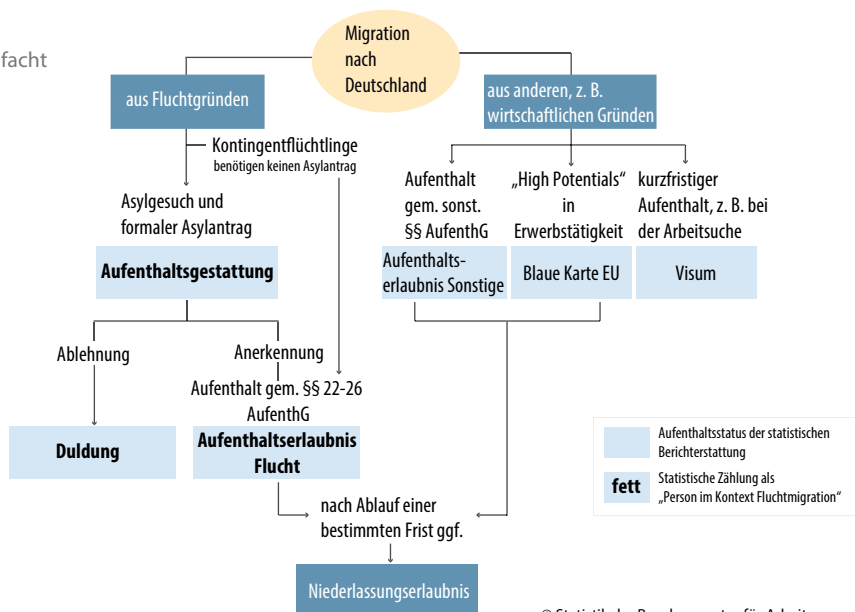
Seit Juni 2016 ist es in der Arbeitsmarktstatistik möglich, den Aufenthaltsstatus von Personen auszuweisen. Dafür werden Personen nichtdeutscher Herkunft, die sich in Deutschland aufgrund einer Aufenthaltsgestattung, einer Aufenthaltserlaubnis Flucht oder einer Duldung aufhalten, als „Personen im Kontext von Fluchtmigration“ zusammengefasst. In der Kategorie „Aufenthaltserlaubnis Flucht“ sind vor allem diejenigen enthalten, die entweder nach Abschluss des Asylverfahrens oder nach Aufnahme als Kontingentflüchtling eine Aufenthaltserlaubnis erhalten haben. Nicht enthalten sind hingegen diejenigen Personen, die im Rahmen des Familiennachzugs zuwandern (Abbildung c).²

Die Daten zu Personen im Kontext Fluchtmigration können auch nach soziodemografischen Merkmalen, zum Beispiel nach Alter und Geschlecht, ausgewertet werden (Abbildung d). Es zeigt sich, dass unter ihnen sowohl bei Arbeitslosigkeit als auch bei den zur Unterbeschäftigung zählenden Sondertatbeständen und Maßnahmeteilnahmen ein deutlich höherer Anteil an Jüngeren und an Männern zu finden ist als in der Gesamtbevölkerung. Das gilt gleichermaßen für Berlin und Brandenburg, wobei im Land Brandenburg die 20- bis unter 25-Jährigen und in Berlin die 25- bis unter 30-Jährigen die jeweils größte Gruppe bilden.

Der hohe Anteil männlicher Geflüchteter führt zu einer asymmetrischen Alterspyramide der Personen im Kontext Fluchtmigration. Abgesehen davon entspricht deren Altersstruktur weitgehend der idealtypischen Form einer Alterspyramide mit einer breiten Basis, die sich nach oben hin verschlankt. In

c | Aufenthaltsstatus in der statistischen Berichterstattung

Eigene Darstellung, stark vereinfacht



1 In der Unterbeschäftigung werden Personen in Arbeitslosigkeit nach § 16 SGB III, in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und in einem Sonderstatus, wie beispielsweise kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit, erfasst.

2 Diese statistische Definition orientiert sich vorrangig an der Beteiligung am Asylverfahren und entspricht nicht notwendigerweise anderen Definitionen.

Berlin ist dies bei der Gesamtzahl der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten ansatzweise zu sehen, im Land Brandenburg hingegen hat sich das Verhältnis umgekehrt, sodass die Gruppen ab 50 Jahre am stärksten besetzt sind.

In allen Altersgruppen gilt, dass der verstärkte Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente bei Geflüchteten eine hohe Entlastungswirkung entfaltet, das heißt die Arbeitslosigkeit erheblich reduziert wird.

Migrationshintergrund

In § 281 Abs. 2 SGB III hat der Gesetzgeber das Interesse an einem zusätzlichen Nachweis über den Migrationshintergrund in den Arbeitsmarktstatistiken der Bundesagentur für Arbeit zum Ausdruck gebracht.

Ein Migrationshintergrund liegt vor, wenn

1. die befragte Person nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder
2. der Geburtsort der befragten Person außerhalb der heutigen Grenzen der Bundesrepublik Deutschland liegt und eine Zuwanderung in das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach 1949 erfolgte oder

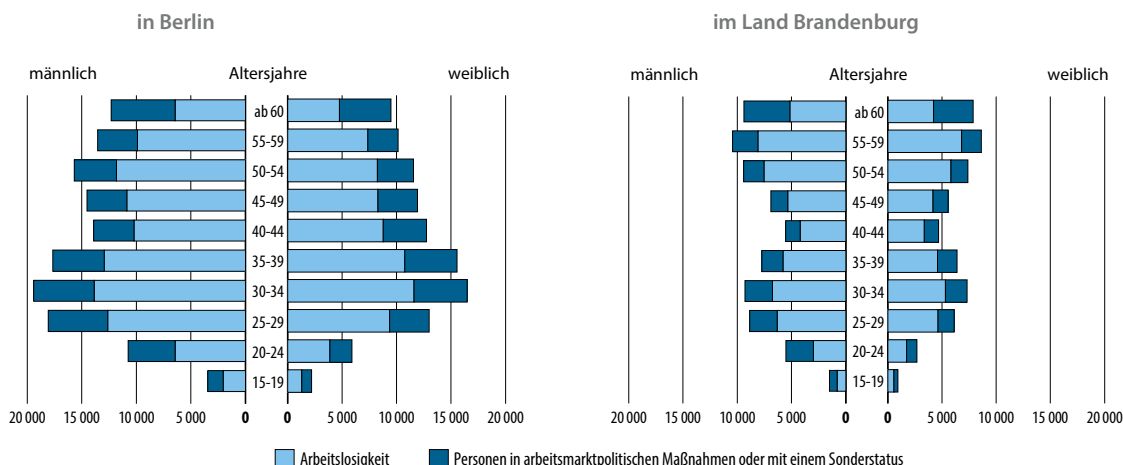
3. der Geburtsort mindestens eines Elternteiles der befragten Person außerhalb der heutigen Grenzen der Bundesrepublik Deutschland liegt sowie eine Zuwanderung dieses Elternteiles in das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach 1949 erfolgte.

Durch die Verknüpfung von Informationen zur Staatsangehörigkeit und zur Zuwanderung lässt sich jeder Person ein Migrationsstatus zuordnen. In der statistischen Darstellung werden folgende Gruppen unterschieden:

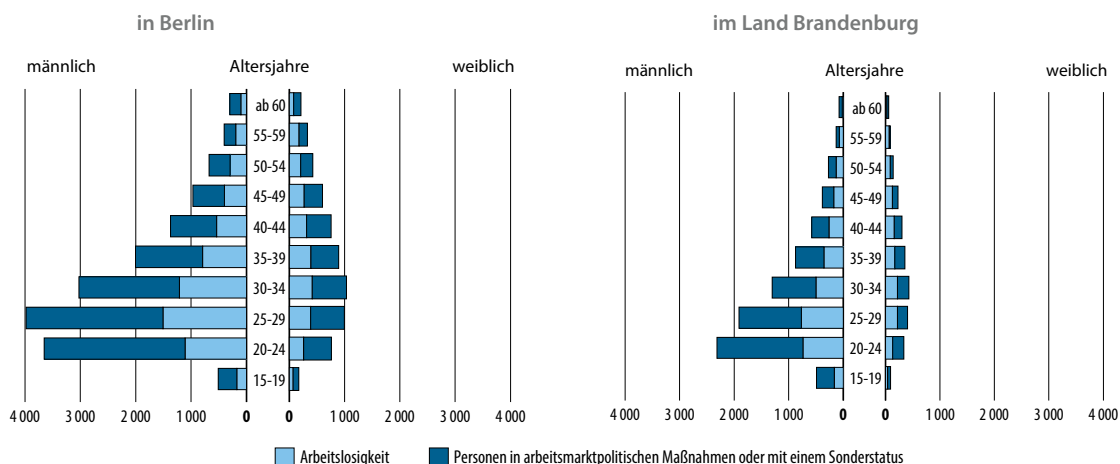
- Ausländer ohne eigene Migrationserfahrung,
- Ausländer mit eigener Migrationserfahrung,
- Deutsche mit eigener Migrationserfahrung, darunter: Aussiedler/Spätaussiedler,
- Deutsche ohne eigene Migrationserfahrung mit Migrationshintergrund, der sich aus der Zuwanderung der Eltern ableitet und
- Deutsche ohne Migrationshintergrund.

Geflüchtete Menschen erhalten demnach den Status „Ausländer mit eigener Migrationserfahrung“. Ihre in Deutschland geborenen Kinder sind dann Deutsche oder Ausländer mit Migrationshintergrund, aber ohne eigene Migrationserfahrung.

d | Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung insgesamt nach Alter und Geschlecht, April 2017



e | Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung für Personen im Kontext von Fluchtmigration nach Alter und Geschlecht, April 2017



Der Migrationshintergrund ist derzeit nicht geeignet, das aktuelle Geschehen zum Thema Flucht abzubilden, da hierunter auch Personen fallen, die aus anderen Gründen als Flucht oder Asyl nach Deutschland zuwanderten. Die hohe Bedeutung dieses Merkmals leitet sich aus der langfristigen Perspektive ab: Der Status „mit Migrationshintergrund“ bleibt als unveränderliches Merkmal erhalten, während sich der Aufenthaltsstatus oder die Staatsangehörigkeit ändern können. Um den Integrationsfortschritt und -erfolg der Zugewanderten als auch der nachfolgenden Generation langfristig messen zu können, ist das Merkmal Migrationshintergrund unerlässlich. Die Abgrenzung der Geflüchteten zu anderen Gruppen von Zugewanderten (z. B. EU-Freizügigkeit, Blaue Karte, Spätaussiedler) gelingt jedoch nur in dem Maß, in dem weitere

Elke Amend und **Britta Lüdeke** sind im Statistik-Service Ost der Bundesagentur für Arbeit tätig. Am 18. Oktober 2017 stellten sie im Rahmen eines statistischen Kolloquiums am Standort Berlin des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg aktuelle Daten zu geflüchteten Menschen in der Arbeitsmarktstatistik vor.

Informationen über das Herkunftsland oder den Zuwanderungsgrund vorliegen.

Folglich basiert die Berichterstattung zum Thema Flucht/Asyl ausschließlich auf den Merkmalen Aufenthaltsstatus und Staatsangehörigkeit. Der Aufenthaltsstatus liefert eine präzise Angabe zur Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Flüchtlinge ab dem Juni 2016. Die Staatsangehörigkeit aus einem der acht herkunftsstärksten Asylzugangsländer stellt eine Näherungslösung für diese Zahl dar und kommt dann zum Einsatz, wenn entweder eine Zeitreihen- oder eine die Beschäftigungsstatistik einschließende vergleichende Betrachtung angestrebt wird.

Quellen

- Bundesagentur für Arbeit, Statistik (2012): Migrationshintergrund nach § 281 Abs.2 SGB III – Grundlagen der Erhebung. URL: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Methodenberichte/Uebergreifend/Generische-Publikationen/Methodenbericht-Migrationshintergrund-2012.pdf>, Stand: 29.01.2018.
- Bundesagentur für Arbeit, Statistik/Arbeitsmarktberichterstattung (2016): Geflüchtete Menschen in den Arbeitsmarktstatistiken – Erste Ergebnisse, Nürnberg. URL: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Statistische-Analysen/Statistische-Sonderberichte/Generische-Publikationen/Gefluechtete-Menschen-in-den-Arbeitsmarktstatistiken.pdf>, Stand: 29.01.2018.
- Themenseite „Migration und Arbeitsmarkt“ der Bundesagentur für Arbeit. URL: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Migration/Migration-Nav.html>, Stand: 29.01.2018.

Entwicklungen in der amtlichen Statistik

FRIBS – die neue EU-Rahmenverordnung zur Unternehmensstatistik und ihre Auswirkungen auf die deutschen Unternehmensstatistiken

von Ingo Koltzk

Das Europäische Statistische System (ESS) verfolgt mit dem Projekt FRIBS (Framework Regulation Integrating Business Statistics) ein Gesetzesvorhaben, das alle rechtlichen Vorgaben für die Unternehmensstatistiken zusammenfassen soll. Die veränderte Rechtsarchitektur soll die Auswertungsmöglichkeiten bestehender Statistiken flexibilisieren und die Anpassungszeiten der Unternehmensstatistik auf Bedarfsänderungen der Nutzer deutlich verkürzen. Dabei sollen die berichtspflichtigen Unternehmen unter Einhaltung eines vorgegebenen Qualitätsniveaus entlastet werden.

Hin zu einem integrierten Ansatz für Unternehmensstatistiken

Die Unternehmensstatistiken sind neben den Sozial- sowie Agrar- und Umweltstatistiken eine der drei Säulen der künftigen Struktur des ESS. Zur Weiterentwicklung und Vereinfachung von Unternehmensstatistiken hat das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) im Jahr 2012 ein Projekt gestartet, mit dem eine einheitliche Rahmengesetzgebung für die einzelnen Teilbereiche der Unternehmensstatistik koordiniert und in die ESS-Vision eingepasst werden.

Warum ist das erforderlich? Zur Beantwortung dieser Frage wird zunächst der Ausgangspunkt für die Schaffung eines einheitlichen Rahmens für die Unternehmensstatistiken betrachtet.

Die deutsche Unternehmensstatistik war und ist durch primärstatistische Erhebungen und umfangreiche Bereichszählungen geprägt. Das bedeutet, die Unternehmensstatistik besteht aus Einzelstatistiken, die kein konsistent angelegtes Gesamtsystem bilden. Die europäischen Unternehmensstatistiken werden gegenwärtig auf eine Weise erstellt, welche die Bündelung und Anpassung der nationalen Datenbedarfe in Abstimmung mit den europäischen Datenanforderungen bezogen auf spezifische Wirtschaftsbereiche erforderlich machen. Hierbei wird das Fehlen einheitlicher Definitionen und Merkmale bemängelt. Das führt zu Inkonsistenzen bei der Erstellung der europäischen Unternehmensstatistiken, zu einer ineffizienten und unflexiblen Produktion sowie letztendlich zu uneinheitlichen Ergebnissen und damit zu unzufriedenen Nutzenden. Hier setzt der Vorschlag der EU-Kommission für eine Verordnung über europäische Unternehmensstatistiken zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 184/2005¹ und zur Aufhebung von zehn Rechtsakten im Bereich Unternehmensstatistiken an.

Die Europäische Union (EU) steckt den methodischen und rechtlichen Rahmen ab

Eurostat hat dazu ein Rahmenkonzept für die gesamte Unternehmensstatistik mit dem Namen „Framework Regulation Integrating Business Statistics“ (FRIBS) erarbeitet.

Mit dieser Initiative werden die bisherigen Einzelverordnungen in ein einziges Rahmengesetz integriert. Die Zielsetzungen bestehen in:

- der Schaffung eines in sich geschlossenen Bezugsrahmens für die europäischen Unternehmensstatistiken über alle Wirtschaftsbereiche,
- der Rationalisierung hinsichtlich der Vereinheitlichung der Arbeitsprozesse und damit einer kosteneffizienten und modernen Datenproduktion für die Statistischen Ämter,
- der Reduzierung des Verwaltungsaufwandes für die Unternehmen,
- einer größeren Flexibilität der Statistiken und Vergleichbarkeit der Ergebnisse,
- einer schnelleren Reaktion auf sich ändernde Nutzerbedarfe und
- einer gleichzeitigen Erhöhung der Konsistenz und Qualität der Unternehmensstatistiken.

Ein weiteres Ziel der geplanten FRIBS-Verordnung ist die Bereitstellung relevanter Daten zur Evaluierung politischer Maßnahmen der EU, z. B. zur Förderung des Wirtschaftswachstums, der Schaffung von Arbeitsplätzen, der Wettbewerbsfähigkeit von Forschung und Innovation, des digitalen Binnenmarktes und zur Anpassung an neue Gegebenheiten, wie den Folgen der Globalisierung.

Auswirkungen von FRIBS

Die Umsetzung der FRIBS-Verordnung ist mit erheblichen Änderungen der Statistikproduktion in einigen Wirtschaftsbereichen verbunden.

Mit der FRIBS-Initiative hat Eurostat inhaltliche Schwerpunkte für die Modernisierung der Unternehmensstatistiken vorgelegt. Potenziell sind von FRIBS in Deutschland zurzeit 53 Einzelstatistiken direkt oder indirekt betroffen. Davon fallen 31 Statistiken in den Zuständigkeitsbereich der Statistischen Ämter der Länder; 22 werden als zentrale Statistiken vom Statistischen Bundesamt durchgeführt.

¹ Verordnung (EG) Nr. 184/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Januar 2005 betreffend die gemeinschaftliche Statistik der Zahlungsbilanz, des internationalen Dienstleistungsverkehrs und der Direktinvestitionen (ABl. L 035, 8.2.2005, S. 23)

Die nachfolgenden wichtigsten Neuerungen geben einen Überblick über die geplanten Änderungen und die voraussichtlichen Auswirkungen von FRIBS auf die Unternehmensstatistiken:

- Ausweitung der Dienstleistungsstatistik durch die Erfassung zusätzlicher Wirtschaftsbereiche,
- Einführung eines Dienstleistungsproduktionsindex,
- Vereinheitlichung der Periodizität sowie der Nachweis von Ergebnissen für die fachliche Einheit (KAU – kind of activity unit) in den Konjunkturstatistiken,
- Änderungen in der Produktionsstatistik,
- Einführung einer Statistik über globale Wertschöpfungsketten in dreijährlichem Rhythmus,
- Modernisierung der Intrahandelsstatistik.

Auswirkungen von FRIBS auf die Dienstleistungsstatistiken

Für die Statistiken im Dienstleistungsbereich wird die geplante EU-Rahmenverordnung FRIBS weitreichende Folgen haben. Bei der Struktur- und der Konjunkturstatistik im Dienstleistungsbereich sehen die Pläne von Eurostat gravierende Änderungen bei den Berichtspflichten vor. Mit diesen Änderungen werden folgende Ziele verfolgt:

- Ausweitung des Erfassungsbereiches (Struktur und Konjunktur),
- zusätzliche Untergliederungen und Variablen bei den Vorergebnissen (Struktur),
- zusätzliche Untergliederungen und Variablen bei den endgültigen Ergebnissen (Struktur),
- Verkürzung der Periodizität von vierteljährlich auf monatlich (Konjunktur),
- Einführung von preisbereinigten Umsatzindizes (Konjunktur).

Die wesentlichsten Änderungen können wie folgt zusammengefasst werden. Bei der Konjunkturstatistik (unterjährig) im Dienstleistungsbereich sollen neben den bisher befragten Wirtschaftsbereichen die Abteilungen 68 Grundstücks- und Wohnungswesen sowie 77 Vermietung von beweglichen Sachen und die Gruppen 81.1 Hausmeisterdienste sowie 81.3 Garten und Landschaftsbau zusätzlich erfasst werden. Bei der Strukturstatistik (jährlich und mehrjährig) ist die zusätzliche Erfassung der Abschnitte P – Erziehung und Unterricht, Q – Gesundheits- und Sozialwesen, R – Kunst, Unterhaltung und Erholung sowie der Abteilung S96 Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen geplant (Tabelle 1). Für den Wirtschaftsabschnitt K – Erbringung von

1 | Erweiterung der Strukturstatistiken durch FRIBS

Liste der neuen Wirtschaftsgruppen, für die nach FRIBS Angaben zu liefern sind

| Wirtschaftsabschnitt | WZ-Nr. | Bezeichnung |
|--|--------|--|
| K Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen | K66.2 | Mit Versicherungsdienstleistungen und Pensionskassen verbundene Tätigkeiten |
| P Erziehung und Unterricht | P85.1 | Kindergärten und Vorschulen |
| | P85.2 | Grundschulen |
| | P85.3 | Weiterführende Schulen |
| | P85.4 | Tertiärer und post-sekundärer, nicht tertiärer Unterricht |
| | P85.5 | Sonstiger Unterricht |
| | P85.6 | Erbringung von Dienstleistungen für den Unterricht |
| Q Gesundheits- und Sozialwesen | Q86.1 | Krankenhäuser |
| | Q86.2 | Arzt- und Zahnarztpraxen |
| | Q86.9 | Gesundheitswesen a. n. g. |
| | Q87.1 | Pflegeheime |
| | Q87.2 | Stationäre Einrichtungen zur psychosozialen Betreuung, Suchtbekämpfung u. Ä. |
| | Q87.3 | Altenheime; Alten- und Behindertenwohnheime |
| | Q87.9 | Sonstige Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime) |
| | Q88.1 | Soziale Betreuung älterer Menschen und Behinderter |
| | Q88.9 | Sonstiges Sozialwesen (ohne Heime) |
| R Kunst, Unterhaltung und Erholung | R90.0 | Kreative, künstlerische und unterhaltende Tätigkeiten |
| | R91.0 | Bibliotheken, Archive, Museen, botanische und zoologische Gärten |
| | R92.0 | Spiel-, Wett- und Lotteriewesen |
| | R93.1 | Erbringung von Dienstleistungen des Sports |
| | R93.2 | Erbringung von sonstigen Dienstleistungen der Unterhaltung und Erholung |
| S Erbringung von sonstigen Dienstleistungen | S96.0 | Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen |

Finanz- und Versicherungsdienstleistungen sind zusätzliche, möglichst lückenlose Daten zur Erfüllung der EU-Anforderungen zu liefern. Die Verkürzung der Periodizität bei der Konjunkturstatistik sieht die Umstellung von einer quartalsweisen auf eine monatliche Lieferung der Ergebnisse zu den Umsätzen der übrigen Dienstleistungen vor, jedoch nicht zur Anzahl der Beschäftigten. Auch der neu zu entwickelnde und zu berechnende Dienstleistungsproduktionsindex soll monatlich geliefert werden. Die größte Herausforderung ist die Verwendung der fachlichen Einheit (KAU) anstatt des Unternehmens als Darstellungseinheit im Sinne einer rechtlichen Einheit. Für das Unternehmensregister (URS) als Auswertungsinstrument für die Unternehmensdemografie sind Erweiterungen dahingehend geplant, dass eine vierteljährliche Datenübermittlung zu Gewerbeanmeldungen und Insolvenzen an Eurostat erfolgen wird sowie Informationen auf regionaler Ebene zur Verfügung stehen sollen. Als neue Variable sollen „Investitionen in Maschinen und Ausrüstung“ bei den Endergebnissen der Strukturhebung im Dienstleistungsbereich eingeführt werden.

Auswirkungen von FRIBS auf die Statistiken des Produzierenden Gewerbes

Die voraussichtlichen Auswirkungen von FRIBS auf die Statistiken im Produzierenden Gewerbe sind nicht so umfangreich wie im Dienstleistungsbereich. Als wichtigste Maßnahme für die Erhebung sind die Ausweitung der Saisonbereinigung und die Umstellungen im PRODCOM² relevant. Mit FRIBS werden Kalender- und/oder Saisonbereinigungen in 79 Wirtschaftszweigen verpflichtend, das heißt, Effekte wie die Zahl der Verkaufstage, der Feiertage, usw. werden aus den Messzahlen herausgerechnet. Für die nationale Umsetzung sind insgesamt 20 Einzelmaßnahmen für das Produzierende Gewerbe identifiziert. Darüber hinaus wird seitens des Statistischen Bundesamtes geprüft, inwieweit die Einführung der fachlichen Einheit (KAU) als Darstellungseinheit und die Erweiterungen der Erfassungsbereiche in den Dienstleistungsstatistiken Änderungen bei den Erhebungen des Produzierenden Gewerbes erforderlich machen.

Für den produzierenden Bereich gilt, dass alle ihn betreffenden Maßnahmen des Projektes FRIBS in der bestehenden Konjunkturerhebung im produzierenden Bereich entweder bereits abgedeckt (z. B. Periodizität der Erhebung) oder aus faktischen Gründen nicht mehr steigerungsfähig sind, wie etwa die weitere Verkürzung der Meldefristen.

Die Ausweitung des Erfassungsbereiches auf die Marktproduzenten der Dienstleistungsbereiche P-R und S96 stellt eine sinnvolle Ergänzung zum derzeitigen Angebot dar. Im Vordergrund stehen aus methodischer Sicht dabei Überlegungen der Nutzung von Verwaltungsdaten sowie Schätzverfahren. Allerdings zeichnet sich bereits jetzt ab, dass die Erfüllung der von der EU geplanten neuen sich ausweitenden Datenanforderungen ohne

einen Verzicht auf die Ausweitung primärstatistischer Erhebungen nicht realisierbar ist. Ein hoher Mehraufwand bei Bund und Ländern ist durch die Ausweitung des Erfassungsbereiches bei den Konjunktur- und Strukturstatistiken zu erwarten. Der Umstieg auf das neue Einheitenkonzept wird ebenfalls nicht ohne größere Mehrbelastung zu bestreiten sein.

Sowohl für die Auskunft gebenden Unternehmen als auch für die Statistikproduzenten bedeutet die Umsetzung von FRIBS einen hohen Aufwand. Der dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg entstehende Mehrbedarf wurde im Rahmen der Folgekostenabschätzung (Impact Assessment) für FRIBS ermittelt.

Problematische Aspekte von FRIBS

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt können noch nicht für alle vorgesehenen Veränderungen Lösungen präsentiert werden. Die Frage, wie das neue Konzept in Deutschland praktisch umgesetzt wird, ist derzeit noch weitgehend unklar. Problematische Aspekte von FRIBS sind:

- Die Erweiterung des Erfassungsbereiches der Unternehmensstatistiken um weitere Wirtschaftszweige, wie z. B. sonstige Dienstleistungen, steht konträr zum Ziel der Entlastung der Auskunftspflichtigen.
- Kosten und belastungsträchtige Inhalte sollen bei FRIBS mit Kommissionsrechtsakten (delegierte Rechtsakte) geregelt werden.
- Zur Umsetzung der Datenanforderungen sind in Deutschland auf nationaler Ebene Gesetzesänderungen notwendig, um den erweiterten Erfassungsbereich befragen zu können.
- Die Forderungen der EU sind mit erheblichen Ausweitung der Unternehmensstatistik im Dienstleistungsbereich verbunden. Der voraussichtliche Mehrbedarf wurde im Impact Assessment für FRIBS kalkuliert, wobei die Fragen der Finanzierung für die Umsetzung bisher ungeklärt sind.
- Die Anwendung des EU-Unternehmensbegriffs in den Unternehmensstatistiken ist inhaltlich unabhängig von FRIBS. Die Anwendung des EU-Unternehmensbegriffs mit der Umstellung auf die Darstellungseinheit „fachliche Einheit (KAU)“ und von FRIBS sind jedoch zeitlich parallel umzusetzen.
- In der Diskussion befindet sich der Punkt, ob nur marktwirtschaftliche Tätigkeiten oder auch nicht-marktwirtschaftliche Tätigkeiten im Sinne von öffentlichen Gütern nachzuweisen sind.

PRODCOM ist ein System zur Sammlung und Verbreitung von Statistiken über die Produktion von Gütern. Der Begriff leitet sich ab aus der französischen Version „PRODUCTION COMMUNAUTAIRE“ (Gemeinschaftliche Produktion) für Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden und Herstellung

von Waren: Sektionen B und C der Statistischen Systematik der Europäischen Union (NACE 2). Die Prodcum-Produktionsstatistiken basieren auf der als PRODCOM-Liste bezeichneten Produkt-Klassifikation, die etwa 3 900 Güterkategorien beinhaltet.

Aktueller Beratungsstand für die europäische Gesetzgebung

Mit FRIBS wird das Ziel verfolgt, ein einheitliches System der Unternehmensstatistik über alle Einzelstatistiken in den unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen zu schaffen. Mittels eines höheren Grades an Standardisierungen sollen einerseits Synergieeffekte erreicht werden und andererseits dürften durch das einheitliche System schnellere Reaktionen ermöglicht werden, um sich zukünftig besser an veränderte Informationsbedarfe anpassen zu können.

Anfang 2018 kann zum Beratungsstand zu FRIBS angemerkt werden, dass die offizielle Gesetzesinitiative durch die Kommission an den Rat und an das Europäische Parlament übermittelt wurde. Im März 2017 fand eine erste Befassung im Bundesrat statt. Derzeit ist Eurostat der Auffassung, dass die Rahmenverordnung zu FRIBS bis Ende 2018 verabschiedet wird. Damit wäre eine Anwendung ab 2019 möglich. Nach derzeitigem Terminplan sollen die ersten Datenlieferungen an Eurostat bei den Strukturstatistiken für das Berichtsjahr 2018 im Frühjahr 2020 erfolgen. Die Lieferung der Angaben gemäß den Vorgaben von FRIBS für die Konjunkturstatistiken ist ab dem Berichtsmonat Januar 2023 vorgesehen. Gleichzeitig werden die Konjunkturstatistiken im Jahr 2023 auf das Basisjahr 2020 umgestellt. Für die notwendigen Rückrechnungen sind die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder bei den Konjunkturstatistiken ab Berichtsmonat Januar 2020 auf die Angaben gemäß FRIBS angewiesen.

Die erforderlichen Umsetzungsmaßnahmen für eine Datengewinnung ab Januar 2020 wurden durch Arbeitsgremien der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder bereits in Angriff genommen.

Ingo Koltzk leitet die Abteilung *Wirtschaftsbereiche und Unternehmen* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Unternehmen und Arbeitsstätten

Entwicklung des Gründungsgeschehens in Berlin und Brandenburg

von **Kerstin Leonhardt**

Gut 1,34 Mill. Gewerbean- und -abmeldungen wurden im Jahr 2016 bei den zuständigen Kommunen in Deutschland angezeigt, darunter rund 77 000 in Berlin und 35 000 im Land Brandenburg. Gegenüber 1996, dem ersten Jahr nach Einführung der Gewerbeanzeigenstatistik als gesetzlich angeordnete Bundesstatistik, ist die Anzahl der Gewerbemeldungen insgesamt gesunken und stagniert derzeit auf niedrigem Niveau. Während im Jahr 2016 deutschlandweit 12,1 % weniger Gewerbe als noch 1996 angemeldet wurden, war im Land Brandenburg ein weit überdurchschnittlicher Rückgang der Gewerbebeanmeldungen um 31,7 % gegenüber 1996 zu verzeichnen. Gleichzeitig ist die Anzahl der im Land Brandenburg angemeldeten Gewerbe über den Zeitraum in der Summe schneller gesunken als die Anzahl der abgemeldeten Gewerbe. Für Berlin zeigt sich jedoch der entgegengesetzte Trend. Die Spreemetropole kann im selben Zeitraum mit einem Plus bei den Gründungen von 5,1 % gegenüber 3,9 % bei den Gewerbeabmeldungen aufwarten.

Dieser Beitrag gibt einen Überblick zur Entwicklung des Gründungsgeschehens in der Metropolregion Berlin-Brandenburg und zu strukturellen Aspekten der unterschiedlichen Arten von Neugründungen hinsichtlich ihrer Relevanz und wirtschaftlichen Ausrichtung einschließlich einer differenzierten Betrachtung des Frauenanteils und der Staatsangehörigkeit von Gewerbetreibenden.

Die Gewerbeordnung

Die 1869 als Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund erlassene Gewerbeordnung (GewO)¹ gilt in Deutschland als das älteste Gesetz des öffentlichen Wirtschaftsrechts, das noch in Kraft ist. Über die GewO wird die Gewerbefreiheit in Deutschland einerseits gesetzlich verankert, andererseits aber auch dort, wo es notwendig ist, beschränkt. Durch die GewO in Zusammenhang mit einer Vielzahl von Gesetzen des sogenannten Gewerbenebenrechts wird das gesamte Gewerberecht, das heißt insbesondere Zulassung, Umfang und Ausübung eines Gewerbes sowie die Art der Gewerbebetriebe geregelt. Die GewO enthält umfangreiche Vorschriften zum Arbeitsschutz und zur Betriebssicherheit sowie zahlreiche Straf- und Bußgeldvorschriften, unter anderem zum Schutz der Beschäftigten und zum Verbot der Unterhaltung eines genehmigungspflichtigen Gewerbes ohne Genehmigung.

Ein Gewerbe wird über § 6 GewO „Anwendungsbereich“ und gemäß der ständigen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts als jede erlaubte nach außen und auf Gewinnerzielung gerichtete, auf Dauer angelegte, selbstständige Tätigkeit, ausgenommen der Urproduktion, der freien Berufe und der bloßen Verwaltung und Nutzung eigenen Vermögens definiert. Das Betreiben eines Gewerbes ist in Deutschland grundsätzlich nicht an die Erteilung einer Erlaubnis gebunden, sondern nach § 14 GewO lediglich anzeigepflichtig.

Durchführung der Gewerbeanzeigenstatistik als Bundesstatistik seit 1995

Bestrebungen, Daten über das Gründungsgeschehen in einer Region statistisch zu erfassen, gibt es bereits seit vielen Jahren. So erhielten die Statistischen Ämter der Länder Berlin und Brandenburg bis Mitte der 1990er Jahre auf Grundlage der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung der §§ 14, 15 und 55 c der GewO (GewAnzVwV)² sowie der Gewerbeanzeigerverordnung (GewAnzV)³ Durchschriften der Gewerbe-, -um- und -abmeldungen für die Zwecke der Gewerbeanzeigenstatistik im Rahmen einer Landesstatistik.

Erst seit Dezember 1995 wurde mit Änderung der GewO über das Gewerberechtsänderungsgesetz von 1994 die Voraussetzung für die systematische Erfassung der Gewerbeanzeigen im Rahmen einer Bundesstatistik geschaffen. § 14 der GewO ordnet die Anzeigepflicht im Falle der Aufnahme, Verlegung, Aufgabe und Erweiterung der Geschäftstätigkeit eines Gewerbebetriebes sowie die Durchführung der Erhebung als Bundesstatistik an und regelt den Empfängerkreis, Übermittlungswege und Ver-

¹ Gewerbeordnung (GewO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 202), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Oktober 2017 (BGBl. I S. 3562) geändert worden ist.

² Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Durchführung der §§ 14, 15 und 55 c der Gewerbeordnung (GewAnzVwV) vom

25. Januar 1996 (ABl./96, [Nr. 09], S. 186, die zuletzt durch Erlass des MW vom 16. März 2000 (ABl./00, [Nr. 18], S. 218.) geändert worden ist.

³ Verordnung zur Ausgestaltung des Gewerbeanzeigerverfahrens (Gewerbeanzeigerverordnung – GewAnzV) vom 22. Juli 2014 (BGBl. I S. 1208).

wendungszwecke der Gewerbeanzeigen. Die Anzeigepflicht bildet zugleich eine wichtige Grundlage für die öffentlich-rechtliche Gewerbeüberwachung durch die Kommunen und zuständigen Behörden.

Die Gewerbeanzeigenstatistik erhebt monatlich Daten zur Anzahl der Gewerbean- und -abmeldungen für Gewerbebetriebe – das heißt für Haupt- und Zweigniederlassungen sowie unselbstständige Zweigstellen auf Gemeindeebene – differenziert nach der Art der wirtschaftlichen Tätigkeit, Rechtsformen und Gründen, die für die entsprechende Meldung maßgeblich waren. Außerdem werden Angaben zum Geschlecht und zur Staatsangehörigkeit der Gewerbetreibenden erfasst.

Für die nachfolgenden anzeigepflichtigen Vorgänge ist gegenüber der zuständigen Meldebehörde eine Gewerbean- bzw. -abmeldung zu erstatten.

Gewerbeanmeldung:

- Neugründung,
- Gründung nach dem Umwandlungsgesetz⁴,
- Wiedereröffnung nach Verlegung aus einem anderen Meldebezirk (Zuzug),
- Änderung der Rechtsform,
- Eintritt von Gesellschaftern sowie
- Übernahme durch Erbfolge, Kauf oder Pacht eines Gewerbebetriebes.

Gewerbeabmeldung:

- vollständige Aufgabe eines Betriebes,
- Abmeldung eines Betriebes nach dem Umwandlungsgesetz,
- Verlagerung in einen anderen Meldebezirk (Fortzug),
- Änderung der Rechtsform,
- Austritt von Gesellschaftern sowie
- Übergabe des Gewerbebetriebes infolge von Erbfolge, Verkauf und Verpachtung.

Daten über die An- und Abmeldung von Gewerbebetrieben liefern wichtige aktuelle Informationen über Existenzgründungen, Betriebsschließungen und Unternehmensverlagerungen, die eine Einschätzung der Dynamik von Gründungsprozessen ermöglichen und Folgen von geänderten Rahmenbedingungen im Hinblick auf positive Effekte oder Fehlentwicklungen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft statistisch belegen. Allerdings können anhand der Gewerbeanzeigenstatistik keine Aus-

sagen zur Gründungsdynamik im Bereich der freiberuflichen Tätigkeiten (freie wissenschaftliche, künstlerische und schriftstellerische Tätigkeiten sowie Dienstleistungen höherer Art, die eine höhere Bildung erfordern) getroffen werden. Gründerinnen und Gründer in diesen Bereichen sind von der Gewerbeanzeigepflicht befreit und benötigen für die Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit lediglich die steuerliche Anmeldung beim zuständigen Finanzamt.

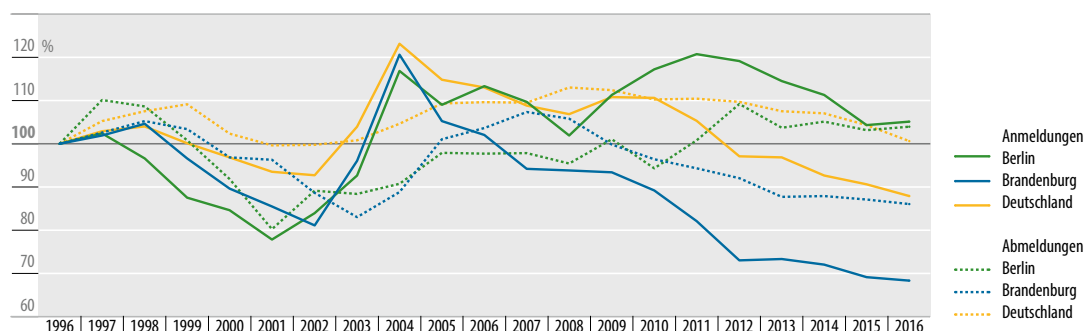
Anhand von Daten zur Dynamik des Gründungsgeschehens allein lassen sich jedoch keine Annahmen zur Entwicklung der Wirtschaftskraft einer Region ableiten. Informationen über aktuelle Existenzgründungen können zum Zeitpunkt der Gründung keine Aussagen zur Nachhaltigkeit und wirtschaftlichen Relevanz der beabsichtigten Unternehmensgründung liefern. Die Prosperität einer Volkswirtschaft wird letztlich weniger durch neue Marktteilnehmer als vielmehr durch zahlreiche globale Faktoren, insbesondere jedoch durch das nachhaltige Wachstum der bestehenden und etablierten Unternehmen beeinflusst. Sie sind jedoch ein guter Indikator für die Messung der kurz- und langfristigen Wirksamkeit von Struktur- und Förderprogrammen.

Insgesamt rückläufiger Trend bei Gewerbean- und -abmeldungen

Die Zahl der Gewerbean- und -abmeldungen folgt seit Jahren einem insgesamt rückläufigen Trend, der sowohl für Deutschland als auch für das Land Brandenburg, jedoch nicht in Berlin zu beobachten ist. In Zeiten schwacher wirtschaftlicher Konjunktur und hoher Arbeitslosigkeit ist die Bereitschaft, das Risiko der Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit einzugehen, besonders hoch.

Nachdem der Zeitraum 1998 bis 2001 von einer kontinuierlichen Abnahme der Gewerbeanmeldungen geprägt war, konnte seit dem Jahr 2003 infolge von Fördermaßnahmen in Form sogenannter Ich-AGs sowie Gründungen, die mithilfe des Überbrückungsgeldes der Bundesagentur für Arbeit gefördert wurden, ein kurzfristiger Anstieg der angemeldeten Gewerbebetriebe verzeichnet werden, der seinen Höhepunkt im Jahr 2004 erreichte (Abbildung a). Auch die nächste größere Gründungswelle in und nach den Jahren der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2009 bis 2011 führte nicht zu einer Sta-

a | Veränderung der Anzahl der Gewerbean- und -abmeldungen 1996 bis 2016 in Berlin, im Land Brandenburg und in Deutschland (1996 = 100)



⁴ Umwandlungsgesetz (UmwG) vom 28. Oktober 1994 (BGBl. I S. 3210; 1995 I S. 428), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2434) geändert worden ist.

bilisierung des Gründungsverhaltens auf hohem Niveau. Insgesamt war in den letzten sechs Jahren eine kontinuierlich abnehmende Anzahl der angemeldeten Gewerbe zu beobachten, allerdings in Berlin und Brandenburg auf einem unterschiedlichen Level.

Allein die Anzahl der angemeldeten Gewerbebetriebe bietet jedoch keinen Aufschluss darüber, welche Überlebensrate, das heißt nachhaltige wirtschaftliche Relevanz die angemeldeten Betriebe am Markt haben. Gern wird die Bildung eines Saldos zwischen Gewerbean- und -abmeldungen herangezogen, um ein Wachstum der Unternehmenslandschaft durch neugegründete Unternehmen zu belegen. Dieser Saldo ist allerdings nur sehr eingeschränkt aussagefähig. In der Regel ist die Anzahl der Gewerbeabmeldungen infolge des Meldeverhaltens der Gewerbetreibenden stark unterzeichnet und spiegelt damit die wirtschaftliche Realität nur begrenzt wider. Nicht jede Einstellung eines Gewerbebetriebes wird den zuständigen Kommunen angezeigt, weil entweder die wirtschaftliche Tätigkeit nie aufgenommen wurde oder aber auch Gewerbetreibende mit ausländischer Staatsbürgerschaft in ihre Heimatländer zurückkehren, ohne ihren Gewerbebetrieb abgemeldet zu haben. Hilfreich ist hierzu die Bildung eines Indikators, der die Entwicklung des Saldoanteils an der Anzahl der Gründungen misst. Mit diesem Indikator lässt sich zwar keine Aussage zur Überlebensrate der einzelnen angemeldeten Gewerbebetriebe treffen, jedoch liefert er Hinweise darauf, ob Gründungen auch längerfristig Bestand haben.

Nachhaltigere wirtschaftliche Bedeutung bei echten Betriebsgründungen

In Abbildung b werden der Saldoanteil der Gewerbean- und -abmeldungen an den Gewerbeanmeldungen in der Region insgesamt und der Saldoanteil der (echten) Betriebsgründungen und -aufgaben an den

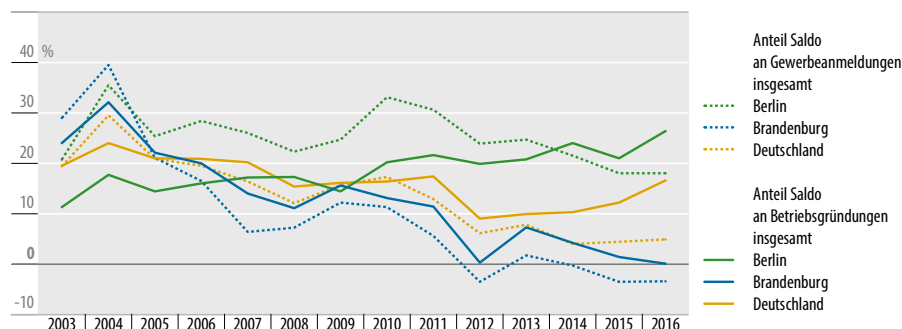
Betriebsgründungen dargestellt. Daten zu Betriebsgründungen können seit der Einführung neuer Meldeformulare im Jahr 2003, die den Belangen der amtlichen Statistik durch die Aufnahme zusätzlicher Erhebungsmerkmale Rechnung tragen, differenziert ausgewertet werden. Mit der detaillierten Erfassung der Gründe für die Erstattung einer Gewerbeanzeige lassen sich echte Marktein- und -austritte der Gewerbebetriebe abgrenzen. Während die Anzahl der Gewerbeanmeldungen sowohl den Zuzug und die Übernahme bestehender Betriebe als auch die Neuerrichtung durch Neugründung oder Umwandlung, also nicht ausschließlich Existenzgründungen, umfasst, können seit 2003 Neugründungen zusätzlich nach Betriebsgründungen und sonstigen Neugründungen unterschieden werden. Als (echte) Betriebsgründung werden im Gegensatz zu den sonstigen Neugründungen jene Gewerbebetriebe erfasst, denen anhand folgender Merkmale eine höhere wirtschaftliche Bedeutung zum Zeitpunkt der Geschäftsaufnahme unterstellt werden kann:

- Gründung des Betriebes durch eine juristische Person oder Personengesellschaft,
- Vorliegen einer Eintragung in das Handelsregister,
- Vorliegen einer Handwerkskarte,
- Beschäftigung mindestens eines Arbeitnehmers.

Zu den sonstigen Neugründungen zählen Gewerbebetriebe, die als Kleingewerbe⁵ oder im Nebenerwerb betrieben werden. Die Zuordnung zur Nebenerwerbsselbstständigkeit⁶ beruht auf der Selbsteinschätzung des Gewerbetreibenden.

Aus der Tatsache, dass der Anteil des positiven Saldos an den Betriebsgründungen seit einigen Jahren deutlich über dem Anteil des Saldos an den Gewerbeanmeldungen insgesamt liegt, lässt sich auf eine nachhaltigere wirtschaftliche Bedeutung der (echten) Betriebsgründungen gegenüber den Markteintritten aus sonstigen Anmeldegründen schließen.

b | Anteil des Saldos an den Gewerbeanmeldungen bzw. Betriebsgründungen 2003 bis 2016 in Berlin, im Land Brandenburg und in Deutschland



⁵ Gründung einer Hauptniederlassung durch eine natürliche Person, ohne dass ein Handelsregistereintrag oder eine Handwerkskarte vorliegt und zum Zeitpunkt der Gründung keine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt sind.

⁶ Ein Nebenerwerb liegt dann vor, wenn eine Selbstständigkeit nicht hauptberuflich, sondern neben einer zeitlich überwiegenden Tätigkeit oder während der Arbeitslosigkeit ausgeübt wird. Als überwiegende Tätigkeiten gelten unter anderem die Erwerbstätigkeit im Beschäftigten- oder Angestelltenverhältnis und die Tätig-

keit als Student/-in oder als Hausfrau/-mann. In Anlehnung an § 138 Abs. 3 SGB III (Arbeitslosigkeit) gilt eine Tätigkeit dann als Nebenerwerb, wenn in der Regel max. 15 Stunden pro Woche oder circa 750 Stunden pro Jahr dafür verwendet werden. Definition neu gefasst, Spezifikation XGewerbeanzeige Version 1.3 (Stand 1. September 2017).

Überdurchschnittlich hoher Anteil des sonstigen Kleingewerbes im Vollerwerb in Berlin

Knapp ein Viertel (22,8 %) aller Neugründungen bundesweit erfolgten im Jahr 2016 in Form einer echten Betriebsgründung, bei knapp einem Sechstel (16,2%) der Neugründungen handelte es sich dabei um als Hauptniederlassung angezeigte Betriebsgründungen. Beim Anteil der als sonstige Neugründung angezeigten Gründungen gibt es im Gegensatz zu den Betriebsgründungen auffällige regionale Unterschiede. Bei der Betrachtung des Anteils der als Hauptniederlassung angezeigten Betriebsgründungen und der sonstigen Neugründungen an den Neugründungen von Hauptniederlassungen insgesamt im Verlauf der letzten sieben Jahre wird deutlich, dass sich die Entwicklung in Brandenburg nach einem anfänglich leicht höheren Anteil (echter) Betriebsgründungen inzwischen dem bundesweiten Trend angenähert hat. Für Berlin allerdings ist ein weit überdurchschnittlicher Anteil des im Vollerwerb betriebenen sonstigen Kleingewerbes (sonstige Neugründung ohne Nebenerwerb) gegenüber einer als Nebenerwerb angezeigten Tätigkeit zu beobachten (Abbildung c).

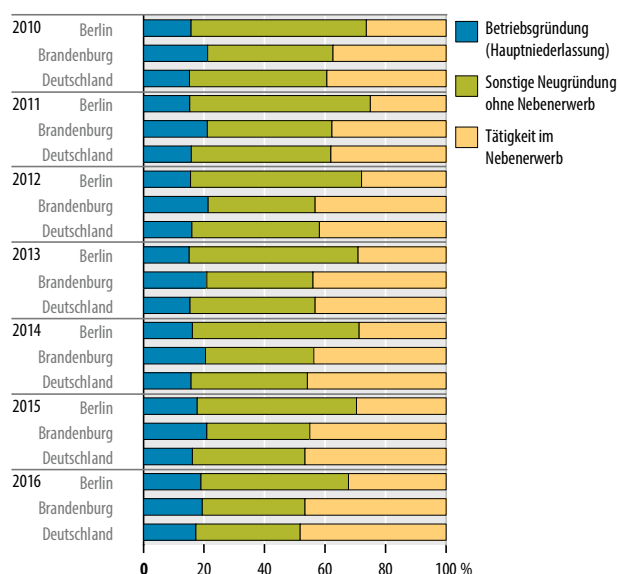
Anzahl echter Betriebsgründungen in Brandenburg stark rückläufig

Im folgenden Teil des Beitrages werden einige strukturelle Unterschiede der verschiedenen Arten der Neugründungen hinsichtlich der Rechtsform und der Art der angemeldeten Gewerbe dargestellt. In die Betrachtung wurden ausschließlich als Hauptniederlassung und nicht als Zweigniederlassung oder unselbstständige Zweigstelle gegründete Betriebe einbezogen, da es sich hierbei in der Regel um echte Existenzgründungen handelt.

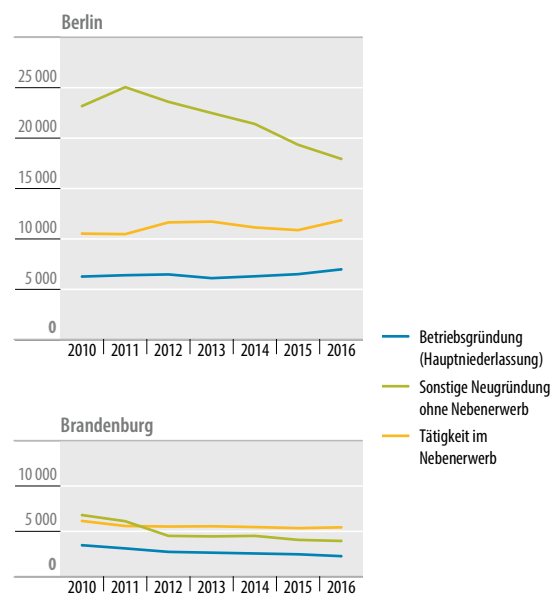
Abbildung d zeigt die Anzahl der Neugründungen nach Art der Neugründung im Zeitverlauf der letzten sieben Jahre für die Länder Berlin und Brandenburg.

Während sich in Berlin der seit drei Jahren wieder zu beobachtende Zuwachs an echten Betriebsgründungen auch im Jahr 2016 stabil fortsetzte, ist in diesem Bereich für Brandenburg eine seit Jahren sinkende Zahl von Anmeldungen zu verzeichnen. Gegenüber dem Jahr 2003 – seit der erstmaligen Erfassung von Daten zur Art der Neugründung – ist die Anzahl der Betriebsgründungen in Deutschland um 24 % und im Land Brandenburg sogar um 47 % gesunken, in Berlin dagegen um 13 % gestiegen. Auf hohem Stand bewegen sich die Anmeldezahlen im Bereich des Kleingewerbes (sonstige Neugründungen), allerdings mit stark sinkender Tendenz. Deutschlandweit wurden im Jahr 2016 noch 83 % der Anmeldezahlen für das Kleingewerbe des Jahres 2003 erreicht, in Brandenburg 64 %. In Berlin wurden zwar im gleichen Zeitraum 27 % mehr Kleingewerbebetriebe gegründet, aber auch hier ist seit dem Jahr 2013 eine rückläufige Tendenz zu verzeichnen. So sinkt gerade die Zahl des im Vollerwerb gegründeten Kleingewerbes seit Beginn der Erfassung im Jahr 2003 kontinuierlich, während die Anzahl der als Nebenerwerb angemeldeten Gewerbe über den gesamten Zeitraum ein dauerhaft stabiles Niveau aufweist. Die Zahl der sonstigen Neugründungen im Vollerwerb fiel in Brandenburg im Jahr 2012 erstmalig geringer aus als die Anmeldezahlen im Bereich der Nebenerwerbsgründungen, dies entspricht dem bundesweiten Trend. In Berlin wurden im Jahr 2016 immer noch 52 % mehr Kleingewerbebetriebe im Vollerwerb als im Nebenerwerb angemeldet, zehn Jahre zuvor waren es mehr als doppelt so viele.

c | Anteil der Neugründungsarten an den Neugründungen von Hauptniederlassungen 2010 bis 2016 in Berlin, im Land Brandenburg und in Deutschland



d | Neugründungen von Hauptniederlassungen 2010 bis 2016 in Berlin und im Land Brandenburg nach Neugründungsarten

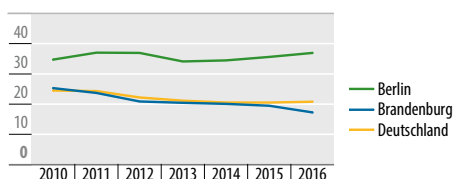


Hohe Gründungsdynamik in Berlin

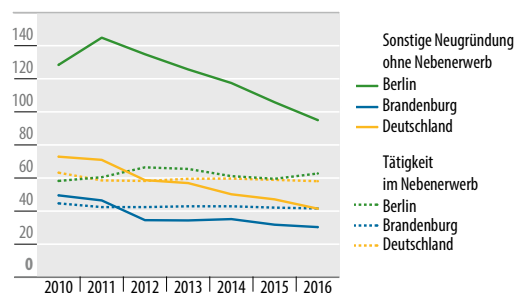
Zur Veranschaulichung der Gründungsdynamik in den Ländern Berlin und Brandenburg im Vergleich zu Deutschland insgesamt wird in den Abbildungen e und f die Anzahl der Neugründungen auf 10 000 Erwerbspersonen⁷, das heißt auf das Gründerpotenzial in der Region, bezogen. Dieser sogenannte Gründerindex spiegelt die Bereitschaft der erwerbsfähigen Bevölkerung wider, den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen.

Deutlich zu erkennen ist eine weit überdurchschnittliche Gründungsbereitschaft in Berlin, sowohl bei den (echten) Betriebsgründungen als auch im Bereich des Kleingewerbes im Vollerwerb, während die Bereitschaft der Brandenburger Bevölkerung, den Schritt in eine selbstständige Existenz zu wagen, leicht unter dem deutschlandweiten Niveau liegt. An dieser Stelle lohnt im folgenden Teil ein Blick auf strukturelle Unterschiede der Gründungstätigkeit in beiden Ländern sowohl für die Betriebsgründungen als auch im Bereich des Kleingewerbes.

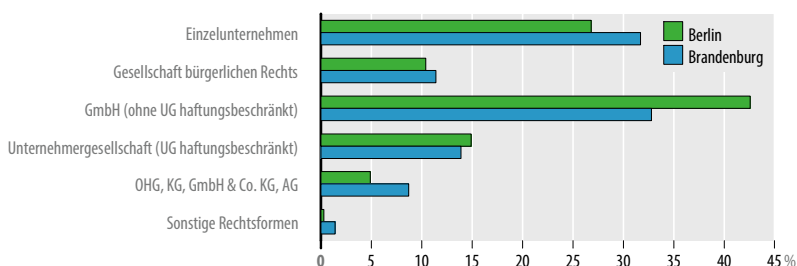
e | Betriebsgründungen von Hauptniederlassungen je 10 000 Erwerbspersonen 2010 bis 2016 in Berlin, im Land Brandenburg und in Deutschland



f | Sonstige Neugründungen je 10 000 Erwerbspersonen 2010 bis 2016 in Berlin, im Land Brandenburg und in Deutschland



g | Anteil der Betriebsgründungen von Hauptniederlassungen 2016 in Berlin und im Land Brandenburg nach zusammengefassten Rechtsformen



Echte Betriebsgründungen erfolgen vorwiegend in Form eines kaufmännischen Geschäftsbetriebes

Wird die für die Unternehmensgründung gewählte Rechtsform differenziert untersucht, lässt sich eine Einschätzung darüber ableiten, ob bei einer Existenzgründung von einem Geschäftsvorhaben mit größerer ökonomischer Bedeutung ausgegangen werden kann. Mit einer Gesellschaftsgründung nach dem Handelsgesetzbuch (HGB) ist in der Regel ein höherer organisatorischer und finanzieller Aufwand für die Gründung als bei einem Einzelunternehmen bzw. einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) erforderlich. Betrachtet werden hierbei ausschließlich die Betriebsgründungen, da für das Kleingewerbe im Vollerwerb definitionsgemäß ausschließlich Einzelunternehmen angemeldet werden können und auch im Nebenerwerb ganz überwiegend Einzelunternehmen gegründet werden.

Knapp zwei Drittel (62%) der als Hauptniederlassung angezeigten Betriebsgründungen wurden in Berlin im Jahr 2016 als kaufmännischer Geschäftsbetrieb im Sinne des HGB, das heißt mit Eintragungspflicht in das Handelsregister, als Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Kommandit-, Aktien- und Unternehmersgesellschaft, haftungsbeschränkt sowie offene Handelsgesellschaft (OHG) angezeigt. Insgesamt 37% der Gewerbebetriebe wurden als Einzelunternehmen oder als GbR angemeldet. In Brandenburg war der Anteil der in Form eines kaufmännischen Geschäftsbetriebes erfolgten (echten) Gründungen mit 56% etwas geringer als in Berlin. Bei 43% der Gründungen hatten sich die Gewerbetreibenden für die Gründung eines Einzelunternehmens oder einer GbR entschieden (Abbildung g).

Die meisten echten Betriebsgründungen erfolgen im Handel, während Kleingewerbetreibende im Vollerwerb überwiegend im Baugewerbe gründen

Die meisten Gründungen in Berlin erfolgten im Jahr 2016 mit einem Anteil von 23,0% an allen Neugründungen bzw. 8 453 Gewerbeanmeldungen im Wirtschaftsabschnitt Baugewerbe überwiegend als Kleingewerbe im Vollerwerb. Gegenüber dem Jahr 2010 hat sich der Anteil um gut 5 Prozentpunkte erhöht. Mit 15,3% folgt der Abschnitt Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen sowie mit Anteilen von jeweils über 10% die Gründungen in den Wirtschaftsabschnitten Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen, Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie im Bereich der sons-

⁷ Zu den Erwerbspersonen zählen Erwerbstätige und Erwerbslose, also der Teil der erwerbsfähigen Bevölkerung, der eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausübt bzw. sucht und für den Arbeitsmarkt verfügbar ist.

tigen vorwiegend persönlichen Dienstleistungen. Während knapp ein Viertel der Neugründungen im Bereich Handel in Form einer echten Betriebsgründung erfolgte, wurden die Gründungen in den anderen drei genannten Dienstleistungsbereichen überwiegend als sonstiges Kleingewerbe im Voll- oder Nebenerwerb angemeldet (Abbildung h).

Spitzenreiter bei den Gründungen im Land Brandenburg im Jahr 2016 war mit knapp einem Fünftel (19,0%) der Anmeldungen bzw. 2.214 angemeldeten Gewerbebetrieben wie bereits vor sechs Jahren der Wirtschaftsabschnitt Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen, gefolgt von den Neugründungen im Bereich der Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen mit 16,1%. Das Baugewerbe nimmt mit 13,7% des Neugründungsanteils den dritten Platz ein. Auch hier erfolgten die Neugründungen überwiegend als sonstiges Kleingewerbe, in den Bereichen Handel und Dienstleistungen mit steigender Tendenz eher als Nebengewerbe und im Baubereich überwiegend als Kleingewerbe im Vollerwerb.

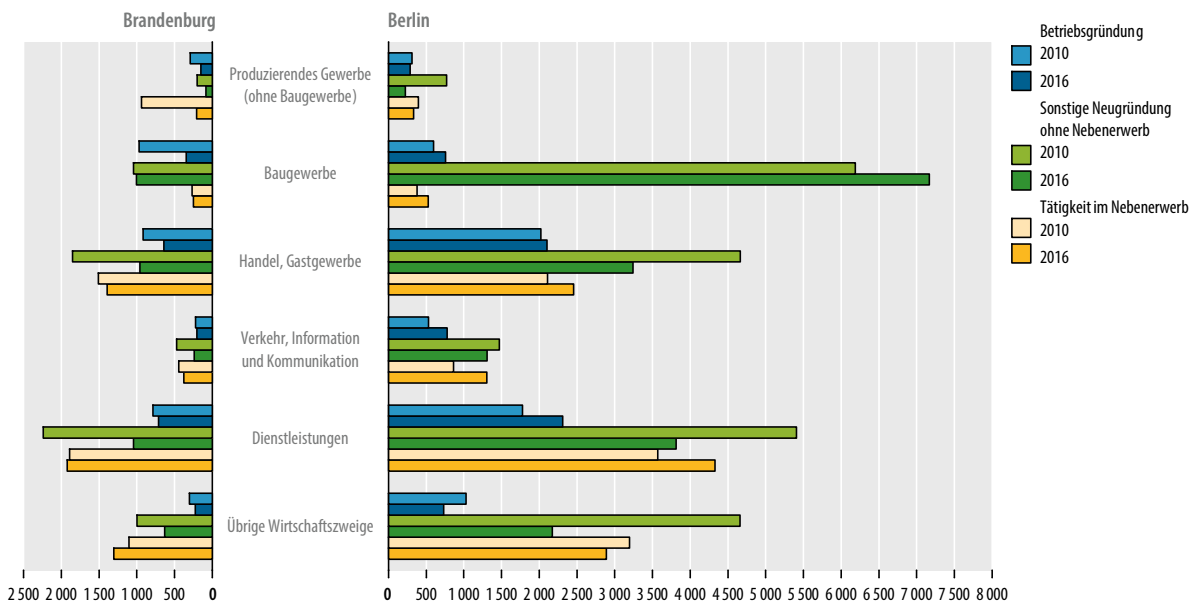
Während im Jahr 2010 die meisten echten Betriebsgründungen im Land Brandenburg mit einem Anteil von fast 28% noch im Baugewerbe erfolgten, fällt dieser Anteil im Jahr 2016 um 13 Prozentpunkte geringer aus. Dies ist vor allem auf die stark rückläufige absolute Anzahl der gemeldeten Betriebsgründungen gegenüber dem Jahr 2010 zurückzuführen, die mit einem Rückgang um 65% im Baubereich überdurchschnittlich hoch ausfiel. Allerdings blieb die Anzahl der als sonstiges Kleingewerbe angemeldeten Baubetriebe entgegen dem Brandenburger Trend stabil, sodass in dieser Neugründungsart ein entsprechender Anteilszuwachs zu verzeichnen war (Abbildung h).

In Brandenburg wie auch in Berlin nahm im Jahr 2016 der Wirtschaftsabschnitt Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen mit einem Anteil von knapp einem Fünftel der Neugründungen den ersten Rang der als echte Betriebsgründung angemeldeten Gewerbe ein. Beim sonstigen Kleingewerbe im Vollerwerb erfolgten die meisten Anmeldungen in beiden Ländern im Baugewerbe mit Neugründungsanteilen von 40,0% in Berlin und 25,4% im Land Brandenburg. Hier sind in beiden Ländern Zuwächse der Anteile von mehr als 10 Prozentpunkten gegenüber dem Jahr 2010 zu verzeichnen. Das sonstige Kleingewerbe im Nebenerwerb wird in beiden Ländern erwartungsgemäß von den wirtschaftlichen und persönlichen Dienstleistungen sowie Tätigkeiten im Bereich Handel dominiert.

Darstellung struktureller Aspekte anhand der Einzelunternehmen

Im Folgenden werden einige strukturelle Unterschiede des Gründungsgeschehens in Berlin und Brandenburg hinsichtlich der Staatsangehörigkeit und des Geschlechts betrachtet. Diese Form der Darstellung bezieht sich definitionsgemäß nicht auf angemeldete Gewerbebetriebe, sondern ausschließlich auf die gewerbetreibenden natürlichen Personen. Daher können hierfür hinsichtlich der Neugründungen nur die Daten der als Einzelunternehmen angemeldeten Betriebe berücksichtigt werden. Obwohl in der folgenden Betrachtung die Betriebsgründungen unvollständig abgebildet werden, da lediglich ein Drittel der Betriebsgründungen in Form eines Einzelunternehmens erfolgt, können die wesentlichen strukturellen Unterschiede anhand der fast vollständigen Abbildung des sonstigen Kleingewerbes gut dargestellt werden (Tabelle 1). Insgesamt erfolgten im Jahr 2016 knapp 85%

h | Neugründungen von Hauptniederlassungen 2010 und 2016 in Berlin und im Land Brandenburg nach Art der Neugründung und zusammengefassten Wirtschaftsbereichen



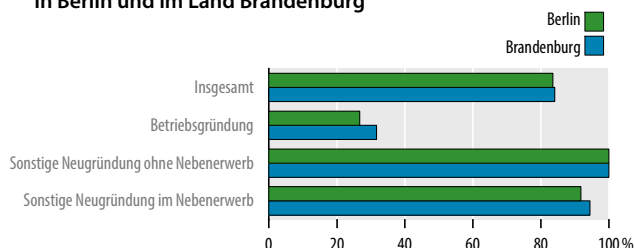
der Neugründungen in Form eines Einzelunternehmens (Abbildung i).

Fast jedes zweite Einzelunternehmen in Berlin und jedes sechste Einzelunternehmen in Brandenburg wird durch Gewerbetreibende nicht deutscher Staatsangehörigkeit gegründet

Die gestiegene Gründungsbereitschaft von Einzelunternehmerinnen und -unternehmern nicht deutscher Staatsangehörigkeit hat einen maßgeblichen Einfluss auf die Gründungsdynamik in den Ländern Berlin und Brandenburg. In beiden Ländern hat sich die Anzahl der im Jahr 2016 angezeigten Einzelunternehmen durch Gewerbetreibende mit ausländischem Pass um mehr als 2 Prozentpunkte gegenüber 2010 erhöht, obwohl im gleichen Zeitraum ein Rückgang der Anzahl neugegründeter Einzelunternehmen um insgesamt 11,1% in Berlin bzw. 30,4% im Land Brandenburg zu verzeichnen war.

In Berlin betrug der Anteil der im Jahr 2010 durch Gewerbetreibende nicht deutscher Staatsangehörigkeit gegründeten Einzelunternehmen noch 41,4%. Im Jahr 2016 erhöhte sich ihr Anteil um fast 6 Prozentpunkte auf 47,5%. Insbesondere der Anteil der nicht deutschen Existenzgründerinnen und -gründer, die ein Kleingewerbe im Vollerwerb anmeldeten, hat sich deutlich um fast 13 Prozentpunkte auf 65,7% erhöht (Abbildung j). Gegenüber dem absoluten Rückgang der Anzahl der durch deutsche Staatsbürgerinnen und -bürger als Kleingewerbe im Vollerwerb angezeigten Einzelunternehmen um 43,5% ist das Gründungsverhalten durch Gewerbetreibende nicht deutscher Staatsangehörigkeit bei einer weit unterdurchschnittlichen Abnahme um 4,1% tendenziell stabiler. Vor allem Einzelunternehmerinnen und -unternehmer mit einem polnischen Pass haben die Niederlassungsfreiheit innerhalb der Europäischen Union genutzt. So ist der Anteil polnischer Staatsbürgerinnen und -bürger an den Gründungen innerhalb des Kleingewerbes im Vollerwerb um 12,1 Prozentpunkte auf insgesamt 28,2% im Jahr 2016 gestiegen. Echte Betriebsgründungen in Form eines Einzelunternehmens erfolgen mit einem Anteil von 37,4% weniger häufig durch nicht deutsche Gewerbetreibende. Allerdings wurde im Jahr 2016 jede zehnte Betriebsgründung in Berlin von türkischen und jede zwanzigste Betriebsgründung von vietnamesischen Staatsbürgerinnen und -bürgern angezeigt (Tabelle 2).

i | Anteil der Einzelunternehmen an den Neugründungen von Hauptniederlassungen 2016 in Berlin und im Land Brandenburg



1 | Neugründungen von Einzelunternehmen (Hauptniederlassungen) 2010 und 2016 in Berlin und im Land Brandenburg nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht

| Staatsangehörigkeit — Geschlecht | 2010 | | | | 2016 | | | | Veränderung 2016 zu 2010 | | | |
|--|-----------|------------------|----------------------|----------------|-----------|------------------|----------------------|----------------|--------------------------|------------------|----------------------|----------------|
| | insgesamt | Betriebsgründung | sonstige Neugründung | | insgesamt | Betriebsgründung | sonstige Neugründung | | insgesamt | Betriebsgründung | sonstige Neugründung | |
| | | | ohne Nebenerwerb | im Nebenerwerb | | | ohne Nebenerwerb | im Nebenerwerb | | | ohne Nebenerwerb | im Nebenerwerb |
| Anzahl | | | | | | | | % | | | | |
| Berlin | | | | | | | | | | | | |
| Insgesamt..... | 39 940 | 6 267 | 23 162 | 10 511 | 36 737 | 6 971 | 17 930 | 11 836 | -8,0 | 11,2 | -22,6 | 12,6 |
| Einzelunternehmen.... | 34 498 | 1 612 | 23 162 | 9 724 | 30 660 | 1 868 | 17 930 | 10 862 | -11,1 | 15,9 | -22,6 | 11,7 |
| davon | | | | | | | | | | | | |
| deutsch..... | 20 227 | 1 066 | 10 876 | 8 285 | 16 087 | 1 170 | 6 148 | 8 769 | -20,5 | 9,8 | -43,5 | 5,8 |
| ausländisch..... | 14 271 | 546 | 12 286 | 1 439 | 14 573 | 698 | 11 782 | 2 093 | 2,1 | 27,8 | -4,1 | 45,4 |
| davon | | | | | | | | | | | | |
| weiblich..... | 11 159 | 516 | 6 319 | 4 324 | 9 106 | 599 | 3 951 | 4 556 | -18,4 | 16,1 | -37,5 | 5,4 |
| männlich..... | 23 339 | 1 096 | 16 843 | 5 400 | 21 554 | 1 269 | 13 979 | 6 306 | -7,6 | 15,8 | -17,0 | 16,8 |
| Brandenburg | | | | | | | | | | | | |
| Insgesamt..... | 16 437 | 3 484 | 6 806 | 6 147 | 11 677 | 2 271 | 3 958 | 5 448 | -29,0 | -34,8 | -41,8 | -11,4 |
| Einzelunternehmen.... | 14 104 | 1 619 | 6 806 | 5 679 | 9 819 | 720 | 3 958 | 5 141 | -30,4 | -55,5 | -41,8 | -9,5 |
| davon | | | | | | | | | | | | |
| deutsch..... | 12 560 | 1 222 | 5 848 | 5 490 | 8 240 | 557 | 2 795 | 4 888 | -34,4 | -54,4 | -52,2 | -11,0 |
| ausländisch..... | 1 544 | 397 | 958 | 189 | 1 579 | 163 | 1 163 | 253 | 2,3 | -58,9 | 21,4 | 33,9 |
| davon | | | | | | | | | | | | |
| weiblich..... | 4 619 | 338 | 2 007 | 2 274 | 3 286 | 244 | 993 | 2 049 | -28,9 | -27,8 | -50,5 | -9,9 |
| männlich..... | 9 485 | 1 281 | 4 799 | 3 405 | 6 533 | 476 | 2 965 | 3 092 | -31,1 | -62,8 | -38,2 | -9,2 |

Das Brandenburger Gründungsgeschehen wird im Gegensatz zu Berlin traditionell von deutschen Existenzgründerinnen und -gründern dominiert (Abbildung j). Allerdings ist auch hier in den letzten Jahren ein hoher absoluter Zuwachs an Existenzgründungen durch Gewerbetreibende nicht deutscher Staatsangehörigkeit zu verzeichnen, der bei insgesamt sinkenden Anmeldezahlen die Struktur des Gründungsgeschehens nachhaltig verändert. Während in Brandenburg im Jahr 2010 noch jedes zehnte Einzelunternehmen durch Gewerbetreibende nicht deutscher Staatsangehörigkeit neu gegründet wurde, erfolgte 2016 bereits jede sechste Gründung durch ausländische Staatsangehörige (Tabelle 2). Die Anzahl der in Brandenburg durch deutsche Gewerbetreibende angezeigten Einzelunternehmen hat sich im Jahr 2016 gegenüber 2010 um gut ein Drittel verringert. Bei den Gewerbetreibenden nicht deutscher Staatsangehörigkeit konnte dagegen im gleichen Zeitraum ein Anstieg der Zahl von Existenzgründungen um 2,3% verzeichnet werden.

Während nicht einmal die Hälfte der Anmeldezahlen der Existenzgründungen des Jahres 2010 im Bereich des sonstigen Kleingewerbes im Vollerwerb

durch deutsche Gewerbetreibende erreicht wurde, ist die Anzahl der angezeigten Gewerbebetriebe durch Einzelunternehmerinnen und -unternehmer mit ausländischem Pass in dieser Neugründungsart um insgesamt 21,4% gestiegen. Die Hälfte der nicht deutschen Existenzgründungen tätigten 2016 polnische und rumänische Staatsangehörige. So ist insbesondere bei den Gewerbetreibenden des 2007 der EU beigetretenen Mitgliedsstaates Rumänien eine Verzehnfachung ihres Anteils an den neugegründeten Einzelunternehmen seit dem Jahr 2010 zu registrieren. Gründungen im Nebenerwerb erfolgten, wie in Berlin, überwiegend durch deutsche Staatsbürgerinnen und -bürger.

Jedes dritte Einzelunternehmen wird von einer Frau gegründet

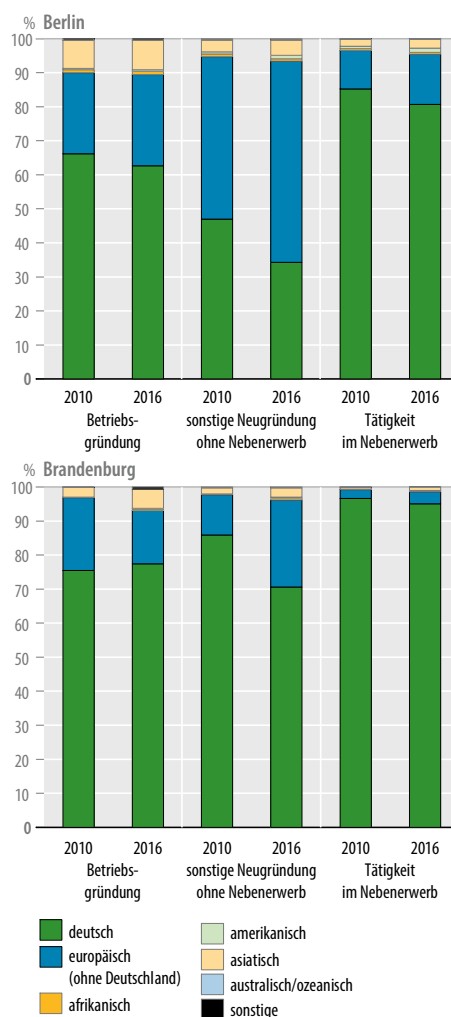
Der Anteil der weiblichen Gewerbetreibenden, die in Berlin und Brandenburg eine Existenz gründen, liegt mit rund einem Drittel der Einzelunternehmen seit Jahren auf einem insgesamt stabilen Niveau, jedoch in beiden Ländern leicht unter dem bundesweiten Durchschnitt von 35,6% im Jahr 2016.

2 | Anteil der Neugründungen von Einzelunternehmen (Hauptniederlassungen) 2010 und 2016 in Berlin und im Land Brandenburg nach Staatsangehörigkeit

Rangfolge 1 bis 10 der Anteile an den Neugründungen insgesamt im Jahr 2016

| Staatsangehörigkeit | 2010 | | | | 2016 | | | |
|---------------------|-----------|------------------|----------------------|----------------|-----------|------------------|----------------------|----------------|
| | insgesamt | Betriebsgründung | sonstige Neugründung | | insgesamt | Betriebsgründung | sonstige Neugründung | |
| | | | ohne Nebenerwerb | im Nebenerwerb | | | ohne Nebenerwerb | im Nebenerwerb |
| % | | | | | | | | |
| Berlin | | | | | | | | |
| Ausländisch..... | 41,4 | 33,9 | 53,0 | 14,8 | 47,5 | 37,4 | 65,7 | 19,3 |
| darunter | | | | | | | | |
| polnisch..... | 11,4 | 1,5 | 16,1 | 1,9 | 17,8 | 4,2 | 28,2 | 2,8 |
| rumänisch..... | 3,0 | 0,4 | 4,2 | 0,4 | 5,5 | 1,4 | 8,9 | 0,6 |
| türkisch..... | 4,3 | 13,5 | 4,5 | 2,4 | 4,2 | 10,1 | 4,7 | 2,3 |
| bulgarisch..... | 7,2 | 1,7 | 10,1 | 1,3 | 3,5 | 2,0 | 5,4 | 0,7 |
| italienisch..... | 0,6 | 1,1 | 0,6 | 0,5 | 1,4 | 1,7 | 1,5 | 1,2 |
| vietnamesisch.. | 1,2 | 4,8 | 1,3 | 0,2 | 1,3 | 5,0 | 1,5 | 0,4 |
| serbisch..... | 0,7 | 1,4 | 0,8 | 0,5 | 0,7 | 0,4 | 0,9 | 0,3 |
| kroatisch..... | 0,2 | 0,2 | 0,3 | 0,1 | 0,6 | 0,7 | 0,8 | 0,4 |
| russisch..... | 0,5 | 0,2 | 0,5 | 0,5 | 0,6 | 0,4 | 0,7 | 0,6 |
| griechisch..... | 0,2 | 0,2 | 0,2 | 0,2 | 0,6 | 0,8 | 0,7 | 0,4 |
| Brandenburg | | | | | | | | |
| Ausländisch..... | 10,9 | 24,5 | 14,1 | 3,3 | 16,1 | 22,6 | 29,4 | 4,9 |
| darunter | | | | | | | | |
| polnisch..... | 5,1 | 16,8 | 5,9 | 0,7 | 4,2 | 1,4 | 8,9 | 1,0 |
| rumänisch..... | 0,4 | 0,4 | 0,8 | 0,1 | 4,1 | 4,6 | 9,1 | 0,2 |
| bulgarisch..... | 0,6 | 0,6 | 1,1 | 0,1 | 1,0 | 0,3 | 2,4 | 0,1 |
| vietnamesisch.. | 0,7 | 2,1 | 1,0 | 0,1 | 0,9 | 3,2 | 1,3 | 0,2 |
| türkisch..... | 0,5 | 1,1 | 0,6 | 0,2 | 0,8 | 3,5 | 1,2 | 0,1 |
| russisch..... | 0,3 | 0,1 | 0,4 | 0,4 | 0,3 | 0,3 | 0,3 | 0,3 |
| griechisch..... | 0,1 | 0,4 | 0,1 | 0,0 | 0,3 | 1,1 | 0,4 | 0,1 |
| lettisch..... | 0,3 | 0,0 | 0,7 | 0,0 | 0,2 | 0,1 | 0,3 | 0,2 |
| litauisch..... | 0,2 | 0,0 | 0,4 | 0,1 | 0,2 | 0,3 | 0,4 | 0,0 |
| italienisch..... | 0,1 | 0,2 | 0,2 | 0,1 | 0,2 | 0,6 | 0,2 | 0,1 |

j | Einzelunternehmen (Hauptniederlassungen) 2010 und 2016 in Berlin und im Land Brandenburg nach Staat/Gebiet und Art der Neugründung



Für Berlin ist allerdings seit 2010 ein geringer Rückgang des Frauenanteils bei den neu gegründeten Einzelunternehmen um 2,6 Prozentpunkte zu verzeichnen. So ist auch die Anzahl der durch Frauen neu gegründeten Gewerbebetriebe im gleichen Zeitraum deutlich stärker gesunken als die Anzahl der angemeldeten Einzelunternehmen insgesamt.

Im Land Brandenburg kann dagegen seit 2010 ein Zuwachs des Frauenanteils bei den Existenzgründungen von knapp einem Prozentpunkt beobachtet werden. Bei insgesamt rückläufigem Gründungs-

verhalten ist die Anzahl der durch Gründerinnen angemeldeten Gewerbebetriebe, hier insbesondere bei den echten Betriebsgründungen, langsamer gesunken als die Anzahl der durch ihre männlichen Mitstreiter angezeigten Gründungen.

Überdurchschnittlich große Verluste der Gründerinnenanteile sind im Bereich des im Vollerwerb betriebenen sonstigen Kleingewerbes zu verzeichnen. Dagegen wurde für das sonstige Kleingewerbe im Nebenerwerb weiterhin eine relativ stabile Frauenquote von ca. 40% erfasst.

3 | Neugründungen (Hauptniederlassungen) durch Einzelunternehmerinnen 2010 und 2016 in Berlin nach Wirtschaftsabteilungen

Rangfolge 15 höchste und niedrigste Anteile an den Einzelunternehmen in den Wirtschaftsabteilungen insgesamt im Jahr 2016

| WZ 2008 | Wirtschaftsabteilung | 2010 | | | | | 2016 | | | | |
|------------|---|---|---------------------------------------|-----------------------|--------------------------|------------------------|---|---------------------------------------|-----------------------|--------------------------|------------------------|
| | | Einzel- unter- nehmen ins- gesamt | Einzel- unter- nehme- rinnen | Art der Neugründung | | | Einzel- unter- nehmen ins- gesamt | Einzel- unter- nehme- rinnen | Art der Neugründung | | |
| | | | | Betriebs- gründung | sonstige Neugründung | | | | Betriebs- gründung | sonstige Neugründung | |
| | | | | | ohne Neben- erwerb | im Neben- erwerb | | | | ohne Neben- erwerb | im Neben- erwerb |
| Anzahl | % | | | | Anzahl | % | | | | | |
| | Insgesamt..... | 34 498 | 32,3 | 32,0 | 27,3 | 44,5 | 30 660 | 29,7 | 32,1 | 22,0 | 41,9 |
| 14 | Herstellung von Bekleidung..... | 94 | 86,2 | 100,0 | 83,7 | 88,1 | 96 | 81,3 | 88,9 | 75,0 | 83,6 |
| 86 | Gesundheitswesen..... | 144 | 79,2 | 66,7 | 81,0 | 77,4 | 139 | 71,2 | 50,0 | 69,1 | 73,2 |
| 88 | Sozialwesen (ohne Heime)..... | 224 | 62,1 | 60,0 | 64,9 | 57,3 | 235 | 65,1 | 50,0 | 64,9 | 66,4 |
| 13 | Herstellung von Textilien..... | 96 | 74,0 | 66,7 | 74,4 | 74,0 | 54 | 64,8 | 50,0 | 52,9 | 72,7 |
| 87 | Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime)..... | 10 | 70,0 | - | 70,0 | - | 13 | 61,5 | - | 85,7 | 33,3 |
| 96 | Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen..... | 6 186 | 53,9 | 49,8 | 51,1 | 58,9 | 3 708 | 60,1 | 56,6 | 57,1 | 63,1 |
| 32 | Herstellung von sonstigen Waren..... | 115 | 52,2 | 41,7 | 34,5 | 77,8 | 85 | 60,0 | 50,0 | 50,0 | 66,0 |
| 69 | Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung..... | 152 | 70,4 | 100,0 | 70,4 | 70,0 | 87 | 59,8 | 87,5 | 53,1 | 59,6 |
| 15 | Herstellung von Leder, Lederwaren und Schuhen..... | 14 | 35,7 | 0,0 | 44,4 | 25,0 | 12 | 58,3 | 0,0 | 50,0 | 66,7 |
| 01 | Landwirtschaft, Jagd und damit verbundene Tätigkeiten | 37 | 37,8 | - | 26,9 | 63,6 | 16 | 56,3 | 0,0 | 75,0 | 54,5 |
| 85 | Erziehung und Unterricht..... | 287 | 45,6 | 27,3 | 43,6 | 50,4 | 378 | 52,6 | 43,8 | 47,2 | 56,1 |
| 73 | Werbung und Marktforschung..... | 1 388 | 49,9 | 0,0 | 35,7 | 57,6 | 1 028 | 51,0 | 52,0 | 41,0 | 54,5 |
| 22 | Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren..... | 8 | 25,0 | 0,0 | 0,0 | 40,0 | 11 | 45,5 | - | 37,5 | 66,7 |
| 82 | Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen a. n. g..... | 1 803 | 46,4 | 52,0 | 43,7 | 49,2 | 1 607 | 44,3 | 51,2 | 36,3 | 48,5 |
| 74 | Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten..... | 746 | 47,1 | 30,8 | 44,4 | 50,9 | 1 061 | 41,9 | 47,2 | 40,0 | 42,8 |
| 31 | Herstellung von Möbeln..... | 22 | 27,3 | - | 25,0 | 33,3 | 24 | 16,7 | 50,0 | 9,1 | 18,2 |
| 38 | Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen, Rückgewinnung..... | 398 | 3,0 | 16,7 | 1,7 | 11,6 | 12 | 16,7 | - | 20,0 | 0,0 |
| 26 | Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen..... | 57 | 12,3 | 0,0 | 8,8 | 20,0 | 23 | 13,0 | 25,0 | 0,0 | 12,5 |
| 45 | Handel mit Kraftfahrzeugen, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen..... | 657 | 8,2 | 8,3 | 7,8 | 9,5 | 577 | 12,3 | 7,1 | 11,3 | 15,3 |
| 52 | Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr..... | 81 | 18,5 | 33,3 | 17,7 | 18,8 | 90 | 12,2 | 0,0 | 15,9 | 9,8 |
| 49 | Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen..... | 495 | 12,9 | 32,5 | 10,4 | 15,3 | 669 | 12,1 | 25,5 | 9,2 | 18,8 |
| 53 | Post-, Kurier- und Expressdienste..... | 430 | 12,1 | 42,9 | 9,3 | 19,2 | 507 | 10,5 | 9,1 | 8,8 | 12,9 |
| 41 | Hochbau..... | 48 | 12,5 | 33,3 | 5,7 | 30,0 | 43 | 9,3 | 0,0 | 12,9 | 0,0 |
| 35 | Energieversorgung..... | 79 | 29,1 | 0,0 | 9,1 | 37,5 | 37 | 8,1 | 0,0 | 0,0 | 14,3 |
| 92 | Spiel-, Wett- und Lotteriewesen..... | 168 | 19,6 | 23,7 | 19,8 | 10,5 | 81 | 7,4 | 0,0 | 8,3 | 10,0 |
| 25 | Herstellung von Metallerzeugnissen..... | 56 | 7,1 | 20,0 | 2,4 | 20,0 | 28 | 7,1 | 12,5 | 0,0 | 12,5 |
| 80 | Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien..... | 77 | 14,3 | 0,0 | 10,0 | 33,3 | 135 | 6,7 | 0,0 | 6,5 | 10,0 |
| 43 | Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe..... | 6 677 | 2,8 | 7,9 | 2,2 | 10,9 | 7 895 | 2,9 | 7,3 | 2,4 | 7,5 |
| 33 | Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen..... | 20 | 10,0 | 25,0 | 10,0 | 0,0 | 19 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 42 | Tiefbau..... | 17 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 30 | 0,0 | - | 0,0 | 0,0 |

Frauen gründen traditionell in den eher weiblich geprägten Berufen der Wirtschaftsabschnitte Gesundheits- und Sozialwesen, Erziehung und Unterricht sowie Erbringung von sonstigen persönlichen Dienstleistungen. Sehr geringe Frauenanteile sind erwartungsgemäß insbesondere bei gewerblichen Tätigkeiten im Baugewerbe und Verkehr, bei den Wach- und Sicherheitsdiensten sowie bei der Herstellung und Reparatur von Maschinen und Ausrüs-

tungen festzustellen (Abbildung k). Eine Rangfolge der Wirtschaftsabschnitte mit den 15 höchsten und niedrigsten Anteilen von Existenzgründerinnen im Jahr 2016 kann für Berlin der Tabelle 3 und für Brandenburg der Tabelle 4 entnommen werden. Berücksichtigt wurden hierfür alle Wirtschaftsabschnitte, für die zehn oder mehr Neugründungen im Berichtsjahr 2016 gemeldet wurden.

4 | Neugründungen (Hauptniederlassungen) durch Einzelunternehmerinnen 2010 und 2016 im Land Brandenburg nach Wirtschaftsabteilungen

Rangfolge 15 höchste und niedrigste Anteile an den Einzelunternehmen in den Wirtschaftsabteilungen insgesamt im Jahr 2016

| WZ 2008 | Wirtschaftsabteilung | 2010 | | | | | 2016 | | | | |
|------------|---|---|---------------------------------------|-----------------------|--------------------------|------------------------|---|---------------------------------------|-----------------------|--------------------------|------------------------|
| | | Einzel- unter- nehmen ins- gesamt | Einzel- unter- nehme- rinnen | Art der Neugründung | | | Einzel- unter- nehmen ins- gesamt | Einzel- unter- nehme- rinnen | Art der Neugründung | | |
| | | | | Betriebs- gründung | sonstige Neugründung | | | | Betriebs- gründung | sonstige Neugründung | |
| | | | | | ohne Neben- erwerb | im Neben- erwerb | | | | ohne Neben- erwerb | im Neben- erwerb |
| Anzahl | % | | | | Anzahl | % | | | | | |
| | Insgesamt..... | 14 104 | 32,7 | 20,9 | 29,5 | 40,0 | 9 819 | 33,5 | 33,9 | 25,1 | 39,9 |
| 14 | Herstellung von Bekleidung..... | 15 | 86,7 | 50,0 | 87,5 | 100,0 | 40 | 90,0 | 100,0 | 71,4 | 93,8 |
| 75 | Veterinärwesen..... | 9 | 77,8 | – | 80,0 | 75,0 | 16 | 87,5 | – | 100,0 | 80,0 |
| 88 | Sozialwesen (ohne Heime)..... | 49 | 77,6 | 100,0 | 85,7 | 53,8 | 74 | 83,8 | 84,6 | 88,0 | 80,6 |
| 86 | Gesundheitswesen..... | 109 | 76,1 | 0,0 | 73,1 | 80,4 | 107 | 80,4 | 66,7 | 79,3 | 81,3 |
| 13 | Herstellung von Textilien..... | 13 | 69,2 | 50,0 | 80,0 | 66,7 | 19 | 68,4 | – | 66,7 | 68,8 |
| 96 | Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen..... | 1 413 | 69,4 | 80,5 | 64,6 | 71,7 | 1 068 | 68,2 | 74,7 | 64,8 | 69,1 |
| 32 | Herstellung von sonstigen Waren..... | 17 | 35,3 | 100,0 | 16,7 | 33,3 | 30 | 63,3 | 66,7 | 37,5 | 73,7 |
| 85 | Erziehung und Unterricht..... | 175 | 46,3 | 42,9 | 41,7 | 51,2 | 192 | 59,4 | 0,0 | 43,2 | 66,0 |
| 93 | Erbringung von Dienstleistungen des Sports, der Unterhaltung und der Erholung..... | 85 | 25,9 | 28,6 | 22,2 | 28,6 | 70 | 52,9 | 0,0 | 39,1 | 62,2 |
| 69 | Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung | 70 | 68,6 | 66,7 | 71,8 | 64,3 | 57 | 52,6 | 50,0 | 56,5 | 50,0 |
| 55 | Beherbergung..... | 215 | 53,0 | 20,0 | 57,8 | 55,7 | 130 | 51,5 | 71,4 | 40,5 | 54,7 |
| 58 | Verlagswesen..... | 38 | 26,3 | 0,0 | 38,5 | 20,8 | 21 | 47,6 | – | 50,0 | 47,1 |
| 47 | Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)..... | 1 904 | 44,3 | 42,5 | 41,6 | 47,5 | 1 341 | 45,6 | 40,0 | 39,3 | 49,3 |
| 74 | Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten..... | 229 | 36,2 | 44,4 | 39,8 | 32,1 | 276 | 42,0 | 40,0 | 37,3 | 44,3 |
| 63 | Informationsdienstleistungen..... | 48 | 25,0 | 0,0 | 16,0 | 36,4 | 67 | 41,8 | – | 59,1 | 33,3 |
| 95 | Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern..... | 107 | 17,8 | 14,3 | 36,8 | 40,2 | 157 | 17,8 | 0,0 | 9,5 | 23,9 |
| 81 | Gebäudebetreuung, Garten- und Landschaftsbau..... | 1 056 | 17,6 | 16,7 | 16,2 | 16,7 | 910 | 17,6 | 37,2 | 16,4 | 16,8 |
| 52 | Lagererei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr..... | 45 | 16,1 | 0,0 | 15,0 | 13,3 | 31 | 16,1 | 50,0 | 12,5 | 15,4 |
| 10 | Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln..... | 17 | 14,3 | 36,4 | 0,0 | 35,3 | 21 | 14,3 | 16,7 | 14,3 | 12,5 |
| 90 | Kreative, künstlerische und unterhaltende Tätigkeiten..... | 169 | 13,8 | 50,0 | 10,0 | 13,6 | 189 | 13,8 | 0,0 | 18,5 | 13,2 |
| 25 | Herstellung von Metallerzeugnissen..... | 50 | 12,1 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 33 | 12,1 | 25,0 | 5,3 | 20,0 |
| 71 | Architektur- und Ingenieurbüros, technische, physikalische und chemische Untersuchung..... | 148 | 10,5 | 50,0 | 10,8 | 14,2 | 105 | 10,5 | 33,3 | 7,0 | 11,9 |
| 45 | Handel mit Kraftfahrzeugen, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen..... | 410 | 10,1 | 8,5 | 7,8 | 8,3 | 267 | 10,1 | 11,1 | 8,4 | 11,6 |
| 33 | Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen..... | 14 | 10,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 20 | 10,0 | 0,0 | 0,0 | 20,0 |
| 02 | Forstwirtschaft und Holzeinschlag..... | 39 | 8,3 | 0,0 | 10,0 | 10,3 | 24 | 8,3 | – | 22,2 | 0,0 |
| 80 | Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien..... | 47 | 8,2 | 100,0 | 10,0 | 12,8 | 49 | 8,2 | 0,0 | 10,0 | 5,6 |
| 59 | Herstellung, Verleih und Vertrieb von Filmen und Fernsehprogrammen, Kinos, Tonstudios und Verlegen von Musik..... | 35 | 7,4 | 0,0 | 23,5 | 20,0 | 27 | 7,4 | – | 0,0 | 9,1 |
| 50 | Schifffahrt..... | 18 | 5,9 | 0,0 | 0,0 | 16,7 | 17 | 5,9 | 0,0 | 0,0 | 7,7 |
| 43 | Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe..... | 1 976 | 3,7 | 2,1 | 2,6 | 2,7 | 1 381 | 3,7 | 6,6 | 2,1 | 8,5 |
| 42 | Tiefbau..... | 25 | 0,0 | 0,0 | 18,2 | 8,0 | 15 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |

Zusammenfassung

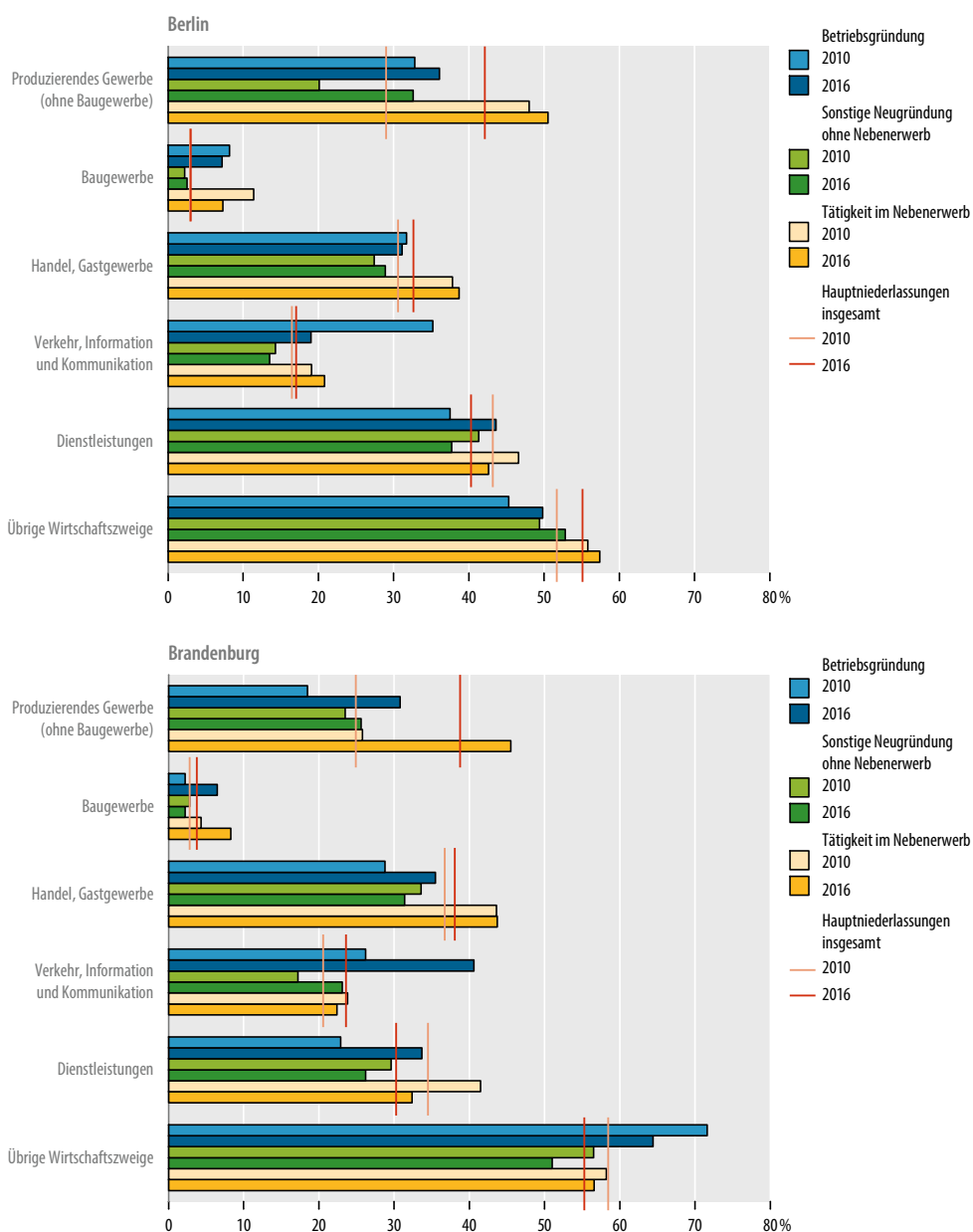
Deutschlandweit ist seit dem Jahr 2010 eine kontinuierlich abnehmende Gründungsaktivität zu beobachten. Trotz der insgesamt stetig sinkenden Anzahl neugegründeter Gewerbe und einem sogar überdurchschnittlichen Rückgang von Existenzgründungen im Land Brandenburg, kann in Berlin seit einigen Jahren ein Zuwachs an echten Betriebsgründungen verzeichnet werden. Während auch die Zahl des im Vollerwerb gegründeten Kleingewerbes in beiden Ländern seit Beginn der Erfassung im Jahr 2003 stetig abnimmt, weisen im Bereich des Nebenerwerbs angemeldete Gewerbe ein dauerhaft stabiles Niveau auf. In beiden Ländern erfolgt jede zweite Existenzgründung in den Wirtschafts-

abschnitten Baugewerbe sowie Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen oder Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. Gut vier von fünf Neugründungen werden als Einzelunternehmen angezeigt.

Deutlich zu erkennen ist eine weit überdurchschnittliche Gründungsbereitschaft in Berlin, sowohl bei den (echten) Betriebsgründungen als auch im Bereich des Kleingewerbes im Vollerwerb, während die Bereitschaft der Brandenburger Bevölkerung den Schritt in eine selbstständige Existenz zu wagen, leicht unter dem deutschlandweiten Niveau liegt.

Insbesondere die gestiegene Gründungsbereitschaft von Einzelunternehmerinnen und -unternehmern nicht deutscher Staatsangehörigkeit trägt

k | Anteil der Neugründungen (Hauptniederlassungen) durch Einzelunternehmerinnen an den Einzelunternehmen insgesamt 2010 und 2016 in Berlin und im Land Brandenburg nach zusammengefassten Wirtschaftsbereichen und Art der Neugründung



zu einem in den letzten Jahren unübersehbaren Strukturwandel der Gründungslandschaft bei. Während im Jahr 2010 in Berlin noch jedes dritte Einzelunternehmen durch Existenzgründerinnen und -gründer nicht deutscher Staatsangehörigkeit neu gegründet wurde, betraf dies 2016 bereits knapp die Hälfte der neu gegründeten Einzelunternehmen in der Bundeshauptstadt. Auch im Land Brandenburg ist im gleichen Zeitraum ein steigender Anteil der Gründungen von Einzelunternehmen durch ausländische Staatsangehörige zu verzeichnen, allerdings ist dies auf die um gut ein Drittel gesunkene Zahl von angezeigten Einzelunternehmensgründungen durch deutsche Staatsangehörige zurückzuführen.

Trotz insgesamt rückläufigen Gründungsverhaltens bleibt der Anteil der weiblichen Gewerbetreibenden mit rund einem Drittel der neugegründeten Einzelunternehmen auf einem stabilen Niveau, jedoch in beiden Ländern leicht unter dem bundesweiten Durchschnitt. Besonders viele Einzelunternehmerinnen gründen im Nebenerwerb, während das sonstige Kleingewerbe im Vollerwerb mit drei von vier neugegründeten Hauptniederlassungen von männlichen Existenzgründern dominiert wird.

Schlussbetrachtung

Die Gründungsdynamik einer Region wird von verschiedenen Rahmenbedingungen und Standortfaktoren, wie globalen wirtschaftspolitischen Veränderungen, der konjunkturellen Lage, arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, der Auflage von Struktur- und Förderprogrammen sowie von regionalen Faktoren, das heißt einer attraktiven Gründungs- und Innovationskultur, dem Grad der Vernetzung mit Wissenschaft und Forschung, dem Fachkräfteangebot und infrastrukturellen Aspekten bestimmt. Einen wichtigen Beitrag zur Beurteilung des Gründungsgeschehens liefert die Gewerbeanzeigenstatistik.

Daten über die An- und Abmeldung von Gewerbebetrieben werden monatlich durch die zuständigen kommunalen Ämter an die Statistischen Ämter der Länder übermittelt. Durch die kurzfristige und detaillierte Verfügbarkeit der Daten liefern sie wichtige Konjunktur- und Strukturinformationen über das Gründungsverhalten im Bereich der gewerblichen Wirtschaft, die eine zeitnahe Einschätzung der Wirksamkeit geänderter Rahmenbedingungen ermöglichen. Anhand der Dynamik des Gründungsgeschehens können jedoch keine Aussagen zur wirtschaftlichen Relevanz und Nachhaltigkeit von Neugründungen abgeleitet werden.

Zukünftig wird die Gewerbeanzeigenstatistik in die Erweiterung der Datenlieferungen zur Unternehmensdemografie an Eurostat einbezogen. So ist in dem derzeit im europäischen Gesetzgebungsverfahren befindlichen Rahmenwerk FRIBS⁸ unter anderem eine Datenübermittlung von Quartalsdaten zu Gewerbeanmeldungen an das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) vorgesehen.

Kerstin Leonhardt leitet das Referat Unternehmensregister, Gewerbeanzeigen, Insolvenzen des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

⁸ Framework Regulation Integrating Business Statistics, mehr dazu auf S. 10 ff.

Quellen

- Statistisches Bundesamt (2016): Mikrozensus – Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Deutschland 2015, Fachserie 1 Reihe 4.1.1.
- Statistisches Bundesamt (2017): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung. Ergebnisse des Mikrozensus zum Arbeitsmarkt 2016, Fachserie 1 Reihe 4.1.
- Statistisches Bundesamt (2017): Unternehmen und Arbeitsstätten – Gewerbeanzeigen, Dezember und Jahr 2016, Fachserie 2 Reihe 5.
- BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH (2017): Gründerindex.

Fachgespräch mit Christian Nestler (IHK Berlin)

„Die amtliche Statistik dient uns als Spiegel der Wirklichkeit.“



Copyright: © 2010 Hedrich & Mattescheck GBR

Christian Nestler ist bei der IHK Berlin zuständig für die Themen Statistik, Umfragen, Konjunkturanalyse, EU-Strukturförderung und Metropolregion Berlin-Brandenburg.

Sie arbeiten in der IHK Berlin im Bereich Mittelstand & Energie. Was sind die Aufgaben dieses Bereiches?

Unser Bereich ist Teil des Geschäftsfeldes Wirtschaftspolitik – wir sind also als Team Teil eines größeren Teams. Der Bereich Mittelstand & Energie bildet unter anderem die Themen Energiewende und Klimaschutz, Digitalisierung und Smart City, Modernisierung der Berliner Verwaltung, Industrie- und Dienstleistungspolitik, öffentliche Finanzen und Investitionen, Konjunkturanalysen, Umfragen und Statistiken ab – und noch einiges mehr. Aber ich denke, die Aufzählung macht deutlich, dass wir uns als Bereich auf zahlreichen Themenfeldern engagieren. Unsere Aufgabe als politische Berater besteht im ersten Schritt in der Identifizierung und Formulierung politischer Positionen der Berliner Wirtschaft – dieser Prozess wird eng begleitet von ehrenamtlich in der IHK tätigen Unternehmen, deren fachlicher Input in unsere Analysen ebenso einfließt wie die Zahlen der amtlichen Statistik. Im zweiten Schritt kommunizieren wir diese Positionen in den politischen Prozess und versuchen, ihnen dort Geltung zu verschaffen.

Wie würden Sie den Mittelstand in Berlin charakterisieren?

Als das Rückgrat der Berliner Ökonomie. Es ist kein Geheimnis, dass Berlin historisch bedingt einen Mangel an großen oder gar Großunternehmen aufweist, die in anderen Regionen oftmals als Nukleus wirtschaftlicher Netzwerke fungieren. Diese Leerstelle füllt in Berlin der Mittelstand aus – und zwar wesentlich besser als viele Stimmen immer wieder unken. Der Berliner Mittelstand ist oftmals jung, die zahlreichen Gründungen der letzten Jahre bringen immer wieder neue Unternehmen in den Markt – die naturgemäß zuerst klein oder mittelständisch sind. Daher weist der Berliner Mittelstand auch zahlreiche juvenile Eigenschaften auf: Entdeckerfreude, manchmal eine gewisse stürmische Sorglosigkeit, und einen guten Optimismus. Natürlich gleicht kein Unternehmen dem anderen, und man sieht auch klare Disparitäten zwischen den Branchen. Ein mittelständisches Industrieunternehmen unterscheidet sich hinsichtlich seiner Innovationstätigkeit erheblich von einem touristischen Betrieb. Aber es gibt auch Übereinstimmendes, etwa, dass Mittelständler, gleich welcher Branche, sich stark in lokalen und regionalen Netzwerken engagieren. Der Standort, in unserem Falle Berlin, ist für sie – anders als für Großunternehmen – lebenswichtig. Daher auch das Engagement für die Stadt, nicht allein in ökonomischer, auch in sozialer und kultureller Hinsicht.

Welche Rolle schreiben Sie dem Mittelstand bei der positiven wirtschaftlichen Entwicklung Berlins zu?

Die Kraft zum Berliner Wachstumssprint kam zweifellos aus dem Mittelstand. Woher hätte sie

auch sonst kommen sollen? Als die jahrelange Schrumpfung der Berliner Wirtschaft im Jahr 2005 endlich wieder einer positiven Dynamik wich, war das nicht zuletzt die Folge eines liberalisierten Arbeitsmarktes, der vor allem mittelständischen Unternehmen neue Anreize bot. Nun konnten sie expandieren, neue Geschäftsmodelle, neue Dienstleistungen ausprobieren und an den Markt bringen. Es sind ja meist die Mittelständler, die von deregulierenden, marktbefreienden Maßnahmen profitieren. Großunternehmen haben es aufgrund ihrer Ressourcenausstattung, ihrer Marktmacht und nicht zuletzt ihrer politischen Sichtbarkeit meist wesentlich leichter, sich mit Regulierungen zu arrangieren. Daher entspross die wachsende Dynamik der Berliner Wirtschaft, die sich nach den Reformen der Schröder-Ära ergab, vor allem dem mittelständischen Milieu. Aber das ist nur die Spitze des Eisbergs. Zum Mittelstand zählen all die Gründer und Entrepreneure, die für Berlin inzwischen emblematisch geworden sind. In dieser Schicht werden Innovationen mit großer Offenheit aufgenommen und mit spielerischem Ernst auf ihr ökonomisches Potenzial getestet. Die Wirtschaft gleicht in dieser Sphäre des Start-up-Mittelstandes einem Labor, in dem versucht, geirrt und wieder versucht wird – bis sich der Erfolg einstellt. Dieser Laborcharakter dürfte dann auch der Grund dafür sein, dass Großunternehmen ihre experimentellen Einheiten vor allem in Berlin auf die große Disruptionsuche schicken.

Sie erhalten seit drei Jahren vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) ausführliche Daten zur demografischen und wirtschaftlichen Entwicklung Berlins und des Umlandes. Wofür nutzen Sie die Daten? Welche Projekte erwachsen daraus?

| Rein intuitiv versteht und sieht inzwischen jeder, dass Berlin und Brandenburg in ökonomischer und sozialer Hinsicht dermaßen eng verzahnt sind, dass man ruhig von einer Symbiose sprechen mag. Vor allem Metropole und Umland bilden einen integrierten Raum und aufgrund des raschen Bevölkerungswachstums machen sich auch im weiteren Metropolraum zunehmend Spill-over-Effekte bemerkbar. Insbesondere entlang der Verkehrsachsen des Siedlungssterns wächst die Bevölkerung aufgrund von Wanderungsgewinnen seit einigen Jahren mit steigender Tendenz. Unserer Meinung nach fehlt dieser realen Verflechtung auf institutioneller Ebene das Spiegelbild. Die beiden Bundesländer haben eine Zeit lang gemeinsame Institutionen geschaffen – das Amt für Statistik ist dafür ein sehr gutes und erfolgreiches Beispiel. Aber das Engagement in diese Richtung hat in beiden Ländern nachgelassen. Das wollen wir ändern und die Zahlen des AfS zum Metropolraum bilden dafür eine wichtige Grundlage. Denn die Daten sprechen klar zu uns über die sozioökonomische Entwicklung des Raumes und der Teilräume und helfen uns damit, unsere Argumente sauber zu unterlegen.

Die Daten des AfS sind u. a. im E-Book „Berliner Wirtschaft in Zahlen 2016“ aufgegangen. Warum dieses Format? Ist eine Fortsetzung geplant?

| Die „Berliner Wirtschaft in Zahlen“ erscheint jährlich und das seit Jahrzehnten. Ganz nüchtern gesagt, erfüllen wir damit eine der Aufgaben, die im Bundesgesetz über die IHKS festgelegt sind – in diesem Fall die Sammlung und Verbreitung von Informationen über den Kammerbe-

zirk. Unser statistisches Kompendium bündelt daher Informationen aus verschiedensten Quellen – die Daten des AfS machen aber einen Großteil des Inhaltes aus. Eine Fortsetzung wird es also ganz bestimmt geben, wahrscheinlich im September dieses Jahres. Eine Zeit lang haben wir mit dem Gedanken gespielt, die Publikation nur noch als E-Book zu veröffentlichen und die Druckerpresse ruhen zu lassen – aber es zeigte sich, dass die Nachfrage nach gedruckten Exemplaren nach wie vor existiert.

Die engen sozioökonomischen Verknüpfungen in der Metropolregion Berlin-Brandenburg rücken immer stärker in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit – nicht zuletzt aufgrund der Arbeit der Berlin-Brandenburger IHKS. Welche Vorhaben setzen Sie dazu um?

| Aktuell werten wir die sozioökonomischen Entwicklungen in den drei großen Teilräumen der Metropolregion aus, also in Berlin, dem Berliner Umland und dem weiteren Metropolraum. Wenig überraschend zeigen sich Berlin selbst und das Umland im Vergleich mit dem weiteren Metropolraum als agiler. Wirtschaftlich und demografisch hat vor allem im Ballungskern der Metropolregion das Wachstum der vergangenen 20 Jahre stattgefunden. Aber, und das wird erst allmählich deutlich, auch der weitere Metropolraum hat seit einigen Jahren auf einen moderaten Wachstumspfad zurückgefunden. Wir fassen diese Ergebnisse, flankiert durch fachliche und politische Einschätzungen, zusammen und werden diese publizieren. Uns ist wichtig, dass Öffentlichkeit und Politik die Dynamik der Metropolregion besser einzuschätzen vermögen und sich für deren Erfolg stark machen.

Welche Rolle spielt die amtliche Statistik bei der Beratung der Politik durch die IHK Berlin?

| Eine ganz zentrale. Ohne die Daten wäre gute politische Beratung kaum möglich, zumindest würde die

Qualität erheblich nachlassen. Neben unseren Kontakten in die Unternehmenswelt und eigenen Umfragen sind die Informationen des AfS unser wichtigstes Werkzeug bei der Analyse der Berliner Wirtschaft. Die amtliche Statistik dient uns als Spiegel der Wirklichkeit, sie schafft Übersicht und Ordnung in einer Metropole, die zu groß, zu vielfältig und zu schnelllebig ist, als dass man sie durch Erfahrung, durch rein sinnliche Wahrnehmung, richtig einzuschätzen vermag. In unserer Arbeit begegnen sich oft anekdotisch und empirisch gestützte Einschätzungen zu diversen wirtschaftlichen Sachverhalten – und nicht selten widersprechen diese einander. Kann man in solchen Fällen amtliche Daten in die Diskussion einwerfen, gewinnt diese an Qualität und man selbst meist die argumentative Oberhand. Zahlen haftet ja – zumindest aus dem Blickwinkel nicht weniger Zeitgenossen – eine Aura höherer Wahrheit an. Und wenn es sich um die Werte der amtlichen Statistik handelt, ist der Vertrauensvorsprung enorm. Argumente, die mit amtlichen Zahlen untermauert sind, erhalten gewissermaßen selbst ein offizielles Siegel. Das hilft uns sehr dabei, Diskussionen in der Stadt zu versachlichen.

Was wünschen Sie sich von einer weiteren Kooperation mit dem AfS?

| Immer wieder benötigen wir für unsere Arbeit kleinräumige Daten, noch unter der Bezirksebene. Vielleicht ergeben sich dazu Möglichkeiten in der Zukunft, wir würden uns jedenfalls freuen. Das aus unserer Sicht wichtigste Feld ist die Digitalisierung der statistischen Berichtspflichten der Unternehmen. Hier erreichen uns hin und wieder Beschwerden und wir hoffen, dass AfS und IHK hier rasch im Interesse der Unternehmen vorankommen.

Einzelhandel

▣ Zum Einzelhandel und der steigenden Bedeutung des elektronischen Handels

von **Christiane Kliewe, Stefanie Chlebusch und Tobias Hannemann**

Nach Rückgängen in den Folgejahren der Finanzkrise 2008 erholte sich der Einzelhandel in Berlin seit 2012 und im Land Brandenburg seit 2013. Besonders der Vertrieb über das Internet führte zu einer sehr dynamischen Entwicklung in Teilbereichen des Einzelhandels, die sich auch in den Zahlen der amtlichen Statistik niederschlägt. Im Jahr 2015 beteiligte sich der Einzelhandel an der Gesamtwirtschaft der Metropolregion Berlin-Brandenburg mit rund 26 Tsd. Unternehmen, 173 Tsd. Beschäftigten und einem Umsatz von rund 26,5 Mrd. EUR. In dem betrachteten Zeitraum 2010 bis 2015 wuchsen hauptsächlich der Versand- und Internethandel sowie der Anteil des E-Commerce am Gesamtumsatz im Einzelhandel. In Berlin ist der Bereich des Versand- und Internethandels mit einer Umsatzsteigerung von 1 Mrd. EUR in 2010 auf 4 Mrd. EUR in 2015 zu einem der großen Wirtschaftsfaktoren herangewachsen.

Die Wirtschaftsregion Berlin-Brandenburg erwirtschaftet durchschnittlich jährlich 6% (2015: 6,3%; 190 Mrd. EUR) des nominalen Bruttoinlandsprodukts Deutschlands. Neben den wirtschaftlich großen Ländern Nordrhein-Westfalen (21%), Bayern (18%) und Baden-Württemberg (15%) tragen nur Hessen und Niedersachsen (jeweils 9%) anteilig mehr zum gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukt bei. Für alle Bundesländer gilt: Der überwiegende Teil der nominalen Bruttowertschöpfung (mindestens 60%) wird im Bereich der Dienstleistungen verbucht. In der Berliner und Brandenburger Wirtschaft ist eine erhebliche Ausweitung der Dienstleistungen (+11 Prozentpunkte) an der Bruttowertschöpfung des jeweiligen Landes seit der Wiedervereinigung zu beobachten. Im Ländervergleich belegt Berlin seit 2013 mit einem Anteil von über 84% an der Bruttowertschöpfung im Bereich der Dienstleistungen den Spitzenplatz vor Hamburg (Brandenburg: 72%).

Der Bereich der Dienstleistungen umfasst einen weiten Kranz an wirtschaftlichen Tätigkeiten, in die auch der Einzelhandel eingeordnet wird. In ihrer feinsten Aufgliederung wird der Bereich der Dienstleistungen in der derzeit gültigen Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008) in 463 Einzelpositionen unterschieden. Unternehmen werden in diese auf Grundlage von Verwaltungsdaten oder durch Angaben in einer Erhebung entsprechend ihrer Haupttätigkeit eingeordnet. Nach

den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder für das Jahr 2014 trug der Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) 3,5% zur nominalen Bruttowertschöpfung in der Wirtschaftsregion Berlin-Brandenburg bei (Tabelle 1). Preisbereinigt und verkettet ist die Bruttowertschöpfungsentwicklung im Einzelhandel Berlins seit 2010 um 16,5% gestiegen. Im Land Brandenburg ist diese gegenüber 2010 um 1,2% niedriger. Für eine tiefere fachliche Beschreibung des Einzelhandels, insbesondere im Hinblick auf den elektronischen Handel, eignen sich die Daten aus den monatlichen und jährlichen Erhebungen im Einzelhandel.

Gliederung des Einzelhandels in der amtlichen Statistik

Zur Beobachtung und Abbildung der konjunkturellen und strukturellen Entwicklung sowie der Situation der Handelsunternehmen werden durch die amtliche Statistik monatliche Konjunkturdaten (Umsatz, Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte) und zusätzlich weit darüber hinaus gehende jährliche Strukturdaten (u.a. Zahl der Unternehmen, Arbeitsstätten, Bestände, Aufwendungen, Investitionen, Subventionen) erhoben, durch die ebenfalls Aussagen über die Rentabilität und Produktivität der Branche getroffen werden können. Die seit einigen Jahren notwendig gewordene Aufnahme von zusätzlichen Indikatoren zum Versand- und Internethandel in den Fragenkomplex der Jahreserhebung spiegelt

bereits den sich abzeichnenden Strukturwandel im Einzelhandel wider, der sich durch alle Wirtschaftsgruppen zieht.

Die rechtlichen Grundlagen bilden dabei das Handelstatistikgesetz (HdlStatG)¹ in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG)², der Verordnung (EG) Nr. 295/2008³ über die strukturelle Unternehmensstatistik und der Verordnung (EG) Nr. 250/2009⁴ zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 295/2008.

Die Wirtschaftsabteilung 47 – Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen) wird in der WZ 2008 in folgende Wirtschaftsgruppen untergliedert:

- 47.1 Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)
- 47.2 Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren (in Verkaufsräumen)
- 47.3 Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)
- 47.4 Einzelhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik (in Verkaufsräumen)
- 47.5 Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf (in Verkaufsräumen)
- 47.6 Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren (in Verkaufsräumen)
- 47.7 Einzelhandel mit sonstigen Gütern (in Verkaufsräumen)
- 47.8 Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten
- 47.9 Einzelhandel, nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen oder auf Märkten.

Ausgewählte Kennzahlen des Einzelhandels in der Region⁵

Sowohl im Stadtstaat Berlin als auch im Flächenland Brandenburg ist eine positive Entwicklung des Einzelhandels zu beobachten, wie die Ergebnisse der Strukturerhebungen im Einzelhandel der Geschäfts-

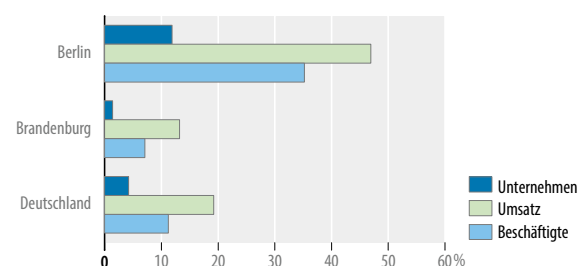
jahre 2010 und 2015 belegen (Abbildung a). So erwirtschafteten im Land Berlin im Geschäftsjahr 2015 circa 16 000 Unternehmen mit etwa 109 000 Beschäftigten einen Umsatz von rund 16,8 Mrd. EUR. Im Land Brandenburg wurden im Einzelhandel im Geschäftsjahr 2015 rund 63 700 Personen in circa 10 000 Unternehmen beschäftigt. Der in diesem Jahr von den Brandenburger Einzelhandelsunternehmen bilanzierte Umsatz belief sich auf 9,7 Mrd. EUR.

In Berlin wurde die Steigerung des Umsatzes 2015 gegenüber 2010 insbesondere durch die Entwicklung in den Wirtschaftsgruppen 47.7 – Einzelhandel mit sonstigen Gütern (in Verkaufsräumen) sowie 47.9 – Einzelhandel, nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen oder auf Märkten geprägt. So betrug der Anteil des Umsatzes der Wirtschaftsgruppe 47.7 am Umsatz des Einzelhandels insgesamt 29,0%,

1 | Anteil an der Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen 2010 und 2014 für Berlin und Brandenburg

| WZ 2008 | Wirtschaftsbereich | Berlin | | Brandenburg | |
|-------------|---|--------|------|-------------|------|
| | | 2010 | 2014 | 2010 | 2014 |
| % | | | | | |
| | Dienstleistungsbereich | 82,4 | 84,2 | 71,8 | 71,5 |
| G–J | Handel; Verkehr und Lagerei; Gastgewerbe; Information und Kommunikation | 20,1 | 21,6 | 17,7 | 18,2 |
| G–I | Handel; Verkehr und Lagerei; Gastgewerbe | 12,9 | 13,5 | 15,3 | 15,5 |
| 45–47 | Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen | 6,3 | 7,0 | 8,3 | 8,1 |
| 47 | Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen) | 3,3 | 3,6 | 3,8 | 3,5 |
| 49–53 | Verkehr und Lagerei | 4,5 | 4,3 | 5,6 | 5,9 |
| 55–56 | Gastgewerbe | 2,1 | 2,3 | 1,4 | 1,5 |
| J | Information und Kommunikation | 7,2 | 8,1 | 2,4 | 2,7 |
| K–L | Finanz- und Versicherungsdienstleistungen; Grundstücks- und Wohnungswesen | 32,3 | 31,6 | 25,9 | 25,4 |
| O–Q; S–T | Öffentliche und sonstige Dienstleister; Erziehung und Gesundheit; private Haushalte ... | 30,0 | 31,0 | 28,2 | 27,9 |

a | Entwicklung der Zahl der Unternehmen, des Umsatzes und der Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel (WZ 47) 2015 gegenüber 2010



1 Gesetz über die Statistik im Handel und Gastgewerbe (Handelstatistikgesetz – HdlStatG) vom 10. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3438), das zuletzt durch Artikel 272 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist.

2 Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2394), das zuletzt durch Artikel 10 Absatz 5 des Gesetzes vom 30. Oktober 2017 (BGBl. I S. 3618) geändert worden ist.

3 Verordnung (EG) Nr. 295/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 über die strukturelle Unternehmensstatistik vom 9. April 2008 (ABl. Nr. L 97 S. 13), zuletzt geändert durch VO (EU) Nr. 446/2014 der Kommission vom 2. Mai 2014 (ABl. Nr. L 132 S. 13).

4 Verordnung (EG) Nr. 250/2009 der Kommission zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 295/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Definitionen der Merkmale, das technische Format für die Datenübermittlung, die erforderlichen Doppelmeldungen gemäß NACE Rev. 1.1 und NACE Rev. 2 und die zuzulassenden Abweichungen bei der strukturellen Unternehmensstatistik vom 11. März 2009 (ABl. L 86, 31.3.2009, S. 1), zuletzt geändert durch Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013.

5 Alle Angaben einschließlich Umsatz und Beschäftigte in Niederlassungen in anderen Bundesländern und ohne den Handel mit Kraftfahrzeugen.

auf die Wirtschaftsgruppe 47.9 entfiel ein Anteil von 24,0 % (2010: 9,6 %).

Im Gegensatz dazu wurde im Land Brandenburg der Umsatz weiterhin durch den hohen Beitrag in der Wirtschaftsgruppe 47.1 – Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen) beeinflusst. Ihr Anteil am gesamten Umsatz des Brandenburger Einzelhandels im Geschäftsjahr 2015 betrug 38,2%. Gegenüber der Anteilshöhe im Geschäftsjahr 2010 von 40,5 % kam es hier nur zu einer geringen rückläufigen Veränderung. Die Wirtschaftsgruppe 47.7, zu welcher u.a. der Einzelhandel mit Bekleidung, Schuhen, medizinischen Artikeln sowie unter anderem der Bereich der Apotheken und Optiker zählen, wies einen Anteil von 24,0 % am Gesamtumsatz auf. Auf die Wirtschaftsgruppe 47.9 entfielen „nur“ 8,2 % (2010: 3,9 %) des Gesamtumsatzes, obwohl sich diese Branche in den letzten Jahren in Bezug auf die Anzahl der Unternehmen, die Zahl der Beschäftigten und die Höhe des erwirtschafteten Umsatzes um ein Vielfaches gesteigert hat.

Die Ergebnisse der Jahreserhebungen im Einzelhandel in den letzten Jahren zeigen, dass die Bedeutung des Versand- und Internethandels in der Region Berlin-Brandenburg immer weiter zunimmt. Der bilanzierte Umsatz des Berliner Versand- und Internethandels lag im Geschäftsjahr 2015 bei rund 4 Mrd. EUR (2010: rund 1 Mrd. EUR). In den hier zugehörigen 1700 Unternehmen wurden 2015 etwa 17000 Personen beschäftigt. Dieser rasante Aufschwung wurde unter anderem auch dadurch beeinflusst, dass immer öfter große Internetfirmen ihren Hauptsitz in Berlin genommen haben bzw. nach Berlin verlegen. Im Land Brandenburg erzielten die rund 860 Firmen des Versand- und Internethandels

im Jahr 2015 einen Umsatz von rund 560 Mill. EUR. Annähernd 2800 Personen waren in diesem Zeitraum in den Firmen dieser Wirtschaftsklasse beschäftigt (Abbildung b).

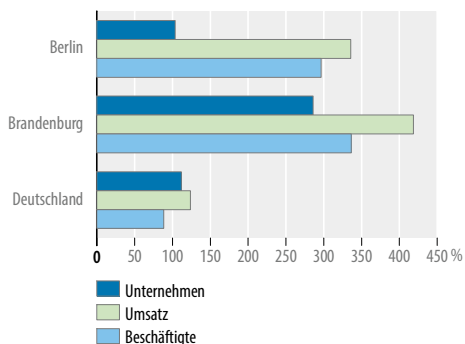
Die Anzahl der im Berliner und Brandenburger Einzelhandel tätigen Personen stieg in den letzten Jahren stetig an. So waren im Jahr 2015 in Berlin 35,2% und in Brandenburg 7,1% mehr Personen im Einzelhandel tätig als 2010. Deutschlandweit lag die Steigerung bei 11,2 %.

Die Beschäftigtenzahlen in den Einzelhandelsbetrieben in Berlin zeigten Zuwachsraten in allen Branchen. Die wohl rasanteste Entwicklung vollzog sich im Einzelhandel, nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen oder auf Märkten (47.9). Hier lag die Steigerungsrate gegenüber 2010 bei 228,6%. Damit stellt die Wirtschaftsgruppe 47.9 mittlerweile neben der 47.1, 47.2 sowie 47.7 einen wichtigen Arbeitgeber im Einzelhandel Berlins dar. In den Fachgeschäften mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren sowie mit sonstigen Gütern, gefolgt vom Lebensmitteleinzelhandel, waren zweistellige Veränderungsrate zu beobachten.

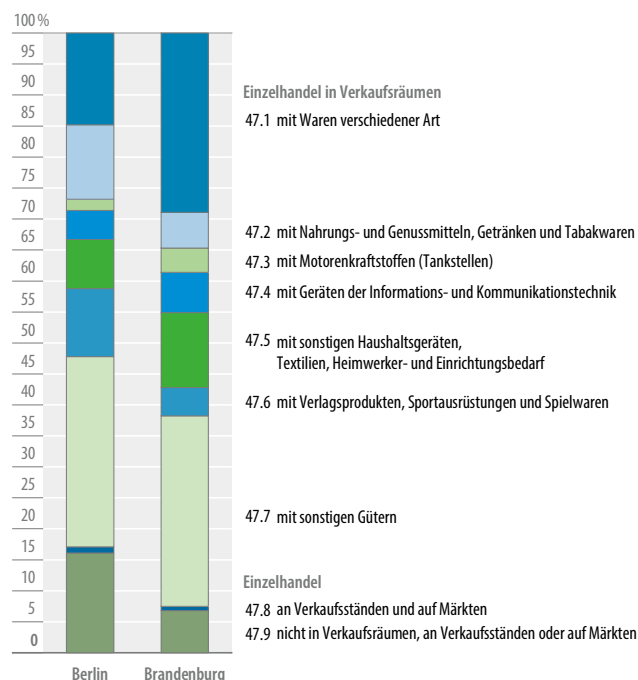
Die Wirtschaftsgruppe 47.9 zog im Land Brandenburg 97,1% mehr Beschäftigte an. Dagegen ging die Zahl der Beschäftigten im Bereich Baumärkte und Möbelhäuser sowie Lebensmittelläden zurück.

Der größte Teil der Beschäftigten war in den Fachgeschäften der Wirtschaftsgruppe 47.7 tätig. Der Anteil lag in beiden Ländern bei jeweils 30,7%, bundesweit bei knapp 35%. In Brandenburg konzentrierte sich die Beschäftigung außerdem mit 28,9% auf Warenhäuser und Supermärkte. In Berlin waren Beschäftigte am zweithäufigsten (16,1%) in der Wirtschaftsgruppe 47.9 tätig (Abbildung c).

b | Zunahme der Zahl der Unternehmen, des Umsatzes und der Zahl der Beschäftigten im Versand- und Internethandel (WZ 47.91) 2015 gegenüber 2010



c | Beschäftigte im Einzelhandel 2015 in Berlin und im Land Brandenburg nach Wirtschaftsgruppen



E-Commerce im Einzelhandel

Die Entwicklung des E-Commerce betrifft nicht nur die eigentliche Wirtschaftsgruppe 47.9. In der Jahrerhebung des Einzelhandels werden alle in der Stichprobe enthaltenen Unternehmen danach befragt, ob und in welcher Höhe sie Umsätze aus rechtsverbindlichen Ein- oder Verkäufen über Websites, Apps oder automatischen Datenaustausch erzeugen. Es zeigt sich, dass der elektronische Handel in unterschiedlichem Umfang in alle Gruppen des stationären Einzelhandels Einzug gehalten hat. Immer mehr traditionelle Einzelhändler gehen dazu über, ihre Waren zusätzlich via Internet anzubieten und zu verkaufen (Abbildung d).

Die Höhe des anteiligen Umsatzes aus dem E-Commerce am gesamten Umsatz aller Einzelhandelsunternehmen wurde in beiden Ländern erwartungsgemäß in hohem Maße durch die Wirtschaftsgruppe 47.9 bestimmt. Ihr Anteil aus dem Onlinehandel am Umsatz der Wirtschaftsgruppe insgesamt betrug in Berlin 91,7% und im Land Brandenburg 61,0%. Im stationären Einzelhandel profitierte in Berlin insbesondere die Wirtschaftsgruppe 47.5 – Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf mit einem Umsatzanteil aus dem Onlinehandel von 9,0%. Im Land Branden-

burg erzielte die Wirtschaftsgruppe 47.6 – Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren durch den Verkauf ihrer Produkte mittels E-Commerce einen Anteil von 4,2% am gesamten Umsatz der Branche (Abbildung e).

Fazit

Für die Länder Berlin und Brandenburg konnte für den betrachteten Zeitraum im Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen) ein Aufwärtstrend für die dargestellten Indikatoren Zahl der Unternehmen, Umsatz und Beschäftigte bilanziert werden, je nach Bundesland auf unterschiedlichem Ausgangsniveau. Trotz der sehr dynamischen Steigerung der Kennzahlen im Versand- und Internethandel, besonders in Berlin, bleibt aber bisher der stationäre Einzelhandel in der Region Berlin-Brandenburg der umsatzstärkste Bereich.

Christiane Kliewe

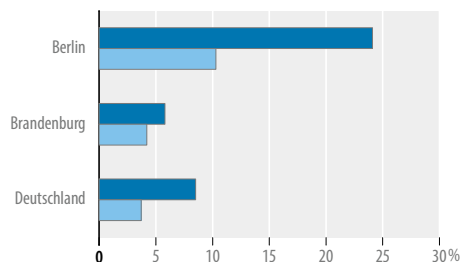
ist Sachgebietsleiterin im Referat Dienstleistungen, Handel, Tourismus und Verkehr des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Stefanie Chlebusch

ist Sachbearbeiterin im Referat Dienstleistungen, Handel, Tourismus und Verkehr des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Tobias Hannemann leitet das Referat Dienstleistungen, Handel, Tourismus und Verkehr des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

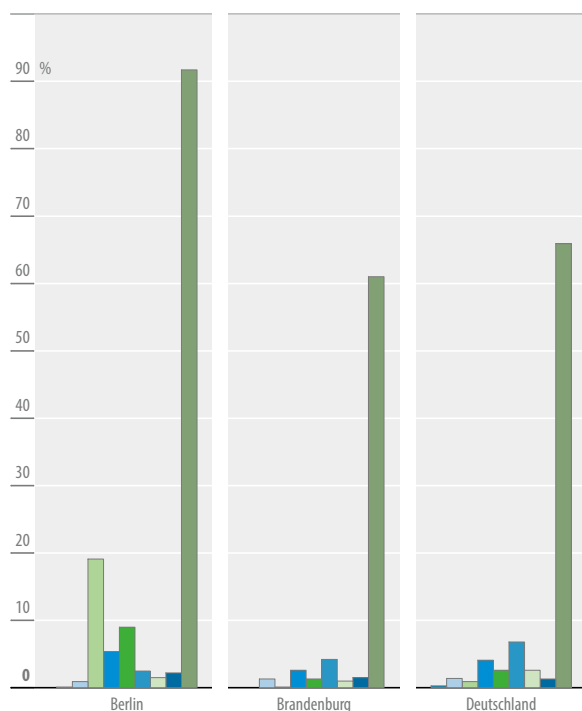
d | Anteil des Umsatzes aus E-Commerce am Gesamtumsatz des Einzelhandels 2010 und 2015



e | Anteil des Umsatzes aus E-Commerce am jeweiligen Umsatz der Wirtschaftsgruppe 2015

- Einzelhandel in Verkaufsräumen
- 47.1 mit Waren verschiedener Art
- 47.2 mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren
- 47.3 mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)
- 47.4 mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik
- 47.5 mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf
- 47.6 mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren
- 47.7 mit sonstigen Gütern

- Einzelhandel
- 47.8 an Verkaufsständen und auf Märkten
- 47.9 nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen oder auf Märkten



Außenhandel

Die Entwicklung der Exporte und Importe in Berlin und Brandenburg

von Sylke Orczewski und Tobias Hannemann

Die Verflechtungen der inländischen Wirtschaft mit dem Ausland sind ein bedeutender Indikator für die Stärke der überregionalen Wettbewerbsfähigkeit der Berliner und Brandenburger Unternehmen. Dieser Beitrag betrachtet den Außenhandel der Länder Berlin und Brandenburg über einen Zeitraum von fünf Jahren. Hierzu werden die bedeutenden internationalen Handelspartnerländer von Berlin und Brandenburg sowie die mit den höchsten Warenwerten importierten und exportierten Warengruppen der beiden Länder für die Jahre 2012 bis 2016 vergleichend dargestellt.

Die Außenhandelsstatistik dient einem breiten Nutzerkreis als Information zur Entwicklung des Außenhandels und der wirtschaftlichen Stellung Berlins und Brandenburgs in der Welt. Für die Darlegung der Wirtschaftsentwicklung sowie zahlreiche öffentliche und private Entscheidungsträger nationaler und internationaler Behörden und Unternehmen können Außenhandelsstatistiken als ein wichtiges Instrument zur Vorbereitung bi- und multinationaler Verhandlungen dienen. Zudem helfen sie bei der Durchführung von Marktanalysen und dienen der Festlegung moderner Handelsstrategien (Tabelle 1).

Die rechtliche Grundlage der Erhebungen zum Außenhandel legt die Europäische Union (EU) durch

Verordnungen fest. Auf nationaler Ebene bestehen ergänzende Bestimmungen. Die Außenhandelsstatistik für Deutschland und seine Bundesländer wird vom Statistischen Bundesamt erstellt. Sie liefert für Berlin und Brandenburg Zahlen über den grenzüberschreitenden Verkehr von Waren mit dem Ausland¹ (Import und Export). Bei der statistischen Erhebung wird zwischen Mitgliedstaaten der EU und Nichtmitgliedstaaten unterschieden. Für den innergemeinschaftlichen Warenverkehr müssen alle umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen direkt an das Statistische Bundesamt melden (Intrahandelsstatistik). Von der Auskunftspflicht befreit sind nur Unternehmen, deren innergemeinschaftliche Warenverkehre je Verkehrsrichtung (Eingang bzw. Versendung) im Vorjahr bzw. im laufenden Jahr den Wert von 500 000 EUR bei der Versendung und 800 000 EUR bei den Eingängen (bis 2015: 500 000 EUR je Verkehrsrichtung) nicht übersteigen. Die Erfassung des Warenverkehrs mit Staaten außerhalb der europäischen Zollunion (Handel mit Drittländern) erfolgt durch die Auswertung der bei den Zollstellen anfallenden Zollmeldungen (Extrahandelsstatistik).

Erfasst und nachgewiesen werden alle körperlich ein- und ausgehenden Waren, elektrischer Strom sowie Veredelungsgeschäfte im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Warenbewegungen. Dabei wird in der Außenhandelsstatistik zwischen Spezialhandel und Generalhandel unterschieden.

Die Ergebnisse über die Ausfuhr werden als *Spezialhandel* nachgewiesen. Der Spezialhandel in der Ausfuhr enthält im Wesentlichen die Waren, die aus der Erzeugung, der Bearbeitung und Verarbeitung des Erhebungsgebietes stammen und ausgeführt worden sind.

1 | Nutzerbedarf der Außenhandelsstatistik

| Wer? | Wozu? |
|---|---|
| Europäische Kommission | <ul style="list-style-type: none"> Planung der Agrar- und Handelspolitik in Europa Abschluss von Handelsvereinbarungen in der Welthandelsorganisation Embargos bestimmter Waren Beobachtung sensibler Warenströme |
| Internationale Organisationen/Staat | <ul style="list-style-type: none"> Einschätzung der Wirtschaftslage eines Landes Festlegung der Wirtschaftspolitik eines Landes |
| Europäische Zentralbank und Deutsche Bundesbank | <ul style="list-style-type: none"> Erstellung der Zahlungsbilanzstatistiken |
| Bundesländer | <ul style="list-style-type: none"> Förderung der Ausfuhr der Unternehmen auf regionaler Ebene |
| Botschaften und Konsulate | <ul style="list-style-type: none"> Interesse an bilateralen Handelsbeziehungen |
| Wirtschaftsverbände | <ul style="list-style-type: none"> Detaillierte Berichte zur spezifischen Mitgliederinformation |
| Unternehmen | <ul style="list-style-type: none"> Beobachtung der Markstellung eigener Produkte |
| Fachpresse und Medien | <ul style="list-style-type: none"> Information eines breiten Publikums |

¹ Unter Ausland ist jenes Gebiet zu verstehen, das außerhalb der Bundesrepublik Deutschland mit dem Gebietsstand nach dem 3. Oktober 1990 liegt.

Die Einfuhr in die Bundesrepublik Deutschland in der Aufgliederung nach Bundesländern wird als Generalhandel nachgewiesen. Der Generalhandel in der Einfuhr enthält alle in das Erhebungsgebiet eingehenden Waren mit Ausnahme der Waren der Durchfuhr. Die Einfuhr in die Länder Berlin und Brandenburg im Generalhandel enthält also nicht nur die Waren, die zum Gebrauch, Verbrauch, zur Be- oder Verarbeitung in beiden Ländern bestimmt sind, sondern auch auf Lager genommene Waren, die durch Spediteure und Händler über Berlin oder Brandenburg als Zielland eingeführt und danach in andere Bundesländer weitergeleitet werden.

Generalhandel und Spezialhandel unterscheiden sich im Wesentlichen durch die verschiedene Nachweisung der auf Lager (Freihafenlager und Zolllager, einschließlich offener Zolllager) eingeführten ausländischen Waren. Dabei werden im Generalhandel alle Einfuhren auf Lager zum Zeitpunkt ihrer Einlagerung nachgewiesen und im Spezialhandel dagegen nur diejenigen Einfuhren auf Lager, die nicht zur Wiederausfuhr aus Lager gelangen.

Aufgrund der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung der Einfuhr- und Ausführergebnisse auf Ebene der Bundesländer Berlin und Brandenburg nicht sinnvoll.

Seit 1950 werden für die Bundesrepublik Deutschland monatlich Außenhandelsergebnisse erhoben und veröffentlicht. Die monatlichen Ergebnisse liegen in regionaler Gliederung nach Bundesländern vor und können nach Warenarten und Zielländern entsprechend ausgewertet werden. Die Gliederung der Waren erfolgt nach Warengruppen und -untergruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft (EGW) nach dem Stand von 2002.

In den Ergebnissen sind Zuschätzungen für Meldebefreiungen sowie für Antwortausfälle im Intrahandel enthalten.

Die Ergebnisse sind für das jeweils laufende Jahr zunächst grundsätzlich vorläufig und werden bis zu einem Jahr aktualisiert (endgültiges Ergebnis).

Ergebnisse der Außenhandelsstatistik 2012 und 2016 im Vergleich

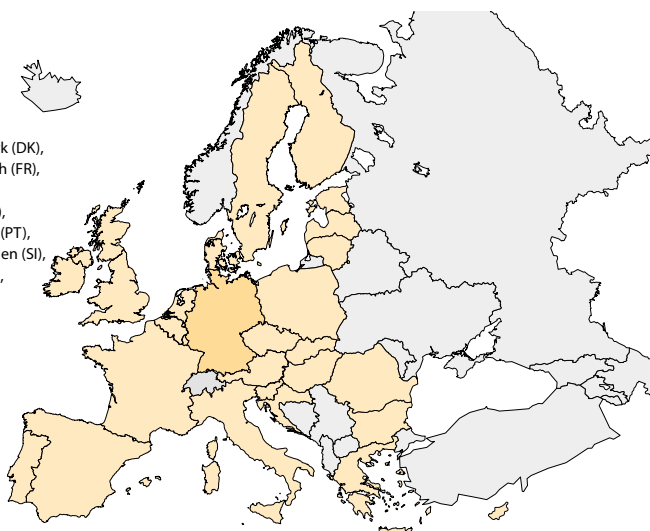
In der Region Berlin-Brandenburg ist der Exporthandel um 5,2% von 26,9 Mrd. EUR im Jahr 2012 auf 28,3 Mrd. EUR im Jahr 2016 gestiegen. Die USA, Polen und Frankreich sind die bedeutendsten Ausfuhrländer. Gleichzeitig ging der Importhandel um 4,6% von 28,9 Mrd. EUR auf 27,6 Mrd. EUR zurück. Polen, Russland und die Niederlande sind die wichtigsten Einfuhrländer. Insgesamt nahm der Außenhandelsumsatz (Exporte plus Importe) um 0,1%, von 55,9 Mrd. EUR auf 56 Mrd. EUR zu. Der Außenhandelsaldo (Exporte minus Importe) erhöhte sich von -2 Mrd. EUR im Jahr 2012 auf 730 Mill. EUR im Jahr 2016.

Über die Hälfte des deutschlandweiten Exportwarenwertes (58,6%) wurde 2016 in die Länder der EU exportiert. Berliner Unternehmen exportierten dabei Waren im Wert von rund 6,2 Mrd. EUR. Der Exportwarenwert Berlins in Drittländer war mit 8,9 Mrd. EUR um 2,7 Mrd. EUR höher als in die EU. Brandenburger Unternehmen lieferten ins Ausland insgesamt Waren im Wert von 13,2 Mrd. EUR und führten Waren im Wert von 15,5 Mrd. EUR ein. Dabei betragen die Exportwerte in die EU-Länder 8,3 Mrd. EUR und in die Drittländer 4,9 Mrd. EUR. Die Importe aus Drittländern in das Land Brandenburg waren um 1,9 Mrd. EUR höher als die Exporte Brandenburgs in Drittländer (Abbildung a).

a | Warenwerte im Außenhandel 2016 von Berlin, Brandenburg und Deutschland

| | Außenhandelsstatistik | | Intrahandelsstatistik | | Extrahandelsstatistik | |
|---------------|-----------------------|-------------------|--------------------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|
| | Ausfuhr insgesamt | Einfuhr insgesamt | Versendung Spezialhandel | Eingang Generalhandel | Ausfuhr Spezialhandel | Einfuhr Generalhandel |
| | Mrd. EUR | | Mrd. EUR | | Mrd. EUR | |
| Berlin..... | 15,1 | 12,1 | 6,2 | 7,7 | 8,9 | 4,4 |
| Brandenburg | 13,2 | 15,5 | 8,3 | 8,7 | 4,9 | 6,8 |
| Deutschland.. | 1 203,8 | 960,3 | 705,6 | 551,3 | 498,3 | 403,6 |

Zur EU-28 gehören: Belgien (BE), Bulgarien (BG), Dänemark (DK), Deutschland (DE), Estland (EE), Finnland (FI), Frankreich (FR), Griechenland (EL), Irland (IE), Italien (IT), Kroatien (HR), Lettland (LV), Litauen (LT), Luxemburg (LU), Malta (MT), Niederlande (NL), Österreich (AT), Polen (PL), Portugal (PT), Rumänien (RO), Schweden (SE), Slowakei (SK), Slowenien (SI), Spanien (ES), Tschechische Republik (CZ), Ungarn (HU), Vereinigtes Königreich (UK) und Zypern (CY).



Insgesamt wurden aus Deutschland Waren im Wert von 1 203,8 Mrd. EUR exportiert und Waren, ohne die Überführung von Einfuhren aus Lagern, im Wert von 954,9 Mrd. EUR importiert. Im Vergleich zum Jahr 2012 erhöhten sich damit im Jahr 2016 die deutschen Exporte um 10,2% und die Importe um 6,2% (Tabelle 2). Demzufolge stieg das Warenwertvolumen (Summe aus Export und Import) um 8,4% von 1 992,0 Mrd. EUR im Jahr 2012 auf 2 158,8 Mrd. EUR im Jahr 2016. Im Land Berlin erhöhte sich das Warenwertvolumen von Import- und Exportgeschäften um nahezu 16% von 23,5 Mrd. EUR im Jahr 2012 auf 27,3 Mrd. EUR im Jahr 2016. Das Land Brandenburg verzeichnete im gleichen Zeitraum einen Rückgang um 11,3% von 32,4 Mrd. EUR auf 28,7 Mrd. EUR.

Im bundesweiten Vergleich meldete im Jahr 2016 das Bundesland Baden-Württemberg den höchsten Ausfuhrwert mit 190,8 Mrd. EUR (15,8%). Am niedrigsten war der Wert der Waren ins Ausland aus Mecklenburg-Vorpommern mit 7,1 Mrd. EUR (0,6%). Der Brandenburger Anteil an den Exportwerten aus Deutschland betrug mit 13,2 Mrd. EUR 1,1%. Der Berliner Exportanteil betrug 1,3% und lag mit 15,1 Mrd. EUR leicht über dem Brandenburger Wert (Tabelle 3). Nordrhein-Westfalen verzeichnete den höchsten Einfuhrwert Deutschlands mit 206,7 Mrd. EUR. Der geringste Importwert mit 5,4 Mrd. EUR wurde in Mecklenburg-Vorpommern ermittelt. Zudem verfügte Nordrhein-Westfalen im Jahr 2016 über das höchste Warenwertvolumen in Höhe von 385,8 Mrd. EUR.

Internationale Handelsbeziehungen

Der größte Wert für eingeführte Waren nach Berlin im Jahr 2016 wurde für Waren aus Italien mit einem Einfuhrwert von insgesamt 1,2 Mrd. EUR ermittelt. Er lag damit 12,4% unter dem Wert des Jahres 2012 aus den Vereinigten Staaten von Amerika (USA). Der höchste Ausfuhrwert im Jahr 2016 war mit 1,9 Mrd. EUR für exportierte Waren von Berlin in die USA um etwa ein Drittel höher als 2012.

In das Land Brandenburg führte 2016 Russland die meisten Waren im Wert von rund 3 Mrd. EUR ein. Das sind fast 4 Mrd. EUR weniger als im Jahr 2012. Der höchste Exportwert betrug im Jahr 2016 nahezu 1,9 Mrd. EUR für Waren aus Brandenburg in die USA. Das entspricht einem Rückgang von 7,4% im Vergleich zum Jahr 2012 (Abbildung b).

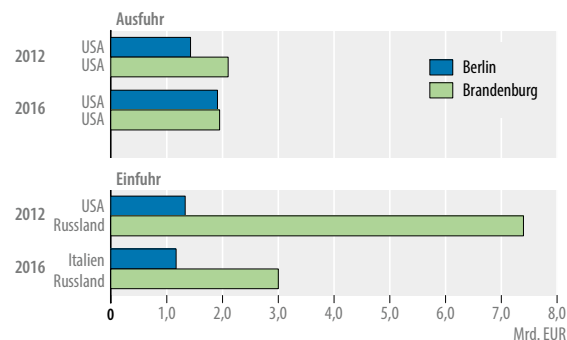
Berlins wichtigste Handelspartnerländer bei den Importgeschäften im Jahr 2016 waren Italien, Polen, die Niederlande, die Schweiz und China. Die Exportgeschäfte wurden überwiegend mit Ländern wie den USA, Polen, China, Frankreich und Ägypten realisiert. Während im Land Brandenburg 2016 die Importgeschäfte zumeist mit Russland, Polen, dem Vereinigten Königreich, den USA und den Niederlanden abgewickelt wurden, fanden die Exportgeschäfte eher mit Ländern wie den USA, Polen, Frankreich, der Tschechischen Republik und den Niederlanden statt (Abbildung c).

Nach Berlin wurden 2016 hauptsächlich sonstige Waren aus der Schweiz importiert. Im Land Brandenburg dominierten Importgeschäfte mit Erdöl

2 | Warenwerte 2012 und 2016 in Berlin, Brandenburg und Deutschland

| Bundesland Land | Warenwert | 2012 | 2016 | Veränderung zu 2012 |
|-----------------|------------------|----------|----------|---------------------|
| | | Mrd. EUR | Mrd. EUR | % |
| Berlin | Einfuhr..... | 9,9 | 12,1 | 22,5 |
| | Ausfuhr..... | 13,6 | 15,1 | 11,1 |
| | Warenwertvolumen | 23,5 | 27,3 | 15,9 |
| Brandenburg | Einfuhr..... | 19,1 | 15,5 | -18,6 |
| | Ausfuhr..... | 13,3 | 13,2 | -0,9 |
| | Warenwertvolumen | 32,4 | 28,7 | -11,3 |
| Deutschland | Einfuhr..... | 899,4 | 954,9 | 6,2 |
| | Ausfuhr..... | 1 092,6 | 1 203,8 | 10,2 |
| | Warenwertvolumen | 1 992,0 | 2 158,8 | 8,4 |

b | Handelspartnerländer 2012 und 2016 von Berlin und Brandenburg nach höchstem Warenwert



3 | Export- und Importwerte 2016 in Deutschland nach Bundesländern

| Bundesland Land | Export | | Import | |
|-----------------------------|----------|------|----------|------|
| | Mrd. EUR | % | Mrd. EUR | % |
| Berlin..... | 15,1 | 1,3 | 12,1 | 1,3 |
| Brandenburg..... | 13,2 | 1,1 | 15,5 | 1,6 |
| Baden-Württemberg..... | 190,8 | 15,8 | 161,1 | 16,8 |
| Bayern..... | 182,3 | 15,1 | 166,2 | 17,3 |
| Bremen..... | 19,9 | 1,7 | 13,3 | 1,4 |
| Hamburg..... | 54,0 | 4,5 | 68,5 | 7,1 |
| Hessen..... | 58,4 | 4,9 | 86,2 | 9,0 |
| Mecklenburg-Vorpommern..... | 7,1 | 0,6 | 5,4 | 0,6 |
| Niedersachsen..... | 85,0 | 7,1 | 79,0 | 8,2 |
| Nordrhein-Westfalen..... | 179,1 | 14,9 | 206,7 | 21,5 |
| Rheinland-Pfalz..... | 52,4 | 4,4 | 34,5 | 3,6 |
| Saarland..... | 15,4 | 1,3 | 12,8 | 1,3 |
| Sachsen..... | 36,7 | 3,0 | 21,9 | 2,3 |
| Sachsen-Anhalt..... | 14,8 | 1,2 | 14,7 | 1,5 |
| Schleswig-Holstein..... | 20,1 | 1,7 | 20,8 | 2,2 |
| Thüringen..... | 14,3 | 1,2 | 9,9 | 1,0 |
| Deutschland..... | 1 203,8 | 100 | 960,3 | 100 |
| darunter | | | | |
| Ausland..... | 243,2 | 20,2 | 31,5 | 3,3 |
| Restposition..... | 2,1 | 0,2 | 0,1 | 0,0 |

1 Nach: Statistisches Bundesamt (Destatis), Genesisdatenbank-Datenabruf vom 10.11.2017

und Erdgas aus Russland (Abbildung d). Die größten Exportgeschäfte wurden in Berlin mit Maschinen nach Ägypten getätigt, im Land Brandenburg mit pharmazeutischen und ähnlichen Erzeugnissen in die USA.

Fazit

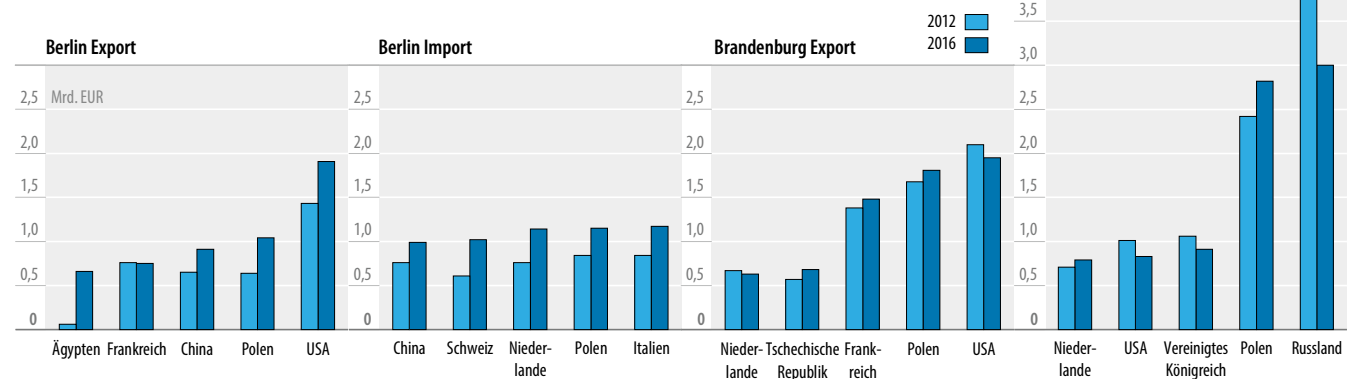
Bei der Betrachtung des Außenhandels der Länder Berlin und Brandenburg in den Jahren 2012 und 2016 zeigt sich, dass die Berliner Importgeschäfte zugunsten des Warenverkehrs mit der Schweiz zunahmen, während importierte Warenwerte aus den USA abnahmen. Dagegen stiegen die Warenwerte im Exportgeschäft mit den USA bei Waren im Bereich der pharmazeutischen und ähnlichen Erzeugnisse. Der Import von Warenwerten aus dem Ausland hat in Berlin insgesamt zugenommen.

Die höchsten Ein- und Ausfuhrwerte erzielte das Land Brandenburg beim Import von Erdöl und Erdgas aus Russland und beim Export von pharmazeutischen und ähnlichen Erzeugnissen in die USA. Obwohl die Importwarenwerte im Bereich Erdöl und Erdgas sichtbar in den vergangenen Jahren zurückgingen, ist Russland für Brandenburger Unternehmen immer noch der größte Handelspartner im Importgeschäft. Im Jahr 2016 wurden deutlich weniger pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse als im Jahr 2012 aus Brandenburg in die USA exportiert. Der

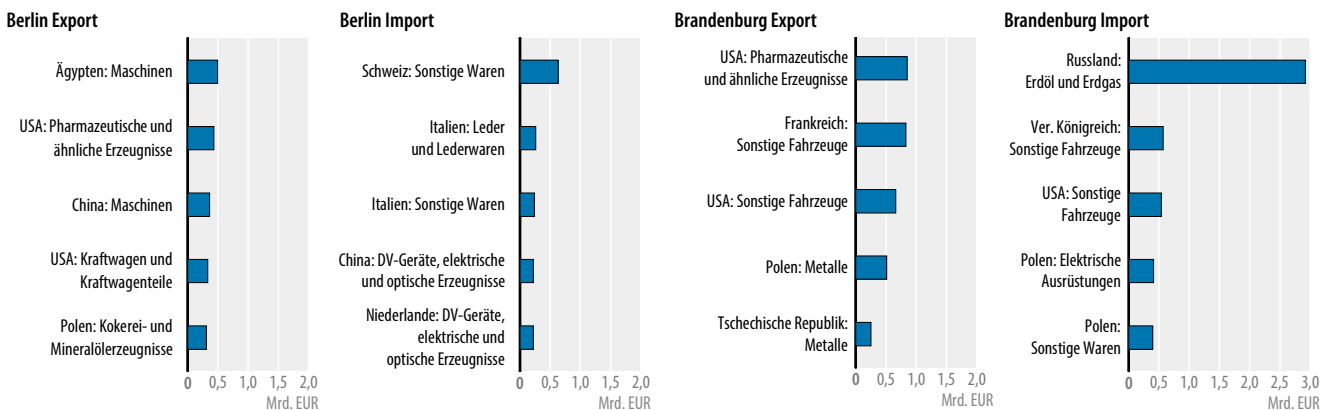
Export von Warenwerten ins Ausland ist in Brandenburg insgesamt rückläufig. Unter Berücksichtigung, dass sonstige Auswertungen des Außenhandels nach dem Spezialhandel ausgewiesen werden und die Einfuhrergebnisse nach Bundesländern in der Aufteilung nach dem Generalhandel, der alle nach Deutschland eingehenden und aus Deutschland ausgehenden Waren umfasst, war im bundesweiten Vergleich im Jahr 2016 der Anteil der Region Berlin-Brandenburg am deutschlandweiten Export und Import mit 2,4% und 2,9% gering. Die export- und importstarken Bundesländer 2016 waren Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern.

Sylke Orczewski ist tätig im Referat *Dienstleistungen, Handel, Tourismus, Verkehr* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.
Tobias Hannemann leitet das Referat *Dienstleistungen, Handel, Tourismus, Verkehr* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

c | Top 5 Handelspartnerländer 2012 und 2016 von Berlin und Brandenburg nach den fünf höchsten Aus- und Einfuhrwerten



d | Top 5 Warengruppen¹ der Ex- und Importe 2016 von Berlin und Brandenburg nach Handelspartnerland



¹ nach Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 2009 (GP 2009; 2-Steller).

Verarbeitendes Gewerbe

Investitionen der Industrieunternehmen in Berlin und Brandenburg

von Anahit Pitigoi

Die Investitionsstatistik hat im Rahmen der Wirtschaftsstatistiken eine erhebliche Bedeutung. Sie zeigt die Investitionsentwicklung der Industrieunternehmen in den Ländern Berlin und Brandenburg und gibt einen Überblick über die Investitionstätigkeit sowohl auf Branchenebene als auch in der regionalen Verteilung. Im folgenden Beitrag wird die Investitionsentwicklung auf Basis der gemeldeten Daten der Jahre 2000 bis 2015 betrachtet.

Die Investitionsstatistik der Unternehmen und Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden¹ wird in Deutschland jährlich für das vergangene Kalenderjahr erhoben.² Sie beschreibt das Verhalten, die Struktur und die Leistung von Unternehmen und deren Investitionsentwicklung. Innerhalb der europäischen Gemeinschaft dient die Investitionserhebung für Unternehmen als ein Hilfsmittel für strukturelle Vergleiche. Meldepflichtig sind alle produzierenden Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes³ mit 20 und mehr Beschäftigten und deren produzierende Betriebe (unabhängig von der Anzahl der Beschäftigten).

Die Investitionsarten

In der Investitionserhebung wird zwischen Kaufinvestitionen und Mietinvestitionen unterschieden. Kaufinvestitionen sind die aktivierten Bruttozugänge an Sachanlagen⁴. Dazu gehören entweder selbst erstellte Anlagen oder im Bau befindliche Anlagen sowie Leasinggüter. Diese werden nach folgenden Anlagenarten gegliedert:

- bebaute Grundstücke mit Geschäfts-, Fabrik-, Wohn- und anderen Bauten (einschließlich Gleisanlagen, Kanalbauten und Parkplätzen)
- unbebaute Grundstücke ohne (eigene) Bauten
- Maschinen und maschinelle Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattungen (einschließlich Werk-

zeuge, aktivierte geringwertige Wirtschaftsgüter, Fahrzeuge und Schiffe).

Unberücksichtigt bleiben unter anderem der Kauf ganzer Unternehmen bzw. Betriebe sowie Auslandsinvestitionen.

Als Mietinvestition gelten neu gemietete und gepachtete Sachanlagen. Dazu zählen die Werte, die von Leasingfirmen vom Hersteller direkt oder von Unternehmen der gleichen Unternehmensgruppe (z. B. Besitzgesellschaften) im Geschäftsjahr gemietet oder geleast wurden. Zu den geleasteten Sachanlagen zählen grundsätzlich neben Bauten, Büromaschinen, Kraftfahrzeugen, EDV- und Telefonanlagen auch sonstige Maschinen und maschinelle Anlagen. Nicht einzubeziehen sind beispielsweise die Sachanlagen mit einer Mietdauer unter einem Jahr sowie die Anmietung von gebrauchten Investitionsgütern und unbebauten Grundstücken.

In den Ländern Berlin und Brandenburg spielten 2015 die Kaufinvestitionen die wichtigste Rolle. Dabei stellten die Investitionen der Maschinen und maschinellen Anlagen mit Abstand den größten Teil mit einem Anteil von 78,2 % (710 Mill. EUR) in Berlin und 81,0 % (928 Mill. EUR) im Land Brandenburg (Abbildung a).

Zu ihrer Investitionstätigkeit wurden im Rahmen der Investitionserhebung für das Jahr 2015 in Berlin 695 Betriebe und im Land Brandenburg 1 134 Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes befragt. Davon

1 Im nachfolgenden Text werden die Bereiche „Verarbeitendes Gewerbe“ sowie „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ nicht weiter voneinander unterschieden sondern unter der allgemeinen Bezeichnung „Verarbeitendes Gewerbe“ zusammengefasst.

2 Gesetzliche Grundlage: Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (ProdGewStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. März 2002 (BGBl. I S. 1181), das zuletzt durch Artikel 271 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist.

3 Meldepflichtig sind alle Unternehmen der Abschnitte B „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ und C „Verarbeitendes Gewerbe“ der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

4 Ohne als Vorsteuer abzugsfähige Umsatzsteuer.

meldeten 584 Berliner Betriebe und 944 Brandenburger Betriebe Investitionsausgaben. Das entspricht in beiden Ländern einem Rückgang an Betrieben mit Investitionen von jeweils rund 3 % gegenüber dem Vorjahr.

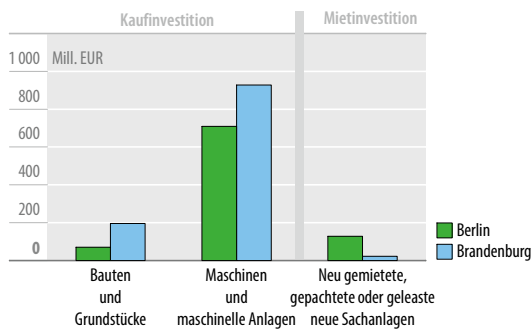
Bei einer detaillierten Betrachtung der Entwicklung der Zahl der investierenden und der Zahl der meldepflichtigen Betriebe der vergangenen 15 Jahre, sinkt die Betriebsanzahl in Berlin verhältnismäßig konstant, während sie im Land Brandenburg tendenziell steigt (Abbildung b).

Zu erkennen ist eine durchschnittlich gleichbleibende Differenz zwischen den meldepflichtigen Betrieben und denen mit gemeldeten Investitionen. So schwanken die Abweichungen in Berlin zwischen 83 und 174 meldepflichtigen Betrieben ohne Investitionstätigkeit. Im Land Brandenburg liegt die Differenz bei einer Spanne von 136 bis 226 Betrieben. Somit wurden in den vergangenen 15 Jahren in beiden Ländern im Durchschnitt in rund 85 % aller Betriebe Gelder in Sachanlagen lang- oder kurzfristig angelegt.

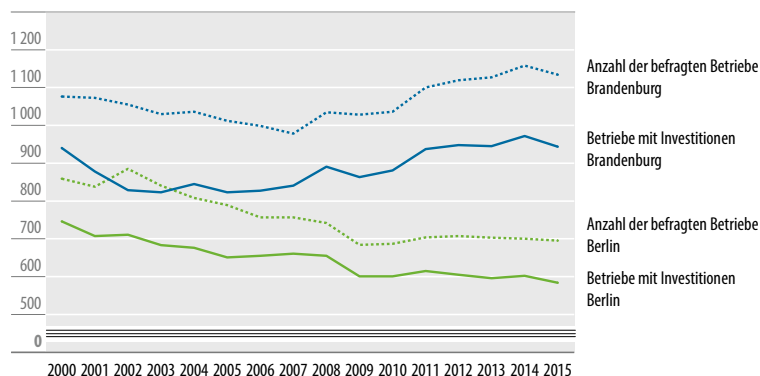
Investition nach Branchenverteilung 2015 in Berlin und im Land Brandenburg

Aufgrund der neuen Klassifikationen der Wirtschaftszweige sind die Investitionen im Hinblick auf die Branchenverteilung nur eingeschränkt mit den vergangenen Jahren vergleichbar. Die aktuelle Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) enthält gegenüber der Vorgängerversion (WZ 2003) wesentliche Änderungen.

a | Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes 2015 in Berlin und im Land Brandenburg nach Investitionsarten



b | Betriebe und Betriebe mit Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe 2000 bis 2015 in Berlin und im Land Brandenburg



Die Verteilung der Investition des Jahres 2015 in Bezug auf die Branchen lässt erhebliche Unterschiede feststellen. Anhand der Daten lässt sich kein gemeinsamer wirtschaftlicher Schwerpunkt für Berlin und Brandenburg herausarbeiten, der Rückschlüsse für strukturelle Vergleiche ermöglichen würde (Tabelle 1).

In Berlin weist der Wirtschaftszweig Hersteller von Datenverarbeitungsgeräten, elektronische und optischen Erzeugnissen die höchste Anzahl an Betrieben und mit 81,7 Mill. EUR auch die höchsten Kaufinvestitionen auf. Das entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 11,0 %. Die Investitionen bei der Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen gingen hingegen um 18,0 % zurück und lagen 2015 bei 76,0 Mill. EUR. Der Maschinenbau investierte 2015 insgesamt 70,1 Mill. EUR (+21,4 %). Ein Schwerpunkt hinsichtlich eines oder mehrerer dominanter Wirtschaftszweige lässt sich allerdings nicht ableiten. Gerade in Berlin ist eine gestreute Verteilung der Betriebe auf nahezu alle Branchen erkennbar.

Im Land Brandenburg wurden die höchsten Investitionen 2015 durch die Hersteller von chemischen Erzeugnissen mit 134,9 Mill. EUR getätigt. Das entspricht einem Plus gegenüber 2014 von 42,3 %. Die Produzenten von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel) waren die zweitstärksten Investoren des Verarbeitenden Gewerbes mit 89,4 Mill. EUR. Dies entspricht einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr von 102,3 %. Danach folgt die Branche der Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen mit einem Wert von 88,3 Mill. EUR. Den stärksten Anstieg bei den Investitionen verzeichnete mit 236,5 % der Industriezweig Herstellung von Druckerzeugnissen, Vervielfältigung von Ton-, Bild-, Datenträgern (Tabelle 1).

Fazit und Ausblick

Der Beitrag widmete sich der Investitionsentwicklung der Industriebetriebe in den Ländern Berlin und Brandenburg. Erhoben werden die Investitionen aller Unternehmen und deren Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe. Aufgrund des regionalen Schwerpunktes wurden nur die Investitionen der Betriebe betrachtet.

1 | Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe in Berlin und im Land Brandenburg 2015 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

| WZ 2008 | Ausgewählte Wirtschaftszweige | Berlin | | Brandenburg | |
|------------|--|-----------------------------|---------------------------------|-----------------------------|---------------------------------|
| | | Kaufinvestitionen | | | |
| | | ins- gesamt 1 000 EUR | Veränderung zum Vorjahr % | ins- gesamt 1 000 EUR | Veränderung zum Vorjahr % |
| 08 | Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau..... | • | • | 14 217 | 79,7 |
| 10 | Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln... | 68 988 | - 29,5 | 82 069 | 8,3 |
| 11 | Getränkeherstellung..... | • | • | 15 602 | -11,8 |
| 16 | Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)..... | 278 | - 81,5 | 89 448 | 102,3 |
| 17 | Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus..... | 2 858 | - 16,6 | 37 093 | -28,5 |
| 18 | Herstellung von Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von Ton-, Bild-, Datenträgern... | 49 442 | 22,4 | 12 508 | 236,5 |
| 20 | Herstellung von chemischen Erzeugnissen..... | 35 775 | 59,1 | 134 945 | 42,3 |
| 21 | Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen..... | 75 981 | - 18,0 | 27 702 | • |
| 22 | Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren.... | 19 113 | 11,9 | 85 074 | -6,5 |
| 23 | Herstellung von Glas-, -waren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden..... | 5 205 | 85,8 | 51 778 | 23,9 |
| 24 | Metallerzeugung und -bearbeitung..... | 15 854 | 71,7 | 57 676 | 7,0 |
| 25 | Herstellung von Metallerzeugnissen..... | 27 791 | - 36,0 | 43 876 | -1,9 |
| 26 | Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen..... | 81 682 | 11,0 | 10 162 | -31,4 |
| 27 | Herstellung von elektrischen Ausrüstungen..... | 32 700 | - 25,1 | 13 758 | -5,3 |
| 28 | Maschinenbau..... | 70 075 | 21,4 | 51 789 | 28,3 |
| 29 | Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen..... | • | • | 88 313 | 30,3 |
| 30 | Sonstiger Fahrzeugbau..... | 14 831 | • | 82 513 | • |
| 31 | Herstellung von Möbeln..... | • | • | 6 481 | 29,5 |
| 32 | Herstellung von sonstigen Waren..... | 42 406 | - 10,0 | 10 523 | 10,1 |
| 33 | Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen..... | 22 056 | 13,3 | 28 982 | 27,6 |
| | Insgesamt | 779 805 | 0,5 | 1 124 417 | 17,4 |

Die Ergebnisse der Investitionserhebung zeigen, dass eine gleichmäßige Entwicklung zwischen den befragten Betrieben und den Betrieben mit getätigten Investitionen besteht. Aus diesem Grund lassen sich für die nächsten Jahre ähnliche Werte prognostizieren.

Im Jahr 2015 wurden in Berlin Investitionen in Höhe von 0,8 Mrd. EUR und im Land Brandenburg von 1,1 Mrd. EUR getätigt. Bei Betrachtung nach Investitionsarten lässt sich ein Schwerpunkt bei Kaufinvestitionen insbesondere in Maschinen und maschinelle Sachanlagen erkennen. Vorausschauend auf das Berichtsjahr 2016 wird aufgrund einer Aktualisierung und des Abgleichs mit administrativen Registern ein erweiterter Berichtskreis und folgerichtig ein höheres Investitionsvolumen erwartet.

Anahit Pitigoi ist Sachbearbeiterin im Referat *Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau, Energie- und Wasserversorgung* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Weitere Ergebnisse der Investitionserhebung für die Länder Berlin und Brandenburg enthalten die Statistischen Berichte E I 6 - j Verarbeitendes Gewerbe unter www.statistik-berlin-brandenburg.de

Neuerscheinung

Integrierte Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände

Die Finanzstatistiken sehen sich seit einigen Jahren mit einem tiefgreifenden Wandel ihrer Rahmenbedingungen konfrontiert. Ein Aspekt ist die Verlagerung von Aufgaben aus den kommunalen Kernhaushalten beispielsweise in öffentliche Unternehmen, der den Vergleich der Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände erschwert. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder veröffentlichen deshalb integrierte Schuldendaten der kommunalen Haushalte der Flächenländer. Die Veröffentlichung basiert auf Daten vom 31. Dezember 2016. Sie enthält Erläuterungen zur Methodik, zu deren Abweichungen zum Nachweis in den Standardpublikationen der Finanzstatistiken sowie zusammenfassende Ergebnisdarstellungen. Ergänzt wird die Veröffentlichung um einen Tabellenband mit Ergebnissen auf Ebene einzelner Gemeinden bzw. einzelner Gemeindeverbände.

Nach dieser Berechnung wiesen die Kommunen des Saarlands mit 6 894 EUR die höchste Pro-Kopf-Verschuldung auf kommunaler Ebene auf, gefolgt von den Kommunen Hessens (5 353 EUR) und Nordrhein-Westfalens (4 594 EUR). Die geringste Pro-Kopf-Verschuldung gab es in Kommunen Bayerns (2 295 EUR), Schleswig-Holsteins (2 562 EUR) und Sachsens (2 636 EUR). Das Land Brandenburg lag mit 2 867 EUR ebenfalls unter dem bundesweiten Durchschnitt von 3 509 EUR. Davon entfielen 731 EUR auf den Kernhaushalt, 87 EUR auf die Extrahaushalte und 2 050 EUR auf die Beteiligung an sonstigen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen.

Die fünf am höchsten verschuldeten kreisfreien Städte befanden sich in Hessen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Am höchsten war die Pro-Kopf-Verschuldung am in Darmstadt (14 989 EUR). Vier der fünf am wenigsten verschuldeten kreisfreien Städte lagen in Bayern.

Die Gesamtschulden der kreisfreien Städte im Land Brandenburg summierten sich zum 31. Dezember 2016 auf insgesamt 2,2 Mrd. EUR. Cottbus und die Landeshauptstadt Potsdam wiesen mit 6 558 EUR und 5 381 EUR die höchste Pro-Kopf-Verschuldung auf.

Unter den Landkreisen waren die Schulden im Landkreis Oder-Spree mit 532 Mill. EUR am höchsten. Die Verschuldung pro Kopf lag bei 2 917 EUR. Die geringsten Schulden meldete der Landkreis Prignitz mit insgesamt 163 Mill. EUR bzw. 2 102 EUR pro Kopf.

Die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg sind in der Veröffentlichung nicht berücksichtigt, da sie in den amtlichen Finanzstatistiken nicht der kommunalen, sondern der staatlichen Ebene (Bundesländer) zugeordnet werden.



Die Gemeinschaftsveröffentlichung *Integrierte Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände* steht im gemeinsamen Datenangebot der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder unter www.statistik-portal.de zum Download zur Verfügung.

Baugewerbe

Wirtschaftsdaten zum Bauhauptgewerbe in Berlin und Brandenburg

von **Michaela Beeck**

Der vorliegende Beitrag beleuchtet die Wirtschaftsentwicklung des Bauhauptgewerbes in Berlin und im Land Brandenburg von 1991 bis 2016. Die Daten basieren auf den Ergebnissen der jährlich durchgeführten Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe.

Vorbemerkung

Das Baugewerbe wird in Deutschland in das Bauhauptgewerbe und das Ausbaugewerbe eingeteilt. Die Ergebnisse für das Baugewerbe werden in der seit dem Berichtsjahr 2009 gültigen Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)¹ erhoben und aufbereitet. Nach der Wirtschaftszweikklassifikation in seiner aktuell gültigen Fassung gehören zum Bauhauptgewerbe der Hochbau ohne Bauträger, der Tiefbau sowie Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten und sonstige spezialisierte Bautätigkeiten als Sammelposition. Das Ausbaugewerbe umfasst die Bauinstallation und den sonstigen Ausbau. Der Wirtschaftszweig Erschließung von Grundstücken; Bauträger wird mit einem reduzierten Erhebungsprogramm gemeinsam mit den Daten im Ausbaugewerbe erfasst und separat ausgewertet. Trotz der Neuabgrenzung der Wirtschaftszweige bleiben die Ergebnisse des Bauhaupt- und des Ausbaugewerbes mit denen früherer Jahre in der Summe weitgehend vergleichbar.

Primärstatistiken

Zur Beobachtung der Konjunktur und der Struktur des Baugewerbes werden sieben amtliche Statistiken dezentral in den Statistischen Ämtern der Länder durchgeführt. Die Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe zählt neben der Zusatzerhebung im Ausbaugewerbe sowie den Investitionserhebungen in den Unternehmen des Ausbaugewerbes und des Bauhauptgewerbes zu den einmal jährlich durchgeführten Strukturserhebungen. Die Ergänzungserhebung hat eine Sonderstellung unter den Primärstatistiken, weil sie eine der letzten Totalerhebungen in den Wirtschaftsstatistiken ist. Zur jährlichen Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe, die im Juni eines jeden Jahres durchgeführt wird, sind alle bauhauptgewerblich tätigen Betriebe von Unternehmen des Bauhauptgewerbes und anderer Wirtschaftsbereiche auskunftspflichtig, soweit sich ihre Tätigkeit auf das Inland bezieht. Aus den Ergebnissen der Erhebung wurden bislang Faktoren

errechnet, die der Hochrechnung vieler Daten des Monatsberichts im Bauhauptgewerbe dienen. Die jährliche Zusatzerhebung im Ausbaugewerbe und die Investitionserhebungen sind Totalerhebungen mit Abschneidegrenze. Die Grenze bei der Zusatzerhebung liegt bei mindestens zehn tätigen Personen, bei den Investitionserhebungen bei mindestens 20 tätigen Personen im Unternehmen.

Um die Struktur der Baubetriebe des Bauhauptgewerbes zu beurteilen, werden, bezogen auf den Juni eines Jahres, folgende Merkmale erfragt:

- tätige Personen im Bauhauptgewerbe nach der Stellung im Betrieb,
- Entgelte,
- geleistete Arbeitsstunden und Inlandsumsatz nach Art der Bauten und Auftraggeber,
- Gesamtumsatz im Juni und Vorjahr,
- bauhauptgewerblicher Umsatz im Juni und Vorjahr,
- sonstiger Umsatz im Juni und Vorjahr.

Die drei unterjährigen Statistiken – Monatsbericht im Bauhauptgewerbe, Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe (vierteljährlich) sowie Vierteljahresbericht im Ausbaugewerbe – bilden den Konjunkturverlauf der Betriebe im Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe ab. Es handelt sich um Primärstatistiken, die in Form von Totalerhebungen mit Abschneidegrenze durchgeführt werden. In der Regel melden dort bauhauptgewerblich tätige Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen, soweit sich ihre Tätigkeit auf das Inland erstreckt.

Die Baustatistiken liefern wichtige Informationen für die Arbeit der gesetzgebenden Körperschaften, der Bundes- und Landesregierungen, der Bau- und Handwerksverbände sowie der Kammern und sind somit eine unentbehrliche Grundlage für zahlreiche Entscheidungen auf dem Gebiet der gesamten Wirtschaftspolitik, insbesondere im Bereich der Bauwirtschaft.

¹ Weitere Informationen unter: www.klassifikationsserver.de

Rechtliche Grundlagen sind u.a. das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (ProdGewStatG)² und die Verordnung (EG) Nr. 1165/98³.

Mixmodelle

Die primärstatistisch erhobenen Daten des Vierteljahresberichts im Ausbaugewerbe und die monatlichen Ergebnisse des Bauhauptgewerbes werden ergänzt um Daten für kleinere Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten aus Verwaltungsregistern.⁴ Es handelt sich um sogenannte Mixmodelle. Die Verwaltungsdaten werden zur vollständigen Darstellung der konjunkturellen Entwicklung aller Baubetriebe genutzt. Es war nicht mehr vertretbar, nur die Betriebe mit mindestens 20 Beschäftigten konjunkturell abzubilden und anzunehmen, dass sich kleinere Betriebe konform verhalten. Dies hat sich oft nicht bestätigt, zudem kam es durch die Methodik der Hochrechnungsfaktoren zu Basiseffekten, die kein korrektes Bild bei den hochgerechneten Betrieben mehr abgaben.

Somit sind diese Mixmodelle aus Primär- und Sekundärergebnissen auch Totalerhebungen des betrachteten Bereiches der Bauwirtschaft. Die Verwaltungsdaten beinhalten ausschließlich Angaben zum Umsatz und zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Diese beiden Merkmale müssen für eine konjunkturstatistische Betrachtung ausreichen, da andere Merkmale in Verwaltungsregistern nicht oder nicht in ausreichender Güte vorliegen.⁵

Da diese Erhebungen durch den Methodenmix und die unterschiedlichen Quellen eine andere Güte besitzen als eine primärstatistische Totalerhebung, werden sie zur besseren Abgrenzung als sekundäre Totalerhebungen bezeichnet.

Entwicklung des Bauhauptgewerbes in Berlin seit 1991

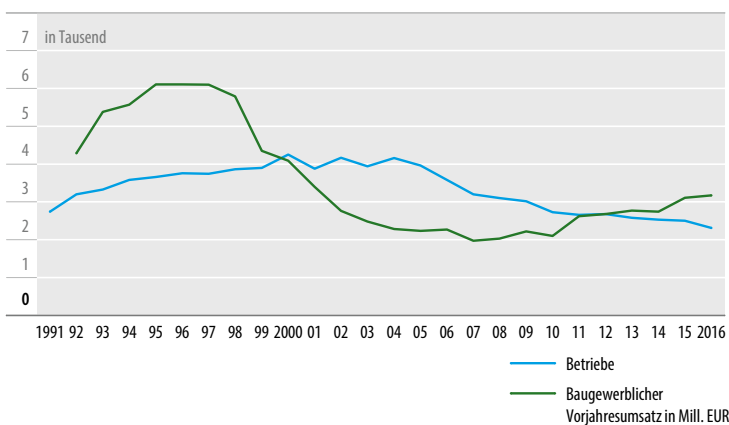
1991 wurden in Berlin 2744 bauhauptgewerbliche Betriebe gezählt. Die Anzahl der bauhauptgewerblichen Betriebe stieg nach dem Mauerfall im Zuge des Baubooms bis zum Jahr 2000 um 55% auf ein Maximum von 4246. Seit 2004 ist die Zahl der Betriebe auf 2307 im Jahr 2016 gesunken, bezogen auf das Jahr 2000 entspricht dies einem Anteil von 54,3%. 2016 lag die Zahl der Betriebe bei etwa 84% der Betriebe von 1991 (Abbildung a).

Auch die Struktur der Betriebe hat sich im Zeitablauf verändert. Von den 219 großen Baubetrieben ab 50 Beschäftigte im Jahr 1991 gab es im Jahr 2007 nur noch 43. 2016 waren es noch 61. Ihre Zahl ist somit gegenüber 1991 um 71,4% gesunken. Von den 97 Betrieben mit 100 und mehr Beschäftigten im Jahr 1991 existierten 2016 nur noch 19, ebenfalls eine Reduktion um gut ein Fünftel. Gut 90% der Betriebe hatten 2016 weniger als 20 Beschäftigte, 1991 waren es nur 82%. Es erfolgte also ein Strukturwandel hin zu kleineren Baubetrieben. Dem wird mit der methodischen Änderung in der Konjunkturstatistik des Bauhauptgewerbes hin zum Mixmodell ebenfalls Rechnung getragen.

Bei der Umsatzentwicklung wird auf den jeweiligen Vorjahresumsatz zurückgegriffen. Im Jahr 1991 betrug der Umsatz rund 4,3 Mrd. EUR. Nach einem Anstieg während des Baubooms nach der deutschen Wiedervereinigung – mit einem Maximum im Jahr 1996 von 6,1 Mrd. EUR – sank der Umsatz zusammen mit dem Abbau der Beschäftigung. Das Minimum wurde 2007 mit circa 2,0 Mrd. EUR erreicht. Danach stieg der Umsatz zusammen mit der Beschäftigung wieder leicht und betrug 2016 immerhin 3,2 Mrd. EUR, das entspricht etwa drei Viertel des Umsatzes von 1991 und etwa der Hälfte von 1996.

Die Zahl der tätigen Personen im Bauhauptgewerbe hat sich von 60400 im Jahr 1991 auf nur noch 33903 im Jahr 2000, das Jahr mit den meisten Betrieben, nahezu halbiert. Die wenigsten Beschäftigten gab es mit 17926 im Jahr 2007. Der Anteil bezogen auf 1991 betrug nicht einmal mehr ein Drittel (29,7%). Seit 2008 stieg die Zahl der tätigen Personen im Bauhauptgewerbe wieder leicht an. 2016 lag sie bei

a | Betriebe und baugewerblicher Vorjahresumsatz im Bauhauptgewerbe 1991 bis 2016 in Berlin



2 Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (ProdGewStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. März 2002 (BGBl. I S. 1181), das zuletzt durch Artikel 271 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist.

3 Verordnung (EG) Nr. 1165/98 des Rates vom 19. Mai 1998 über die Konjunkturstatistiken (ABl. L 162 vom 5.6.1998, S. 1), die zuletzt durch die Verordnung (EU) Nr. 461/2012 der Kommission vom 31. Mai 2012 (ABl. L 142 vom 1.6.2012, S. 26) geändert worden ist.

4 Gesetz über die Verwendung von Verwaltungsdaten für Zwecke der Wirtschaftsstatistiken (Verwaltungsdatenverwendungsgesetz – VwDVG) vom 4. November 2010 (BGBl. I S. 1480).

5 Zu der Methodik der Mixmodelle sei an dieser Stelle auf folgenden Aufsatz verwiesen: Dechent, Jens (2017): Die Mixmodelle in den Konjunkturstatistiken des Bauhaupt- und Ausbaugewerbes. In: WISTA, Statistisches Bundesamt, 3/2017, S. 61–73.

21665 Beschäftigten, das entspricht einem Anteil von 35,9% von 1991.

Interessant ist auch die Entwicklung der Umsatzproduktivität. Dabei wird die aktuell gemeldete Beschäftigung eines Jahres mit dem Jahresumsatz des Vorjahres ins Verhältnis gesetzt. Die Produktivitätsreihe beginnt im Jahr 1992 mit knapp 67000 EUR Umsatz pro tätige Person, im Jahr 1998 erreichte sie ein erstes Maximum mit gut 140000 EUR. Im Berichtsjahr 2016 wurde mit knapp 147000 EUR je Beschäftigten wieder ein Höchstwert erzielt, der mehr als doppelt so hoch ist wie 1992 (Abbildung b).

Bei leicht steigender Beschäftigung erhöhten sich seit 2011 die Umsatz- und Produktivitätszahlen. Nur die Anzahl der Betriebe war leicht rückläufig. Das deutet darauf hin, dass sich die Baubranche in Berlin erholt und womöglich eine Stabilisierungsphase folgt.

Aktuelle Ergebnisse der Ergänzungserhebung aus dem Jahr 2016 für Berlin

Ende Juni 2016 wurden im Berliner Bauhauptgewerbe im Rahmen der Ergänzungserhebung 2307 Betriebe befragt, 7,6% weniger als im Vorjahr. In diesen Betrieben arbeiteten 21 665 Personen (+1,1%). Bei 49,1% der Betriebe waren die Inhaberinnen und Inhaber in die Handwerksrolle eingetragen. Knapp zwei Drittel aller Betriebe beschäftigen weniger als fünf tätige Personen. Gut 90% aller Betriebe hatten weniger als 20 Arbeitskräfte. In rund 10% der Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten waren 60,8% al-

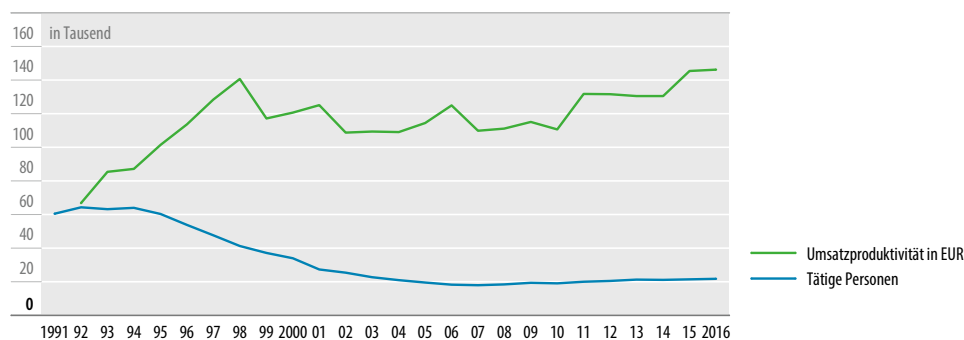
ler Personen (13182) tätig und erwirtschafteten gut drei Viertel des baugewerblichen Umsatzes im Kalenderjahr 2015. Im gesamten Jahr 2015 erwirtschafteten die Berliner Betriebe des Bauhauptgewerbes 3,2 Mrd. EUR, im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme um 1,7%.

Neben Ergebnissen zur Struktur der Betriebe des Berliner Bauhauptgewerbes werden bei der jährlichen Erhebung auch Daten zur konjunkturellen Entwicklung für den Monat Juni erhoben. Danach ist der baugewerbliche Umsatz im Juni 2016 gegenüber dem Wert des Vorjahresmonats um knapp ein Drittel auf 365,6 Mill. EUR gestiegen (+32,8%). Der baugewerbliche Umsatz je Beschäftigten wuchs gegenüber dem Vorjahresmonat um 31,4% auf 16875 EUR. Im Juni 2016 wurden mit 2,2 Mill. Arbeitsstunden 0,6% weniger als im Juni 2015 geleistet. Die Entgelte des betrachteten Monats beliefen sich auf 52,6 Mill. EUR und stiegen gegenüber dem Vorjahreswert um 2,2% an. Eine tätige Person verdiente durchschnittlich 2430 EUR. Das entspricht einem Anstieg von 1,1% gegenüber dem Vorjahresmonat.

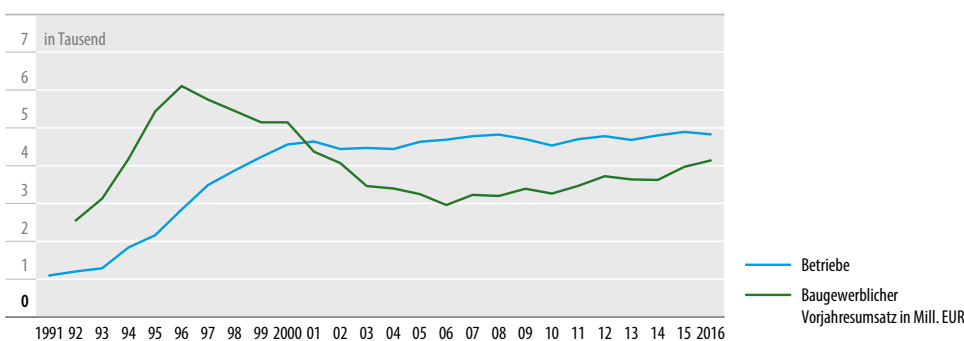
Entwicklung des Bauhauptgewerbes im Land Brandenburg seit 1991

Während sich die Zahl der Betriebe des Bauhauptgewerbes in Berlin im Zeitverlauf rückläufig entwickelte, stieg sie im Land Brandenburg seit 1991 von 1096 Betrieben auf das Maximum von 4 891 im Jahr 2015. Damit hat sie sich mehr als vervierfacht (Abbildung c).

b | Tätige Personen und Umsatzproduktivität im Bauhauptgewerbe 1991 bis 2016 in Berlin



c | Betriebe und baugewerblicher Vorjahresumsatz im Bauhauptgewerbe 1991 bis 2016 im Land Brandenburg



In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre entwickelten sich die Betriebe im Zuge des Baubooms und der Förderprogramme im Land Brandenburg rasant auf 4559 Betriebe im Jahr 2000. Danach nahm die Zahl nur noch geringfügig auf 4825 im Jahr 2016 zu.

Die Struktur der Betriebe unterlag einem starken Wandel. Im Jahr 1991 hatten ca. 61,5% der Betriebe weniger als 20 Beschäftigte. Im Jahr 2000 hatten bereits 84,2% der Betriebe weniger als 20 Beschäftigte. 2005 lag der Anteil an allen baugewerblichen Betrieben bei 92,3%. Das entspricht in etwa dem Niveau von 2016 (93,3%). Parallel dazu sank der Anteil der Betriebe mit mindestens 20 Beschäftigten. Von den 149 Betrieben mit 100 und mehr Beschäftigten im Jahr 1991 waren 2016 nur noch 24 übrig, weniger als ein Sechstel. Somit gab es in Brandenburg eine deutliche Entwicklung hin zu kleinen Baubetrieben.

Der bauhauptgewerbliche Vorjahresumsatz stieg aufgrund des Baubooms Anfang der 1990er Jahre von 2,5 Mrd. EUR im Jahr 1992 auf 6,1 Mrd. EUR im Jahr 1996. In den folgenden zehn Jahren sank er beinahe auf das Anfangsniveau von 1992. Von 2007 bis 2016 trat eine Erholungsphase ein. 2016 betrug der Umsatz 4,1 Mrd. EUR. Das entspricht einem Anstieg um 40,0% gegenüber 2006. Das Niveau von 1996 wurde jedoch nicht wieder erreicht.

Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich von 58.295 tätigen Personen im Jahr 1991 auf ein Maximum von 76.296 im Jahr 1996. In den Folgejahren wurde das Personal drastisch abgebaut. Die Beschäftigung sank auf etwa 35.000 tätige Personen im Jahr 2005. Damit hatte sich die Beschäftigtenzahl seit 1991 beinahe halbiert. Seitdem wird dieses Niveau in etwa gehalten und lag im Jahr 2016 bei 34.153 Beschäftigten (Abbildung d).

Der Umsatz je Beschäftigten im Land Brandenburg verdoppelte sich in den Jahren 1992 bis 1996 nahezu von 44.740 EUR auf 80.023 EUR je tätige Person. Seither gibt es ein Auf und Ab der Produktivitätsentwicklung, jedoch mit steigendem Trend. Bis 2016 wuchs die Produktivität auf 121.205 EUR je tätige Person. Im Vergleich zu Berlin ist sie um etwa 17 Prozentpunkte niedriger (Berlin 2016: 146.231 EUR je tätige Person).

Seit der Jahrtausendwende blieb die Zahl der Betriebe annähernd stabil, was seit Mitte der 2000er Jahre auch auf die Zahl der Beschäftigten zutrifft. Der Strukturwandel gilt im Land Brandenburg als abgeschlossen.

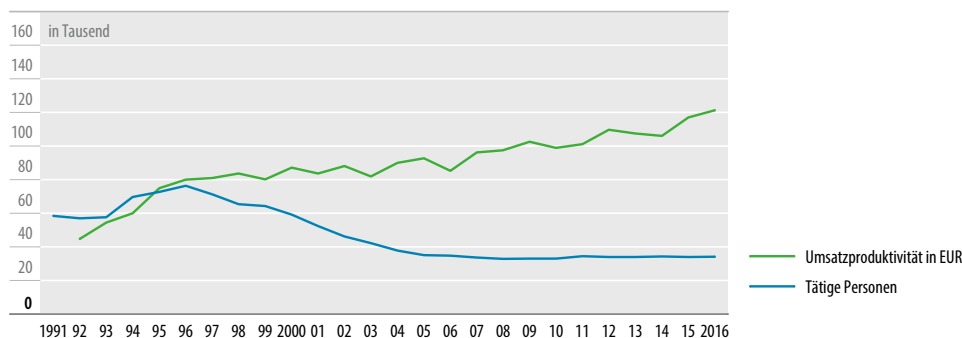
Aktuelle Ergebnisse der Ergänzungserhebung aus dem Jahr 2016 für das Land Brandenburg

Im Brandenburger Bauhauptgewerbe wurden Ende Juni 2016 insgesamt 4825 Betriebe befragt. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer leichten Abnahme um 1,3 Prozentpunkte. In diesen Betrieben waren 34.153 Personen tätig, 0,6% mehr als im Vorjahresmonat. Bei knapp zwei Drittel der Betriebe waren die Inhaberinnen und Inhaber in die Handwerksrolle eingetragen. Die Handwerksbetriebe beschäftigten 70,9% aller tätigen Personen des Bauhauptgewerbes im Land Brandenburg und erzielten 62,7% des baugewerblichen Umsatzes im Juni 2016. Knapp zwei Drittel der Brandenburger Betriebe des Bauhauptgewerbes hatten weniger als fünf Beschäftigte, 93,3% der Betriebe weniger als 20. In den verbleibenden rund 7% der Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten waren etwa 47,6% (16.273) aller Personen tätig. Sie erbrachten 64,7% des baugewerblichen Umsatzes im Kalenderjahr 2015. Im gesamten Jahr 2015 erwirtschafteten die Betriebe des Brandenburger Bauhauptgewerbes 4,1 Mrd. EUR. Das sind 4,2% mehr als im Jahr zuvor.

Neben Ergebnissen zur Struktur der Betriebe des Bauhauptgewerbes im Land Brandenburg werden bei der jährlichen Erhebung auch Daten zur konjunkturellen Entwicklung für den Monat Juni erhoben. Danach lag der baugewerbliche Umsatz im Juni 2016 bei 379,5 Mill. EUR, eine geringfügige Abnahme um 0,6% gegenüber dem Vorjahresmonat. Der baugewerbliche Umsatz je Beschäftigten sank im Juni 2016 leicht um 1,1% auf 11.111 EUR. Mit 4,0 Mill. Arbeitsstunden wurden 0,7% weniger als im Juni 2015 geleistet. Die Entgelte des betrachteten Monats beliefen sich auf 76,6 Mill. EUR und lagen damit um 3,1% über dem Wert des Vorjahresmonats. Je tätiger Person betragen sie durchschnittlich 2.243 EUR (+2,5%).

Michaela Beeck leitet das Referat *Baugewerbe, Bautätigkeit* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg und ist Mitglied der AG Mietspiegel.

d | Tätige Personen und Umsatzproduktivität im Bauhauptgewerbe 1991 bis 2016 im Land Brandenburg



Landwirtschaft

Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung 2016 für das Land Brandenburg

von **Thomas Troegel** und **Cornelia Schulz**

Die letzte Agrarstrukturerhebung (ASE) wurde im ersten Halbjahr 2016 bundesweit durchgeführt. Sie war Teil der in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union durchgeführten EG-Betriebsstrukturerhebung. Anhand der Daten soll der Strukturwandel in der Landwirtschaft erkannt und auf seine Ursachen hin untersucht werden. Befragt wurden alle landwirtschaftlichen Betriebe, die über mindestens 5 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche bzw. Mindesttierbestände oder Mindestanbauflächen von Sonderkulturen verfügten.

Die ASE 2016 ermöglicht zum ersten Mal seit der Landwirtschaftszählung 2010 die Veröffentlichung regional tief gegliederter agrarstatistischer Ergebnisse und war damit die wichtigste und größte Erhebung innerhalb der Landwirtschaft seit 2010. Der vorliegende Beitrag gibt einen Überblick über wichtige Ergebnisse anhand ausgewählter Merkmale.

Einführung

Agrarstrukturerhebungen informieren über die Betriebsstrukturen sowie die wirtschaftliche und soziale Situation der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland. Sie stellen den inhaltlichen Hauptbestandteil der zehnjährlichen Landwirtschaftszählungen (LZ) dar und finden dazwischen derzeit alle drei Jahre als eigenständige Erhebungen statt. Diese Erhebungen liefern unter anderem Informationen zur Zahl und Größe der Betriebe, zur Bodennutzung, den Viehbeständen, der Rechtsform, den Eigentums- und Pachtverhältnissen, dem ökologischen Landbau, der Beschäftigtenstruktur sowie dem Erwerbscharakter der Betriebe. Im Jahr 2016 wurden auch forstwirtschaftliche Betriebe mit einem stark reduzierten Merkmalskatalog in die Erhebung einbezogen.

Die Agrarstrukturerhebungen basieren auf der Verordnung (EG) 1166/2008¹ und national auf dem Agrarstatistikgesetz (AgrStatG)².

Im Rahmen der Agrarstrukturerhebung 2016 wurden alle land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, die mindestens eine der unter § 91 AgrStatG festgelegten Erfassungsgrenzen erreichten, befragt. Zu landwirtschaftlichen Betrieben im Sinne des AgrStatG gehörten beispielsweise auch Wein- und Gartenbaubetriebe, gewerbliche Tierhalter oder Versuchsbetriebe.

Im Gegensatz zur vorigen Strukturerhebung im Jahr 2013, die repräsentativ durchgeführt wurde, handelte es sich bei der ASE 2016 um eine Kombination aus totaler und repräsentativer Erhebung. Das

bedeutet, sie erfolgte in Teilen als Stichprobenerhebung. Somit musste nur ein Teil der in die Erhebung einbezogenen Betriebe alle Erhebungsteile beantworten. Das Erhebungsprogramm umfasste neben den „traditionellen“ Merkmalen, wie Bodennutzung, Viehhaltung und Arbeitskräften, auch Angaben zum Wirtschaftsdünger oder Bodenmanagement.

Bis einschließlich 2007 wurde die ASE alle zwei Jahre durchgeführt. Seit 2010 wurde dieser Rhythmus auf drei Jahre erweitert. Dieser geänderte Turnus beruht auf einer Novellierung des AgrStatG und der Verordnung (EG) 1166/2008. Parallel erfolgten Anhebungen der Erfassungsgrenzen für die Strukturerhebungen, die zu einem nicht unerheblichen Teil auf die Entlastung der auskunftspflichtigen Betriebe abzielten. Gerade kleinere Betriebe sollten nicht mehr mit dem Ausfüllen der statistischen Erhebungsbögen belastet werden.

Die wahrscheinlich bedeutsamste Erfassungsgrenze für die Agrarstatistik stellt die Größe der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) eines Betriebes dar. Zur LZ 2010 wurde diese Erfassungsgrenze mehr als verdoppelt – von 2 ha auf 5 ha LF.

Sollten Landwirtschaftsbetriebe diese Grenze nicht erreichen, können sie trotzdem auskunftspflichtig sein. Dies ist immer dann der Fall, wenn beispielsweise wertschöpfungsintensive Sonderkulturen wie Obst und Gemüse ab einer bestimmten Größenordnung angebaut oder ausgewählte Tierbestände in bestimmten Umfängen gehalten werden. Insgesamt gesehen wurden die Untergrenzen größtenteils deutlich nach oben gesetzt (Tabel-

¹ Verordnung (EG) Nr. 1166/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über die Betriebsstrukturerhebungen und die

Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden sowie zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates (ABl. L 321 vom 1.12.2008,

S. 14, 2009 ABl. L 308 vom 24.11.2009, S. 27).
² Gesetz über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz – AgrStatG) in der Fassung der Bekanntma-

chung vom 17. Dezember 2009 (BGBl. I S. 3886), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 5. Dezember 2014 (BGBl. I S. 1975) geändert worden ist.

le 1). Da die Mindestgrößen seit der LZ 2010 gelten, können die Ergebnisse der ASE 2016 mit denen der LZ 2010 und der ASE 2013 verglichen werden. Mit der Anhebung der Erfassungsgrenze 2010 sank die Zahl der zu befragenden Betriebe gegenüber 2007 im Land Brandenburg von 6 704 auf 5 566. Die LF verringerte sich von 1 328 100 ha auf 1 323 700 ha. Bundesweit ließ sich ein vergleichbares Bild erkennen. Durch die geänderten Erfassungsgrenzen sank die Zahl der Auskunftspflichtigen um mehr als 75 000 auf 299 100 Betriebe. Parallel war ein „Verlust“ von rund 250 000 ha LF zu vermeiden, angesichts einer Gesamt-LF von 16 704 000 ha eine vergleichsweise geringe Größe (-1,5%).

Beim Vergleich der Ergebnisse der ASE 2016 mit Werten vor 2010 ist zusätzlich zu beachten, dass es neben der Anhebung der Erfassungsgrenzen 2010 auch methodische Änderungen gab. Des Weiteren ist zu beachten, dass die Daten in fast allen Agrarstatistiken und damit auch bei den Strukturhebungen nach dem Betriebsprinzip erhoben werden. Die gesamten Flächen und Tiere des Betriebes werden somit in der Gemeinde erfasst, in der der Betrieb seinen Sitz hat. Die Belegenheit der bewirtschafteten Flächen spielt keine Rolle. Betriebsitz ist das Grundstück mit dem oder den wichtigsten Wirtschaftsgebäude(n) des Betriebes, im Einzelfall auch das Grundstück, von dem aus der Betrieb geleitet wird. So kommt es häufig vor, dass ein Landwirt seinen Betriebsitz in der einen Gemeinde hat, in einer

anderen Gemeinde aber zusätzlich Flächen bewirtschaftet. Eine solche Konstellation gibt es auch über Kreis- und Landesgrenzen hinweg. Demzufolge kann ein Brandenburger Landwirt auch Flächen in Mecklenburg-Vorpommern bewirtschaften. Diese würden dann ebenfalls zu seinem Betriebsitz im Land Brandenburg gezählt werden. Dies gilt selbstverständlich auch für Tierbestände.

Im vorliegenden Beitrag werden ausgewählte Abschnitte der ASE 2016 im Land Brandenburg betrachtet und in Teilen auch in die Ergebnisse für Deutschland eingeordnet. Tiefergehende regionale Betrachtungen auf Kreisebene sind aus Gründen des Umfangs bzw. aufgrund der Methodik (Stichprobenanteil) kaum möglich.³

Erhebungseinheiten und Inhalte der ASE 2016

Die Ergebnisse der ASE 2016 sind ein wesentliches Element für eine erfolgreiche Kontrolle von Maßnahmen in der europäischen und nationalen Agrar-, Markt- und Preispolitik. Nicht zuletzt sind sie ein Indikator für umweltpolitische Belange. Mithilfe der erfassten und aufbereiteten Werte ergibt sich eine wesentliche Grundlage für die Überprüfung der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union (EU) für die Förderperiode 2014 bis 2020. Des Weiteren fließen die Ergebnisse in die Berechnung der Agrarumweltindikatoren, die land- und volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und den ernährungs- und agrarpolitischen Bericht der Bundesregierung ein.

1 | Mindesterfassungsgrenzen für die Strukturhebungen seit 1979

| 1979 bis einschließlich 1998 | Seit 1999 bis einschließlich 2009 | Seit 2010 |
|---|--|--|
| Betriebe mit mindestens | | |
| 1 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) | 2 ha LF | 5 ha LF |
| 1 ha Waldfläche (WF) | 10 ha WF | 10 ha WF oder Kurzumtriebsplantagen |
| 8 Rindern | 8 Rindern | 10 Rindern |
| 8 Schweinen | 8 Schweinen | 50 Schweinen oder 10 Zuchtsauen |
| 50 Schafen | 20 Schafen | 20 Schafen |
| – | – | 20 Ziegen |
| 200 Stück Geflügel einer Geflügelart | 200 Stück Geflügel einer Geflügelart | 1 000 Stück Geflügel seit 2015: 1 000 Haltungsplätze |
| 0,3 ha Hopfen | 0,3 Hopfen | 0,5 ha Hopfen |
| 0,3 ha Tabak | 0,3 ha Tabak | 0,5 ha Tabak |
| – | – | 1,0 ha Dauerkulturfläche im Freiland |
| 0,3 ha Rebland (im Ertrag und nicht im Ertrag) | 0,3 ha bestockte Rebfläche (im Ertrag und nicht im Ertrag) | 0,5 ha Rebfläche |
| 0,3 ha Obstanlagen (im Ertrag und nicht im Ertrag) | 0,3 ha Obstanlagen (im Ertrag und nicht im Ertrag) | 0,5 ha Obstanlagen |
| 0,3 ha Baumschulen | 0,3 ha Baumschulen | 0,5 ha Baumschulen |
| 0,3 ha Gemüseanbau im Freiland | 0,3 ha Gemüseanbau im Freiland | 0,5 ha Gemüse- oder Erdbeeranbau im Freiland |
| 0,1 ha Blumen und Zierpflanzen im Freiland | 0,3 ha Blumen- und Zierpflanzen im Freiland | 0,3 ha Blumen- oder Zierpflanzen im Freiland |
| 0,01 ha Gemüse oder Blumen und Zierpflanzen unter Glas | 0,03 ha Gemüse oder Blumen und Zierpflanzen unter Glas | 0,1 ha Kulturen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern |
| 0,01 ha Anbau von Heil- und Gewürzpflanzen oder Gartenbausämereien | 0,3 ha Anbau von Heil- und Gewürzpflanzen oder Gartenbausämereien | |
| – | – | 0,1 ha Produktionsfläche für Speisepilze |

³ Für weiterführende Regionalergebnisse wird auf die entsprechenden Statistischen Berichte verwiesen, die unter www.statistik-berlin-brandenburg.de abgerufen werden können.

Mit der ASE 2016 waren unterschiedliche Anforderungen aus europäischer wie nationaler Sicht zu erfüllen. Die EU-Anforderungen betrafen:

- die Rechtsform,
- die Bodennutzung,
- die Viehbestände,
- den ökologischen Landbau,
- die Arbeitskräfte,
- die Bewässerung im Freiland,
- das Bodenmanagement (z. B. Fruchtwechsel, Bodenbearbeitungsverfahren),
- die Wirtschaftsdüngerausbringung (z. B. Ausbringungstechnik und -zeiten),
- die Eigentums- und Pachtverhältnisse,
- die Pachtflächen,
- die Einkommenskombinationen,
- die Berufsbildung des Betriebsleiters,
- die Teilnahme an ELER-Maßnahmen (ELER: Europäischer Landwirtschaftsfonds zur Entwicklung des ländlichen Raums).

Der nationale Datenbedarf ging in folgende Richtungen:

- Lagekoordinaten des Betriebssitzes,
- Gartenbauerhebung,
- Zwischenfruchtanbau,
- Pachtentgelte,
- Gewinnermittlung,
- Umsatzbesteuerung.

Nicht zuletzt waren auch Informationen in Bezug auf Klimaschutzanforderungen zu erfüllen. Hiervon betroffen war der Abschnitt zum Wirtschaftsdünger und dabei speziell die Ausbringungstechnik.

Ohne Verwaltungsdaten geht es nicht

Die umfangreichen Inhalte, die mit einer ASE zu erfassen sind, stellen an die Auskunftgebenden, aber auch an die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, sehr hohe Anforderungen. Um die Belastung in den landwirtschaftlichen Betrieben so gering wie möglich zu halten, werden die unterschiedlichsten Verwaltungsdaten zum Befüllen von Themenkomplexen genutzt. Dieses Vorgehen erfolgt auch in Übereinstimmung mit dem Bundesstatistikgesetz (§ 5a Nutzung von Verwaltungsdaten). Die Forderung einer verstärkten Nutzung von Verwaltungsdaten wird auch durch das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) unterstrichen.

In die ASE 2016 fanden im Großen und Ganzen folgende Datenquellen Eingang:

- InVeKoS (Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem),
- HIT (Herkunfts- und Informationssystem für Tiere),
- geografische Koordinaten,
- Ökoregisterangaben,
- Legehennenbetriebsregister,
- Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft,
- ELER-Daten,
- Tierseuchenkasse.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche bei fast 1,32 Mill. ha

Die Zahl der auskunftspflichtigen Landwirtschaftsbetriebe war im Land Brandenburg in den vergangenen Jahren rückläufig. Auffällig ist der vergleichsweise große Bruch zwischen den Jahren 2007 und 2010. Dieser ist zum größten Teil auf die veränderten Erfassungsgrenzen zurückzuführen. Zwischen 2010 und 2016 verringerte sich die Zahl der auskunftspflichtigen Betriebe um fast 250. Diese Entwicklung unterstreicht in einem gewissen Umfang den Strukturwandel, welcher sich in Brandenburgs Landwirtschaft vollzieht.

Die meisten landwirtschaftlichen Betriebe verfügen über eine LF von 5 ha bis 20 ha. 2016 lag deren Anteil bei 27%. Interessanterweise bewirtschafteten diese Betriebe nur gut ein Prozent der LF des Landes Brandenburg. Leicht steigend ist über die Jahre hinweg die Zahl der Betriebe mit einer LF von über 500 ha. Im Jahr 2016 wurden hier 812 Betriebe registriert. Diese Agrarbetriebe verfügten über rund 70 % der Brandenburger LF (Tabellen 2 und 3).

Bei der Betrachtung der LF ist seit 1999 ein Rückgang zu beobachten, wobei dieser relativ stark zwischen den Jahren 2010 und 2013 ausfiel. Als eine Ursache können hier zum Teil modifizierte Förderbedingungen und erste Vorbereitungen auf das seit 2015 wirksame Greening angeführt werden. Im Rahmen der Strukturhebungen wurde für das Jahr 2013 mit 1 313 800 ha die bisher kleinste LF erfasst.

Brandenburgs Agrarbetriebe bewirtschaften im Durchschnitt fast 250 ha

Ein Vergleich der durchschnittlichen Betriebsgröße ausgewählter Jahre veranschaulicht, dass bis 2015 im Land Brandenburg ein Wachstum zu verzeichnen war (Abbildung a). Auch hier macht sich der methodische Bruch zwischen den Strukturhebungen

2 | Landwirtschaftsbetriebe 1999 bis 2016 im Land Brandenburg nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche

| Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... ha | 1999 | 2003 | 2007 | 2010 | 2013 | 2016 |
|---|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| unter 5 | 1 735 | 1 579 | 1 506 | 452 | 400 | 334 |
| 5 bis unter 20 | 1 708 | 1 578 | 1 610 | 1 533 | 1 400 | 1 454 |
| 20 bis unter 50 | 961 | 970 | 951 | 925 | 900 | 867 |
| 50 bis unter 100 | 569 | 549 | 549 | 569 | 600 | 586 |
| 100 bis unter 200 | 638 | 562 | 575 | 560 | 600 | 553 |
| 200 bis unter 500 | 650 | 720 | 741 | 732 | 700 | 712 |
| 500 und mehr | 747 | 751 | 772 | 795 | 800 | 812 |
| Insgesamt | 7 008 | 6 709 | 6 704 | 5 566 | 5 400 | 5 318 |

3 | Landwirtschaftlich genutzte Fläche 1999 bis 2016 im Land Brandenburg nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche

| Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... ha | 1999 | 2003 | 2007 | 2010 | 2013 | 2016 |
|---|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| unter 5 | 4 353 | 4 044 | 3 947 | 721 | 600 | 506 |
| 5 bis unter 20 | 18 742 | 17 337 | 17 642 | 16 967 | 15 400 | 16 261 |
| 20 bis unter 50 | 30 740 | 31 739 | 31 014 | 30 008 | 28 200 | 28 101 |
| 50 bis unter 100 | 41 139 | 39 938 | 39 127 | 40 588 | 40 500 | 41 598 |
| 100 bis unter 200 | 92 064 | 81 819 | 84 337 | 82 366 | 81 900 | 81 238 |
| 200 bis unter 500 | 202 578 | 227 115 | 232 140 | 233 343 | 234 000 | 231 029 |
| 500 und mehr | 957 792 | 926 480 | 919 917 | 919 699 | 913 200 | 916 736 |
| Insgesamt | 1 347 408 | 1 328 472 | 1 328 124 | 1 323 692 | 1 313 800 | 1 315 469 |

gen 2007 und 2010 deutlich bemerkbar, da mit der Landwirtschaftszählung 2010 eine Vielzahl kleinerer Agrarbetriebe von der Auskunftspflicht befreit wurde. Den bisherigen „Höhepunkt“ gab es 2015 mit 253 ha je Betrieb. Für 2016 zeichnete sich ein leichter Rückgang um fast 6 ha ab.

Deutlich niedriger fielen die Werte für Deutschland insgesamt aus. So ergab sich für 2015 und 2016 eine durchschnittliche Betriebsgröße von 61 ha. Für 2017 gab es hier einen minimalen Anstieg auf fast 62 ha.

Größere Betriebe ließen sich für Mecklenburg-Vorpommern sowie Sachsen-Anhalt ausweisen. Hier betrug die Betriebsgröße im Jahr 2016 durchschnittlich 275 ha bzw. 270 ha. Für Thüringen ließen sich 216 ha je Betrieb errechnen und für Sachsen 139 ha je Betrieb. In Schleswig-Holstein lag der Wert bei 78 ha, in Bayern bei nur 35 ha je Betrieb.

Fast 70 % der Brandenburger Agrarbetriebe sind Einzelunternehmen

2016 waren 5 318 Agrarbetriebe im Rahmen der ASE auskunftspflichtig. Die wenigsten Agrarbetriebe gab es im Landkreis Oberspreewald-Lausitz (187). Über 500 Betriebe wurden jeweils für die Landkreise Uckermark (503), Potsdam-Mittelmark (519) und die Prignitz (531) ermittelt.

Rund 70 % der brandenburgischen Landwirtschaftsbetriebe zählten zur Rechtsform Einzelunternehmen. Diese 3 688 Betriebe bewirtschafteten eine LF von rund 340 000 ha. Dagegen befanden sich etwa 742 000 ha LF in der Hand von 995 Betrieben, die zur Rechtsform juristische Personen zählen. Die anderen 635 Betriebe waren der Rechtsform Personengesellschaften/-gemeinschaften zuzuordnen, zu denen unter anderem die Gesellschaften bürgerlichen Rechts zählen. Diese Agrarbetriebe bewirtschafteten 234 000 ha LF (Tabelle 4). In allen drei Rechtsformengruppen bestimmte erwartungsgemäß das Ackerland die LF.

Abbildung b veranschaulicht die Anteile der Rechtsformen an allen Betrieben und die dazugehörigen Flächenanteile der LF. Dabei ist deutlich zu erkennen, dass den 70 % Brandenburger Einzelunternehmen gerade ein Viertel der LF zur Verfügung steht. Ein Einzelunternehmen bewirtschaftete durchschnittlich 92 ha LF. Fast 37 % der Einzelunternehmen wurden im Haupterwerb geführt. Diese Betriebe verfügten im Mittel über eine LF von 147 ha. Die Größe der im Nebenerwerb arbeitenden Einzelunternehmen lag bei 40 ha je Betrieb.

19 % der Agrarbetriebe waren juristische Personen des privaten und öffentlichen Rechts. Diese bewirtschafteten rund 56 % der LF des Landes. Die Ergebnisse der ASE 2016 ergaben auch, dass Betriebe dieser Rechtsform im Durchschnitt 746 ha LF bearbeiteten. Rund drei Viertel aller juristischen Personen waren der Rechtsform Gesellschaft mit beschränkter Haftung zuzurechnen. Weitere 20 % stellten eingetragene Genossenschaften dar.

Personengesellschaften/-gemeinschaften bewirtschafteten im Durchschnitt eine LF von 368 ha. 72 % der Betriebe dieser Rechtsform waren als Gesellschaft bürgerlichen Rechts gemeldet.

4 | Landwirtschaftsbetriebe und deren landwirtschaftlich genutzte Fläche 2016 im Land Brandenburg nach Rechtsformen

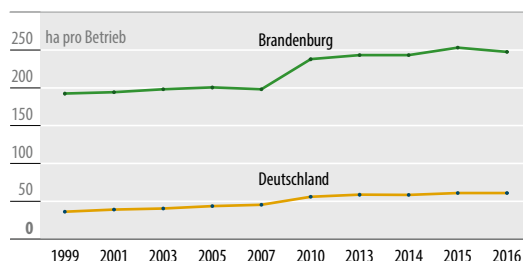
| Betriebsart | Anzahl | LF | darunter | | |
|---|--------|-----------|-----------|---------------|---------------|
| | | | Ackerland | Dauergrünland | Dauerkulturen |
| ha | | | | | |
| Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt..... | 5 318 | 1 315 469 | 1 014 912 | 296 156 | 4 318 |
| davon | | | | | |
| Einzelunternehmen..... | 3 688 | 339 371 | 234 437 | 103 113 | 1 746 |
| Personengesellschaften/-gemeinschaften | 635 | 233 560 | 190 510 | 41 383 | 1 661 |
| Juristische Personen..... | 995 | 742 538 | 589 964 | 151 661 | 911 |

Ein Vergleich der ASE der Jahre 2013 und 2016 zeigt nur geringfügige Veränderungen in der Verteilung der einzelnen Betriebsformen und der Nutzung der LF. Lediglich bei Einzelunternehmen war ein Rückgang der durchschnittlichen LF in den als Haupterwerbsbetrieb geführten Unternehmen zu beobachten. Diese lag 2016 mit 147 ha je Betrieb um etwa 8 % unter dem Wert von 2013 mit 160 ha je Betrieb.

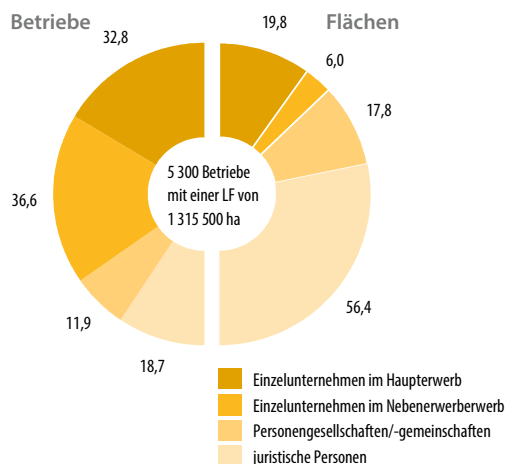
Mehr Haupterwerbs- und weniger Nebenerwerbsbetriebe

Die sogenannte sozialökonomische Betriebstypisierung betrifft nur die Rechtsform landwirtschaftlicher Einzelunternehmen und differenziert diese in Haupt-

a | Entwicklung der durchschnittlichen Betriebsgröße 1999 bis 2016 im Land Brandenburg und in Deutschland



b | Aufteilung der Landwirtschaftsbetriebe und der landwirtschaftlich genutzten Fläche 2016 im Land Brandenburg nach Rechtsform



bzw. Nebenerwerbsbetriebe. Die entsprechende Kategorisierung erfolgt seit 2010 anhand der Selbsteinschätzung der Landwirte bei der Fragestellung: „Welches Jahresnettoeinkommen von Betriebsinhaber und/oder Ehegatte zusammen war schätzungsweise höher?“ Ein Betrieb wird als Haupterwerbsbetrieb definiert, wenn das Einkommen aus dem landwirtschaftlichen Betrieb höher ist oder kein außerbetriebliches Einkommen vorliegt. Demzufolge handelt es sich um einen Nebenerwerbsbetrieb, wenn das Einkommen aus den außerbetrieblichen Quellen höher ist. Bis 2007 galt in der Agrarstatistik eine andere Definition. So wurden Betriebe mit 1,5 Arbeitskräfte-Einheiten je Betrieb und mehr bzw. Betriebe mit 0,75 bis unter 1,5 Arbeitskräfte-Einheiten je Betrieb und einem Anteil des betrieblichen Einkommens am Gesamteinkommen des Betriebes von 50% und mehr als Haupterwerbsbetriebe eingestuft.

Da die angesprochene Frage zum Jahresnettoeinkommen nur den „Stichprobenbetrieben“ gestellt wurde, musste für 2016 mit hochgerechneten Werten gearbeitet werden, sodass gewisse Abweichungen zur Gesamtzahl an Einzelunternehmen nicht zu vermeiden waren.

Unter Vernachlässigung des mehrfach angesprochenen Methodenwechsels zeigt sich, dass die LF der Haupterwerbsbetriebe seit 1999 um fast 48 000 ha und somit um 22% gestiegen ist. Deren Fläche betrug 2016 rund 260 600 ha. Dagegen gab es bei den Nebenerwerbsbetrieben relativ wenig Bewegung. Für 1999 waren 75 980 ha zu vermelden gewesen. 17 Jahre später betrug hier die LF insgesamt 80 200 ha (Abbildung c).

Mit der Erhebungsmodifizierung 2010 kam es zu einem signifikanten Rückgang bei der Zahl der Ne-

benerwerbsbetriebe. 2010 wurden mit 2342 Betrieben fast 30% weniger Nebenerwerbsbetriebe gegenüber 2007 gezählt. Auch danach setzte sich der Rückgang dieses Betriebstyps weiter fort. 2016 waren es nur noch rund 2000 Nebenerwerbsbetriebe. Zwischen 1999 und 2007 gab es vergleichsweise wenig Änderungen bei der Zahl der Haupterwerbsbetriebe. Diese schwankte in dieser Zeit um rund 1750 Betriebe. Zur Landwirtschaftszählung 2010 wurden nur noch knapp 1600 Haupterwerbsbetriebe ermittelt. Nach 2013 kam es zu einem vergleichsweise bemerkenswerten Anstieg, denn 2016 waren es rund 1800 Betriebe, die im Haupterwerb arbeiteten, so viele wie nie zuvor (Abbildung d).

Bis 2013 nahm die Flächenausstattung der Haupterwerbsbetriebe zu. 1999 waren es noch 123 ha je Betrieb. 2013 lag dieser Rechenwert bei 159 ha je Betrieb. Für das Jahr 2016 zeigte sich ein deutlicher Rückgang auf 145 ha je Betrieb. Eine Ursache könnte darin liegen, dass sich parallel die Zahl der Haupterwerbsbetriebe um rund 200 erhöhte.

Bei den Nebenerwerbsbetrieben war zwischen 1999 und 2016 eine deutliche betriebliche Flächenvergrößerung zu beobachten. Diese hatte sich von 21 ha je Betrieb auf 40 ha je Betrieb fast verdoppelt. Selbst zwischen 2010 und 2016 vergrößerten sich Nebenerwerbsbetriebe um rund 8 ha. Im Vergleich zum Bundesland Bayern ist damit ein Brandenburger Nebenerwerbslandwirt rechnerisch gesehen mit mehr LF ausgestattet als jeder bayerische Landwirt.

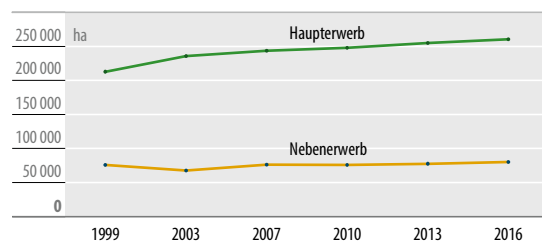
77% der LF entfielen auf das Ackerland

Die landwirtschaftlichen Betriebe in Brandenburg bearbeiteten im Jahr 2016 eine LF von 1315469 ha. Diese wurde zu 77% als Ackerland und zu 23% als Dauergrünland genutzt. Beim Dauergrünland spielten die Nutzungsrichtungen Wiesen und Weiden die größte Rolle. 2274 Betriebe meldeten insgesamt eine Wiesennutzung von 69338 ha, während in 3445 Betrieben auch die Weidennutzung stattfand. Neben den Wiesen und Weiden gibt es noch das ertragsarme Dauergrünland sowie das aus der Erzeugung genommene Dauergrünland.

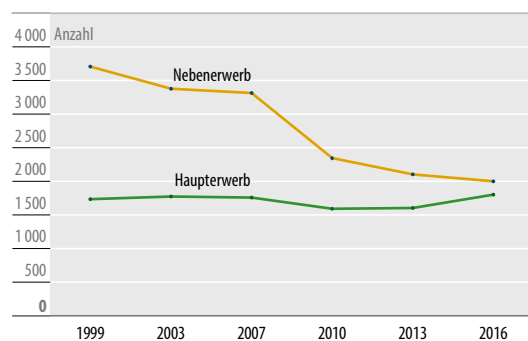
Auf dem Ackerland wurde überwiegend Getreide zur Körnergewinnung (523157 ha) angebaut (Abbildung e). In Deutschland lag der Getreideanteil bei rund 55%. Die anbaustärkste Getreideart in Brandenburg war der Roggen (einschließlich Wintermenggetreide) mit einer Fläche von 175795 ha (2015: 187000 ha). Winterweizen als zweitwichtigstes Getreide wurde auf 169279 ha (2015: 166400 ha) angebaut. Beide Getreidearten machten zusammen rund zwei Drittel der Gesamtgetreidefläche Brandenburgs aus (Abbildung f). Mit dem Jahr 2017 gab es eine bemerkenswerte Änderung, denn erstmalig bestimmte nicht der Roggen die Wintergetreidearten, sondern der Weizen. So wuchs Roggen nur noch auf 160400 ha, während Winterweizen auf mehr als 177000 ha zu dreschen war.

Der Wintergerstenanbau wurde in den letzten Jahren immer mehr ausgedehnt. Im Jahr 2016 wurde die Wintergerste auf 91172 ha gedrillt (gut 17% der Getreideanbaufläche). Eine größere Wintergerstenfläche gab es letztmalig 1995 mit 93400 ha.

c | Landwirtschaftlich genutzte Fläche in Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben 1999 bis 2016 im Land Brandenburg



d | Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe 1999 bis 2016 im Land Brandenburg



Triticale war mit 41 200 ha auf rund 8 % der Getreidefläche zu dreschen. Diese Kreuzung aus Weizen und Roggen hat seit den 1990er Jahren deutlich an Anbaubedeutung verloren (2002: 82 800 ha).

Sommergetreidearten spielten in Brandenburg, aber auch bundesweit eine vergleichsweise untergeordnete Rolle. Ohne Körnermais waren diese 2016 auf weniger als 5 % der Getreidefläche in Brandenburg zu ernten.

Mais wuchs 2016 auf einer Fläche von 198 825 ha (2015: 198 900 ha). Damit hatte Mais, die bis 2013 anbaustärkste Kultur, den Roggen flächenmäßig übertrifft. Die verschiedenen Nutzungsformen von Mais (vor allem Körner- und Silomais) wurden auf fast 20 % des Brandenburger Ackerlandes angebaut (1991: 13 %). Trotz des gefühlten relativ hohen Maisanteils sollte nicht von einer „Vermaisung“ der Brandenburger Landwirtschaft gesprochen werden. Mais ist zum einen eine wertvolle Pflanze in der Fütterung und wird auch für energetische Zwecke dringend benötigt. Zum anderen zeichnet sie sich durch eine vergleichsweise geringe Anspruchslosigkeit aus. Unter Berücksichtigung der eher niedrigen Bodenqualität bestehen für Brandenburgs Landwirte kaum betriebswirtschaftlich sinnvolle Alternativen.

Ölfrüchte wurden 2016 auf 14,5 % des Ackerlandes geerntet. Bei diesen gab es gegenüber 2015 eine leichte Anbauausdehnung um 0,7 % auf 147 047 ha. Diese ist größtenteils mit der um 3 400 ha auf 133 732 ha gestiegenen Wintererbsenfläche zu begründen. Wintererbsen sind und ist Deutschlands wichtigste Ölfrucht. Insbesondere in den nördlichen Bundesländern spielt der Anbau von Wintererbsen eine entscheidende Rolle, vor allem in Mecklenburg-Vorpommern. Die Sommervariante des Rapses wird nur in sehr geringem Umfang angebaut. Hier wirken sich fehlende Ertragssicherheit und relativ niedrige Erträge anbauhemmend aus.

Der Körner Sonnenblumenanbau verringerte sich 2016 weiter um 9 % auf 9 462 ha. Noch weniger Sonnenblumen wurden 1991 mit 2 900 ha angebaut. Im Vergleich der Bundesländer bleibt Brandenburg aber das Land mit dem größten Sonnenblumenanbau. Fast 57 % des deutschen Sonnenblumenanbaus fanden in Brandenburg statt.

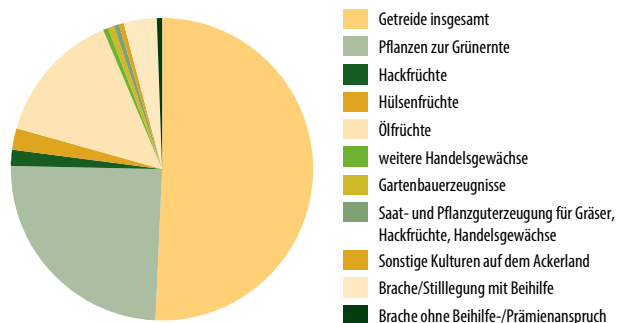
Die bestimmenden Hülsenfrüchte Brandenburgs waren wie in den Vorjahren Süßlupinen mit 12 934 ha (2015: 14 300 ha) und Erbsen mit 7 974 ha (2015: 7 200 ha). Die wieder etwas ausgedehnten Anbauflächen lassen sich mit Greeningauflagen erklären, die im Folgeabschnitt kurz angedeutet werden. Insgesamt wuchsen Hülsenfrüchte auf rund 2 % des Ackerlandes.

Hackfrüchte wurden auf 17 559 ha angebaut (+6 % zum Vorjahr). Zuckerrüben waren 2016 auf 7 838 ha zu roden. Das waren 10 % mehr als 2015. Der Kartoffelanbau erfolgte 2016 auf 9 476 ha. Diese Fläche entsprach einem Plus von 3 %. Insgesamt hatte sich der Anbau der Hackfrüchte über die Jahre hinweg rückläufig entwickelt.

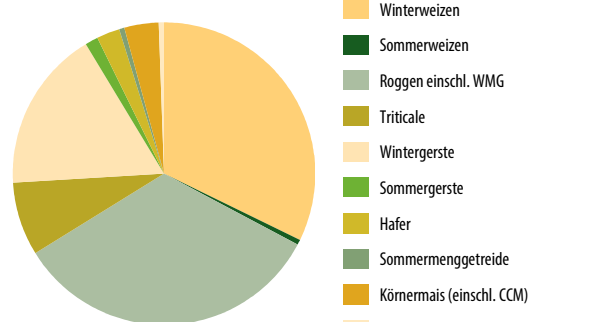
Der Anteil der Brache einschließlich der Stilllegung mit Prämienanspruch belief sich 2016 auf rund 4 % des Ackerlandes.

Seit Januar 2015 entfallen 30 % der Gelder für Direktzahlungen – der sogenannten 1. Säule der Agrarförderung – auf Landbewirtschaftungsmethoden, die den Klima- und Umweltschutz fördern. Dahinter verbirgt sich der häufig zu hörende Begriff „Greening“. Um in den Genuss einer vollen Förderung zu kommen, müssen die Landwirte zusätzliche Umweltleistungen erbringen. Das Greening umfasst den Erhalt von Dauergrünlandflächen, wie Wiesen und Weiden, und eine größere Vielfalt beim Anbau von Feldfrüchten (Anbaudiversifizierung). Des Weiteren zählt auch die Bereitstellung von sogenannten ökologischen Vorrangflächen (ÖVF) auf dem Ackerland dazu. Das Greening ist für alle Landwirte verpflichtend, wenn Direktzahlungen beantragt werden. Vom Greening sind lediglich die Betriebe befreit, die unter die Kleinlandwirteregelung fallen. Per se haben auch Betriebe, die nach den Richtlinien des ökologischen Landbaus⁴ wirtschaften, die geforderten Auflagen erfüllt. Da es für Dauerkulturen (z. B. Baumschulen, Wein, Obst) keine Greening-Vorschrift gibt, sind landwirtschaftliche Betriebe mit ausschließlich Dauerkulturen nicht betroffen. Für kleinere Betriebe und Betriebe mit hohem Grünlandanteil gibt es Sonderregelungen. Ein wesentliches Element des Greenings für Betriebe mit mindestens 15 ha Ackerland ist die Bereitstellung von ÖVF in Höhe von 5 %. In Abhängigkeit von der sogenannten ökologischen Wertigkeit einer Maßnahme gibt

e | Anbauverteilung auf dem Brandenburger Ackerland 2016



f | Anbauverteilung des Brandenburger Getreides 2016



WMG: Wintermenggetreide
CCM: Corn-Cob-Mix

4 Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates vom 28. Juni 2007 über die ökologische/biologische

Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeug-

nissen und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 (ABl. Nr. L 189 vom 20.07.2007, S. 1)

5 | Ökologische Vorrangflächen 2016 im Land Brandenburg nach Flächenmaßnahmen

| Maßnahme für ökologische Vorrangflächen | Hektar | Anteil in % |
|---|--------|-------------|
| Zwischenfrucht..... | 13 500 | 21,2 |
| Gründerke/Untersaat..... | 1 050 | 1,6 |
| Alle Arten von Streifen..... | 1 150 | 1,5 |
| Kurzumtriebsplantagen..... | 350 | 0,5 |
| Leguminosen..... | 12 900 | 20,2 |
| Aufforstung..... | 50 | 0,1 |
| Brache..... | 32 100 | 50,4 |
| LE-Typ „Hecken“..... | 150 | 2,4 |
| LE-Typ „Einzelbaum“..... | 0 | 0,0 |
| LE-Typ „In Reihe stehende Bäume“..... | 450 | 0,7 |
| LE-Typen „In Gruppe stehende Bäume“ und „Feldgehölz“..... | 300 | 0,5 |
| Feldrain (nur der CC-Typ)..... | 50 | 0,1 |
| Trocken- und Natursteinmauern..... | 0 | 0,0 |
| Alle anderen CC-LE..... | 200 | 0,3 |

CC: Cross Compliance

LE: Landschaftselement

6 | Preise für Pachten und Neupachten 1999 und 2016 im Land Brandenburg

| Pacht/Neupacht | 1999 | 2003 | 2007 | 2010 | 2013 | 2016 |
|-----------------------------|------|------|------|------|------|------|
| Pachten (EUR/ha LF)..... | 63 | 74 | 80 | 98 | 121 | 145 |
| Pachten (EUR/ha AL)..... | 67 | 79 | 86 | 105 | 131 | 157 |
| Pachten (EUR/ha DL)..... | 49 | 56 | 61 | 71 | 90 | 105 |
| Neupachten (EUR/ha LF)..... | 78 | 93 | 93 | 116 | 161 | 185 |
| Neupachten (EUR/ha AL)..... | 81 | 95 | 100 | 128 | 172 | 194 |
| Neupachten (EUR/ha DL)..... | 54 | 64 | 67 | 78 | 108 | 128 |

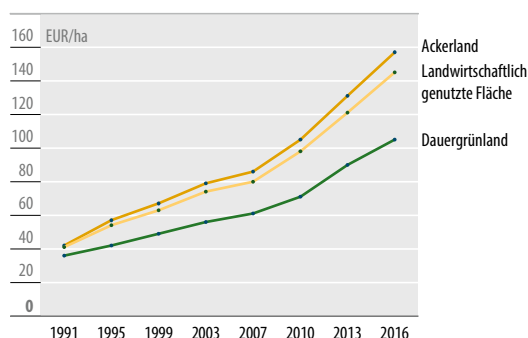
AL: Ackerland

DL: Dauergrünland

es entsprechende Gewichtungsfaktoren. Dabei sind Kombinationen möglich. Jede Fläche kann aber nur einmal im Jahr als ÖVF deklariert werden. Welche Maßnahme für einen Betrieb angewendet wird, ist aus der jeweils individuellen betriebswirtschaftlichen Sicht abzuleiten und kann durchaus hohe Anforderungen an die Landwirte stellen.

Im Jahr 2016 meldeten rund 2 330 Betriebe ÖVF im Rahmen ihrer Anträge auf Agrarförderung. Der Umfang der ÖVF belief sich auf 62 250 ha. Für Brandenburg hatten die Brache, der Zwischenfruchtanbau sowie die Bewirtschaftung von Flächen mit Leguminosen die größte Bedeutung. Zusammen fanden diese drei Maßnahmen auf mehr als 90% der ÖVF statt (Tabelle 5). Von Interesse kann auch die Berücksichtigung von Landschaftselementen (LE) sein. Zu den Landschaftselementen zählen unter anderem

g | Pachtpreise 1991 bis 2016 im Land Brandenburg



Hecken und Baumreihen, Feldgehölze, Einzelbäume, Tümpel oder Ackerraine. Diese haben für Landwirtschaft und Naturschutz eine erhebliche Bedeutung. So dienen sie beispielsweise zum Erosionsschutz und stellen Lebens- und Rückzugsräume für die heimische Tierwelt dar. Sie sind eine wesentliche Basis für den Erhalt der biologischen Vielfalt, vor allem in stark agrarisch geprägten Räumen.

67% der Flächen sind gepachtet

Wesentlich beeinflusst werden die Pachtpreise und die Pachtanteile an der LF durch rechtliche Rahmenbedingungen sowie regional- und betriebspezifische Gegebenheiten. So bleibt der Preis für Pachtflächen aufgrund der nach wie vor hohen Pachtflächenanteile ein bedeutender Kostenfaktor. Erwartungsgemäß variieren die zu entrichtenden Pachten deutlich nach Standortgüte und Nutzungsart. Allerdings lassen sie sich nicht ausschließlich an der Ertragsfähigkeit fest machen. Unbestritten ist, dass die Pachtpreise im Land Brandenburg einem deutlich steigenden Trend folgen.

Der durchschnittliche Pachtpreis für die LF lag 2016 bei 145 EUR pro ha und war damit um 24 EUR bzw. 20% höher als zur ASE 2013. Wie schon bei vorangegangenen Strukturhebungen fiel das Niveau der Pachtpreise bezogen auf die Nutzungsart unterschiedlich aus. Im Durchschnitt waren für Ackerland 157 EUR pro ha und für Dauergrünland 105 EUR pro ha zu entrichten. Im Jahr 2013 wurden noch Pachtpreise von 131 EUR bzw. 90 EUR pro ha durch die Landwirte gemeldet. Mit 105 EUR pro ha lag der Pachtpreis für Dauergrünland in Brandenburg erstmals über 100 EUR pro ha (Abbildung g).

Pachtverträge, die in den letzten zwei Jahren neu abgeschlossen oder angepasst wurden, zeichneten sich erwartungsgemäß durch deutlich höhere Pachtpreise aus. Im Land Brandenburg lag der Durchschnittspreis bei 185 EUR pro ha LF. Für das Ackerland ergaben sich Werte von 194 EUR und für das Dauergrünland von 128 EUR (Tabelle 6).

Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt wirken die in Brandenburg zu zahlenden Pachtpreise eher moderat. Unter Berücksichtigung der Bodenqualität und auch der teils recht schwierigen klimatischen Bedingungen sind die Angaben zu den zu zahlenden Pachten zu relativieren. In Deutschland lag der Pachtpreis 2016 für einen ha LF bei 288 EUR. Für Ackerland wurden 328 EUR gezahlt. Niedrigere Preise für LF gab es 2016 nur im Saarland (Tabelle 7).

Die Jahrespachtentgelte für die LF sind seit 2013 durchschnittlich um 19% gestiegen. Besonders große Preissteigerungen gab es in Niedersachsen (22%), Mecklenburg-Vorpommern (21%) und Sachsen-Anhalt (20%).⁵

Im Jahr 2016 waren von den 1,32 Mill. ha LF 881 000 ha gepachtet. Seit 1999 hat sich der Anteil der Pachtflächen kontinuierlich verringert. Betrug der Pachtflächenanteil an der Gesamt-LF im Jahr

⁵ Bei den Angaben zu den Pachtpreisen ist zu bedenken, dass hier im Vergleich zu anderen Themenkomplexen eine spürbar geringere Auskunftsbereitschaft vorliegt, da hier monetäre Daten erhoben werden.

1999 noch gut 89%, so belief sich dieser 2016 auf 67% (Abbildung h). Nicht ganz drei Viertel der gepachteten Flächen zählten zum Ackerland.

Deutschlandweit waren 2016 rund 59% der LF gepachtet. Für Deutschland insgesamt ist der Pachtflächenanteil gegenüber 2010 nahezu unverändert geblieben. Rund 38% waren Eigentumsflächen. Die verbleibende Fläche erhielten die Landwirte unentgeltlich zur Bewirtschaftung. Aufgrund der agrarstrukturellen Entwicklung gibt es regionale Unterschiede. So war ein Anstieg des Eigenflächenanteils im Osten Deutschlands zu beobachten, während es in den westlichen Bundesländern teils spürbare Rückgänge gab. So lag der Pachtanteil beispielsweise in Bayern bei 49% und in Schleswig-Holstein bei 50%. Mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern war die Pachtquote in den neuen Bundesländern erheblich höher (Abbildung i).

Zahl der Öko-Betriebe bleibt relativ stabil

Der Ökolandbau steht für eine besonders umweltschonende und Ressourcen erhaltende Form der Landwirtschaft und ist inzwischen ein wichtiger Faktor der deutschen Agrarlandschaft. Im Jahr 2016 wirtschafteten in Brandenburg 666 Betriebe – 12,5% der befragten Betriebe – nach den Kriterien des ökologischen Landbaus und unterlagen dem Kontrollverfahren entsprechend der EG-Verordnung 834/2007. Nur zur Landwirtschaftszählung 2010 wurden mehr Betriebe ermittelt, die gemäß der EU-Öko-Verordnung arbeiteten. 2010 waren es 690 Landwirtschaftsbetriebe, drei Jahre später wurden 650 Betriebe erfasst. Im Durchschnitt lag die Flächenausstattung der Öko-Betriebe im Jahr 2016 bei 207 ha, während die der konventionell arbeitenden Betriebe 247 ha betrug.

Die ökologisch wirtschaftenden Betriebe verfügten über eine Fläche von gut 137 600 ha. Bezogen auf die gesamte LF entsprach dieser Wert einem Anteil von 10,5%. Von der ökologisch bewirtschafteten Fläche befanden sich 2010 rund 11% in Umstellung. Das bedeutet, dass diese Flächen vollumfänglich nach den Kriterien des ökologischen Landbaus zu bearbeiten waren. Allerdings durften die erzeugten Produkte noch nicht als ökologisch produziert vermarktet werden.

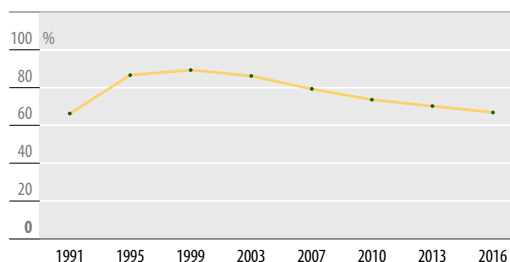
Bis 2010 war immer ein Anstieg bei den Betriebszahlen und der jeweiligen LF zu beobachten gewesen. Danach kam es bis 2013 zu einem Rückgang. Im Vergleich zum Jahr 2013 blieb die ökologisch bewirtschaftete Fläche im Jahr 2016 nahezu unverändert. Ursachen für die Entwicklungen der letzten sechs Jahre waren in Teilen temporär veränderte Förderbedingungen im Land Brandenburg, doch auch die Wirtschaftlichkeit und das Einhalten aller Auflagen bei dieser Produktionsform setzen einer weiteren positiven Entwicklung des ökologischen Landbaus Grenzen (Abbildung j).

Auf Deutschland bezogen stieg die Fläche des Ackerlandes, welches gemäß den Vorschriften des ökologischen Landbaus bewirtschaftet wurde, gegenüber 2013 um 2% auf 478 500 ha. Dies waren 42% der insgesamt ökologisch bewirtschafteten LF im Jahr 2016.

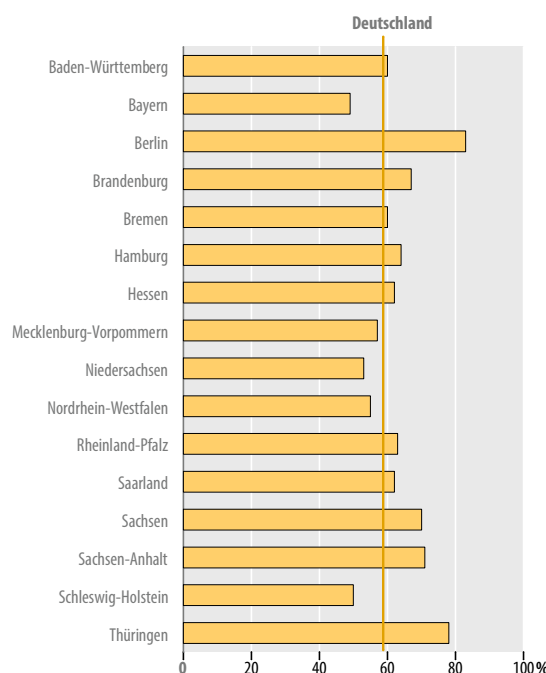
7 | Preise für landwirtschaftliche Pachtflächen 2016 in Deutschland nach Bundesländern

| Bundesländer | LF | Ackerland | Dauergrünland |
|-----------------------------|--------|-----------|---------------|
| | EUR/ha | | |
| Baden-Württemberg..... | 237 | 270 | 141 |
| Bayern..... | 338 | 396 | 221 |
| Berlin..... | 154 | 107 | 79 |
| Brandenburg..... | 145 | 157 | 105 |
| Bremen..... | 210 | 445 | 151 |
| Hamburg..... | 254 | 252 | 145 |
| Hessen..... | 176 | 220 | 97 |
| Mecklenburg-Vorpommern..... | 245 | 271 | 137 |
| Niedersachsen..... | 460 | 539 | 270 |
| Nordrhein-Westfalen..... | 452 | 546 | 231 |
| Rheinland-Pfalz..... | 233 | 227 | 101 |
| Saarland..... | 92 | 102 | 79 |
| Sachsen..... | 173 | 191 | 96 |
| Sachsen-Anhalt..... | 278 | 313 | 128 |
| Schleswig-Holstein..... | 428 | 506 | 298 |
| Thüringen..... | 166 | 190 | 83 |
| Deutschland | 288 | 328 | 175 |

h | Anteil der gepachteten Fläche an der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Landes Brandenburg 1991 bis 2016



i | Pachtquoten 2016 in Deutschland nach Bundesländern



Der Anteil des ökologisch bewirtschafteten Ackerlandes an der Öko-LF war im Land Brandenburg erheblich höher und lag im Jahr 2016 bei mehr als 60%. Auf 52% des Ackerlandes wuchs Getreide, weitere 34% waren den Pflanzen für die Futtergewinnung vorbehalten. Auf mehr als 9% reiften Hülsenfrüchte wie Erbsen und Lupinen, die zusätzlich auch eine bodenverbessernde Wirkung aufweisen. Fast 18% des Dauergrünlandes wurde 2016 ökologisch bewirtschaftet. Dies waren rund 52 600 ha.

Regional gesehen besaß der ökologische Landbau im Landkreis Dahme-Spreewald die größte Bedeutung. Dort wurde von rund einem Fünftel der ansässigen Landwirtschaftsbetriebe fast ein Drittel der LF ökologisch bewirtschaftet. Ganz anders sah es in Elbe-Elster aus. Hier bearbeiteten nur gut 5% der Betriebe rund 3% der im Kreis vorhandenen LF ökologisch.

Im Bereich der Tierhaltung spielte der ökologische Landbau weiterhin eine untergeordnete Rolle. Deutschlandweit wurden lediglich 5% des gesamten Viehbestandes ökologisch gehalten. Zum Stichtag 1. März 2016 erfolgte bei rund 6% der Rinder, also 700 400 Tieren, eine ökologische Haltung. Deutlich geringer war der Anteil der ökologisch gehaltenen Schweine. Mit 196 100 Tieren war er kleiner als 1% des bundesweiten Bestandes. Zudem gab es in Deutschland rund 6,5 Mill. „Öko-Hühner“. Diese Zahl entspricht einem Anteil von rund 4% der in Deutschland gehaltenen Hühner. Dabei zielte der Schwerpunkt bei der ökologischen Hühnerhaltung auf die Haltung von Legehennen. In Bezug auf die Anzahl der Legehennen insgesamt betrug der Anteil der ökologisch gehaltenen Tiere knapp 8%.

72% der Brandenburger Öko-Betriebe befassten sich mit der Haltung von Tieren. In diesen Betrieben standen 57 600 Rinder, 14 000 Schafe, 8 400 Schweine sowie 411 800 Hühner. Somit wurden fast 11% der Rinder, 17% der Schafe, 1% der Schweine und 5% der Hühner ökologisch gehalten.

Futterbau- und Ackerbaubetriebe bestimmen Brandenburgs Landwirtschaft

Mit der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung (BWA) wird die Spezialisierungsrichtung eines Betriebes bzw. sein Produktionsschwerpunkt beschrieben. Die BWA eines Betriebes errechnet sich aus der Re-

lation der Standardoutputs seiner einzelnen Produktionszweige zu seinem gesamten Standardoutput. Die Zuordnung der Betriebe zu den jeweiligen BWA-Klassen (z.B. Spezialisierte Veredlungsbetriebe) erfolgt auf Grundlage der in der Verordnung (EG) Nr. 1242/2008⁶ vorgeschriebenen Schwellenwerte. Mit diesen wird für die einzelnen BWA-Klassen der Anteil der Standardoutputs der jeweiligen Produktionszweige eines Betriebes an dessen gesamtem Standardoutput festgelegt. So wird beispielsweise der Allgemeinen BWA „Spezialisierte Futterbaubetriebe“ jeder Betrieb zugeordnet, dessen Futterbaukulturen mehr als zwei Drittel des gesamten Standardoutputs des Betriebes ausmachen. Dabei stellt der Standardoutput eines Produktionszweiges den durchschnittlichen Geldwert der Bruttoagrarerzeugung zu Ab-Hof-Preisen in EUR in einer bestimmten Region dar und gibt die Marktleistung dieses Produktionszweiges wieder.

Im Jahr 2016 waren 37% aller Brandenburger Agrarbetriebe der BWA „Futterbau“ zuzuordnen. Diese setzte sich hauptsächlich aus den Spezialisierungsrichtungen Milchviehbetriebe, Rinderaufzucht- und Rindermastbetriebe sowie Weideviehbetriebe zusammen. Im Mittel betrug die LF von Futterbaubetrieben 180 ha. Die hauptsächlich angebauten Futterarten waren Silomais, Gras, Klee und Futterhackfrüchte.

Auf Ackerbau ausgerichtete Betriebe stellten mit 35,5% den zweitgrößten Anteil der Betriebe dar. Hierbei entfielen 57% auf die Spezialisierungsrichtungen Getreide-, Ölsaaten- und Eiweißpflanzenbetriebe. Im Mittel betrug die LF der Ackerbaubetriebe 270 ha (Abbildung k).

Weitere 27% verteilten sich hauptsächlich auf die Produktionsrichtungen Pflanzenbau-Viehhaltungsverbund- (u.a. Ackerbau-Veredlungsbetriebe), Veredlungs- (u.a. spezialisierte Schweine- und Geflügelbetriebe), Gartenbau- (z.B. spezialisierte Blumen- und Zierpflanzenbetriebe) und Dauerkulturbetriebe (z.B. Weinbaubetriebe).

38,6% der LF standen den spezialisierten Ackerbaubetrieben zur Verfügung. Hier war ein Anstieg der LF um rund 22% gegenüber 2010 zu verzeichnen. Bei den Pflanzenbau-Viehhaltungsverbundbetrieben betrug der Anteil an der LF 28,4%. Deutlich weniger LF als 2010 wiesen die Betriebe mit spezialisiertem Futterbau auf. 2016 waren es nur noch 27,2%, was einem Minus von rund 16% im Vergleich zur Landwirtschaftszählung 2010 entsprach.

j | Landwirtschaftlich genutzte Fläche und Anzahl der ökologisch wirtschaftenden Betriebe 1999 bis 2016 im Land Brandenburg



⁶ Verordnung (EG) Nr. 1242/2008 der Kommission vom 8. Dezember 2008 zur Errichtung eines gemeinschaftlichen Klassifizierungssystems der landwirtschaftlichen Betriebe (ABl. L 335 vom 13.12.2008, S. 3-24).

Gemüseerzeugung dominiert Brandenburgs Gartenbau

Im Rahmen der ASE 2016 wurden nach der letzten Gartenbauerhebung 2005 erstmals wieder Daten zum Gartenbau erhoben. Sämtliche Betriebe mit dem Anbau von Gartenbauerzeugnissen wurden zur Art der Eindeckung von Flächen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern und deren verbrauchte Energiemengen für die Beheizung sowie zu den gartenbaulichen bzw. landwirtschaftlichen Einnahmen des Betriebes befragt.

Im Jahr 2016 bauten insgesamt 543 Brandenburger Betriebe Gartenbauerzeugnisse (Obst, Gemüse, Baumschulen, Blumen, Zierpflanzen, Heilpflanzen) an. Sie bewirtschafteten eine gärtnerische Nutzfläche (GN) von 10 715 ha und beschäftigten rund 18 000 Arbeitskräfte. Im Rahmen der Landwirtschaftszählung 2010 wurden noch 710 Betriebe mit Gartenbauerzeugnissen registriert. Über die Hälfte der GN (5 453 ha) wurde 2016 für die Gemüseerzeugung genutzt und insbesondere von Spargel, Gurken, Möhren und Erdbeeren bestimmt. 2 064 ha wurden für den Obstbau, 1 058 ha für Baumschulen sowie 64 ha für Blumen und Zierpflanzen verwendet. Der Gartenbau konzentrierte sich besonders in den Landkreisen Potsdam-Mittelmark (40 % der GN), gefolgt von Dahme-Spreewald (10%), Oberhavel (8%) und Havelland (7%).

67% der insgesamt 543 Betriebe erwirtschafteten mehr als die Hälfte ihrer Betriebseinnahmen aus dem Gartenbau. In den anderen 179 Betrieben stellte er einen Nebenzweig zu anderen Produktionszweigen dar.

Von den 364 Betrieben mit vorwiegend Gartenbau hatten 335 Betriebe ihren Schwerpunkt in der Erzeugung gärtnerischer Produkte. 29 Betriebe spezialisierten sich vor allem auf den Handel mit gärtnerischen Produkten oder boten gärtnerische Dienstleistungen an (Garten- und Landschaftsbau, Friedhofsgärtnerei usw.).

Als Schwerpunkt ihrer Erzeugung nannten von den 335 vorwiegend produzierenden Gartenbaubetrieben 79 die Sparte Gemüse, 78 Obstbau, 45 Blumen und Zierpflanzen und 30 Baumschulen. 103 von ihnen ließen sich nicht eindeutig einer Sparte zuordnen.

Gewächshäuser, die für die Wertschöpfung von größerer Bedeutung sind, gab es in 170 Betrieben. Der Anteil an der GN lag mit 98 ha bei weniger als 1%. Typisch für weite Bereiche des Gartenbaus ist die Saisonbeschäftigung von Arbeitskräften. Von den gut 18 000 Arbeitskräften im Gartenbau waren 3 200 über das ganze Jahr hinweg ständig beschäftigt. Fast 14 900 wurden hingegen weniger als sechs Monate pro Jahr im Betrieb eingesetzt.

Mehr als ein Fünftel verfügt über Einkommensalternativen

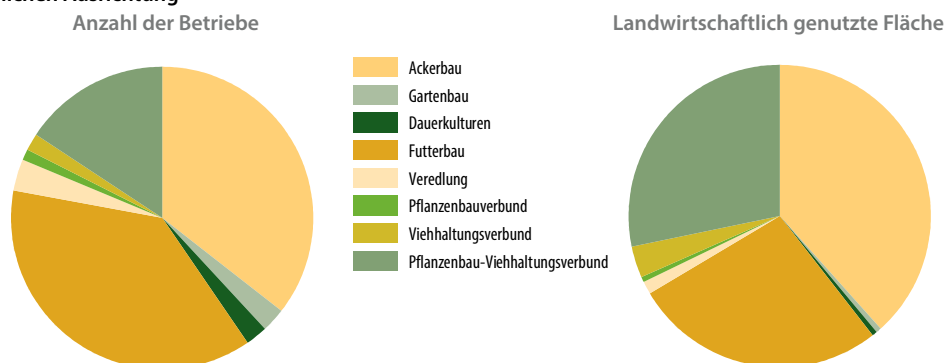
Ein schwieriger Themenkomplex behandelt die Fragen zu den Einkommenskombinationen. Hatte im Jahr 2010 etwa jeder dritte deutsche Agrarbetrieb eine Einkommensalternative geschaffen, so waren es 2016 noch gut 22%, im Bundesdurchschnitt gut 27%. Einkommenskombinationen bedeuten für den Landwirt unternehmerische Aktivitäten außerhalb der klassischen landwirtschaftlichen Produktion. Diese erfolgt aber trotzdem im Verbund mit dem landwirtschaftlichen Betrieb. Dabei tragen sie dazu bei, die wirtschaftliche Situation landwirtschaftlicher Betriebe zu verbessern und die Risiken der landwirtschaftlichen Produktion zu mindern, da mit der Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse nicht immer ein ausreichendes Einkommen erzielt werden kann. In Abhängigkeit von regionaler Häufigkeit und Art der Wertschöpfung sollte auch der ländliche Raum von einer solchen Diversifizierung in der Landwirtschaft profitieren.

Zu den Einkommenskombinationen zählen im Rahmen der ASE solche Tätigkeiten, die im Agrarbetrieb ausgeübt werden und mit denen dieser Betrieb Umsätze erzielt. In den Betrieben Brandenburgs spielten besonders die Bereiche „Pferdeponions- und Reitsporthaltung“ mit 30%, „Erzeugung erneuerbarer Energien“ mit 26% sowie „Lohntätigkeiten für andere landwirtschaftliche Betriebe“ mit 26% eine größere Rolle.

Bei 43% dieser Betriebe machten Einkommenskombinationen bis zu 10% des Gesamtumsatzes aus. Darüber hinaus erzielten weitere 23% zwischen 50% und 100% ihres Umsatzes durch entsprechende alternative Einkommensquellen.

Die überwiegende Anzahl der Brandenburger Agrarbetriebe mit einer weiteren Einkommens-

k | Betriebe und deren landwirtschaftlich genutzte Fläche 2016 im Land Brandenburg nach der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung



8 | Brandenburger Betriebe mit Einkommenskombinationen 2010, 2013 und 2016

| Merkmal | 2010 | 2013 | 2016 |
|--|------|------|------|
| Bereitstellung von Gesundheits-, Sozial- oder Bildungsleistungen..... | - | - | / |
| Verarbeitung und Direktvermarktung landw. Erzeugnisse ohne Herstellung von Wein..... | 429 | 300 | 230 |
| Fremdenverkehr, Beherbergung, Freizeitaktivitäten.. | 247 | 200 | 160 |
| Pensions- und Reitsportpferdehaltung..... | 547 | 400 | 370 |
| Erzeugung erneuerbarer Energien (ohne Eigenverbrauch)..... | 268 | 400 | 320 |
| Herstellung handwerklicher Erzeugnisse..... | • | - | / |
| Be- und Verarbeitung von Holz..... | 83 | / | / |
| Fischzucht und Fischerzeugung..... | • | 0 | 0 |
| Arbeiten für andere landw. Betriebe..... | 394 | 400 | 310 |
| Arbeiten außerhalb der Landwirtschaft..... | 139 | 100 | 90 |
| Forstwirtschaft..... | 213 | 200 | 170 |
| sonstige Einkommenskombinationen..... | 129 | / | / |

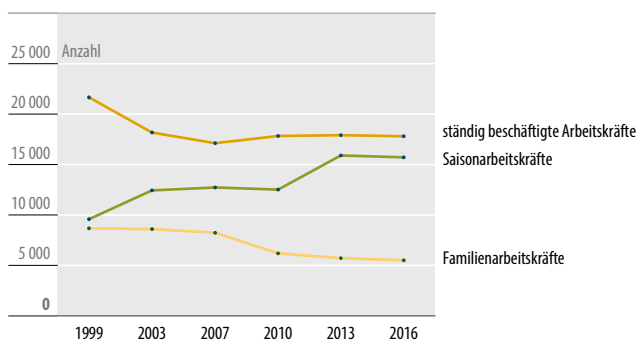
9 | Landwirtschaftliche Arbeitskräfte und Vollbeschäftigtenanteil 1999 bis 2016 im Land Brandenburg

| Arbeitskräfte | 1999 | 2003 | 2007 | 2010 | 2013 | 2016 |
|-----------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| Personen..... | 39 871 | 39 185 | 38 033 | 36 505 | 39 500 | 38 900 |
| vollbeschäftigt..... | 21 066 | 17 640 | 15 621 | 16 264 | 16 500 | 15 900 |
| Anteil Vollbeschäftigung.. | 52,8 | 45,0 | 41,1 | 44,6 | 41,8 | 40,9 |
| Arbeitskräfteeinheiten..... | 25 886 | 23 126 | 21 317 | 22 479 | 22 800 | 22 300 |

10 | Betriebsleiter und Geschäftsführer 2013 und 2016 im Land Brandenburg nach der Art der Berufsbildung

| Art der Berufsbildung | Landwirtschaft 2013 | Landwirtschaft/ Gartenbau 2016 |
|--|---------------------|--------------------------------|
| | Anzahl | |
| Berufsschule..... | 100 | 200 |
| Berufsausbildung..... | 800 | 900 |
| Einjährige Fachschule/Landwirtschaftsschule.. | 200 | 100 |
| Fortbildung zum Meister/Fachagrarwirt..... | 700 | 700 |
| Höhere Landbauschule, Technikerschule..... | 100 | 200 |
| Studium mit weniger als 4 Jahren Regelstudienzeit..... | 800 | 700 |
| Studium mit mindestens 4 Jahren Regelstudienzeit..... | 1 000 | 900 |
| ausschließlich praktische Erfahrung..... | 1 500 | 1 700 |

11 | Landwirtschaftliche Arbeitskräfte 1999 bis 2016 im Land Brandenburg nach Art der Beschäftigung



quelle kombinierte ihre landwirtschaftliche Produktion wahlweise mit einer (64%) oder mit zwei (27%) alternativen Tätigkeitsbereichen. Der Anteil der Personen, der ausschließlich in den jeweiligen Einkommenskombinationen beschäftigt war, lag im Durchschnitt bei gut 6%.

Seit 2010 ging die Zahl der Betriebe mit Einkommenskombinationen um rund 30% zurück. Gleichzeitig veränderte sich die Bedeutung einzelner Arten von Einkommenskombinationen in den letzten Jahren teilweise erheblich. So befassten sich im Jahr 2010 circa 15% dieser Betriebe mit der Produktion von erneuerbaren Energien; sechs Jahre später lag hier der Anteil bereits bei 26%. Hingegen verringerte sich im selben Zeitraum der Anteil von „Verarbeitung und Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse ohne Herstellung von Wein“ von 25% auf 19%. Seit 2016 wird zusätzlich die „Bereitstellung von Gesundheits-, Sozial- oder Bildungsleistungen (z. B. Tiertherapien, betreutes Wohnen, Seniorenbetreuung)“ erfragt. Allerdings kann dieser Wert für Brandenburg aufgrund einer hohen Unsicherheit in den Daten nicht ausgewiesen werden (Tabelle 8).

Zahl der Arbeitskräfte fast unverändert

Die amtliche Agrarstatistik erfasst Arbeitskräfte in den Betrieben, sofern sie 15 Jahre und älter sowie mit betrieblichen Arbeiten beschäftigt sind. Dabei wird nach Arbeitskräften gefragt, die zwischen März 2015 und Februar 2016 im landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigt waren. Die Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung 2016 zeigen, dass es in den gut 5 400 Brandenburger Landwirtschaftsbetrieben insgesamt 38 900 Arbeitskräfte gab. Drei Jahre zuvor waren es noch 39 500 Personen. Zwei Drittel der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen waren Männer.

Während die Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte zwischen 2010 und 2013 um rund 8% zunahm, blieb die Beschäftigungszahl seit 2013 nahezu unverändert. Auch beim Vollbeschäftigtenanteil (15 900 Personen) gab es kaum Änderungen. Der Anteil belief sich auch 2016 auf rund 41% (Tabelle 9).

Vergleichsweise stärkere Veränderungen traten bei den Familienarbeitskräften (5 500 Personen) auf. Bereits im Vergleich 2010 zu 2013 zeigte sich ein starker Rückgang um 8%. Dieser Trend setzte sich bis 2016 mit einer weiteren Reduzierung um 3,5%, wenn auch etwas abgeschwächt, fort (Abbildung 1).

In den 3 800 Einzelunternehmen arbeiteten 10 500 Personen, davon waren gut die Hälfte Familienarbeitskräfte. Zu diesen zählen auch die Betriebsinhaber. Für Personengesellschaften und -gemeinschaften wurden insgesamt 13 500 Arbeitskräfte gemeldet. In dieser Rechtsform wurden mit 9 900 Personen die meisten Saisonarbeitskräfte gezählt; also Personen, die weniger als sechs Monate im Betrieb beschäftigt wurden. Obwohl weniger als 1 000 Betriebe der Rechtsform juristische Personen zuzuordnen waren, beschäftigten diese rund 14 900 Menschen und damit fast 40% der in der Landwirtschaft arbeitenden Personen. Des Weiteren gab es in diesen Betrieben mit 12 200 Personen die höchste Zahl an ständig beschäftigten Arbeitskräften.

Mehr Betriebsleiter bzw. Geschäftsführer mit ausschließlich praktischer Erfahrung

In Rahmen der ASE 2016 wurde neben der landwirtschaftlichen auch die gartenbauliche Berufsbildung erfragt. Drei Jahre zuvor ging es ausschließlich um die landwirtschaftliche Berufsbildung des Betriebsleiters bzw. Geschäftsführers. Interessanterweise zeigte sich zu 2016 ein Anstieg um rund 200 Betriebsleiter bzw. Geschäftsführer, die im Erhebungsabschnitt zur Berufsbildung angaben, dass sie über „ausschließlich praktische Erfahrung“ verfügten. Dagegen verringerte sich die Zahl der Betriebsleiter mit einem abgeschlossenen Studium (Tabelle 10). 2013 gaben rund 1 600 Geschäftsführer bzw. Betriebsleiter an, in den letzten zwölf Monaten an einer beruflichen Bildungsmaßnahme teilgenommen zu haben. Drei Jahre später trafen etwa 1 800 Geschäftsführer bzw. Betriebsleiter eine solche Aussage.

Verstärkter Einsatz nicht wendender Bodenbearbeitung

Die Böden bilden für die landwirtschaftlichen Betriebe die Existenzgrundlage. Daher wird die nachhaltige Bodenbewirtschaftung zur Vermeidung von Erosion und zur Sicherung der Bodenfruchtbarkeit immer wichtiger. Mit verschiedenen Maßnahmen, wie einer gezielten Wahl von Bodenbearbeitungsverfahren und dem Anbau von Zwischenfrüchten, lässt sich die Bodenfruchtbarkeit nicht nur erhalten, sondern auch verbessern. Dies ist in einem Bundesland wie Brandenburg besonders da wichtig, wo Böden sich durch niedrige Ertragsmesszahlen auszeichnen. Anhand von Angaben der Ertragsmesszahlen je ha LF aufgrund von veräußerten landwirtschaftlichen Grundstücken der Jahre 2000 bis 2016 ergibt sich für Brandenburg ein Mittelwert von 32 bis 34 Bodenpunkten.⁷ Im Rahmen der ASE 2016 wurden die Landwirte nach ihren Bodenbearbeitungsverfahren und den durchgeführten Maßnahmen zum Erosionsschutz befragt. Danach wurden 2015/2016 rund 47% des Brandenburger Ackerlandes mittels konservierender (nicht wendender) und damit erosionsmindernder Bodenbearbeitungsmethoden bewirtschaftet. Hierzu zählen unter anderem der Einsatz von Grubbern und Eggen. Auf weniger als 1% kam das Direktsaatverfahren zur Anwendung, bei welchem gänzlich auf eine separate Bodenbearbeitung verzichtet wird. Allerdings wird beim Direktsaatverfahren teure Technik benötigt, die allein schon aus ökonomischer Sicht stets effizient auszulasten ist. Weitere 44% des Ackerlandes wurden gepflügt und unterlagen damit einer konventionell wendenden Bodenbearbeitung. Bundesweit dominierte dagegen der Pflugeinsatz. Dieses Verfahren erfolgte auf mehr als 53%. Vergleiche mit Ergebnissen für 2009/2010 zeigen eine Zunahme des Anteils nicht wendender Verfahren an der Bodenbearbeitung. So erhöhte sich dieser Anteil von 39% auf 47% im Zeitraum 2015/2016. Parallel verringerte sich der Anteil gepflügter Flächen von 49% auf 44% (Abbildung m).

⁷ Bodenpunkte, oft auch als Ackerzahl bzw. Ackerwertzahl bezeichnet, stellen einen Zahlenwert dar, welcher die Qualität einer Ackerfläche kennzeichnet.

11 | Erosionsschutzmaßnahmen 2010 und 2016 auf dem Brandenburger Ackerland

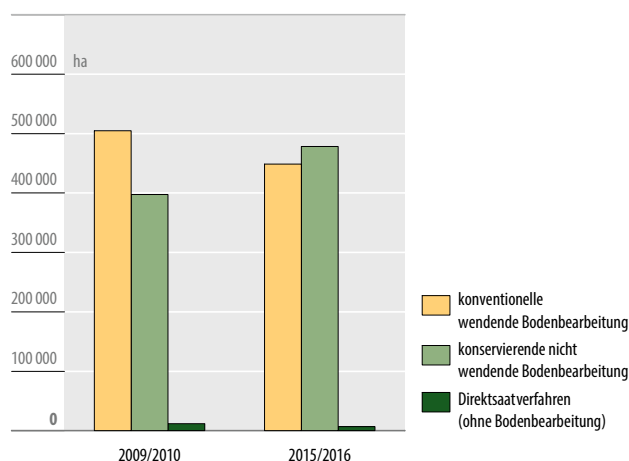
| Erosionsschutz (Oktober bis Februar des jeweiligen Jahres) | 2010 | 2016 | Anteil an Insgesamt 2016 |
|---|---------|---------|--------------------------------|
| | Hektar | | |
| Ackerland mit Bodenbedeckung..... | 796 400 | 863 200 | 85,1 |
| Winterkulturen..... | 610 100 | 614 600 | 60,6 |
| Winterzwischenfruchtanbau zur Gründung.. | 34 700 | 86 900 | 8,6 |
| Restbewuchs (auch Stoppeln) der vorangegangenen Kultur (ab 30 %)..... | 151 600 | 103 900 | 10,2 |
| mehrfährige Kulturen auf dem Ackerland..... | . | 57 700 | 5,7 |
| Ackerland ohne Bodenbedeckung..... | 118 046 | 123 500 | 12,2 |

In Bezug auf den Schutz der Böden konnte nachgewiesen werden, dass auf etwa 85% des Brandenburger Ackerlandes in den Herbst- und Wintermonaten Oktober 2015 bis Februar 2016 erosionsmindernde Anbaumethoden zur Anwendung kamen. Im Bundesdurchschnitt waren es 82%. Winterkulturen, wie beispielsweise Winterweizen und Winterraps, wuchsen auf gut 60% der Brandenburger Ackerlandflächen. Auf weiteren 9% standen Winterzwischenfrüchte. Etwa 12% des Ackerlandes blieben in dieser Zeit ohne Bodenbedeckung (Tabelle 11). Für Deutschland insgesamt ergab sich ein Wert von 14%.

Zwischenfruchtanbau vorwiegend als Gründünger

Der Anbau von Zwischenfrüchten, das heißt der Anbau von Pflanzen zwischen zwei Hauptkulturen, hat neben der guten Abdeckung der Bodenoberfläche auch einen großen ökologischen Nutzen. Der Boden wird gelockert und die biologische Aktivität gefördert. Über die Wurzelrückstände und die Einarbeitung der oberirdischen Pflanzenmasse lässt sich der Humusgehalt erhöhen. Außerdem wird die Nährstoffauswaschung reduziert. Wird die Zwischenfrucht noch im Spätherbst umgebrochen, wird sie als Sommerzwischenfrucht bezeichnet. Erfolgt der Umbruch erst im darauffolgenden Jahr, so handelt es sich um eine Winterzwischenfrucht.

m | Bodenbearbeitungsverfahren 2009/2010 und 2015/16 im Land Brandenburg



12 | Zwischenfruchtanbau 2009/2010 und 2015/2016 im Land Brandenburg

| Merkmal | Sommer- | Winter- | Sommer- | Winter- |
|--|---------------------|-----------|---------|---------|
| | zwischenfruchtanbau | | | |
| | 2009 | 2009/2010 | 2015 | 2015/16 |
| | Hektar | | | |
| Gründüngung..... | 7 037 | 27 106 | 7 722 | 84 508 |
| Futtergewinnung..... | 1 129 | 5 077 | 869 | 5 836 |
| Biomasseerzeugung zur Energiegewinnung. | 2 451 | 2 360 | 369 | 2 571 |
| Insgesamt | 10 617 | 34 543 | 8 960 | 92 916 |

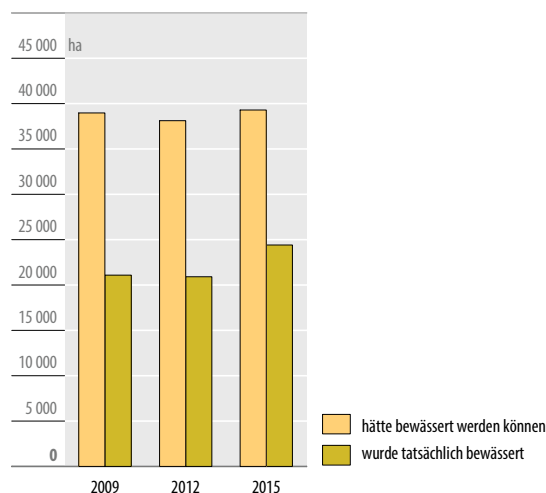
Der Zwischenfruchtanbau wurde vor 2016 letztmalig zur Landwirtschaftszählung 2010 erfragt. In den Jahren vor 2010 gab es auch immer wieder Abschnitte zum Anbau von Zwischenfrüchten, doch sind diese Daten aufgrund anderer Fragestellungen nur bedingt mit den aktuellen Zahlen vergleichbar.

Im Anbaujahr 2015/2016 wurden in Brandenburg 8 960 ha Sommer- und 92 916 ha Winterzwischenfrüchte ausgebracht. Hierbei dienten 91 % der Gründüngung, 7 % der Futtergewinnung und 3 % als Biomasse für Biogasanlagen (Tabelle 12).

Mehr bewässerte Flächen in Brandenburgs Landwirtschaft

Als wichtigen Bestandteil der Produktionssicherung kommt der gezielten Bewässerung landwirtschaftlicher Kulturen vermehrt Bedeutung zu, da weder die Niederschlagsmengen noch der Zeitpunkt der Niederschläge in den vergangenen Jahren vielerorts zu den Bedürfnissen der Pflanzenbestände passten. Gerade in einem Land wie Brandenburg, welches sich durch leichte Böden und im Deutschlandvergleich eher geringe Niederschlagsmengen auszeichnet, ist anzunehmen, dass die Bewässerung verstärkt Anwendung findet. Allerdings ist diese

n | Bewässerbare und bewässerte landwirtschaftlich genutzte Fläche 2009, 2012 und 2015 im Land Brandenburg



13 | Bewässerungsverfahren und überwiegende Wasserquellen für die Freilandbewässerung 2009 und 2015 im Land Brandenburg

| Bewässerung | 2009 | 2015 |
|--|--------|------|
| | Anzahl | |
| Bewässerungsverfahren | | |
| Beregnungsanlagen..... | 329 | 300 |
| Tropfbewässerung..... | 103 | 100 |
| Wasserquelle für die Bewässerung im Freiland | | |
| Bezug von Wasser aus öffentlichen oder privaten Versorgungsnetzen..... | | |
| Grundwasser..... | 56 | / |
| betriebs eigenes Oberflächenwasser..... | 238 | 300 |
| betriebsfremdes Oberflächenwasser..... | • | 0 |
| andere Herkunft (z. B. Brackwasser)..... | 66 | 100 |
| | • | - |

Technik kostenintensiv und das geringe Wasserhaltevermögen vieler Brandenburger Böden kann ein weiterer Grund sein, dass sich die Anschaffung von Bewässerungstechnik in Grenzen hält.

2015 wurden rund 24 400 ha der gut 1,3 Mill. ha LF im Freiland bewässert. Damit hatte sich die bewässerte Fläche gegenüber 2012 um 17 % erhöht. Zwischen 2009 und 2012 war dagegen fast keine Veränderung bei den bewässerten Flächen zu erkennen. In Brandenburg wurden im Jahr 2015 etwa 2 % der LF bewässert. Bundesweit belief sich dieser Anteil auf rund 3 %.

420 Brandenburger Betriebe gaben zur ASE 2016 an, dass bei ihnen die Möglichkeit zur Bewässerung besteht. Bemerkenswerterweise ist hier ein Rückgang zu verzeichnen, denn drei Jahre zuvor waren es 470 Betriebe. Bei der Fläche, die hätte bewässert werden können, zeigt sich für die drei analysierten Strukturjahre eine recht große Konstanz mit rund 38 000 ha bis 39 000 ha (Abbildung n).

94 % der 420 Betriebe führten 2015 tatsächlich Bewässerungsmaßnahmen durch. 2012 lag dieser Wert noch bei 77 %. 2015 bewässerte ein Betrieb rein rechnerisch 63 ha. In 320 Betrieben kamen Beregnungsanlagen (zum Beispiel Sprinkleranlagen) zum Einsatz. 110 Betriebe wendeten auch die vergleichsweise wassersparende Tropfbewässerung an. Hier wird das Wasser bodennah in kleinen Mengen ausgebracht. Gegenüber den Angaben für das Jahr 2009 gab es nahezu keine Veränderungen (Tabelle 13). 79 % der Fläche wurde mit Grundwasser, 14 % mit betriebsfremdem Oberflächenwasser aus Flüssen und Seen und 7 % mit Wasser aus öffentlichen und privaten Versorgungsnetzen bewässert.

2016 weniger Rinder und Schafe als 2010, kaum Veränderungen bei den Schweinen

Selbstverständlich werden auch im Land Brandenburg die verschiedensten Nutztierarten gehalten. Im Vergleich zu Bundesländern wie Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen stellt sich der Umfang der Tierhaltung im Land Brandenburg jedoch als deutlich geringer dar. Auch nahm zwischen 2010 und 2016 die Zahl der Betriebe mit Viehhaltung ab. Waren es zur Landwirtschaftszählung 2010 noch rund 4 000 Betriebe, wurden zur ASE 2016 nur noch 3 649 tierhaltende Betriebe registriert. Dies entspricht einem Mi-

14 | Betriebe mit Tierhaltung 2010, 2013 und 2016 im Land Brandenburg
Stichtag: 1. März des jeweiligen Jahres

| Betriebe | 2010 | 2013 | 2016 | Veränderung 2016 gegenüber 2010 |
|--------------------------------------|--------|-------|-------|---------------------------------|
| | Anzahl | | | % |
| Betriebe mit Tierhaltung... und zwar | 3 968 | 3 762 | 3 649 | -8,0 |
| Rinder insgesamt..... | 2 572 | 2 406 | 2 375 | -7,7 |
| Schweine insgesamt..... | 715 | 539 | 519 | -27,4 |
| Schafe insgesamt..... | 630 | 557 | 519 | -17,6 |
| Ziegen insgesamt..... | 263 | 217 | 183 | -30,4 |
| Einhufer insgesamt..... | 1 391 | 1 248 | 1 138 | -18,2 |
| Hühner insgesamt..... | 1 107 | 913 | 819 | -26,0 |
| Gänse, Enten, Truthühner insgesamt.. | 416 | 372 | 317 | -23,8 |

nus von 8%. Ursachen sind u. a. wirtschaftlich nicht ausreichende Marktpreise, hohe Futterkosten und strenge Umweltauflagen. Bei den einzelnen Tierarten zeigen sich unterschiedlich starke Rückgänge der Betriebszahlen. Gegenüber 2010 wurden im Jahr 2016 zum Beispiel fast 200 Schweine haltende Betriebe weniger gezählt (Tabelle 14).

Hinsichtlich der letzten drei Strukturhebungen zeigt sich bei der Zahl der Großvieheinheiten ein Rückgang um fast 5%. Eine Großvieheinheit stellt einen Umrechnungsschlüssel zum Vergleich verschiedener Nutztiere aufgrund ihres Lebendgewichts dar. Ganz grob entspricht eine Großvieheinheit etwa 500 kg. So viel wiegt im Durchschnitt ein ausgewachsenes Rind. Die Großvieheinheit ist ein probates Mittel, mit der sich der im Betrieb anfallende Dunganfall berechnen lässt.

Zum Stichtag 1. März 2016 ließen sich für Brandenburg 535 512 Großvieheinheiten errechnen. Die Zahl der Rinder sank gegenüber 2010 um gut 4%. Bei den Schafen war eine Verringerung um gut ein Fünftel auf nur noch 80 645 Tiere zu beobachten. Dagegen gab es bei den Schweinen zu 2010 kaum Veränderungen. In beiden Strukturhebungen wurden gut 800 000 Tiere gemeldet (Tabelle 15). Da die Zahl der Betriebe deutlich gesunken ist, wuchsen die Durchschnittsbestände an Schweinen je Betrieb an. Dieser Konzentrationseffekt ist eine wesentliche Möglichkeit der Betriebe, wirtschaftlicher zu agieren, und lässt sich bei allen Tierarten im Land Brandenburg feststellen.

Die meisten Rinder wurden zum 1. März 2016 mit fast 3,2 Mill. Tieren in Bayern gehalten, gefolgt von Niedersachsen mit mehr als 2,6 Mill. Tieren und Nordrhein-Westfalen mit gut 1,4 Mill. Tieren. In Deutschland insgesamt waren es fast 12,4 Mill. Rinder.

Der Schweinebestand in Deutschland belief sich auf knapp 28 Mill. Tiere. Hier wurden mit mehr als 8,9 Mill. bzw. knapp 7,3 Mill. Schweinen die meisten Tiere in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen ermittelt.

Die Zahl der Schafe in Deutschland betrug über 1,8 Mill. Tiere. In Bayern wurden davon rund 317 500 Tiere gehalten, in Schleswig-Holstein fast 205 700.

15 | Tierbestände 2010, 2013 und 2016 im Land Brandenburg
Stichtag: 1. März des jeweiligen Jahres

| Großvieheinheiten — Tiere | 2010 | 2013 | 2016 | Veränderung 2016 gegenüber 2010 |
|---|-----------|-----------|-----------|---------------------------------|
| | Anzahl | | | % |
| Großvieheinheiten | 562 219 | 540 286 | 535 512 | -4,8 |
| Rinder insgesamt..... | 554 492 | 531 016 | 531 500 | -4,1 |
| Schweine insgesamt..... | 804 603 | 772 733 | 803 412 | -0,1 |
| Schafe insgesamt..... | 102 916 | 90 360 | 80 645 | -21,6 |
| Ziegen insgesamt..... | 3 766 | 3 084 | 3 895 | 3,4 |
| Einhufer insgesamt..... | 17 892 | 17 139 | 17 635 | -1,4 |
| Hühner insgesamt..... | 7 007 490 | 8 501 295 | 8 601 907 | 22,8 |
| Gänse, Enten, Truthühner insgesamt..... | 2 510 215 | 2 192 268 | 1 718 710 | -31,5 |

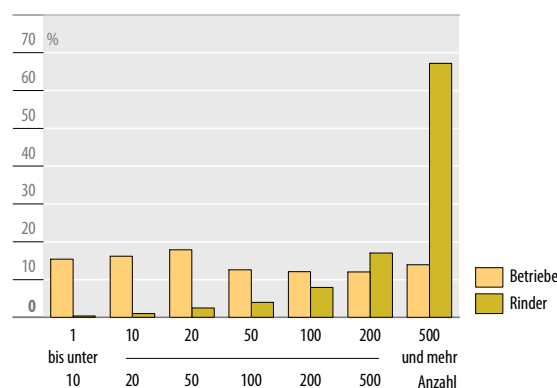
Brandenburg hat die meisten Ammen- und Mutterkühe

Bei den Rindern im Land Brandenburg wurden fast 160 000 Milchkühe und rund 88 000 Ammen- und Mutterkühe gezählt. Damit standen, wie in den Vorjahren, im Land Brandenburg mehr Ammen- und Mutterkühe als in jedem anderen Bundesland. Der Anteil an der gesamtdeutschen Zahl von knapp 626 000 Ammen- und Mutterkühen belief sich auf 14%. Je rund 60 000 Tiere wurden noch in Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen gezählt.

Bei der Betrachtung der Bestandsgrößenklassen der Betriebe mit Rinderhaltung ist sehr gut zu erkennen, dass die meisten Rinder in Agrarbetrieben standen, die 500 und mehr Rinder besitzen. Wird noch die Größenklasse 200 bis 500 Rinder hinzugezogen, dann zeigt sich, dass mehr als 84% der Brandenburger Rinder in 26% der Rinder haltenden Betriebe standen (Abbildung o). Im Durchschnitt ließen sich 224 Rinder je Rinder haltendem Betrieb errechnen. Einen deutlich höheren Wert gab es mit 270 Rindern in Mecklenburg-Vorpommern. Für Sachsen-Anhalt stimmt der Wert mit dem für Brandenburg weitgehend überein. Im Bundesdurchschnitt wurden 102 Rinder je Rinder haltendem Betrieb ermittelt.

Von den Milchkühen im Land Brandenburg standen gut 50% in Betrieben mit 500 und mehr Milch-

o | Rinder 2016 im Land Brandenburg nach Bestandsgrößenklassen



kühen. Der entsprechende Anteil an Betrieben betrug weniger als 17%. Im Mittel kamen 297 Milchkühe auf jeden Milchkühe haltenden Betrieb. Für kein anderes Bundesland ließ sich ein vergleichbarer oder höherer Wert ermitteln. Deutschlandweit waren es nur 62 Milchkühe je Milchkühe haltendem Betrieb.

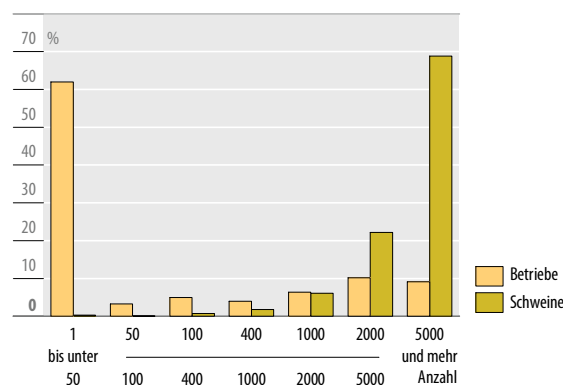
Die schon erwähnte zunehmende Konzentration der Schweinehaltung in den Brandenburger Landwirtschaftsbetrieben wird auch in Abbildung p deutlich. Mehr als zwei Drittel der in Brandenburg gehaltenen Schweine standen in Betrieben mit 5 000 und mehr Schweinen. Diese Betriebe stellen nur gut 9% der Schweine haltenden Betriebe des Landes dar. Wird die Größenklasse 2 000 bis unter 5 000 Schweine hinzugezogen, dann stehen 91% aller Schweine in weniger als einem Fünftel der Betriebe mit Schweinehaltung. Nicht ganz zwei Drittel der Schweine haltenden Betriebe verfügten über gerade 0,3% des Gesamtschweinebestandes. Im Mittel ergab sich für Brandenburg ein Wert von 1 548 Schweinen je Schweine haltendem Betrieb. Größere Bestände ließen sich für Sachsen-Anhalt mit 2 477 und Mecklenburg-Vorpommern mit 2 155 Schweinen je Schweine haltendem Betrieb errechnen. Bundesweit lag der Wert bei 695 Schweinen je Schweine haltendem Betrieb.

Bei den Schafen standen in Brandenburg fast 68% des Gesamtschafbestandes in gut 10% der Schafe haltenden Betriebe. Diese Betriebe halten mindestens 500 Schafe. Im Gegensatz dazu gab es in rund 45% der Schafe haltenden Betriebe weniger als 20 Schafe. Der Durchschnittsbestand im Land Brandenburg belief sich im Jahr 2016 auf 155 Schafe je Schafe haltendem Betrieb. Auf Deutschland bezogen waren es 94 Schafe je Schafe haltendem Betrieb. In Thüringen standen im Schnitt 241 und in Sachsen-Anhalt 197 Schafe je Schafe haltendem Betrieb.

8,6 Mill. Hühner in Brandenburg

Zum Stichtag 1. März 2016 wurden im Land Brandenburg 8,6 Mill. Hühner erfasst. Dies waren knapp 1,6 Mill. Hühner mehr als zur Landwirtschaftszählung 2010. Gegenüber 2013 gab es hier nur einen vergleichsweise geringen Anstieg um rund 100 000 Tiere. Der Bestand an sonstigem Geflügel (Gänse, Enten und Truthühner) verringerte sich zwischen 2010

p | Schweine 2016 im Land Brandenburg nach Bestandsgrößenklassen



16 | Betriebe mit Wirtschaftsdüngerausbringung 2015 im Land Brandenburg

| Merkmal | Betriebe | Anteil an Betrieben insgesamt |
|--|----------|-------------------------------|
| | Anzahl | % |
| Gülle, Jauche oder flüssiger Biogas-Gärrest. | 1 232 | 23,2 |
| Festmist, Geflügeltrockenkot oder fester Biogas-Gärrest..... | 2 018 | 37,9 |
| keine Wirtschaftsdüngerausbringung..... | 2 933 | 55,2 |

und 2016 um knapp 800 000 auf gut 1,7 Mill. Tiere. Das entspricht einem Rückgang um fast ein Drittel.

Den größten Bestand bei den Hühnern wiesen die Masthühner auf. Hier wurden 2016 gut 4,5 Mill. Tiere gezählt. Das waren fast 900 000 mehr als zur Landwirtschaftszählung 2010. Die Zahl der Legehennen stieg um gut 600 000 Tiere auf etwa 3,5 Mill. Der Bestand an Junghennen nahm um 100 000 auf knapp 600 000 Tiere zu. Damit erhöhten sich die Tierzahlen in allen drei Gruppen um jeweils gut 20%.

Der Rückgang beim sonstigen Geflügel resultierte ausschließlich aus dem starken Bestandsabbau bei den Enten. Deren Zahl sank um fast 1 Mill. auf knapp 500 000 Tiere. Ursache dieses Rückgangs waren vor allem Standortentscheidungen großer Geflügelfleischproduzenten. Die Zahl der Truthühner stieg dagegen um knapp 180 000 auf gut 1,2 Mill. Tiere. Somit war hier ein Plus von 17% festzuhalten. Rein anteilig betrachtet war der stärkste Zuwachs bei den Gänsen zu verzeichnen. Deren Bestand hat sich von 2010 bis 2016 mehr als verdreifacht. Allerdings ist bei dieser Aussage zu berücksichtigen, dass die Zahl der in Brandenburg gehaltenen Gänse mit 10 000 Tieren im Vergleich zu den anderen Geflügelarten sehr gering ausfällt.

Regional gab es die größten Hühnerbestände im Landkreis Dahme-Spreewald. Hier wurde fast ein Drittel der Brandenburger Hühner gehalten. Die meisten Enten gab es nach wie vor in Märkisch-Oderland. Mit 230 000 Tieren war dies fast die Hälfte des Brandenburger Entenbestands. Im Landkreis Ostprignitz-Ruppin wurden rund 640 000 Truthühner gezählt, was mehr als der Hälfte dieser Tiere in Brandenburg entsprach.

Gerade bei den Angaben zum Geflügel ist zu bedenken, dass es sich bei der Erfassung um eine Stichtagmeldung handelt. So kann es durchaus passieren, dass zu diesem Tag große Geflügelhalter gerade ausgestallt haben und so relativ wenige Tiere für den Stichtag zu melden waren.

2 000 Betriebe brachten festen und 1 200 Betriebe flüssigen Wirtschaftsdünger aus

Im Jahr 2015 wurden von etwa 1 200 landwirtschaftlichen Betrieben knapp 8 Mill. m³ flüssiger Wirtschaftsdünger, wie zum Beispiel Gülle, auf Acker- und Dauergrünlandflächen des Landes Brandenburg ausgebracht. Somit fand die Applikation flüssigen Wirtschaftsdüngers in rund 23% der Brandenburger Agrarbetriebe statt. Die Ausbringungsmenge stieg im Vergleich zum Zeitraum 2009/2010 um rund 16%. Beim flüssigen Wirtschaftsdünger wurden zu gro-

ßen Anteilen Biogasgärreste (58%) und Rindergülle (30%) eingesetzt. Schweinegülle spielte mit weniger als 8% eine eher untergeordnete Rolle (Abbildung q).

Die Ausbringung von festem Wirtschaftsdünger durch etwa 2 000 Betriebe verteilte sich auf rund 1,8 Mill. Tonnen Festmist, knapp 150 000 Tonnen Geflügeltrockenkot und 280 000 Tonnen fester Biogasgärrest. Fast 55% der Brandenburger Landwirtschaftsbetriebe gaben an, dass sie keinen Wirtschaftsdünger ausbrachten (Tabelle 16).

Wirtschaftsdüngerausbringung zu großen Teilen auf unbestelltem Ackerland

Rund 84% des flüssigen bzw. 97% des festen Wirtschaftsdüngers fanden ihren Einsatz auf dem Ackerland (Tabellen 17 und 18). Düngungen mit flüssigem Wirtschaftsdünger erfolgten zu gut 69% auf Stoppeln oder unbestellten Flächen. Die übrigen 31% wurden auf bestellten Ackerlandflächen appliziert. Auf dem Dauergrünland wurden die restlichen 16% des flüssigen Wirtschaftsdüngers verteilt. Fester Wirtschaftsdünger fand auf Dauergrünland nur zu 3% seinen Einsatz.

Von den fast 1,8 Mill. Tonnen Festmist (ohne Hühner- und Putenmist), die auf Ackerland ausgebracht wurden, gingen gut 91% auf Ackerland mit Stoppeln oder unbestellte Flächen. Weniger als 9% des Festmistes und je 15% des Geflügeltrockenkotes und der festen Biogasgärreste wurden auf schon bestelltem Ackerland ausgebracht.

Knapp die Hälfte des flüssigen Wirtschaftsdüngers wurde mittels Schleppllauch und ein weiteres Fünftel mit Breitverteiler ausgebracht. Weitere 30% wurden mit verschiedenen Injektionstechniken direkt in den Boden eingearbeitet.

Über ein Drittel des auf Stoppeln oder unbestellten Flächen ausgebrachten flüssigen Wirtschaftsdüngers wurde aufgrund der Ausbringungstechnik unmittelbar in den Boden eingearbeitet, bei weiteren 28% lag die Einarbeitungszeit bei über einer Stunde nach der Ausbringung. Fester Wirtschaftsdünger wurde zu 75% innerhalb von vier und zu 24% nach mehr als vier Stunden in die Böden eingearbeitet.

Besonders stark veränderte sich die Verwendung einzelner Wirtschaftsdüngerarten zwischen 2009/2010 und 2015. So stieg die Ausbringungsmenge von flüssigem Biogasgärrest um 95% auf 4,7 Mill. Tonnen an. Hingegen nahm die Menge ausgebrachter Rindergülle um 22% auf 2,4 Mill. Tonnen ab. Größere Veränderungen gab es auch bei der verwendeten Ausbringungstechnik des flüssigen Wirtschaftsdüngers. Hier hat sich beispielsweise die mit Schleppllauch ausgebrachte Menge um 66% erhöht und stellt nunmehr die am häufigsten eingesetzte Ausbringungsmethode für flüssigen Wirtschaftsdünger dar. Begleitend gab es starke Veränderungen bei den Einarbeitungszeiten für flüssige Dünger. Lag der Anteil flüssigen Wirtschaftsdüngers, der 2010 nach mehr als einer Stunde auf Stoppeln oder unbestelltem Ackerland in den Boden eingearbeitet wurde, noch bei 64%, ging er im Jahr 2015 auf nur noch 28% zurück.

17 | Ausbringungsmengen von flüssigem Wirtschaftsdünger und deren Anteile 2015 im Land Brandenburg

| Merkmal | flüssiger Wirtschaftsdünger | Anteile am jeweiligen Insgesamt |
|--|-----------------------------|---------------------------------|
| | m ³ | % |
| flüssiger Wirtschaftsdünger insgesamt.... | 7 998 900 | 100 |
| ausgebracht auf: | | |
| Dauergrünland..... | 1 265 200 | 15,8 |
| Ackerland (AL) insgesamt..... | 6 733 700 | 84,2 |
| davon | | |
| AL mit bestellten Flächen..... | 2 057 800 | 30,6 |
| AL mit Stoppeln oder unbestellten Flächen..... | 4 675 900 | 69,4 |

18 | Ausbringungsmengen von festem Wirtschaftsdünger 2015 im Land Brandenburg

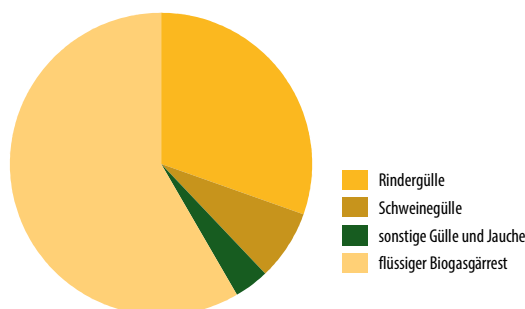
| Merkmal | Festmist (ohne Hühner- und Putenmist) | Geflügeltrockenkot, Hühner- und Putenmist | fester Biogasgärrest |
|--|---------------------------------------|---|----------------------|
| | t | | |
| Dauergrünland..... | 46 900 | 1 800 | 19 600 |
| Ackerland insgesamt..... | 1 792 300 | 146 500 | 261 200 |
| davon | | | |
| AL mit bestellten Flächen.. | 153 400 | 21 900 | 38 800 |
| AL mit Stoppeln oder unbestellten Flächen..... | 1 638 900 | 124 700 | 222 400 |
| Summe | 1 839 200 | 148 400 | 280 800 |

Zusammenfassung

Für das Land Brandenburg zeigte sich, dass der Strukturwandel in der Landwirtschaft u.a. zu einer weiteren Konzentration in der tierischen Produktion geführt hat. Brandenburgs Landwirte verfügen über vergleichsweise große Betriebe. Insbesondere die juristischen Personen des privaten wie öffentlichen Rechts bewirtschaften große Teile des mehr als 1 Mill. ha großen Ackerlandes. In Brandenburgs Agrarbetrieben waren 2016 rund 38 900 Personen beschäftigt, von denen 15 700 als Saisonarbeitskräfte tätig waren.

Mit der ASE 2016 wurde erneut eine umfangreiche Datensammlung durch die Statistischen Ämter der Länder durchgeführt. Die Erhebung fand auch in den anderen Mitgliedstaaten der EU statt. Es wurden Daten über die Produktionsstrukturen und -kapazi-

q | Anteile der flüssigen Wirtschaftsdüngerarten 2015 im Land Brandenburg



täten der landwirtschaftlichen Betriebe sowie über deren Betriebsstrukturen und die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Betriebsleiter oder -inhaber ermittelt. Aufgrund der Vielzahl an Datenwünschen, die zu einem großen Teil durch die Europäische Kommission in Abstimmung mit den Mitgliedsstaaten vorgegeben wurden, waren mehrere Erhebungsabschnitte nur von Teilen der Landwirte auszufüllen. Trotz eines Pretests und intensiver Diskussionen im Vorfeld der ASE bereiteten bestimmte Fragen in Teilen Probleme oder wurden nicht immer vollumfänglich ausgefüllt, sodass viele Rückfragen bei den Auskunftgebenden erforderlich wurden.

Schlussendlich fällt die Beurteilung der Ergebnisqualität im Großen und Ganzen gut aus. Die Gegenüberstellungen der Ergebnisse der ASE 2016 mit Vorerhebungswerten und unterschiedlichsten Verwaltungsdaten ergab meistens keine auffälligen

oder unerwarteten Differenzen. Bestimmte Merkmalskomplexe, zu denen die Bodenbearbeitungsverfahren, die Fragen zum Wirtschaftsdünger, zu den Arbeitskräften, den Eigentums- und Pachtverhältnissen und den Einkommenskombinationen zählen, weisen in einem gewissen Umfang eine eingeschränkte Qualität auf.

Insgesamt gesehen lässt sich zusammenfassend festhalten, dass mit der ASE 2016 eine anspruchsvolle Erhebung mit einem guten Ergebnis beendet wurde und alle Daten von Eurostat akzeptiert und verbreitet wurden.

Cornelia Schulz ist Sachgebietsleiterin im Referat *Flächennutzung, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Dr. Thomas Troegel leitet das Referat *Flächennutzung, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Statistik erklärt: Stichprobe

Bei einer Stichprobe wird im Gegensatz zu einer Vollerhebung nur eine Teilmenge der Grundgesamtheit erfasst und statistisch bearbeitet. Dabei wird der sogenannte quantitative Anteil, also der Umfang der Stichprobe in Relation zum Umfang der Grundgesamtheit, als Auswahlatz bezeichnet.

Stichprobenerhebungen sind ein probates Mittel zur Kostensenkung und zur Entlastung der Auskunftspflichtigen. Sie lassen sich vielfältig einsetzen und können nicht nur die Erhebungszeiten, sondern auch die Zeiten für die Auswertung verringern, was im Umkehrschluss eine schnellere Bereitstellung der Ergebnisse zur Folge hat. Stichproben sind so zu planen, dass sie eine hohe Genauigkeit der Ergebnisse gewährleisten. Einflussfaktoren sind u. a. die Höhe des Stichprobenumfangs, der Auswahlatz und das Hochrechnungsverfahren.

Um die Präzision der Stichprobenergebnisse zu erhöhen, können auch Schichtungen bei der jeweiligen Grundgesamtheit vorgenommen werden. Unter einer Schichtung wird eine vollständige Zerlegung der entsprechenden Auswahlgesamtheit vor der Auswahl in überschneidungsfreie Gruppen (Schichten) bezeichnet. Die zur Gliederung verwendeten Merkmale werden Schichtungsmerkmale genannt. Eine geschichtete Zufallsstichprobe kommt dann zustande, wenn in jeder Schicht eine unabhängige Zufallsauswahl erfolgt. Für die Abgrenzung der Grundgesamtheit und für eine korrekte Schichtzuordnung können weiterhin Angaben aus Verwaltungsquellen herangezogen werden, die zum Beispiel in einem Register gepflegt werden. Angewendet wird die geschichtete Zufallsstichprobe unter anderem bei den monatlichen Erhebungen im Einzelhandel. Die Auswahl des Berichtskreises erfolgt dabei aus dem Unternehmensregister, geschichtet nach Wirtschaftsgruppen und Jahresumsatz. Auch im Rahmen der Agrarstrukturerhebung ist die Stichprobe für den repräsentativen Erhebungsteil als geschichtetes Auswahlverfahren konzipiert. Auswahlgrundlage ist das zentrale Betriebsregister für die Agrarstatistiken (zeBRA).

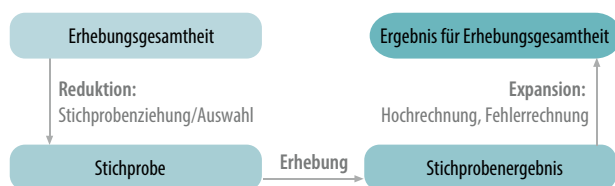
Neben der geschichteten Zufallsstichprobe gibt es noch weitere Stichprobenverfahren. Bei der einfachen Zufallsstichprobe, wie der Lottoziehung beispielsweise, besitzt jede mögliche Stichprobe sowie auch jedes Element dieselbe Chance, ausgewählt zu werden. Bei der Klumpenstichprobe handelt es sich um eine einfache Zufallsauswahl, bei der die Auswahlregeln nicht auf die Elemente der Grundgesamtheit ausgerichtet sind. Bei diesem Verfahren werden Elemente zusammengefasst (Klumpen, Cluster) und dann jeweils die Daten aller Elemente des ausgewählten Clusters erhoben. Diese Form der Stichprobe wird bevorzugt in den Bevölkerungsstatistiken, etwa dem Mikrozensus, eingesetzt.

Bei einer Quotenauswahl wird die Zusammensetzung der Stichprobe durch die Vorgabe von Anteilswerten (Quoten) für bestimmte Merkmale gesteuert. Ein Beispiel wäre die Vorgabe des Geschlechterverhältnisses in 30 % männlich und 70 % weiblich. In der amtlichen Statistik handelt es sich bei der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe um eine Quotenstichprobe, bei der deutschlandweit etwa 0,2 % aller privaten Haushalte befragt werden.

Das mehrstufige Auswahlverfahren ist wiederum eine Kombination von mehreren Auswahlverfahren. So wird die Grundgesamtheit in einem ersten Schritt in Primäreinheiten eingeteilt, welche die erste Auswahlgrundlage liefern. Aus diesen Primäreinheiten werden mittels einer Zufallsstichprobe die Sekundäreinheiten gezogen. Diese Sekundäreinheiten können dann schon die Erhebungseinheiten bilden. In vielen Fällen sind aber noch weitere Auswahlstufen zu bilden, die auf den Sekundäreinheiten beziehungsweise weiteren Einheiten basieren.

Mithilfe einer Stichprobe soll ein möglichst repräsentatives Bild über die Grundgesamtheit geschaffen werden. Die Ergebnisse der Stichprobe sind belastbar, wenn bei einer Zufallsstichprobe die Präzision der Ergebnisse ausreichend groß ist bzw. bei einer Quotenstichprobe die Verteilung aller relevanten Merkmale denen in der Grundgesamtheit entspricht, das heißt ein verkleinertes wirklichkeitsgetreues Abbild der Gesamtheit darstellt.

a | Schematischer Ablauf einer Stichprobenerhebung



Unternehmensregister

▣ Industrie 4.0

Technologie- und Wissensintensität der regionalen Wirtschaft

von **Lutz Müller**

Innovationen in der Wirtschaft sind eine Grundvoraussetzung für die Erfüllung der strategischen Entwicklungsziele einer nachhaltigen Industrialisierung und die Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. In der statistischen Berichterstattung zur nachhaltigen Entwicklung wird die gesamtwirtschaftliche Innovationskraft mithilfe von Daten über private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung gemessen. Die Aussagekraft dieses Indikators auf regionaler und insbesondere kleinräumlicher Ebene ist jedoch begrenzt. Dieser Beitrag stellt ein alternatives Verfahren zur Messung der Technologie- und Wissensintensität der Wirtschaft vor. Es basiert auf Strukturdaten der amtlichen Wirtschaftsstatistik und erlaubt vergleichende Darstellungen auch in tieferer regionaler Gliederung.

Industrie 4.0 und ein kurzer historischer Exkurs

Als Schlagwort ist „Industrie 4.0“ vor allem in der Wirtschaftspresse häufig anzutreffen. Damit werden aktuelle Initiativen der Wirtschaft und Maßnahmen im Rahmen der Forschungsagenda zur Umsetzung der Hightech-Strategie der Bundesregierung zusammengefasst. [1], [2] Aber auch im wissenschaftlichen Diskurs hat der Begriff mittlerweile seinen Platz gefunden. Neben Handlungsanleitungen für die Wirtschaft zur Nutzung von Chancen und Vermeidung von Risiken spielen dabei die Einordnung der gegenwärtigen Umwälzungen im historischen Kontext, die Analyse der Auswirkungen auf die Arbeitswelt, den gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhalt sowie daraus abzuleitende wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Empfehlungen eine wichtige Rolle.

Der Begriff geht zurück auf eine Expertengruppe der Forschungsunion Wirtschaft–Wissenschaft der Bundesregierung, die mit der Initiative Industrie 4.0 zur Hannover-Messe 2011 an die Öffentlichkeit trat [3]. Mit diesem Zukunftsprojekt ist Deutschland anderen Industrienationen zuvorgekommen. Die USA, China und Taiwan folgten nach und entwickelten ähnliche Innovationsprogramme: „Advanced Manufacturing Partnership“, „China Manufacturing 2025“ sowie „Taiwan Productivity 4.0“. [4]

4.0 stellt semantisch – in Anlehnung an eine neue Softwareversion – den direkten Bezug zu einer vierten industriellen Revolution her. Diese Vision wurde sogleich mit dem Projekt verkündet. Ob die jüngsten Entwicklungen bereits einer neuen industriellen Revolution oder einer Vorstufe zu ihr Rechnung tragen, ist allerdings umstritten. In der Literatur finden sich, abhängig vom speziellen Untersuchungsgegenstand, differenzierte Merkmalsausprägungen

von Industrie 4.0. Tabelle 1 fasst diese mit den Charakteristika der drei industriellen Revolutionen der Geschichte zusammen.

Eine Studie [5] analysiert die bisherigen industriellen Revolutionen auf der Basis von Revolutions-theorien. Im Zentrum der Untersuchung stehen drei Muss-Kriterien einer industriellen Revolution:

1. der technologische Wandel als Auslöser,
2. die Auswirkungen auf die Arbeits- und Sozialordnung, Energieversorgung, Verkehr, Kommunikation und Politik sowie
3. der gesellschaftliche Wandel insgesamt.

Aus den anhand der verschiedenen Definitionen mit Industrie 4.0 in Verbindung gebrachten Begriffen werden drei Cluster gebildet: Flexibilität, Automatisierung und Vernetzung. Die Prüfung der Muss- und zwei weiterer Kann-Kriterien führte zu folgendem Schluss:

Die Vernetzung durch Sensortechnik und die Kommunikation der Maschinen untereinander sind keine neue Errungenschaft, sondern existieren schon seit längerer Zeit. Automatisierung, Internet sowie Sensortechnik sind für die dritte industrielle Revolution charakteristisch, lediglich die Verwendung ist heute ausgereifter und der Anschaffungspreis für Sensoren gesunken. Es handelt sich nicht um einen technologischen Wandel. Somit ist das erste Muss-Kriterium nicht erfüllt. Hinsichtlich der beiden anderen Muss-Kriterien sind Veränderungen klar zu erkennen. Vernetzung, Automatisierung und Flexibilität werden weiter verbessert und verstärkt. Daraus resultiert ein Wandel in der Wertschöpfungskette, wobei individuelle Kundenwünsche zunehmend einzelne Produkte und deren Erstellung steuern und beeinflussen. Ein Umbruch in der Gesellschaft bezüglich Kaufverhalten, individualisierter Kunden-

wünsche und speziell angepasster Produkte hat bereits begonnen. Für einen abrupten Arbeitsplatzwandel im Zuge der weiter voranschreitenden Automatisierung gibt es aber derzeit nur Prognosen. Ein gesellschaftlicher oder struktureller Umbruch hat hierbei noch nicht stattgefunden. Im Ergebnis der Studie kommen die Forscherinnen und Forscher zu dem Fazit, dass es angebracht wäre, im Sinne einer Evolution vielmehr von Industrie 3.1 als von Industrie 4.0 zu sprechen.

Der Technikvorstand eines Unternehmens, für das kundenspezifische Entwicklungen von Anfang an ein Schwerpunkt waren (Antriebs- und Automatisierungstechnik), stützt diese These im Rückblick auf eine 70-jährige Firmengeschichte mit folgenden Worten: „Selbstverständlich hat das Thema Industrie 4.0 durchaus revolutionäre Aspekte – insbesondere, was neue Geschäftsmodelle und Softwareentwicklungen anbelangt. Bezüglich der Hardware werden aber mehr oder minder seit Jahrzehnten bekannte Komponenten verwendet. Die eigentliche Revolution ist also eine Revolution in der Wertschöpfung, die von der Hardwarekomponente in die Software verlagert wird. Das ist das eigentlich Neue.“ [6]

Die hier gegebene sehr allgemeine Begriffserläuterung kann aufgrund von Komplexität und Facettenreichtum des Themas lediglich als Einstieg dienen. Dass diese Einführung abseits der Statistik etwas ausführlicher ausfiel, ist vielleicht insofern hilfreich, da Industrie 4.0 in der öffentlichen Wahrnehmung kaum präsent ist. Im Gegensatz dazu ist die hiermit eng verbundene Digitalisierung weit stärker ins Bewusstsein der Menschen vorgedrungen, was das ifo Bildungsbarometer [7] zu bestätigen scheint.¹

Datenbedarf, Verfügbarkeit und Vergleichbarkeit von Indikatoren auf regionaler Ebene

In diesem Abschnitt werden Statistiken und Indikatoren beschrieben, die in Innovationsberichten und Studien verbreitet Verwendung finden. Deren Aussagekraft für vergleichende Darstellungen auf regionaler Ebene wird an Beispielen, teilweise bezogen auf die Metropolregion Berlin-Brandenburg, einer kritischen Bewertung unterzogen.

Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) stellen einen Kernindikator zur Messung von Innovationen in der Volkswirtschaft dar. FuE umfassen Grundlagenforschung, angewandte Forschung und experimentelle Entwicklung in der Wirtschaft, an den Hochschulen, an außeruniversitären Forschungseinrichtungen von Bund, Ländern und Gemeinden und an öffentlich geförderten privaten Einrichtungen ohne Erwerbszweck. Der Indikator wird in den Berichten zur nachhaltigen Entwicklung für Berlin und Brandenburg veröffentlicht.² [8], [9]

Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft erhebt bei Unternehmen mit FuE-Tätigkeit und Institutionen der Gemeinschaftsforschung nach international abgestimmten Richtlinien (Frascati-Handbuch) [10] Daten auf freiwilliger Basis, die in die FuE-Berichterstattung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) eingehen. Die Daten dienen unter anderem dem Monitoring des auf Grundlage der Lisbon-Strategie der Europäischen Union beschlossenen 3%-Ziels für den Anteil der FuE-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt der Mitgliedsstaaten.

Zu Zwecken der Innovationsförderung werden auch unterhalb der nationalen Ebene Daten benötigt. Während die FuE-Ausgaben in Berlin die 3%-Marke seit vielen Jahren überschreiten [8], liegt der Wert für Brandenburg unter dem gesteckten Ziel. Die Metropolregion Berlin-Brandenburg erreichte 2013 einen FuE-Anteil von insgesamt 2,8 %. [11], [12]

Verfahren für regionale Gliederungen der FuE-Daten und die dabei zu lösenden Probleme werden in einem speziellen Anhang zu einer früheren Version des Frascati-Handbuchs, der weiterhin gültig ist [13], behandelt. Die Regionalisierung von FuE-Daten ist jedoch von eingeschränkter Aussagekraft, insbesondere auf Kreisebene. Zudem kann das Antwortverhalten bei freiwilligen Befragungen die Qualität der Ergebnisse stärker beeinträchtigen als bei Unternehmenserhebungen mit Auskunftspflicht. Insbesondere FuE-Aktivitäten in Regionen, die von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) geprägt sind – was zu weiten Teilen für die Brandenburger Wirtschaft sowie die Berliner Dienstleistungswirtschaft zutrifft – können somit in dieser Statistik unterrepräsentiert sein.

1 | Charakteristika der industriellen Revolutionen

| 1. Industrielle Revolution | 2. Industrielle Revolution | 3. Industrielle Revolution | Industrie 4.0 – eine neue industrielle Revolution? |
|---|---|--|---|
| Wasser- und dampfgetriebene mechanische Produktionsanlagen, Eisenverarbeitung | Massenfertigung an Fließbändern (Fordismus, Taylorismus), Entwicklung der Infrastruktur (Elektroenergie, Gas, Wasser, Telegrafwesen, Straßen) | Automatisierung und Verschlanung von Produktionsprozessen durch verstärkten Einsatz von Elektronik und IT, speicherprogrammierbare Steuerung, computerintegrierte Fertigung (CIM), PCs, Mobiltelefonie | Intelligente Fabrik: Maschinen, die im Fertigungsprozess miteinander kommunizieren, Störungen signalisieren und Logistikprozesse steuern; starke Individualisierung der Produkte bei hoch flexibler Serienproduktion, direkte Einbindung von Kunden und Geschäftspartnern in die Wertschöpfungskette; dezentrale Entscheidungsfindung in Echtzeit und Vernetzung der Produktion mit hochwertigen Dienstleistungen, Cyber-Physische Systeme, Roboter, Sensoren, Informations- und Kommunikationstechnik, Internet der Dinge und der Dienste, Cloud Computing, Big Data, künstliche Intelligenz |
| Ende des 18. Jahrhunderts | Wende zum 20. Jahrhundert | Ende des 20. Jahrhunderts bis heute | Gegenwart |

1 54 % der Befragten sehen sich (deutlich oder eher) als Gewinner der Digitalisierung, hingegen nur etwa 16 % als Verlierer. Die Frage, ob die Digitalisierung zu mehr Ungleichheit führen wird, beantworteten 50 % zustimmend, 46 % nicht zustimmend und nur 4 % waren unentschieden.
 2 Beide Berichte (zuletzt 2014 bzw. 2016) sind verfügbar unter: <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de>

Quellen: vom Autor zusammengestellt nach [1], [3], [4] und [5].

Die beiden Länder Berlin und Brandenburg bilden die flächenmäßig größte deutsche Metropolregion mit einer maximalen Nord-Süd-Ausdehnung von 244 km und einer Ost-West-Ausdehnung von 234 km. [14] Innovationscluster aus der Verbindung von Wirtschaft und Wissenschaft konzentrieren sich auf die Agglomeration Berlin-Potsdam und das nähere Umland. Weiter entfernte, dünn besiedelte ländliche Gegenden sind zumeist durch eine geringere Wirtschaftskraft gekennzeichnet. Eine Ausnahme bildet der an der Südgrenze Brandenburgs gelegene Spree-Neiße-Kreis, der ein industrieller Ballungsraum mit traditionellem Braunkohletagebau und Energieerzeugung ist. Als zukunftssträchtige Branchen der Hochtechnologie sind hier beispielsweise die Kunststoff- und Chemieindustrie vertreten.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) weist darauf hin, dass in der Innovationspolitik die Heterogenität der Wirtschaft nicht immer ausreichend berücksichtigt wird, was zu fehlergeleiteten Maßnahmen führen kann. Zur Bestimmung des regionalen Innovationspotenzials werden oftmals einfach zu erhebende Indikatoren, wie die Anzahl der Patentanmeldungen aus einer Region oder die innovationsrelevante Beschäftigung, herangezogen. Diese Indikatoren sind jedoch stark auf die forschungsintensiven Branchen fokussiert und vernachlässigen die Heterogenität innovativer Cluster. Unterschiede bei Innovationsstrategien werden am Beispiel von Luckenwalde, der Kreisstadt des Landkreises Teltow-Fläming, der südlich an Berlin angrenzt, untersucht. Neben Branchen mit wissenschaftsbasierter Innovation (hier: Biotechnologie mit FuE-Aufwendungen in Höhe von 43 % in Relation zum Umsatz) gibt es auch die weniger akademische Form der ingenieurbasierten Innovation (Metallbe- und -verarbeitung; Verhältnis FuE/Umsatz: 3,6 %). Letztere Branche gehört nicht zur Hochtechnologie. Knapp die Hälfte der Unternehmen dieser Branche erbrachte im untersuchten Dreijahreszeitraum FuE-Leistungen, wobei immerhin ein Drittel von ihnen Patente anmeldete. In der Biotechnologie hingegen brachten 22 % Unternehmen, die alle regelmäßig in Forschung und Entwicklung aktiv waren, Patente zur Anmeldung. [15]

Der Innovationsatlas des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) greift neben Daten der FuE-Statistik unter anderem ebenfalls auf Angaben über Patentanmeldungen beim Deutschen Patent- und Markenamt (DPMA) zurück. In der Metropolregion Berlin-Brandenburg erreichte nur der Landkreis Teltow-Fläming einen Wert über dem oberen Quartil der deutschen Stadtstaaten, kreisfreien Städte und Kreise, das heißt mehr als 92,6 Patentanmeldungen je 100 000 sozialversicherungspflichtig (SV) Beschäftigte. Der Landkreis zählt zu den wirtschaftlich stärksten Regionen Brandenburgs mit Schwerpunkten bei Hoch- und Spitzentechnologien (Fahrzeugbau, Luftfahrtindustrie und Biotechnologie). Der Wert für Berlin liegt unterhalb des Medians der Verteilung³ (rund 45 DPMA-Patente je 100 000 SV-Beschäftigte). [16] Problematisch ist hier, dass die Darstellung der Patentanmeldungen nach dem Wohnort der Anmeldenden erfolgt, während die Beschäftigten

am Arbeitsort erfasst werden und deren Zahl somit vom Saldo der Ein- und Auspendler beeinflusst wird. Daher spiegeln Wirtschaftsräume oberhalb der Kreisebene die Patentintensität besser wider.

Wie eine Studie der Industrie- und Handelskammer Berlin ergab, sehen KMU den Innovationsschutz aufgrund ihrer begrenzten Ressourcen häufiger pragmatisch. Klassisches Patentrecht spielt nur eine untergeordnete Rolle, da hiermit weitreichende Offenlegungspflichten einhergehen und der Schutz durch Patente mit den begrenzten Mitteln eines Mittelständlers in der Realität oft nicht durchgesetzt werden kann. Auch deshalb soll Dritten der Einblick in Neuschöpfungen und die eigene FuE-Strategie nur in begrenztem Umfang ermöglicht werden. Da sich der Innovationsgrad eines Unternehmens nur schwer an einzelnen Faktoren, wie beispielsweise der Anzahl der Patente, messen lässt, verzichtete die Studie auf ein entsprechendes quantitatives Kriterium. [17]

Andere Studien nutzen weitere Indikatoren, wie beispielsweise Angaben über Exzellenz-Universitäten und -Cluster, Graduiertenschulen, Studierende/Absolventinnen und Absolventen der Hochschulen und Fachhochschulen sowie Promotionen, darunter in den besonders innovationsrelevanten Fachbereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT), sowie Drittmittelannahmen aus der Wirtschaft. [18], [19]

Technologie- und Wissensintensität der Wirtschaft: der Indikator

Die Industrie ist ein starker Nachfrager nach Dienstleistungen. Insbesondere unternehmensnahe Dienstleistungen sind von einem hohen Spezialisierungsgrad gekennzeichnet. Auch Auslagerungen von Serviceleistungen innerhalb von Unternehmensgruppen in separate rechtliche Einheiten wirken sich statistisch gesehen auf die Wirtschaftsstruktur, insbesondere auf das Verhältnis zwischen Produzierendem Gewerbe und Dienstleistungsreich, aus.

So wurden in Deutschland 2009 schätzungsweise 3,8 Mill. Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor durch Aufträge des Verarbeitenden Gewerbes ausgelastet. [20] Würde dieses Ergebnis auf die Wertschöpfungsanteile übertragen, hätte der Anteil der Industrie im Jahr 2015 in Deutschland nicht bei 23 %, sondern bei 35 % gelegen. [21]

Für die Analyse von Innovationsprozessen in der Wirtschaft bietet sich daher eine integrierte Betrachtung unter Einbeziehung von Produzierendem Gewerbe, Handel und Dienstleistungen an. Das Ziel besteht darin, der immer engeren Vernetzung von IT- und Ingenieurwissen sowie der generellen Verflechtung von Produktion und Dienstleistungen durch eine adäquate statistische Abbildung besser

³ Der Median teilt die Grundgesamtheit aller deutschen Kreise in zwei gleich große Segmente, wobei in der Hälfte aller Kreise und kreisfreien Städte mehr als 45 Patentanmeldungen, in der anderen Hälfte weniger als

45 Anmeldungen je 100 000 SV-Beschäftigte erfolgten. Entsprechend teilen drei Quartile die Werte der Kreisangaben nach ihrer Höhe sortiert in vier Segmente mit gleicher Anzahl von Kreisen auf.

gerecht zu werden. Im Folgenden wird untersucht, ob ein zusammenfassender Indikator, der auf dem Grad der Technologie- und Wissensintensität einzelner Zweige der gewerblichen Wirtschaft (ohne Finanzdienstleistungen) aufbaut, ein Gesamtbild der vorhandenen Wirtschaftsstruktur und ihrer Dynamik geben kann. Damit verknüpft ist die Frage, inwieweit mittels einer derartigen integrierten Messziffer regionale Vergleiche unterstützt werden können. Das Grundkonzept der Analyse wird in nebenstehendem Kasten erläutert.

Als Gewichte für die Bedeutung der einzelnen Wirtschaftszweige eignen sich Inputgrößen wie beispielsweise die Zahl der Beschäftigten oder das Arbeitsvolumen. Output-Variablen, wie Umsatz oder Wertschöpfung, sind dagegen für die Gewichtung weniger geeignet. Wie die Berechnungen zeigen werden, erhöht sich die Arbeitsproduktivität mit jeder TWI-Stufe stark. Nach Multiplikation mit dem Stufenfaktor würde so die Bedeutung der höheren Stufen überbewertet (siehe Ausführungen zu Tabelle 4).

Zur gewerblichen Wirtschaft (ohne Finanzdienstleistungen) gehören nach Abgrenzung Eurostats die Abschnitte B bis J, L, M, N und die Abteilung S95 der WZ 2008.⁴ Für diesen Bereich liegen einheitliche Kernmerkmale vor, die im Rahmen der Strukturstatistiken erhoben bzw. unter makroökonomischen Gesichtspunkten aus den Erhebungsmerkmalen berechnet oder geschätzt werden. Sie dienen der Erfüllung der EU-Datenanforderungen im Rahmen der strukturellen Unternehmensstatistik. [22] Aufgrund unvollständiger Abdeckung der Finanzdienstleistungen (Abschnitt K) bleiben diese aus der Untersuchung ausgeklammert. Für das Verarbeitende Gewerbe und den Dienstleistungsbereich werden zusätzlich zu den Daten auf 1-Steller- bis 4-Steller-Ebene auch besondere Aggregate veröffentlicht. [12] Dabei wird unter anderem eine Aufteilung der Wirtschaftszweige nach dem Grad ihrer Technologie- und Wissensintensität vorgenommen (Tabelle 2). Sie bildet den Ausgangspunkt der Untersuchung.

Die Eurostat-Aggregate wurden nach internationalen Gesichtspunkten aufgestellt. [24] Daher ist es für den Zweck der Analyse wichtig zu prüfen, ob die Aufgliederung den Realitäten der deutschen Wirtschaft entspricht. Zudem bilden die Aggregate die gewerbliche Wirtschaft nicht komplett ab, so dass einige Zuordnungen neu bestimmt werden

mussten. Anhaltspunkte hierfür bieten die Listen wissens- und technologieintensiver Güter und Wirtschaftszweige, die im Auftrag der Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) erstellt wurden (NIW-ISI-ZEW-Listen). [25] Allerdings wird in diesen Listen keine Unterscheidung zwischen den Stufen 3 und 4 getroffen⁵. Des Weiteren fehlt in der Eurostat-Abgrenzung die Differenzierung nach Stufe 1 und 2 für die Dienstleistungen.

Die Tiefenprüfung erfolgt auf 3-Steller-Ebene der WZ 2008 anhand der von Deutschland gelieferten Daten der strukturellen Unternehmensstatistik des Berichtsjahres 2015. [12, 22] In der Regel spiegeln sich technologie- und wissensintensive Tätigkeiten

Technologie- und Wissensintensität der Wirtschaft

Der Indikator basiert auf einer Stufenzuordnung rechtlicher bzw. örtlicher Einheiten (Unternehmen, Betriebe) nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt, das heißt ihrer Haupttätigkeit gemäß Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008). [23]

$$\text{Berechnung: } I_{TWI} = \frac{\sum h_i \cdot V_i}{\sum V_i}$$

I_{TWI} – Technologie- und Wissensintensität der Wirtschaft

h_i – TWI-Stufe des Wirtschaftszweiges i

V_i – Gewicht des Wirtschaftszweiges i

Die Stufenzuordnung erfolgt mit den Werten von 1 bis 4 für Tätigkeiten von der Niedrig- bis zur Spitzentechnologieproduktion beziehungsweise Dienstleistungen vergleichbarer Wissensintensität. Die genaue Herangehensweise sowie die verwendeten Datenquellen für die Berechnungen werden im Beitrag beschrieben. Im Ergebnis des Gewichtungsverfahrens nimmt der Indikator einen Wert zwischen 1 und 4 an.

2 | Aggregation der Wirtschaftszweige gemäß EU-Strukturstatistikverordnung

| TWI-Stufe | Aggregate |
|------------------|--|
| Warenproduktion | |
| 4 | Hightech-Branchen der Herstellung von Waren (NACE Rev. 2: 21 + 26 + 30.3) |
| 3 | Medium-Hightech-Branchen der Herstellung von Waren (NACE Rev. 2: 20 + 25.4 + 27 + 28 + 29 + 30-30.1-30.3 + 32.5) |
| 2 | Medium-Lowtech-Branchen der Herstellung von Waren (NACE Rev. 2: 18.2 + 19 + 22 + 23 + 24 + 25-25.4 + 30.1 + 33) |
| 1 | Lowtech-Branchen der Herstellung von Waren (NACE Rev. 2: 10 + 11 + 12 + 13 + 14 + 15 + 16 + 17 + 18-18.2 + 31 + 32-32.5) |
| Dienstleistungen | |
| 4 | Hightech-Dienstleistungen (NACE Rev. 2: 53+58+60+61+ 62+63+72) |
| 3 | Wissensintensive Marktdienstleistungen (NACE Rev. 2: 50+51+68+69+70+71+73+74+77+78+80+81+82) |

Erläuterung: TWI-Stufe – Grad der Technologie- und Wissensintensität; NACE Rev. 2: Tätigkeitsklassifikation der EU, entspricht der WZ 2008 [23].

Quelle: [22]

4 B Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; C Verarbeitendes Gewerbe; D Energieversorgung; E Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen; F Baugewerbe; G Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen; H Verkehr und Lagerei; I Gastgewerbe; J Information und Kommunikation; L Grundstücks- und Wohnungswesen; M Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen; N Erbringung von

sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen; S95 Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern. 5 Eine spätere Studie zur Neuaufgrenzung forschungintensiver Industrien und Güter [26] bietet eine sehr tiefe Gliederung auf 4-Steller-Ebene der WZ 2008 nach sogenannten Wissensgenerierungstypen, die auch Dienstleistungen einbezieht. Dieser Detailgrad der Betrachtung unter Hinzuziehung von Daten der amtlichen Statistik überschreitet den Rahmen der vorliegenden Untersuchung.

in der Bruttowertschöpfung wider. Die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten setzt sich zusammen aus Personalaufwendungen (Bruttoentgelte und Sozialaufwendungen) sowie aus dem Gewinn der Unternehmen als wesentliche Bestandteile. Subventionen und Abschreibungen auf Sachanlagen sowie immaterielle Vermögensgegenstände rechnen ebenfalls dazu. Die Leistungen hochqualifizierten Personals schlagen sich im Personalaufwand direkt nieder. Seine Höhe je Vollzeiteinheit (VZE) der Beschäftigten bildet daher für die meisten Wirtschaftszweige das entscheidende Kriterium. In einigen Zweigen ist der Anteil der selbstständig Tätigen an der Gesamtzahl der Beschäftigten besonders hoch. Kommen in der deutschen Industrie auf eine selbstständig tätige Person im Schnitt 42 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sind es beispielsweise im Bereich Information und Kommunikation (Abschnitt J) nur sieben. Für diese Wirtschaftszweige ist somit auch der Bruttobetriebsüberschuss, der den Gewinn vor Steuern und Abschreibungen widerspiegelt und aus dem sich der Unternehmerlohn finanziert, mitentscheidend für die Zuordnung. Personalaufwand, VZE und Bruttobetriebsüberschuss werden in der strukturellen Unternehmensstatistik nachgewiesen.

Für die Bestimmung der TWI-Stufe wird es als ausreichend erachtet, die Bundesergebnisse heranzuziehen und keine Spezifizierung nach Bundesländern vorzunehmen. Zwar gibt es nach wie vor deutliche Unterschiede in den Entgelten, jedoch kann angenommen werden, dass – unabhängig von regionalen Besonderheiten – in den Entgeltstrukturen ähnliche relative Branchenunterschiede bestehen, die durch die Stufen abgebildet werden sollen.

Die Abgrenzung durch Eurostat und die NIW-ISI-ZEW-Listen werden überwiegend anhand der strukturstatistischen Ergebnisse für Deutschland bestätigt. Unterschiedlich bewertet werden in diesen beiden Quellen insbesondere Dienstleistungen im Abschnitt N der WZ 2008 (sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen, Abteilungen 77–82), die Eurostat als wissensintensiv einstuft. Die NIW-ISI-ZEW-Listen hingegen subsumieren innerhalb dieses Wirtschaftsabschnitts lediglich das Leasing nicht-finanzieller immaterieller Vermögensgegenstände, ohne Copyrights (77.4), Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstalter (82.3) sowie Sekretariats- und Schreibdienste, Copy-Shops (82.1) unter die wissensintensiven Dienstleistungen. Die strukturelle Unternehmensstatistik rechtfertigt diese Zuordnung nur für die beiden erstgenannten Wirtschaftszweige, während letzterer als nicht wissensintensiv einzuordnen ist.

Auch in einigen anderen Fällen ist eine Korrektur erforderlich. Eine genaue Entscheidung ist oftmals schwierig und hängt ganz entscheidend vom Zweck der Untersuchung ab. Beispielsweise ist die beschäftigungsstarke Immobilienwirtschaft (Abteilung 68) im Vergleich mit den Durchschnittsentgelten der wissensintensiven Dienstleistungen durch ein geringes Entgeltniveau gekennzeichnet. Bei einer Betrachtung in Bezug auf den Arbeitsmarkt wäre somit dieser Wirtschaftszweig nicht als wissensintensiv einzuordnen. Jedoch sind in dieser Branche sehr

viele Solo-Selbstständige und Unternehmer mit wenigen Angestellten tätig, sodass der überdurchschnittlich hohe Gewinn (Bruttobetriebsüberschuss: 448 000 EUR je Unternehmen) zu berücksichtigen ist. Dieser dürfte wiederum zu einem erheblichen Teil nicht aus hoch wissensintensiven Tätigkeiten resultieren, sondern eher der Marktsituation – der Begrenztheit des Produktionsfaktors Boden und der hohen Bedeutung von Standortentscheidungen für die Nachfrager von Objekten – geschuldet sein. Der letztere Gesichtspunkt gibt den Ausschlag dafür, aus gesamtwirtschaftlicher Sicht die Eurostat-Zuordnung zu Stufe 3 beizubehalten.⁶

Die Werbung (73.1) gehört nach allgemeiner Auffassung zur Kreativwirtschaft. Die Beschäftigtenzahl wird jedoch von einigen wenigen Unternehmen des Niedriglohnssektors (insbesondere Direktmarketing) dominiert. Auch die unterdurchschnittliche Bruttowertschöpfung je tätiger Person passt nicht zu den wissensintensiven Dienstleistungen. Um kreativ tätige Werbeagenturen mit hochqualifiziertem Personal zu identifizieren und getrennt bewerten zu können, wäre es möglich, statistische Einzeldaten heranzuziehen. Aus Vereinfachungsgründen wird bei diesem ersten Rechenmodell davon Abstand genommen und der Wirtschaftszweig auf Stufe 2 gesetzt. Die getroffenen Zuordnungen sind im Anhang aufgeführt.

Das Gewichtungungsverfahren basiert auf Daten des Statistischen Unternehmensregisters (URS), aus dem in einer Sonderauswertung Beschäftigtendaten für Betriebe (Niederlassungen) und Unternehmen (rechtliche Einheiten) nach 3-Stellern der WZ 2008 gewonnen werden.⁷ Durch Verknüpfung mit aggregierten Daten der strukturellen Unternehmensstatistik über die VZE werden weitere Gewichtungsvariablen geschätzt.⁸

Der TWI-Indikator wird in drei Varianten, jeweils für Betriebe und Unternehmen berechnet:

- für SV-Beschäftigte im Jahresdurchschnitt,
- für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (SV- und geringfügig entlohnte Beschäftigte) im Jahresdurchschnitt umgerechnet auf VZE sowie
- für die Gesamtzahl der tätigen Personen in VZE (Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Selbstständige).

⁶ Denkbar wäre auch, eine Differenzierung nach gewerblichem und Wohnimmobilienbereich vorzunehmen. Dies wäre jedoch nicht auf 3-Steller-, sondern nur auf 5-Steller-Ebene der WZ 2008 möglich. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, dass die NIW-ISI-ZEW-Listen den Immobilienhandel (68.1), die Makler und Verwalter von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen (68.3) sowie auch die Bauträger (41.1) als wissensintensive Dienstleistungen dem Bereich Finanzen und Vermögen zuordnen.

⁷ Daten für Berlin und Brandenburg sind auf Ebene der 1-Steller (Wirtschaftsabschnitte) verfü-

bar unter <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de>.

⁸ Durch Verknüpfung von Regionaldaten des URS für Berlin und Brandenburg mit aggregierten Bundesergebnissen über das Verhältnis VZE/Personenzahl der Beschäftigten bleiben regionale Unterschiede in der Teilzeitquote oder beim Anteil der geringfügig entlohnten Beschäftigten unberücksichtigt. Wie die Ergebnisauswertung zeigen wird, ist diese Vereinfachung (zur Umgehung weiterer aufwändiger Sonderauswertungen) hinnehmbar, da die Auswahl des Gewichtungsfaktors ohnehin nur einen sehr begrenzten Effekt auf die Werte des Indikators hat.

Ergebnisse und Bewertung der Aussagekraft

Die Ergebnisse (Tabelle 3) zeigen, dass der Indikator für die Metropolregion Berlin-Brandenburg den gesamtdeutschen Wert um 0,05 bis 0,08 unterschreitet. In Berlin weist die gewerbliche Wirtschaft eine höhere Technologie- und Wissensintensität im Vergleich sowohl zum Durchschnitt Deutschlands (+0,02 bis 0,07), als auch der alten Bundesländer (ohne Berlin) auf, während Brandenburg den Durchschnittswert der anderen neuen Bundesländer (Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) nicht annähernd erreicht (-0,08 bis -0,1).

Deutliche Unterschiede sind auf der Ebene der Brandenburger Kreise und kreisfreien Städte zu sehen. Die Landeshauptstadt Potsdam verfügt über eine technologie- und wissensintensive gewerbliche Wirtschaft auf einem mit Gesamtdeutschland vergleichbaren Stand. Das Gleiche trifft auf die Unternehmen im Landkreis Teltow-Fläming zu, der, wie oben erwähnt, Hoch- und Spitzentechnologieindustrien beheimatet. Der nach der Betriebsstruktur berechnete TWI-Indikator des Landkreises nimmt wesentlich geringere Werte an. Der Grund

kann darin bestehen, dass Teile der Produktion dieser Unternehmen von Betrieben in anderen Regionen erbracht werden. Möglich ist auch, dass zu den Unternehmen Betriebe gehören, deren Leistungsprofil aus vorgelagerten Produktionsstufen oder Hilfstätigkeiten besteht, die nicht zur Hochtechnologie zählen und die somit einem anderen Wirtschaftszweig zugerechnet werden.

Der Wert für den Landkreis Spree-Neiße ist bezogen auf die Gesamtzahl der in den Betrieben tätigen Personen unter den Kreisen und kreisfreien Städten Brandenburgs am niedrigsten. Für die hier ansässigen Unternehmen ist der berechnete TWI-Indikator noch geringer. Dies ist bedingt durch den hohen Anteil der in der Braunkohleförderung Beschäftigten.

Zur Evaluierung des Indikators kann die Arbeitsproduktivität herangezogen werden, die Effekte einer hohen Technologie- und Wissensintensität aussagekräftig widerspiegelt. Tabelle 4 zeigt, dass die Arbeitsproduktivität mit jeder Stufe deutlich steigt. Zum Vergleich werden Daten über die Aufteilung der Beschäftigten angeführt. Die Stufenzuordnung zu den Wirtschaftszweigen, die zugleich als Bewertungsmaßstab für die Leistungen der einzelnen Technologiestufen dient, scheint die reale Wertschöpfung ein wenig zu überzeichnen. Das ist aber nur der erste Eindruck, da es sich um Durchschnittswerte handelt und die Arbeitsproduktivität schon allein wegen der starken Unterschiede in der Kapitalintensität, insbesondere zwischen Produzierendem Gewerbe und Dienstleistungen, stark variiert. Eine Verbesserung des Indikators könnte über eine genauere Skalierung anhand statistischer Einzeldaten erreicht werden, die auch die wirtschaftszweiginterne Streuung der Produktivität berücksichtigen würde.

3 | Technologie- und Wissensintensität der gewerblichen Wirtschaft 2015 – TWI-Indikator

| Region | Betriebe | | | Unternehmen mit Hauptsitz in der Region | | |
|--------------------------|---------------------------------|--------|------|---|--------|------|
| | TWI-Indikator nach der Zahl der | | | | | |
| | TP gesamt | AN-VZE | SVB | TP gesamt | AN-VZE | SVB |
| Berlin | 1,98 | 1,97 | 1,95 | 1,98 | 1,98 | 1,95 |
| Brandenburg | 1,67 | 1,68 | 1,65 | 1,68 | 1,69 | 1,67 |
| Brandenburg | | | | | | |
| an der Havel, Stadt | 1,78 | 1,79 | 1,75 | 1,72 | 1,72 | 1,69 |
| Cottbus, Stadt..... | 1,59 | 1,57 | 1,54 | 1,73 | 1,72 | 1,72 |
| Frankfurt (Oder), Stadt | 1,64 | 1,63 | 1,58 | 1,69 | 1,68 | 1,66 |
| Potsdam, Stadt..... | 1,92 | 1,92 | 1,87 | 1,91 | 1,90 | 1,90 |
| Barnim..... | 1,55 | 1,53 | 1,50 | 1,50 | 1,47 | 1,45 |
| Dahme-Spreewald | 1,65 | 1,65 | 1,62 | 1,60 | 1,58 | 1,55 |
| Elbe-Elster | 1,60 | 1,62 | 1,60 | 1,61 | 1,64 | 1,62 |
| Havelland | 1,59 | 1,58 | 1,55 | 1,58 | 1,56 | 1,54 |
| Märkisch-Oderland | 1,57 | 1,57 | 1,54 | 1,57 | 1,57 | 1,55 |
| Oberhavel | 1,75 | 1,77 | 1,74 | 1,62 | 1,62 | 1,58 |
| Oberspreewald- | | | | | | |
| Lausitz | 1,79 | 1,82 | 1,80 | 1,83 | 1,88 | 1,87 |
| Oder-Spree..... | 1,59 | 1,60 | 1,57 | 1,68 | 1,71 | 1,69 |
| Ostprignitz-Ruppin..... | 1,58 | 1,59 | 1,56 | 1,59 | 1,59 | 1,57 |
| Potsdam-Mittelmark.... | 1,66 | 1,65 | 1,66 | 1,63 | 1,61 | 1,63 |
| Prignitz..... | 1,55 | 1,55 | 1,51 | 1,52 | 1,51 | 1,48 |
| Spree-Neiße | 1,54 | 1,55 | 1,54 | 1,48 | 1,49 | 1,47 |
| Teltow-Fläming | 1,80 | 1,82 | 1,78 | 1,92 | 1,95 | 1,91 |
| Uckermark | 1,71 | 1,71 | 1,69 | 1,79 | 1,80 | 1,80 |
| Metropolregion | | | | | | |
| Berlin-Brandenburg..... | 1,86 | 1,86 | 1,84 | 1,87 | 1,87 | 1,85 |
| Deutschland | 1,91 | 1,92 | 1,92 | 1,92 | 1,93 | 1,93 |
| alte Bundesländer | | | | | | |
| (ohne Berlin)..... | 1,94 | 1,94 | 1,95 | 1,94 | 1,95 | 1,95 |
| neue Bundesländer | | | | | | |
| (ohne Berlin und | | | | | | |
| Brandenburg)..... | 1,75 | 1,77 | 1,74 | 1,77 | 1,79 | 1,77 |

Erläuterung: TP: tätige Personen in Vollzeitinheiten.
AN-VZE: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Vollzeitinheiten.
SVB: sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Voll- und Teilzeit.

Quelle: Eurostat-Datenbank [12], Statistisches Unternehmensregister, eigene Berechnungen.

4 | Arbeitsproduktivität und Beschäftigungsstruktur nach TWI-Stufen

| TWI-Stufe | Branche Indikator | Arbeitsproduktivität (EUR/AN-VZE) | Anteil der tätigen Personen in VZE in Unternehmen (%) | | | |
|-----------|---|--------------------------------------|---|-------|------|------|
| | | | Deutschland | M-BBB | BE | BB |
| 1 | Lowtech-Branchen der Herstellung von Waren sowie vergleichbare Dienstleistungen .. | 48 135 | 47 | 54 | 52 | 59 |
| 2 | Medium-Lowtech-Branchen der Herstellung von Waren sowie vergleichbare Dienstleistungen .. | 75 304 | 21 | 15 | 12 | 21 |
| 3 | Medium-Hightech-Branchen der Herstellung von Waren sowie wissensintensive Marktdienstleistungen | 109 222 | 24 | 20 | 23 | 13 |
| 4 | Hightech-Branchen der Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen | 128 580 | 8 | 11 | 13 | 7 |
| | Insgesamt | 72 696 | 100 | 100 | 100 | 100 |
| | TWI-Indikator | - | 1,92 | 1,87 | 1,98 | 1,68 |

Erläuterung (vgl. Tabellen 2 und 3):
Arbeitsproduktivität: Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten in EUR je Arbeitnehmer/-in (VZE).
M-BBB: Metropolregion Berlin-Brandenburg; BE: Berlin; BB: Brandenburg.

Quelle: Eurostat-Datenbank [12], Statistisches Unternehmensregister, eigene Berechnungen.

Für die weitere Methodenentwicklung ist außerdem entscheidend, ob ein wert- oder beschäftigungsbezogener Ansatz verfolgt wird. Auch in jedem Hightech-Unternehmen sind Hilfstätigkeiten geringerer Qualifikation zu verrichten. Das Know-how als entscheidendes Kapital, das den Wert eines Unternehmens am Ende ausmacht, kann mit Durchschnitten schnell unterbewertet werden.

Aufgrund der vorhandenen Datenbasis wird hier auf eine Berechnung des TWI-Indikators im zeitlichen Verlauf verzichtet. Beschäftigtendaten kön-

nen aus dem URS für die Jahre 2013 bis 2015 gewonnen werden, die bis auf geringfügige Änderungen vergleichbar sind; für 2016 liegen vorläufige Daten vor. Die Strukturstatistiken hingegen sind wegen einzelner methodischer Anpassungen, die in den letzten Jahren erfolgten, insbesondere hinsichtlich des Verhältnisses verschiedener Erhebungsbereiche zueinander, nur eingeschränkt vergleichbar.

Von Interesse ist außerdem, ob ein Zusammenhang zwischen der Technologie- und Wissensintensität der regionalen Wirtschaften mit den makroökonomischen Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erkennbar ist. Am besten eignet sich hierfür die Bruttowertschöpfung je erwerbstätiger Person, die mit der in der strukturellen Unternehmensstatistik ausgewiesenen Arbeitsproduktivität weitgehend methodisch vergleichbar ist. Wie die Daten in Tabelle 5 belegen, trifft dies nur für den Landkreis Teltow-Fläming zu, der bei dem TWI-Indikator den Spitzenplatz unter den Brandenburger Gebietseinheiten einnimmt.

Bezüglich des Landkreises Spree-Neiße ist ein negativer Zusammenhang klar ersichtlich. Dies ist durch die hohe Kapitalintensität der extraktiven Industrie, die sich neben höheren Löhnen wegen erschwerter Arbeitsbedingungen vor allem in Abschreibungen als großem (Brutto-)Wertschöpfungsposten niederschlägt, bedingt. Generelle Unterschiede in der Kapitalintensität zwischen Industrie und Dienstleistungen haben auch zur Folge, dass bei bruttowertschöpfungsbasierten Produktivitätsziffern die Berliner Wirtschaft tendenziell schlechter abschneidet, da wissensintensive Dienstleistungen hier stärker vertreten sind als hightech-industrielle Fertigung.

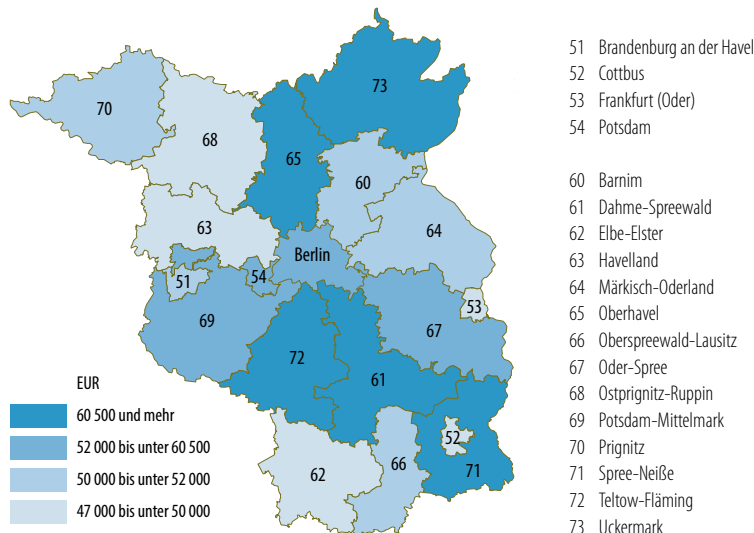
Auffällig ist der zweite Rang des Landkreises Dahme-Spreewald bei der Produktivität. Der Grund hierfür ist in einer umsatzstarken Immobilienbranche zu verorten. Die Unternehmen des Grundstücks- und Wohnungswesens im Landkreis erwirtschafteten 2015 im Durchschnitt einen steuerbaren Umsatz in

5 | Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen je erwerbstätiger Person – Brandenburger Gebietseinheiten in der Rangfolge für 2015

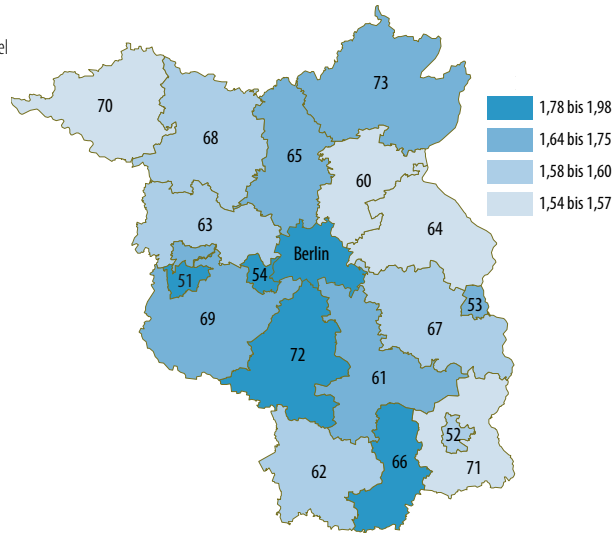
| Region | 2005 | 2010 | 2015 | 2005 ± 100 | Deutschland ± 100 |
|--------------------------------------|--------|--------|--------|------------|-------------------|
| | EUR | | | | |
| Berlin..... | 50 722 | 55 032 | 60 461 | 119,2 | 95,4 |
| Brandenburg..... | 43 074 | 46 602 | 55 140 | 128,0 | 87,0 |
| Spree-Neiße..... | 49 758 | 77 753 | 73 663 | 148,0 | 116,2 |
| Dahme-Spreewald..... | 48 411 | 63 093 | 68 385 | 141,3 | 107,9 |
| Teltow-Fläming..... | 61 475 | 50 343 | 65 397 | 106,4 | 103,2 |
| Oberhavel..... | 49 789 | 52 343 | 61 758 | 124,0 | 97,4 |
| Uckermark..... | 48 394 | 50 216 | 60 934 | 125,9 | 96,1 |
| Potsdam, Stadt..... | 41 997 | 45 313 | 53 959 | 128,5 | 85,1 |
| Oder-Spree..... | 45 076 | 44 570 | 53 477 | 118,6 | 84,4 |
| Potsdam-Mittelmark..... | 40 969 | 43 509 | 52 132 | 127,2 | 82,2 |
| Prignitz..... | 38 618 | 40 630 | 51 313 | 132,9 | 80,9 |
| Oberspreewald-Lausitz..... | 41 449 | 43 124 | 51 067 | 123,2 | 80,6 |
| Barnim..... | 36 081 | 40 912 | 50 985 | 141,3 | 80,4 |
| Brandenburg an der Havel, Stadt..... | 40 062 | 43 330 | 50 485 | 126,0 | 79,6 |
| Märkisch-Oderland..... | 40 913 | 42 979 | 50 316 | 123,0 | 79,4 |
| Elbe-Elster..... | 37 394 | 40 458 | 49 364 | 132,0 | 77,9 |
| Frankfurt (Oder), Stadt... .. | 36 949 | 43 840 | 49 138 | 133,0 | 77,5 |
| Ostprignitz-Ruppin..... | 36 627 | 38 932 | 47 931 | 130,9 | 75,6 |
| Havelland..... | 38 911 | 36 984 | 47 561 | 122,2 | 75,0 |
| Cottbus, Stadt..... | 36 425 | 38 746 | 47 040 | 129,1 | 74,2 |
| Deutschland..... | 52 944 | 56 599 | 63 396 | 119,7 | 100,0 |

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. [11]

a | Gebietseinheiten der Metropolregion Berlin-Brandenburg nach der Höhe der Bruttowertschöpfung je erwerbstätiger Person 2015



noch a | TWI-Indikator 2015 auf Basis der tätigen Personen in Unternehmen



Höhe von 4,6 Mill. EUR, was den Durchschnittswert im gesamten Bundesland weit überschreitet. Knapp 10% der Brandenburger Unternehmen dieses Wirtschaftsabschnitts haben ihren Sitz im Landkreis Dahme-Spreewald. [28]

Abbildung a verdeutlicht Konvergenzen und Divergenzen der TWI- und Produktivitätskennzahlen.

Ausblick auf neue Entwicklungen in der Wirtschaftsstatistik

Die gewerbliche Wirtschaft stellt zwar den größten Teil der Gesamtwirtschaft. Ausgeklammert sind hier jedoch eine ganze Reihe hoch wissensintensiver Dienstleistungen, vor allem im Gesundheits- und Bildungswesen. Eine Initiative Eurostats sieht vor, den Erfassungsbereich der Strukturstatistiken zu erweitern, um bisher nicht erfasste Dienstleistungen abzudecken. Davon betroffen sind die Bereiche P (Erziehung und Unterricht), Q (Gesundheits- und Sozialwesen), R (Kunst, Unterhaltung und Erholung) und S 96 (Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen). Mit dieser und weiteren Neuerungen sollen Relevanz und Konsistenz verschiedener Statistiken verbessert werden. Dazu ist eine neue Rahmenverordnung zur Integration von Unternehmensstatistiken (FRIBS)⁹ geplant. [29]

Erste experimentelle Modellrechnungen des TWI-Indikators unter Einbeziehung der künftigen Erfassungsbereiche zeigen, dass Berlin seine Stellung im überregionalen Vergleich behält und Potsdam den Wert für Gesamtdeutschland überschreitet. Am meisten holen die kreisfreien Städte Cottbus und Frankfurt (Oder) auf und nehmen mit ihren Werten eine Position knapp unter dem deutschen Durchschnitt ein. Am Beispiel der drei Brandenburger Universitätsstädte mit vergleichsweise geringen Einwohnerzahlen und schwacher industrieller Ausprägung wird deutlich, dass bei enger Betrachtung

der gewerblichen Wirtschaft der wichtige Beitrag von universitärer Forschung und Gesundheitswirtschaft in Innovationsclustern außen vor bleibt und überregionale Vergleiche verzerren kann. Für belastbare Berechnungen des Indikators in einem erweiterten Erfassungsbereich sind noch methodische Fragen zu klären.

Fazit

Integrierte Messziffern der Innovation sagen für sich gestellt noch nichts über die Nachhaltigkeit der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung aus. Dafür sind tiefergehende Analysen der wirtschaftlichen Tätigkeiten und ihrer Wirkung auf Gesellschaft und Umwelt erforderlich. Für die statistische Durchdringung eines derart vielschichtigen Phänomens, wie es Innovationsprozesse darstellen, kann der TWI-Indikator nur eine Hilfestellung geben, ein System von Indikatoren bleibt unverzichtbar. Im regionalen Vergleich trifft der Indikator in komprimierter Form eine Aussage über das Potenzial und die gegebenenfalls zu erwartende Verletzbarkeit der Wirtschaft einzelner Regionen. Die Abgrenzung von Wirtschaftsräumen zur Ableitung von Förderstrategien kann somit unterstützt werden.

Ob der TWI-Indikator den Strukturwandel im Sinne der engeren Verzahnung von Produktion und Dienstleistungen gut abbilden kann, muss weiter untersucht werden. Darüber hinaus wird erst die Zukunft zeigen, ob und wie mit Industrie 4.0 nachhaltige Wirkungen auf die Gesellschaft entfaltet werden. Es wird darauf ankommen, einen gesunden Mix aus alten und neuen Industrien zu gestalten, der den Bedürfnissen der Menschen gerecht wird. Der Erfolg dieses Vorhabens kann am Ende nur an der Akzeptanz der hervorgebrachten Innovationen durch die Gesellschaft gemessen werden.

Lutz Müller leitet das Aufgabenfeld Profiling im Referat Unternehmensregister, Gewerbeanzeigen, Insolvenzen des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

⁹ Framework Regulation Integrating Business Statistics, mehr dazu auf S. 10 ff.

Quellen

- [1] Bundesministerium für Bildung und Forschung (2017): Industrie 4.0; URL: <https://www.bmbf.de/de/zukunftprojekt-industrie-4-0-848.html>, Stand: 21.10.2017.
- [2] Die Bundesregierung (2017): Die neue Hightech-Strategie. Innovationen für Deutschland; URL: <https://www.hightech-strategie.de/index.php>, Stand: 21.10.2017.
- [3] Kagermann, Henning; Lukas, Wolf-Dieter; Wahlster, Wolfgang (2011): Industrie 4.0: Mit dem Internet der Dinge auf dem Weg zur 4. industriellen Revolution; URL: <http://www.vdi-nachrichten.com/Technik-Gesellschaft/Industrie-40-Mit-Internet-Dinge-Weg-4-in-dustriellen-Revolution>, Stand: 27.10.2017.
- [4] Kuan Chung Lin, Joseph Z. Shyu; Kun Ding (2017). A Cross-Strait Comparison of Innovation Policy under Industry 4.0 and Sustainability Development Transition. In: Sustainability 2017, 9(5), 786; URL: <http://www.mdpi.com/2071-1050/9/5/786>, Stand: 21.10.2017.
- [5] Barthelmäs, Nina; Flad, Daniel; Haußmann, Tobias; Kupke, Till; Schneider, Sven; Selbach, Katja (2017): Industrie 4.0 – eine industrielle Revolution? In: Andelfinger V., Hänisch T.: Industrie 4.0. Wie cyber-physische Systeme die Arbeitswelt verändern, Wiesbaden, S.33–56.
- [6] Digital Factory Journal (2017): Industrie 4.0 seit 70 Jahren. Interview mit Frank Maier, Vorstand Technik bei Lenze SE; URL: <http://digital-factory-journal.de/news/8490-industrie-40-seit-70-jahren.html>, Stand: 03.11.2017.
- [7] Wößmann, Ludger; Lergetporer, Philipp; Grewenig, Elisabeth; Kugler, Franziska; Werner, Katharina (2017): Fürchten sich die Deutschen vor der Digitalisierung? Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2017. In: ifo Schnelldienst 17/2017, S. 17–38.
- [8] Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2014): Kernindikatoren zur nachhaltigen Entwicklung Berlins. Datenbericht 2014, Potsdam.
- [9] Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2016): Bestandsaufnahme zu möglichen Nachhaltigkeitsindikatoren Brandenburg. Bericht 2016, Potsdam.

- [10] OECD (2015): Frascati Manual 2015: Guidelines for Collecting and Reporting Data on Research and Experimental Development, The Measurement of Scientific, Technological and Innovation Activities, Paris.
- [11] Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (2017): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1992 und 1994 bis 2014, Reihe 2, Bd. 1, Stuttgart.
- [12] Eurostat (2017). Datenbank. <http://ec.europa.eu/eurostat/data/database>, Stand: 13.11.2017.
- [13] OECD (2002). Frascati Manual 2002 Annex: Methods of Deriving Regional R&D Data. URL: <https://www.oecd.org/sti/inno/Frascati-Annex-Methods-of-deriving-regional-R-D-data.pdf>, Stand: 07.11.2017.
- [14] Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2016): Statistisches Jahrbuch Brandenburg 2016, Potsdam.
- [15] Stephan, Andreas; Weiss, Jan (2010): Regionale Innovationspolitik: Konzentration auf Hightech kann in die Irre führen. In: Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 29/2010, S. 8–11.
- [16] Berger, Sarah; Kempermann, Hanno; Koppel, Oliver; Orth, Anja Katrin; Röben, Enno (2017): Innovationsatlas 2017: Die Innovationskraft deutscher Wirtschaftsräume im Vergleich. IW-Analysen, Nr. 117, Köln.
- [17] Industrie- und Handelskammer Berlin (2017). I² – International und Innovativ. Erfolgsstrategien innovativer Berliner Mittelständler im internationalen Geschäft. URL: https://www.ihk-berlin.de/blob/bihk24/politische-positionen-und-statistiken_channel/downloads/3765070/db738cf9eae-89280a7aae1b2995987ce/lhoch2-data.pdf, Stand: 16.01.2018.
- [18] Hüning, Hendrik; Wedemeier, Jan (2016): Die Innovationsfähigkeit deutscher Metropolregionen – ein Vergleich. In: Wirtschaftsdienst (2016) 96, S. 921.
- [19] Arnold; Michael; Mattes, Anselm; Sandner, Philipp (2014): Regionale Innovationssysteme im Vergleich. In: DIW Wochenbericht Nr. 5/2014, S. 79–87.
- [20] Edler, Dietmar; Eickelpasch, Alexander (2013). Die Industrie – ein wichtiger Treiber der Nachfrage nach Dienstleistungen. In: DIW Wochenbericht Nr. 34/2013, S. 16–23.
- [21] Gornig, Martin; Schiersch, Alexander (2015): Perspektive der Industrie in Deutschland. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, DIW Berlin (84) 01.2015, S. 37–54.
- [22] Europäische Kommission (2009): Verordnung (EG) Nr. 251/2009 der Kommission vom 11. März 2009 zur Durchführung und Änderung der Verordnung (EG) Nr. 295/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die zu erstellenden Datenreihen für die strukturelle Unternehmensstatistik bzw. die nach der Überarbeitung der statistischen Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen (CPA) erforderlichen Anpassungen. Konsolidierte Fassung verfügbar unter <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?qid=1510565270339&uri=CELEX:02009R0251-20151214>, Stand: 01.02.2017.
- [23] Statistisches Bundesamt (2008): Klassifikation der Wirtschaftszweige. Mit Erläuterungen, Wiesbaden.
- [24] Eurostat (2017): Statistics explained. Glossar: Klassifikation des verarbeitenden Gewerbes nach der Technologieintensität. URL: http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Glossary:High-tech_classification_of_manufacturing_industries/de, Stand: 05.02.2018.
- [25] Gehrke, Birgit; Rammer, Christian; Frietsch, Rainer; Neuhäusler, Peter (2010): Listen wissens- und technologieintensiver Güter und Wirtschaftszweige, Zwischenbericht zu den NIW/ISI/ZWE-Listen 2010/2011. Studien zum deutschen Innovationssystem, Nr. 19-2010, Expertenkommission Forschung und Innovation, Berlin.
- [26] Gehrke, Birgit; Rammer, Christian; Frietsch, Rainer; Neuhäusler, Peter (2013): Neuabgrenzung forschungsintensiver Industrien und Güter, NIW/ISI/ZEW-Listen 2012. Studien zum deutschen Innovationssystem, Nr. 8-2013, Expertenkommission Forschung und Innovation, Berlin.
- [27] Statistisches Bundesamt (2015): Verdienste und Arbeitskosten. Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich – Ergebnisse für Deutschland. Fachserie 16, Heft 1, Wiesbaden.
- [28] Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2017): Unternehmen und Betriebe im Land Brandenburg 2015 (Stand: Unternehmensregister 31.10.2016). Statistischer Bericht D II 1 – j / 15, Potsdam.
- [29] Europäische Kommission (2017). Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 295/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die strukturelle Unternehmensstatistik. URL: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX:52017DC0419>; Stand: 25.10.2017.

Anhang | Zuordnung der Wirtschaftszweige nach ihrem Grad der Technologie- und Wissensintensität

| WZ 2008 | Bezeichnung |
|---|---|
| Hightech-Branchen der Herstellung von Waren sowie Hightech-Dienstleistungen (Stufe 4) | |
| 06.2 | Gewinnung von Erdgas |
| 09.1 | Erbringung von Dienstleistungen für die Gewinnung von Erdöl und Erdgas |
| 09.9 | Erbringung von Dienstleistungen für den sonstigen Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden |
| 19.2 | Mineralölverarbeitung |
| 21.1 | Herstellung von pharmazeutischen Grundstoffen |
| 21.2 | Herstellung von pharmazeutischen Spezialitäten und sonstigen pharmazeutischen Erzeugnissen |
| 26.1 | Herstellung von elektronischen Bauelementen und Leiterplatten |
| 26.2 | Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten und peripheren Geräten |
| 26.3 | Herstellung von Geräten und Einrichtungen der Telekommunikationstechnik |
| 26.4 | Herstellung von Geräten der Unterhaltungselektronik |
| 26.5 | Herstellung von Mess-, Kontroll-, Navigations- u. ä. Instrumenten und Vorrichtungen; Herstellung von Uhren |
| 26.6 | Herstellung von Bestrahlungs- und Elektrotherapiegeräten und elektromedizinischen Geräten |
| 26.7 | Herstellung von optischen und fotografischen Instrumenten und Geräten |
| 30.3 | Luft- und Raumfahrzeugbau |
| 35.1 | Elektrizitätsversorgung |
| 35.2 | Gasversorgung |
| 35.3 | Wärme- und Kälteversorgung |
| 49.5 | Transport in Rohrfernleitungen |
| 58.2 | Verlegen von Software |
| 59.2 | Tonstudios; Herstellung von Hörfunkbeiträgen; Verlegen von bespielten Tonträgern und Musikalien |
| 60.1 | Hörfunkveranstalter |
| 60.2 | Fernsehveranstalter |
| 61.1 | Leitungsgebundene Telekommunikation |
| 61.2 | Drahtlose Telekommunikation |
| 61.3 | Satellitentelekommunikation |
| 61.9 | Sonstige Telekommunikation |
| 62.0 | Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie |
| 63.1 | Datenverarbeitung, Hosting und damit verbundene Tätigkeiten; Webportale |
| 72.1 | Forschung und Entwicklung im Bereich Natur-, Ingenieur-, Agrarwissenschaften und Medizin |
| 72.2 | Forschung und Entwicklung im Bereich Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie im Bereich Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften |
| 77.4 | Leasing von nichtfinanziellen immateriellen Vermögensgegenständen (ohne Copyrights) |

Noch: Anhang | Zuordnung der Wirtschaftszweige nach ihrem Grad der Technologie- und Wissensintensität

| WZ 2008 | Bezeichnung |
|---|--|
| Medium-Hightech-Branchen der Herstellung von Waren sowie marktbestimmte wissensintensive Dienstleistungen (Stufe 3) | |
| 20.1 | Herstellung von chemischen Grundstoffen, Düngemitteln und Stickstoffverbindungen, Kunststoffen in Primärformen und synthetischem Kautschuk in Primärformen |
| 20.2 | Herstellung von Schädlingsbekämpfungsmitteln, Pflanzenschutz- und Desinfektionsmitteln |
| 20.3 | Herstellung von Anstrichmitteln, Druckfarben und Kittungen |
| 20.4 | Herstellung von Seifen, Wasch-, Reinigungs- und Körperpflegemitteln sowie von Duftstoffen |
| 20.5 | Herstellung von sonstigen chemischen Erzeugnissen |
| 25.4 | Herstellung von Waffen und Munition |
| 27.1 | Herstellung von Elektromotoren, Generatoren, Transformatoren, Elektrizitätsverteilungs- und -schalteinrichtungen |
| 27.2 | Herstellung von Batterien und Akkumulatoren |
| 27.3 | Herstellung von Kabeln und elektrischem Installationsmaterial |
| 27.4 | Herstellung von elektrischen Lampen und Leuchten |
| 27.5 | Herstellung von Haushaltsgeräten |
| 27.9 | Herstellung von sonstigen elektrischen Ausrüstungen und Geräten a. n. g. |
| 28.1 | Herstellung von nicht wirtschaftszweigspezifischen Maschinen |
| 28.2 | Herstellung von sonstigen nicht wirtschaftszweigspezifischen Maschinen |
| 28.3 | Herstellung von land- und forstwirtschaftlichen Maschinen |
| 28.4 | Herstellung von Werkzeugmaschinen |
| 28.9 | Herstellung von Maschinen für sonstige bestimmte Wirtschaftszweige |
| 29.1 | Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenmotoren |
| 29.3 | Herstellung von Teilen und Zubehör für Kraftwagen |
| 30.2 | Schienenfahrzeugbau |
| 30.4 | Herstellung von militärischen Kampffahrzeugen |
| 30.9 | Herstellung von Fahrzeugen a. n. g. |
| 41.1 | Erschließung von Grundstücken; Bauträger |
| 46.5 | Großhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik |
| 50.1 | Personenbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt |
| 50.2 | Güterbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt |
| 50.4 | Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt |
| 51.1 | Personenbeförderung in der Luftfahrt |
| 51.2 | Güterbeförderung in der Luftfahrt und Raumtransport |
| 58.1 | Verlegen von Büchern und Zeitschriften; sonstiges Verlagswesen (ohne Software) |
| 59.1 | Herstellung von Filmen und Fernsehprogrammen, deren Verleih und Vertrieb, Kinos |
| 63.9 | Erbringung von sonstigen Informationsdienstleistungen |
| 68.1 | Kauf und Verkauf von eigenen Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen |
| 68.2 | Vermietung, Verpachtung von eigenen oder geleasteten Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen |
| 68.3 | Vermittlung und Verwaltung von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen für Dritte |
| 69.1 | Rechtsberatung |
| 69.2 | Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung; Buchführung |
| 70.1 | Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben |
| 70.2 | Public-Relations- und Unternehmensberatung |
| 71.1 | Architektur- und Ingenieurbüros |
| 71.2 | Technische, physikalische und chemische Untersuchung |
| 73.2 | Markt- und Meinungsforschung |
| 74.1 | Ateliers für Textil-, Schmuck-, Grafik- u. ä. Design |
| 74.3 | Übersetzen und Dolmetschen |
| 74.9 | Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten a. n. g. |
| 77.1 | Vermietung von Kraftwagen |
| 77.3 | Vermietung von Maschinen, Geräten und sonstigen beweglichen Sachen |
| 82.3 | Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstalter |

Noch: Zuordnung der Wirtschaftszweige nach ihrem Grad
Anhang der Technologie- und Wissensintensität

| WZ 2008 | Bezeichnung |
|--|--|
| Medium-Lowtech-Branchen der Herstellung von Waren sowie entsprechende Dienstleistungen (Stufe 2) | |
| 17.1 | Herstellung von Holz- und Zellstoff, Papier, Karton und Pappe |
| 18.2 | Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern |
| 19.1 | Kokerei |
| 20.6 | Herstellung von Chemiefasern |
| 22.1 | Herstellung von Gummiwaren |
| 22.2 | Herstellung von Kunststoffwaren |
| 23.1 | Herstellung von Glas und Glaswaren |
| 23.2 | Herstellung von feuerfesten keramischen Werkstoffen und Waren |
| 23.3 | Herstellung von keramischen Baumaterialien |
| 23.4 | Herstellung von sonstigen Porzellan- und keramischen Erzeugnissen |
| 23.5 | Herstellung von Zement, Kalk und gebranntem Gips |
| 23.6 | Herstellung von Erzeugnissen aus Beton, Zement und Gips |
| 23.7 | Be- und Verarbeitung von Naturwerksteinen und Natursteinen a. n. g. |
| 23.9 | Herstellung von Schleifkörpern und Schleifmitteln auf Unterlage sowie sonstigen Erzeugnissen aus nichtmetallischen Mineralien a. n. g. |
| 24.1 | Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen |
| 24.2 | Herstellung von Stahlröhren, Rohrform-, Rohrverschluss- und Rohrverbindingstücken aus Stahl |
| 24.3 | Sonstige erste Bearbeitung von Eisen und Stahl |
| 24.4 | Erzeugung und erste Bearbeitung von NE-Metallen |
| 24.5 | Gießereien |
| 25.1 | Stahl- und Leichtmetallbau |
| 25.2 | Herstellung von Metalltanks und -behältern; Herstellung von Heizkörpern und -kesseln für Zentralheizungen |
| 25.3 | Herstellung von Dampfkesseln (ohne Zentralheizungskessel) |
| 25.5 | Herstellung von Schmiede-, Press-, Zieh- und Stanzteilen, gewalzten Ringen und pulvermetallurgischen Erzeugnissen |
| 25.6 | Oberflächenveredlung und Wärmebehandlung; Mechanik a. n. g. |
| 25.7 | Herstellung von Schneidwaren, Werkzeugen, Schlössern und Beschlägen aus unedlen Metallen |
| 25.9 | Herstellung von sonstigen Metallwaren |
| 26.8 | Herstellung von magnetischen und optischen Datenträgern |
| 29.2 | Herstellung von Karosserien, Aufbauten und Anhängern |
| 30.1 | Schiff- und Bootsbau |
| 32.5 | Herstellung von medizinischen und zahnmedizinischen Apparaten und Materialien |
| 33.1 | Reparatur von Metallernzeugnissen, Maschinen und Ausrüstungen |
| 33.2 | Installation von Maschinen und Ausrüstungen a. n. g. |
| 36.0 | Wasserversorgung |
| 37.0 | Abwasserentsorgung |
| 38.2 | Abfallbehandlung und Beseitigung |
| 39.0 | Beseitigung von Umweltverschmutzungen und sonstige Entsorgung |
| 42.1 | Bau von Straßen und Bahnverkehrsstrecken |
| 42.2 | Leitungstiefbau und Kläranlagenbau |
| 42.9 | Sonstiger Tiefbau |
| 46.1 | Handelsvermittlung |
| 46.4 | Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern |
| 46.6 | Großhandel mit sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör |
| 46.7 | Sonstiger Großhandel |
| 46.9 | Großhandel ohne ausgeprägten Schwerpunkt |
| 52.2 | Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr |
| 73.1 | Werbung |
| 74.2 | Fotografie und Fotolabors |
| 75.0 | Veterinärwesen |
| 95.1 | Reparatur von Datenverarbeitungs- und Telekommunikationsgeräten |

Noch: Zuordnung der Wirtschaftszweige nach ihrem Grad
Anhang der Technologie- und Wissensintensität

| WZ 2008 | Bezeichnung |
|---|--|
| Lowtech-Branchen der Herstellung von Waren sowie entsprechende Dienstleistungen (Stufe 1) | |
| 05.1 | Steinkohlenbergbau |
| 05.2 | Braunkohlenbergbau |
| 07.1 | Eisenerzbergbau |
| 07.2 | NE-Metallerzbergbau |
| 08.1 | Gewinnung von Natursteinen, Kies, Sand, Ton und Kaolin |
| 08.9 | Sonstiger Bergbau; Gewinnung von Steinen und Erden a. n. g. |
| 10.1 | Schlachten und Fleischverarbeitung |
| 10.2 | Fischverarbeitung |
| 10.3 | Obst- und Gemüseverarbeitung |
| 10.4 | Herstellung von pflanzlichen und tierischen Ölen und Fetten |
| 10.5 | Milchverarbeitung |
| 10.6 | Mahl- und Schälmlmühlen, Herstellung von Stärke und Stärkeerzeugnissen |
| 10.7 | Herstellung von Back- und Teigwaren |
| 10.8 | Herstellung von sonstigen Nahrungsmitteln |
| 10.9 | Herstellung von Futtermitteln |
| 11.0 | Getränkeherstellung |
| 12.0 | Tabakverarbeitung |
| 13.1 | Spinnstoffaufbereitung und Spinnerei |
| 13.2 | Weberei |
| 13.3 | Veredlung von Textilien und Bekleidung |
| 13.9 | Herstellung von sonstigen Textilwaren |
| 14.1 | Herstellung von Bekleidung (ohne Pelzbekleidung) |
| 14.2 | Herstellung von Pelzwaren |
| 14.3 | Herstellung von Bekleidung aus gewirktem und gestricktem Stoff |
| 15.1 | Herstellung von Leder und Lederwaren (ohne Herstellung von Lederbekleidung) |
| 15.2 | Herstellung von Schuhen |
| 16.1 | Säge-, Hobel- und Holzimprägnierwerke |
| 16.2 | Herstellung von sonstigen Holz-, Kork-, Flecht- und Korbwaren (ohne Möbel) |
| 17.2 | Herstellung von Waren aus Papier, Karton und Pappe |
| 18.1 | Herstellung von Druckerzeugnissen |
| 31.0 | Herstellung von Möbeln |
| 32.1 | Herstellung von Münzen, Schmuck und ähnlichen Erzeugnissen |
| 32.2 | Herstellung von Musikinstrumenten |
| 32.3 | Herstellung von Sportgeräten |
| 32.4 | Herstellung von Spielwaren |
| 32.9 | Herstellung von Erzeugnissen a. n. g. |
| 38.1 | Sammlung von Abfällen |
| 38.3 | Rückgewinnung |
| 41.2 | Bau von Gebäuden |
| 43.1 | Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten |
| 43.2 | Bauinstallation |
| 43.3 | Sonstiger Ausbau |
| 43.9 | Sonstige spezialisierte Bautätigkeiten |
| 45.1 | Handel mit Kraftwagen |
| 45.2 | Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen |
| 45.3 | Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör |
| 45.4 | Handel mit Krafträdern, Kraftradteilen und -zubehör; Instandhaltung und Reparatur von Krafträdern |
| 46.2 | Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren |
| 46.3 | Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren |
| 47.1 | Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen) |
| 47.2 | Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren (in Verkaufsräumen) |
| 47.3 | Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen) |
| 47.4 | Einzelhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik (in Verkaufsräumen) |

Noch: Zuordnung der Wirtschaftszweige nach ihrem Grad
 Anhang der Technologie- und Wissensintensität

| WZ 2008 | Bezeichnung |
|---------|---|
| | Lowtech-Branchen der Herstellung von Waren sowie entsprechende Dienstleistungen (Stufe 1) |
| 47.5 | Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf (in Verkaufsräumen) |
| 47.6 | Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren (in Verkaufsräumen) |
| 47.7 | Einzelhandel mit sonstigen Gütern (in Verkaufsräumen) |
| 47.8 | Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten |
| 47.9 | Einzelhandel, nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen oder auf Märkten |
| 49.1 | Personenbeförderung im Eisenbahnfernverkehr |
| 49.2 | Güterbeförderung im Eisenbahnverkehr |
| 49.3 | Sonstige Personenbeförderung im Landverkehr |
| 49.4 | Güterbeförderung im Straßenverkehr, Umzugstransporte |
| 50.3 | Personenbeförderung in der Binnenschifffahrt |
| 52.1 | Lagerei |
| 53.2 | Sonstige Post-, Kurier- und Expressdienste |
| 55.1 | Hotels, Gasthöfe und Pensionen |
| 55.2 | Ferienunterkünfte und ähnliche Beherbergungsstätten |
| 55.3 | Campingplätze |
| 55.9 | Sonstige Beherbergungsstätten |
| 56.1 | Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä. |
| 56.2 | Caterer und Erbringung sonstiger Verpflegungsdienstleistungen |
| 56.3 | Ausschank von Getränken |
| 77.2 | Vermietung von Gebrauchsgütern |
| 78.1 | Vermittlung von Arbeitskräften |
| 78.2 | Befristete Überlassung von Arbeitskräften |
| 78.3 | Sonstige Überlassung von Arbeitskräften |
| 79.1 | Reisebüros und Reiseveranstalter |
| 79.9 | Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen |
| 80.1 | Private Wach- und Sicherheitsdienste |
| 80.2 | Sicherheitsdienste mithilfe von Überwachungs- und Alarmsystemen |
| 80.3 | Detekteien |
| 81.1 | Hausmeisterdienste |
| 81.2 | Reinigung von Gebäuden, Straßen und Verkehrsmitteln |
| 81.3 | Garten- und Landschaftsbau sowie Erbringung von sonstigen gärtnerischen Dienstleistungen |
| 82.1 | Sekretariats- und Schreibdienste, Copy-Shops |
| 82.2 | Call Centers |
| 82.9 | Erbringung sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen |
| 95.2 | Reparatur von Gebrauchsgütern |

Quellen: Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) [23];
 Stufenzuordnung gemäß [22], [24] und eigener Bewertung
 auf Grundlage der Strukturellen Unternehmensstatistik [12]
 und der Arbeitskostenerhebung [26].

Historisches

Der Boom der Wirtschaftsregion Berlin-Brandenburg am Ende des 19. Jahrhunderts

von Iris Hoßmann-Büttner

Der Berliner Industrie fehlte es an Flächen

Im 19. Jahrhundert gehörte Brandenburg zum Kernland Preußens, in dem Alt-Berlin ein Teil der Provinz Brandenburg darstellte. Die Stadt Berlin schied erst 1881 aus dem Provinzialverband Brandenburg aus und erhielt damit selbst provinznähnliche Rechte. Die industrielle Revolution und das rasante Wachstum der Berliner Bevölkerung bescherte der Stadt ein enormes Wirtschaftswachstum, welches Alt-Berlin schnell an seine Grenzen brachte. Es fehlte der Stadt an Flächen für neue Hallen, Anlagen und Fabriken. Die Folge war eine mehrfache Randwanderung der Berliner Industrie aus dem Kern Berlins vor allem nach Moabit und Wedding. Große Teile dieser bis dahin landwirtschaftlich geprägten Vororte sollten als neue Industrie- und Wohnorte genutzt werden und waren bereits 1861 eingemeindet sowie 1877 an die Ringbahn angeschlossen worden. Durch den Gewinn an Fläche, aber auch den Ausbau des Verkehrsnetzes durch den Bau von Vorortbahnen, die parallel zu den Fernbahntrassen die verkehrliche Anbindung sicherstellten, konnten weitere Industriestandorte sowohl in Tegel und Siemensstadt als auch in Rummelsburg, Ober- und Niederschöneweide und Adlershof erschlossen werden.¹

Die Industrialisierung veränderte die Wirtschaft grundlegend

Ende des 19. Jahrhunderts wurden erstmals innerhalb kurzer Zeit umfangreiche Berufs- und Betriebszählungen im Deutschen Reich durchgeführt. 1895 wurden über die Hälfte der Berliner Bevölkerung und circa ein Drittel der Brandenburger Bevölkerung Berufsarten aus dem Bereich Bergbau und Hüttenwesen, Industrie und Bauwesen zugeordnet. Darunter befanden sich die

mit Abstand meisten Beschäftigten in den Gewerbegruppen des Bekleidungs-gewerbes sowie in der Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate. Brandenburg stach im Vergleich zu anderen ähnlich landwirtschaftlich geprägten Preußischen Provinzen hervor, da 1895 ein nicht unbedeutender Teil der Großindustrie auf Flächen in Brandenburg angesiedelt war, die erst 1920 in Groß-Berlin eingemeindet wurden.²

Boom des Bekleidungs-gewerbes

Es sind die Jahre, in denen die industrielle Nähmaschine die Arbeitsleistung steigerte, die Produktion verbilligte und der Kundenkreis auf ärmere Bevölkerungsteile erweitert werden konnte. Auf einer Fläche so groß wie der heutige Bezirk Pankow befanden sich 86 000 kleine bis große Betriebe, die 1895 alleine dem Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe zugeordnet werden konnten. Dabei handelte es sich vorrangig um Nähereien und Schneidereien, die als Nähanstalten in großen industriellen Werkstätten bzw. Manufakturen Bekleidung herstellten, aber auch weiterhin einen Teil der Arbeit an Heimarbeiterinnen in Auftrag gaben. 1896 wurde mit Damen- und Kindermänteln ein Umsatz von 110 Mill. Mark erzielt. Vor dem ersten Weltkrieg lieferte Berlin 90 % der gesamtdeutschen Produktion an Damenmänteln und über 25 % der Herrenkonfektionen. Hinzu kamen etwa 74 % der Kinderbekleidung³ – besonders der Matrosenlook war ab Mitte des 19. Jahrhunderts sehr gefragt. Die ersten Modewarengeschäfte entstanden, die ihre frei ausgelegten Waren zu einem festen Preis und mit Rückgaberecht anboten. Der Handel mit Waren aller Art boomte. Rund ein Viertel der Berliner Bevölkerung fand in der Berufsabteilung „Handel und Verkehr“ ihre tägliche Arbeit.

1 Prof. Dr. Eberhard Schmieder (1962): Wirtschaftsgeschichte Berlins im 19./20. Jahrhundert. In: Heimatchronik Berlin. Band 25 in der Reihe „Heimatchroniken der Städte und Kreise des Bundesgebietes“. Archiv für Deutsche Heimatpflege GmbH. Berlin.

2 Das Königlich Preußische Statistische Bureau (1905): Festschrift des Königlich Preussischen Statistischen Bureaus zur Jahrhundertfeier seines Bestehens. Dritter Teil. Tafel 95. Verlag des Königlich Statistischen Bureaus. Berlin.

3 Ebd.

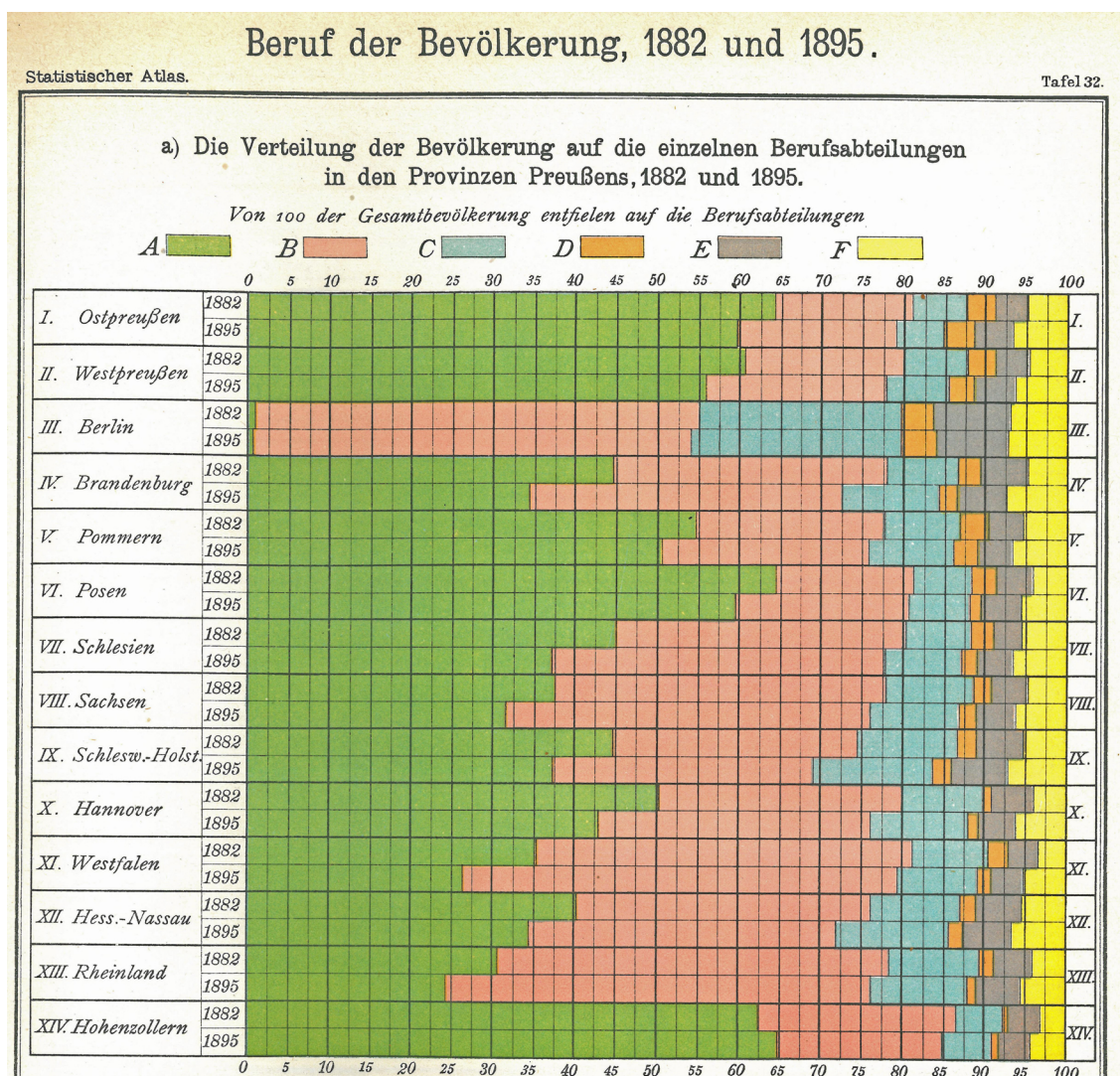
Brandenburg verlor wichtige Industriestandorte an Berlin

Mit der Bildung Groß-Berlins im Jahr 1920 gingen der Provinz Brandenburg der Industriegürtel sowie weitere Vororte Berlins verloren. Die Loslösung Berlins aus der Provinz Brandenburg sowie die Industrialisierung der Wirtschaft bedeutete eine Verschiebung des politischen und wirtschaftlichen Gewichts vom Land in die Großstadt. Brandenburgische Standorte der Industriezweige Metallverarbeitung,

Chemieindustrie und Elektroindustrie wurden in erster Linie Orte, die sich in unmittelbarer Nähe zu Berlin befanden, so unter anderem Hennigsdorf, Teltow und Wildau.

Iris Hoßmann-Büttner ist Referentin im Referat Bildung, Bildungsanalysen, Gesundheitswesen des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

a | Die Verteilung der Bevölkerung auf die einzelnen Berufsabteilungen in den Provinzen Preußens, 1882 und 1895



- A = Landwirtschaft, Gärtnerei und Tierzucht, Forstwirtschaft und Fischerei
- B = Bergbau und Hüttenwesen, Industrie und Bauwesen
- C = Handel und Verkehr
- D = Häusliche Dienste
- E = Militär-, Hof-, bürgerlicher und kirchlicher Dienst, auch sogenannte freie Berufsarten
- F = Ohne Beruf und Berufsangabe

Save the date

▣ **22. Konferenz „Messung der Preise“**

7. und 8. Juni 2018

Die Preisentwicklung ist von hoher Bedeutung für die Beurteilung makroökonomischer Entwicklungen. Neben methodischen Aspekten bei der Erhebung und den Berechnungen in den Preisstatistiken sind auch die Möglichkeiten des regionalen Preisvergleichs Schwerpunkte der diesjährigen Veranstaltung.

Anmeldungen richten Sie bitte an:
Preise@statistik-bbb.de

Veranstaltungsort
Düsseldorf

Informationen zur Veranstaltung finden Sie im Internet unter:
<https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/home/messung-der-preise.asp>

Die Konferenzreihe dient dem Gedankenaustausch zwischen Theoretikern, Nutzerinnen und Nutzern der Preisstatistiken und der amtlichen Statistik. Seit 1995 wird die Konferenz vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg in Kooperation mit anderen Partnern an wechselnden Orten durchgeführt. In diesem Jahr findet die Veranstaltung in Kooperation mit IT.NRW in Düsseldorf statt.

Save the date

▣ **11. Berliner VGR-Kolloquium**

28. und 29. Juni 2018

Das diesjährige Querschnittsthema des VGR-Kolloquiums „Sektor Staat“ betrifft die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) auf allen Ebenen: von der Produktion und Einkommensentstehung über die Rolle in der Einkommensverteilung und -umverteilung bis zu den Sachinvestitionen in der Finanzsphäre. Auch dieses Mal soll das Thema von verschiedenen Seiten beleuchtet werden: inhaltlich analysiert, methodisch diskutiert und international oder im Zeitverlauf verglichen. Neben dem Schwerpunktthema ist die Konferenz aber auch für weitere aktuelle Themen der VGR offen.

Anmeldungen richten Sie bitte an:
vgr@statistik-bbb.de

Veranstaltungsort
Berlin,
Konferenzzentrum
der IHK

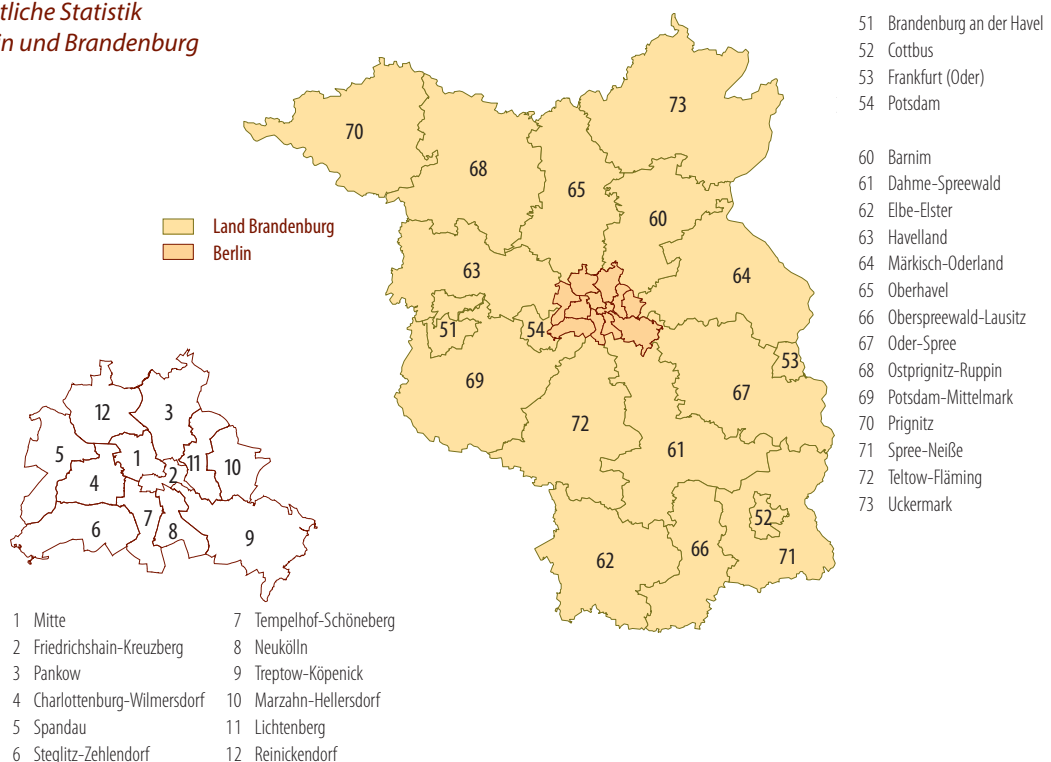
Informationen zur Veranstaltung finden Sie im Internet unter:
<https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/home/vgr-kolloquium.asp>

Das Kolloquium dient dem Gedankenaustausch zwischen Theoretikern, Nutzerinnen und Nutzern sowie Kolleginnen und Kollegen der amtlichen Statistik. Seit 2008 wird das VGR-Kolloquium einmal jährlich vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ausgerichtet.

statistik Berlin Brandenburg

- | Wir berichten fachlich unabhängig, neutral und objektiv über die Ergebnisse der amtlichen Statistik.
- | Wir haben den gesetzlichen Auftrag zur Datenerhebung mit der Möglichkeit zur Auskunftspflichtung.
- | Wir garantieren die Einhaltung des Datenschutzes.
- | Wir wenden adäquate statistische Methoden und Verfahren an und erhöhen kontinuierlich das erreichte Qualitätsniveau.
- | Wir gewährleisten regionale und zeitliche Vergleichbarkeit unserer Statistiken durch überregionale Kooperation.
- | Wir ermöglichen jedermann Zugang zu statistischen Ergebnissen.

Wir sind der führende Informationsdienstleister für amtliche Statistik in Berlin und Brandenburg



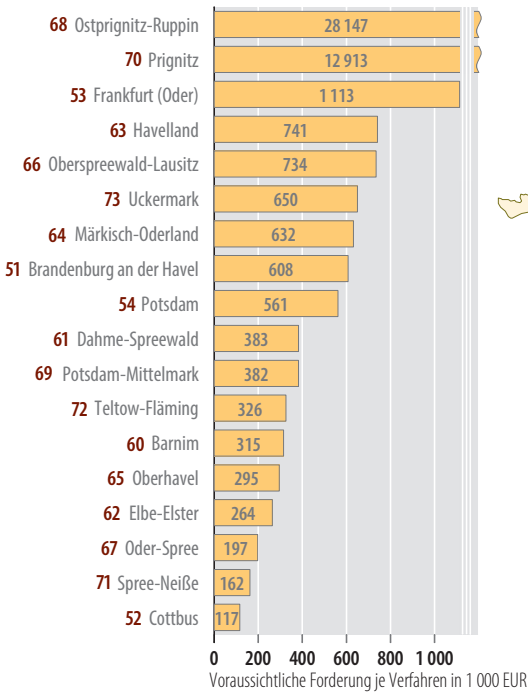
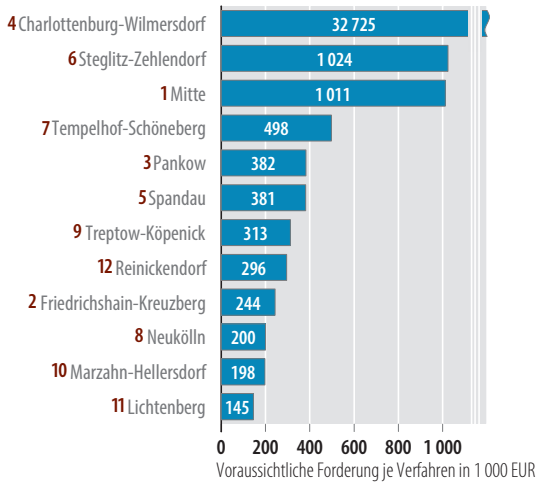
Unter

www.statistik-berlin-brandenburg.de

finden Sie einen Überblick über das gesamte Leistungsspektrum des Amtes mit aktuellen Daten, Pressemitteilungen, Statistischen Berichten, regionalstatistischen Informationen, Wahlstatistiken und -analysen.

Beantragte Unternehmensinsolvenzen in Berlin und im Land Brandenburg

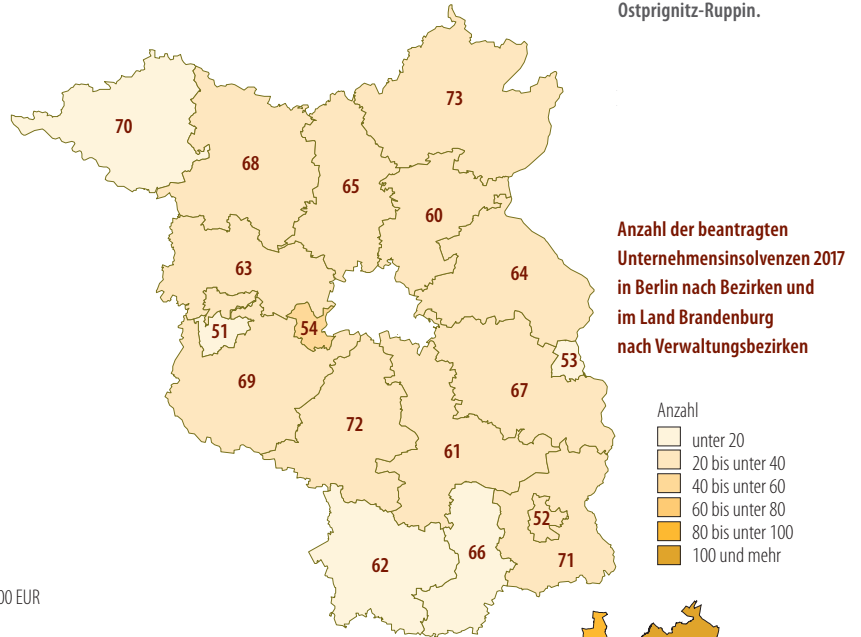
Durchschnittliche Forderungshöhe je beantragter Unternehmensinsolvenz 2017 in Berlin nach Bezirken und im Land Brandenburg nach Verwaltungsbezirken



Aufgabe der Insolvenzstatistik ist es, über die Situation von überschuldeten oder zahlungsunfähigen Unternehmen, Verbrauchern, ehemals selbstständig Tätigen und anderen natürlichen Personen, deren Fälle vor Gericht verhandelt werden, zu berichten und den volkswirtschaftlichen Schaden zu beschreiben. Des Weiteren wird die Insolvenzstatistik herangezogen, um die Effizienz des Insolvenzrechts zu bewerten. Wichtige Indikatoren sind neben der Anzahl der Insolvenzverfahren auch die Höhe der angemeldeten voraussichtlichen Forderungen und bei der Insolvenz von Unternehmen zusätzlich der Eröffnungsgrund, der Wirtschaftszweig, die Rechtsform, das Gründungsjahr, die Zahl

der beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der betroffenen Unternehmen sowie die Anordnung von Eigenverwaltung. Die Ergebnisse der Insolvenzstatistik werden regional nach kreisfreien Städten und Landkreisen (Land Brandenburg) bzw. Bezirken (Berlin) ausgewiesen. Für das Jahr 2017 wurden von den Berliner und Brandenburger Amtsgerichten knapp 1 800 Insolvenzverfahren von Unternehmen gemeldet. Seit dem Höchststand an beantragten Verfahren in den Jahren 2002 und 2003 mit 1 592 Fällen im Land Brandenburg und 2 161 Fällen in Berlin ging die Verfahrenszahl deutlich zurück und pendelte sich auf unterschiedlichem Niveau ein. Obwohl die Unternehmens-

insolvenzen nur knapp ein Fünftel aller Insolvenzen in beiden Ländern ausmachten, entfielen auf sie im Berichtsjahr 2017 insgesamt knapp 95 % (9,3 Mrd. EUR) aller voraussichtlichen offenen Forderungen in Berlin und im Land Brandenburg. Auf regionaler Ebene fällt auf, dass sich die Verteilung der Unternehmenszusammenbrüche sehr unterschiedlich darstellt. Die durchschnittliche Forderungshöhe je beantragter Unternehmensinsolvenz lag in den Berliner Bezirken im Jahr 2017 zwischen 145 Tsd. EUR in Lichtenberg und 32,7 Mill. EUR in Charlottenburg-Wilmersdorf und in den kreisfreien Städten und Landkreisen Brandenburgs zwischen 117 Tsd. EUR in Cottbus und 28,1 Mill. EUR in Ostprignitz-Ruppin.



Anzahl der beantragten Unternehmensinsolvenzen 1992 bis 2017 in Berlin und im Land Brandenburg

